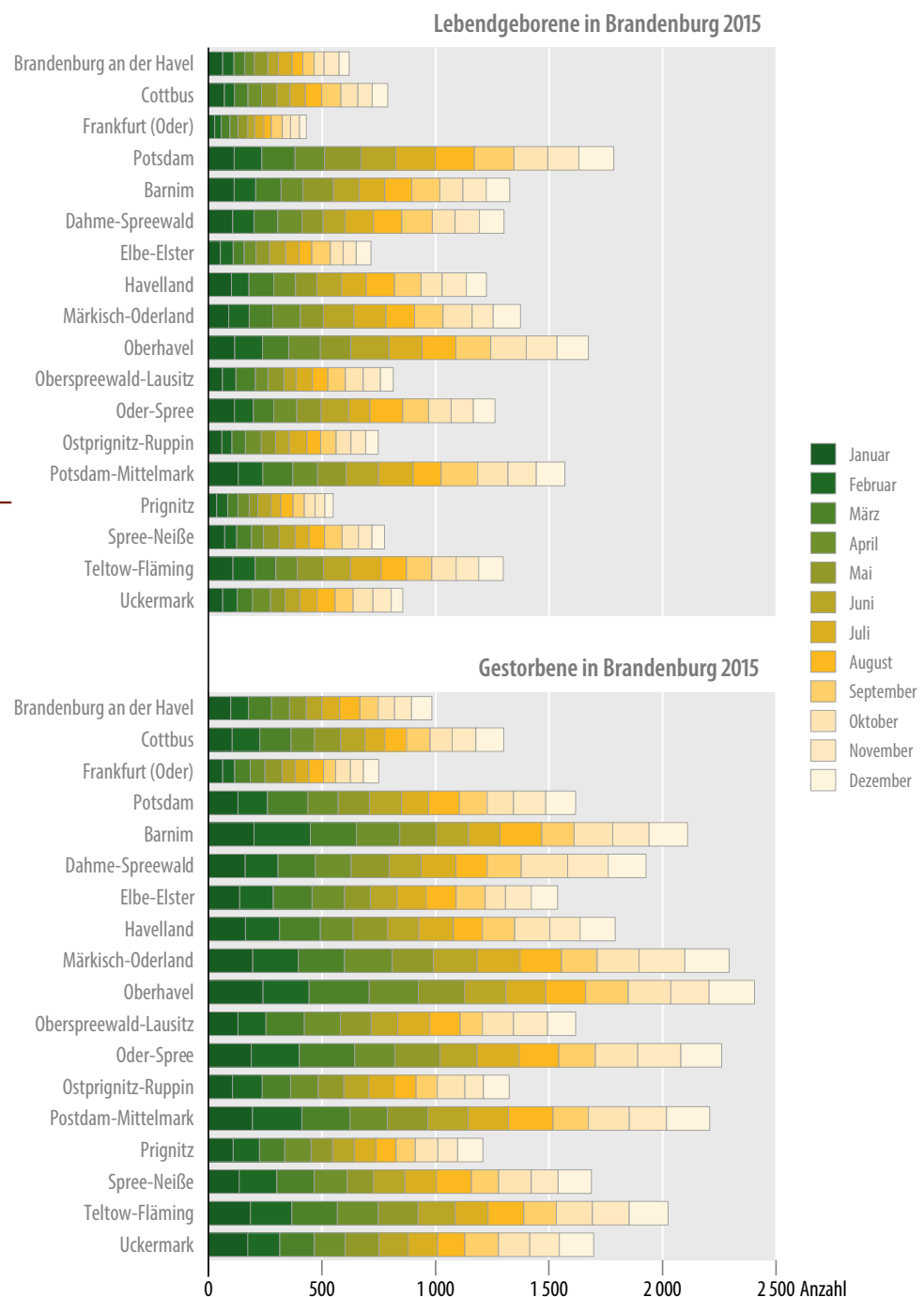


▮ **LEBENSZYKLUS –
VON FERTILITÄT
ZU MORTALITÄT**

Weitere Themen

- ▮ Preise
- ▮ Steuern



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
10. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Verantwortlicher Redakteur i. S. d. BbgPG
Hartmut Bömermann
Redaktion
Nicole Dombrowski,
Dr. Holger Leerhoff,
Anja Malchin,
Dr. Thomas Troegel,
Ramona Voshage (Leitung)

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck
TASTOMAT GmbH,
15345 Petershagen/Eggersdorf

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2016
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
hat seinen Sitz in Potsdam und weitere
Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder
geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil
Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe
können sich durch Schätzungen
ergeben

Kurzberichte

- ▮ Von der Zahl zur Information **2**
- ▮ Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) **4**
- ▮ Pendlerverflechtungen in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg **6**
- ▮ Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen – ein junges Arbeitsfeld im AfS **8**

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

- ▮ Vision 2020 – die zentrale Strategie im Europäischen Statistischen System **10**
- ▮ Arbeiten Sie noch oder bilden Sie sich schon weiter? **12**

Neuerscheinungen

- ▮ Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2016 **51**
- ▮ Urban Europe – statistics on cities, towns and suburbs **55**
- ▮ Gender Datenreport Berlin 2015 **59**

Statistik erklärt

- ▮ Was ist Fertilität? **19**

Historisches

- ▮ Das prosperierende Berlin um 1900 **84**

Fachbeiträge

Gesundheit

- ▮ **Wege ans Licht der Welt**
Die Entwicklung der Geburtshilfemethoden in Berlin und Brandenburg seit 2004 **16**
Katrin Möbius

Bevölkerung

- ▮ **Differenzierte Fertilitätsstrukturen und sozioökonomische Profilbildung auf Ebene der Prognoseräume in der Metropole Berlin** **18**
Jörn Ehlert

Verkehr

- ▮ **Straßenverkehrsunfälle mit Kindern in Berlin im Jahr 2015** **30**
Marion Kresse, Jürgen Keiser

Zensus

- ▮ **Junge Erwachsene in Berlin und Brandenburg**
Ein Einblick **32**
Juliane Deecke

Arbeitsmarkt

- ▮ **Arbeitsmarktteilnahme von Müttern und Vätern in Berlin und Brandenburg** **36**
Anzela Jotkute

Zensus

- ▮ **Bildungsstand der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg** **40**
Katja Niemann-Ahrendt

Bevölkerung

- ▮ **Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2015**
Wie hat sich das gegenwärtige Migrationsgeschehen ausgewirkt? **44**
Jürgen Paffhausen

Verkehr

- ▮ **Unfälle von Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr im Land Brandenburg 2015** **52**
Marion Kresse, Jürgen Keiser

Gesundheit

- ▮ **Gevatter Tod duldet keinen Aufschub** **56**
Holger Leerhoff

Fachgespräch mit Regina Eck

„Je genauer der Arzt den Leichenschauschein ausfüllt, umso korrekter kann die Signierung des Grundleidens erfolgen.“ **60**

Preise

- ▮ **Entwicklung der Verbraucherpreise im Jahr 2015 in Berlin und Brandenburg** **62**
- ▮ **Entwicklung der Baupreise 2015 in Berlin und Brandenburg** **70**
Elke Zimmer

Steuern

- ▮ **Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) versus Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)** **76**
Dietmar Quaiser

Liebe Leserinnen und Leser,

im vorliegenden Heft widmen wir uns den nicht bezweifelbaren Ereignissen des Lebens und seiner Stadien. Der französische Moralist Jean de La Bruyère schrieb vor mehr als 300 Jahren in seinem *Les Caractères*: „Es gibt für den Menschen nur drei Ereignisse: Geburt, Leben und Tod.“ Was kann nun die Statistik dazu an Einsichten beitragen?

Den Aufschlag macht Katrin Möbius. Sie betrachtet die Entwicklung der Geburtshilfsmethoden Zangen Geburt, Vakuumextraktion und Kaiserschnitt, die beim Eintritt in das Leben helfen sollen. Jörn Ehler untersucht die Korrelation von sozialräumlichen Merkmalen und Fertilitätsraten im Kontext ausgewählter Berliner Prognosereäume, die eine kieznahe Betrachtung der Stadt ermöglichen. Der von ihm vorgestellte kleinräumige Ansatz ist ein Novum.

Marion Kresse und Jürgen Keiser befassen sich mit den schwächsten Verkehrsteilnehmern und beleuchten Straßenverkehrsunfälle von Kindern sowie Seniorinnen und Senioren und zwar auch nach tageszeitlichen und Saisoneinflüssen.

Bildung, Beruf und Migrationshintergrund der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre stehen im Mittelpunkt des Beitrages von Juliane Deecke. Wie es um den Bildungsstand der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg allgemein bestellt ist, analysiert Katja Niemann-Ahrendt und kommt zu positiven Befunden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein herausgehobenes gesellschaftliches Ziel. Auf Basis des Mikrozensus untersucht Anzela Jotkute die Arbeitsmarktteilnahme von Müttern und Vätern in Berlin und Brandenburg. Einbezogen werden Bildungsabschluss, Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung sowie das Einkommen.

Das Jahr 2015 war durch die starke Zuwanderung von Asyl- und Schutzsuchenden gekennzeichnet. Jürgen Paffhausen beleuchtet das gegenwärtige Migrationsgeschehen in Brandenburg, welche Nationalitäten dabei eine Rolle spielten und wie sich die Entwicklung regional differenziert darstellt.

Holger Leerhoff geht abschließend der Frage nach, ob Menschen in einem finalen Krankheitsstadium den Tod hinauszögern, um ein wichtiges Datum noch zu erleben.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen



Hartmut Bömermann
verantwortlicher Redakteur

Kurzbericht**■ Von der Zahl zur Information**

Auf der Suche nach neuen Wegen der Verbreitung von Ergebnissen der amtlichen Statistik

Unter dem Titel *Sozioökonomische Dynamik in Berlin und im Umland* hielt der Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS), Rudolf Frees, am 13. September 2016 einen Vortrag im Rahmen einer regulären Sitzung des Ausschusses Wirtschaftspolitik der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin. Im Mittelpunkt der in der Mendelssohn Remise in Berlin-Mitte stattfindenden Sitzung standen verschiedene Beiträge zum Thema *Die demographische und wirtschaftliche Entwicklung in Berlin und Brandenburg – unter besonderer Berücksichtigung der Hauptstadtregion*. Auf Einladung des Ausschusses trugen neben dem Vorstand des AfS auch der geschäftsführende Gesellschafter der Prognos AG und gleichzeitig Mitglied des Ausschusses, Christian Böllhof, sowie der Leiter der gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg, Jan Drews, ausgewählte Ergebnisse aus ihren Häusern vor.

Für den Vortrag des AfS hatten die zuständigen Fachbereiche eine umfangreiche Auswertung von Statistikergebnissen in der Untergliederung nach den Strukturräumen Berlin, Berliner Umland sowie weiterer Metropolenraum und nicht in der üblichen Regionaluntergliederung nach Landkreisen und Gemeinden erstellt. Die Aufbereitung diverser Zeitreihen- und Strukturdaten ermöglichte infolge einen detaillierten Blick auf diese für die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung relevanten drei Teilräume der Region.

Die für den Ausschuss Wirtschaftspolitik erstellte Präsentation benötigte eine gewisse Vorlaufzeit: Nach ersten Kontakten im Herbst 2015, fanden im Frühjahr 2016 mehrere Arbeitstreffen statt, in deren Verlauf erörtert wurde, wie Ergebnisse der amtlichen Statistik aufbereitet werden können, um über die bloße Aneinanderreihung von Zahlen hinaus Informationen zu generieren, die für einen Verband wie die IHK nützlich wären. Schnell wurde dabei deutlich, dass die Betrachtung der drei Räume in allen Veröffentlichungen bislang kaum Berücksichtigung fand und entsprechende Auswertungen vorwärtsweisend sein könnten. Die Betrachtung sollte dahingehend nicht nur aus demografischen Daten, sondern auch aus Datenbeständen der verschiedenen Wirtschaftsstatistiken erfolgen. Der Blick auf die Potenziale, welche die Region Berlin zusammen mit dem Umland für die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung birgt, sollte freigelegt werden. Dazu war es erforderlich, eine länderübergreifende Sichtweise stärker in die Öffentlichkeit zu transportieren. Im Ergebnis der immer tiefer in die Details der einzelnen Statistiken gehenden Gespräche wurde ein Daten- und Indikatorenset fixiert. Dieses diente als Grundlage für die Beschreibung der de-

mografischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der Region in den Strukturräumen des Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg. Somit sollte von vornherein ein konstruktiver Beitrag geliefert werden, mit dem Ziel, die strukturelle Lücke im derzeitigen Datenangebot für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zu schließen. Darüber, dass dies effektiv und in enger Abstimmung zwischen dem AfS – als Produzent und Anbieter der Daten und Informationen – und der IHK – als bedeutender Nachfrager und Konsument der Daten – erfolgen sollte, bestand schnell Einigkeit zwischen beiden Seiten.

Seitens des AfS wurde eine Form der Zusammenarbeit angestrebt, die bewusst und experimentell jenseits der üblichen Anbieter-Kunden-Beziehung liegen sollte. Gegenwärtig zeichnen sich für das AfS unter anderem folgende positive Auswirkungen ab:

- Erhöhte Wahrnehmung durch wichtige wirtschaftspolitische Akteure in der Region (Industrie- und Handelskammern, weitere Verbände, ministerielle Ressorts, Parlamentsausschüsse, Medien)
- Entwicklung eines Indikatorensets zur Beschreibung der demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der Region in den Strukturräumen des Landesentwicklungsplans
- Sukzessive Etablierung dieser strukturellen Raumgliederung neben der üblichen administrativen Untergliederung in Kreise bzw. Bezirke, Ämter und Gemeinden. Die zusammengestellten Indikatoren sind für die Kreisebene ebenfalls verwendbar. Mittels der Entwicklung einer abweichenden Regionalstatistik, wie Berliner Umland oder gegebenenfalls auch andere Planungsregionen in Berlin und Brandenburg, würde das Produktportfolio des AfS konzeptionell profitieren.

Die Ergebnispräsentation der Datenzusammenstellung berücksichtigte folgende Themen bzw. Statistiken:

- Gebiet und Bevölkerung
- Erwerbstätige, Erwerbslose, Nichterwerbspersonen und Selbständige
- Unternehmen, Beschäftigte und Umsätze
- Unternehmensgrößenklassen und Wirtschaftsabschnitte aus dem Unternehmensregister
- Erhebungen des verarbeitenden Gewerbes
- Insolvenzen
- Investitionen
- Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen
- Gewerbesteuer, Lohn- und Einkommensteuer
- Bautätigkeit und Tourismus

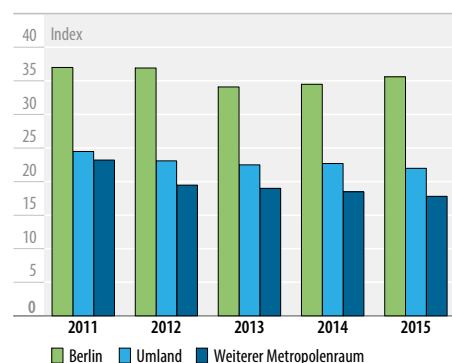
Die entsprechende PowerPoint-Präsentation sowie das Sitzungsprotokoll sind unter der folgenden URL einsehbar:

https://www.ihk-berlin.de/ueber_uns/Ehrenamt/Ausschuesse_der_IHK_Berlin/Ausschuss_Wirtschaftspolitik/Protokoll_des_Ausschusses_Wirtschaftspolitik/Ausschuss-vom-13--September_2016/3541532

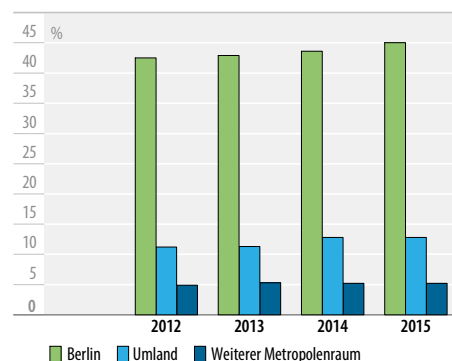
Da die Thematik offensichtlich Relevanz über Berlin hinaus hat, war die Beteiligung der drei Brandenburgischen Industrie- und Handelskammern (IHK Cottbus, IHK Ostbrandenburg und IHK Potsdam) von vornherein Bedingung des AfS. Als Fortführung hofft das AfS auf eine Intensivierung der Kontakte zu den Industrie- und Handelskammern als auch anderen Partnern der Region und sich daraus ergebende Synergieeffekte.

Ausgewählte Inhalte der Präsentation

a | Echte Betriebsgründungen je 10 000 Erwerbspersonen in den Jahren 2011 bis 2015



b | Anteil der Übernachtungen ausländischer Besucher 2012 bis 2015 an allen Übernachtungen



Kurzbericht

Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG)

VON **Juliane Ahlfeld**

Mit dem Bundesstatistikgesetz vom 3. September 1953¹ wurde erstmalig das Organisations- und Verfahrensrecht der Bundesstatistik in Deutschland geregelt. Das Bundesstatistikgesetz enthält die Regelungen, die grundsätzlich für alle die einzelnen Bundesstatistiken anordnenden Rechtsvorschriften gelten. In seiner mittlerweile 63-jährigen Geschichte wurde das Bundesstatistikgesetz immer wieder an aktuelle rechtliche und technische Entwicklungen angepasst und neu gefasst.

So wurde die Neufassung des Gesetzes im Jahr 1987² durch die Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht mit dem Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65, 1) aufgestellten allgemeinen Grundsätze für die Durchführung von Volkszählungen, die von wesentlicher Bedeutung für alle Bundesstatistiken sind, notwendig. Diesen Grundsätzen wurde unter anderem durch die erstmalig enthaltenen Vorschriften über Erhebungs- und Hilfsmerkmale sowie über die Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale als entscheidende Voraussetzungen zur Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes (§§ 10, 12 BStatG) Rechnung getragen. Das Bundesverfassungsgericht hat im Volkszählungsurteil die herausragende Bedeutung des Statistikgeheimnisses hervorgehoben. Es betrachtete den Grundsatz, die zu statistischen Zwecken erhobenen Einzelangaben strikt geheim zu halten, nicht nur als konstitutiv für die Funktionsfähigkeit der Bundesstatistik, sondern auch im Hinblick auf den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung als unverzichtbar.³

Die letzte Änderung hat das Bundesstatistikgesetz durch Artikel 13 des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juli 2013 erfahren.⁴ Dabei wurden unter anderem durch die Pflicht zur elektronischen Datenübermittlung für Behörden und Unternehmen sowie die Möglichkeit der Speicherung von Daten der amtlichen Statistik in georeferenzierten Gitterzellen zur verbesserten kleinräumigen Darstellung einige zeitgemäße Änderungen vorgenommen.

Die Änderungen der aktuellen Novelle des Bundesstatistikgesetzes, in Kraft getreten am 27. Juli 2016 durch das Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes und anderer Statistikgesetze vom 21. Juli 2016, dienen der **Entlastung, Harmonisierung, Flexibilisierung** sowie der **Rechtsklarheit und Rechtsbereinigung**.⁵

Durch die stärkere Nutzung von Verwaltungsdaten soll eine weitere **Entlastung** von Wirtschaft und Privatpersonen erreicht und deren Auskunftsaufwand für statistische Erhebungen künftig möglichst gering gehalten werden. Dies soll die Einführung des § 5a BStatG gewährleisten. Vor Änderung oder Anordnung einer Bundesstatistik soll das Statistische Bundesamt prüfen, ob zur Statistikerstellung qualitativ geeignete Daten bereits bei Stellen, die Verwaltungsdaten vorhalten, vorliegen.

Auf Anforderung des Statistischen Bundesamtes sind dabei Metadaten über die Datenbestände (u. a. Angaben über die Herkunft, die Struktur und den Inhalt der Daten) zu übermitteln. Sofern auf der Grundlage der übermittelten Metadaten eine Beurteilung der Eignung der Verwaltungsdaten nicht allein möglich ist, sind dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung formal anonymisierte Einzelangaben aus den Verwaltungsdatenbeständen zu übermitteln.

Zur Entlastung trägt weiterhin die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Führung eines allgemeinen Anschriftenregisters bei. Mit der Regelung zu § 13 Absatz 2 BStatG wird es dem Statistischen Bundesamt ermöglicht, ein auf reine Anschriftenmerkmale (georeferenzierte postalische Anschrift) beschränktes Register zu führen, in dem zusätzlich die Anzahl der dort lebenden Personen gespeichert werden darf, soweit dazu Angaben aus vorhandenen statistischen Erhebungen vorliegen. Damit soll dem Statistischen Bundesamt die Erfüllung seiner Daueraufgabe der Stichprobenplanung und methodischen Weiterentwicklung erleichtert werden.

Das Anschriftenregister wird mit beim Statistischen Bundesamt bereits vorhandenen Daten aufgebaut. Es ist jedoch keine Verpflichtung von Landesstellen vorgesehen, regelmäßig Daten zur Aktualisierung zuzuliefern. Vielmehr soll eine Aktualisierung nur anlassbezogen, etwa vor dem Zensus 2021, stattfinden.

Hinter dem Schwerpunkt **Harmonisierung** verbergen sich terminologische und materiell-rechtliche Anpassungen des deutschen Rechts an das neuere europäische Recht.

¹ Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314); gemäß § 17 Absatz 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) am 21. März 1980 außer Kraft getreten.

² Vgl. BT-Drucks. Nr. 10/5345 vom 17. April 1986.

³ Vgl. BT-Drucks. Nr. 10/5345 vom 17. April 1986, S. 20.

⁴ Vgl. BR-Drucks. Nr. 557/12 vom 21. September 2012.

⁵ Vgl. BT-Drucks. Nr. 18/7561 vom 17. Februar 2016.

Mit Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2015/759 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 über europäische Statistiken (ABl. L 123/90) ist nun die Koordinierungsrolle der nationalen Statistischen Ämter gestärkt und durch einen neuen Artikel 5a die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Leiter präzisiert worden. Infolgedessen findet auch die Bekräftigung der Koordinierungszuständigkeit des Statistischen Bundesamtes⁶ in der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes seinen Niederschlag.

Darüber hinaus beinhaltet der Schwerpunkt der Harmonisierung auch eine Verbesserung der Forschungs- und Analysemöglichkeiten für die unabhängige Wissenschaft durch einen erweiterten Zugang zu statistischen Daten in speziell abgesicherten Bereichen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Neben der bisher bereits vorgesehenen Übermittlung von faktisch anonymisierten Einzelangaben an Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung enthält § 16 Absatz 6 BStatG mit Nummer 2 eine neue Regelung, durch die den genannten Einrichtungen Zugang zu formal anonymisierten Einzelangaben gewährt wird.

Mit dem Schwerpunkt der **Flexibilisierung** soll das Ziel verfolgt werden, schneller auf sich verändernde Datenbedarfe z. B. seitens der Europäischen Union oder oberster Bundesbehörden reagieren zu können. Dies soll durch eine größere Flexibilität bei der Anordnung von Bundesstatistiken durch eine zustimmungspflichtige Rechtsverordnungsermächtigung gemäß § 5 BStatG sowie eine vereinfachte und klarere Anwendbarkeit von freiwilligen Erhebungen für besondere Zwecke nach § 7 BStatG erreicht werden.

Schließlich sollen mit dem Schwerpunkt **Rechtsklarheit und Rechtsbereinigung** Regelungsinhalte im Bundesstatistikgesetz oder in anderen Rechtsvorschriften integriert, umstrukturiert oder aufgehoben werden. Der wesentlichste Punkt stellt dabei die weitere Ausgestaltung des Statistikregisters dar,

das bislang im Bundesstatistikgesetz nur ansatzweise geregelt war. Die maßgebliche Rechtsgrundlage des Statistikregisters ergibt sich nun eindeutig aus § 13 Absatz 1 BStatG in Verbindung mit § 1 des Statistikregistergesetzes⁷.

Eine Gesamtsynopse mit einer Aufstellung aller Änderungen des Bundesstatistikgesetzes durch das Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes und anderer Statistikgesetze vom 21. Juli 2016 findet sich unter: <https://www.buzer.de/gesetz/5085/v200014-2016-07-27.htm>.

Juliane Ahlfeld leitet das Referat *Recht* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

⁶ Vgl. BT-Drucks. Nr. 18/7561 vom 17. Februar 2016, S. 15.

⁷ Statistikregistergesetz vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2016 (BGBl. I S. 1768) geändert worden ist.

Kurzbericht

Pendlerverflechtungen in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

von Hans Jürgen Volkerding

Berlin und Brandenburg sind wirtschaftlich zunehmend eng verflochten, was sich auch in wachsenden Berufspendlerströmen über die Ländergrenzen hinweg widerspiegelt. Im Auftrag der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg wurden diese und andere Pendlerverflechtungen analysiert, um größere Arbeitsmarktzentren in der Hauptstadtregion zu identifizieren, deren Einzugsbereiche zu bestimmen und räumliche Entwicklungstrends im Kontext Arbeitsmarkt, Verkehr und Suburbanisierung herauszuarbeiten.

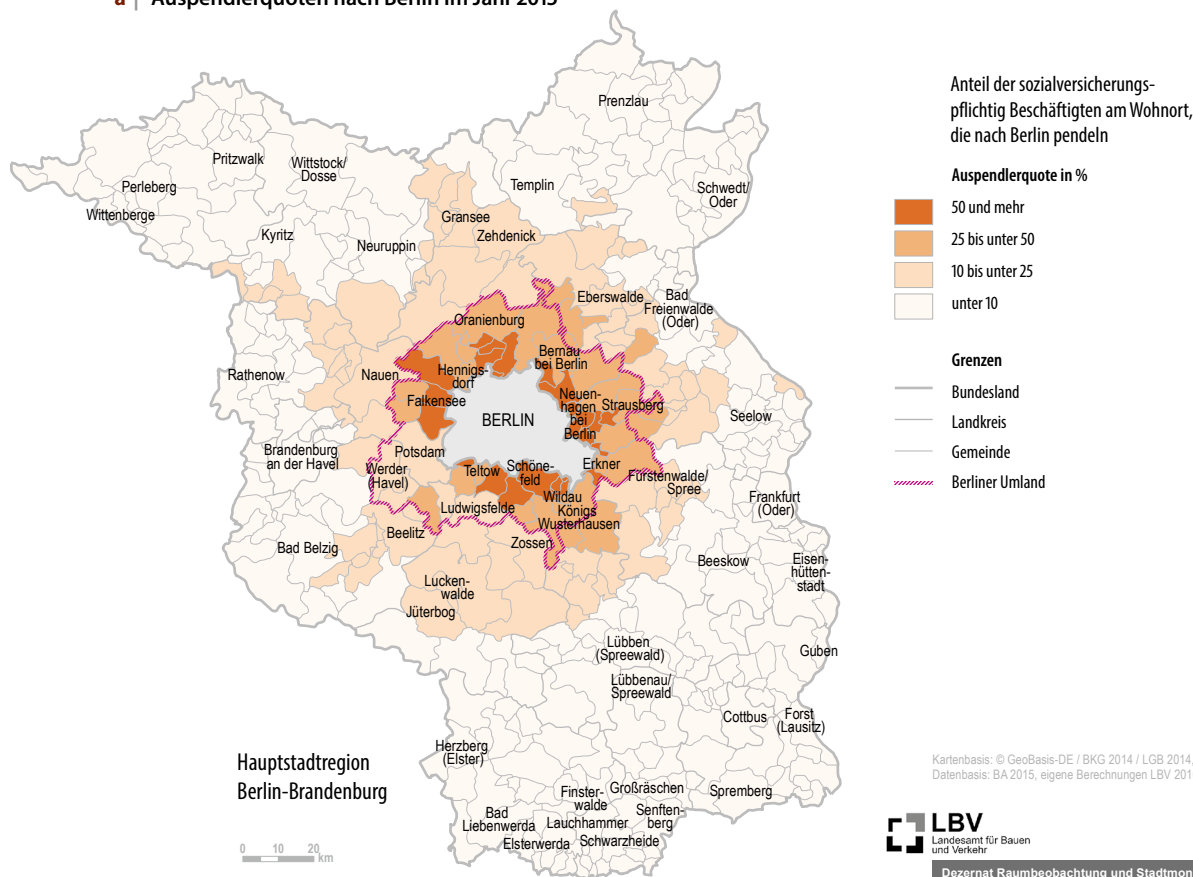
Daten zu Berufspendlern gehen auf Meldevverfahren zur Sozialversicherung zurück und werden von der Bundesagentur für Arbeit im jährlichen Turnus zum Stichtag 30.06. veröffentlicht. Einbezogen werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Arbeitsort und Wohnort (bzw. Hauptwohnsitz) in unterschiedlichen Gemeinden liegen. Die räumliche Mobilität kann dabei Folge von Wohnstandortverlagerungen sein, aber auch

eine Alternative zur Abwanderung, wenn eine hinreichende infrastrukturelle Anbindung gegeben ist. Die Möglichkeit zu pendeln, leistet auch einen Beitrag zur Stabilisierung ländlich geprägter Regionen.

Berlin nimmt unter den deutschen Großstädten hinsichtlich der Pendlerzahl „nur“ den dritten Rang ein, weist aber gegenüber den in dieser Beziehung führenden Metropolen München und Hamburg einen sehr viel höheren Zuwachs in der Summe aus Ein- und Auspendlern auf. Anders als die westdeutschen Großstädte konnte Berlin teilungsbedingt erst nach 1990 wieder stärker an funktionale Beziehungen mit seinem Umland anknüpfen, erlebte dann aber eine nachholende Suburbanisierung mit hoher Umlandwanderung und sich dynamisch entwickelnden Pendlerzahlen.

Für Beschäftigte, die im Land Brandenburg wohnen, ist Berlin das wichtigste Arbeitsmarktzentrum, arbeiteten von ihnen im Jahr 2015 doch allein ein Fünftel (knapp 200 000 Personen) in Berlin. Aber

a | Auspendlerquoten nach Berlin im Jahr 2015



auch in die Gegenrichtung pendeln mittlerweile rund 82 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Berlinerinnen und Berliner. Abgesehen von der Landeshauptstadt Potsdam ist dabei die Flughafengemeinde Schönefeld das häufigste Ziel. In der Bilanz aus Einpendler- und Auspendlerströmen ergibt sich für den Brandenburger Arbeitsmarkt eine starke Entlastungswirkung. Die Intensität der Pendlerverflechtungen nimmt mit wachsender Entfernung und damit in der Regel steigendem Zeit- und Kostenaufwand für den Arbeitsweg deutlich ab. So stellen Bewohnerinnen und Bewohner des Berliner Umlandes vier Fünftel der Brandenburger Arbeitspendler nach Berlin.

In den dünn besiedelten berlinfernen Landesteilen Brandenburgs bestehen zumeist großräumigere Pendlerverflechtungen und Einzugsbereiche der Arbeitsmarktzentren als im polyzentrischen Berliner Umland oder in der Lausitz. Im Land Brandenburg existieren über 20 Städte und Gemeinden mit

einem ausgeprägt positiven Pendlersaldo von mehr als 1 000 Beschäftigten. Hierzu gehören erwartungsgemäß die Oberzentren Potsdam, Cottbus, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder), aber auch zahlreiche Mittelzentren, die gleichzeitig wichtige Standorte für Bildung, Gesundheit, Handel und Verwaltung sind. Die Sicherung und Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit dieser zentralen Orte kommt somit gleichzeitig den Berufspendlern als auch der Daseinsvorsorge der Bevölkerung in der Region zugute.

Weitere Informationen und Karten zu Pendlerverflechtungen in der Hauptstadtregion sind auf den Internetseiten des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) des Landes Brandenburg abrufbar:

<http://www.lbv.brandenburg.de/4472.htm>.



Hans Jürgen Volkerding, Dipl. Geograph, ist Referent im Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) des Landes Brandenburg. Er arbeitet im Dezernat *Raumbewachung und Stadtmonitoring*. Im Rahmen eines öffentlichen Statistischen Kolloquiums

am 28. September 2016 im AfS stellte er aus landesplanerischer Sicht zentrale Ergebnisse der Pendlerverflechtungen in Berlin und Brandenburg dar und formulierte Schlussfolgerungen für die Raumentwicklung und -planung.

Kurzbericht

Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen – ein junges Arbeitsfeld im AfS

von Robert Budras

Seit einem Jahr ist das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) Mitglied der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (GGRdL). Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen (GGR) stellen Daten für Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft bereit und setzen sich aus folgenden drei Hauptkomponenten zusammen:

- die Gesundheitsausgabenrechnung,
- die Gesundheitspersonalrechnung und
- den Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz.

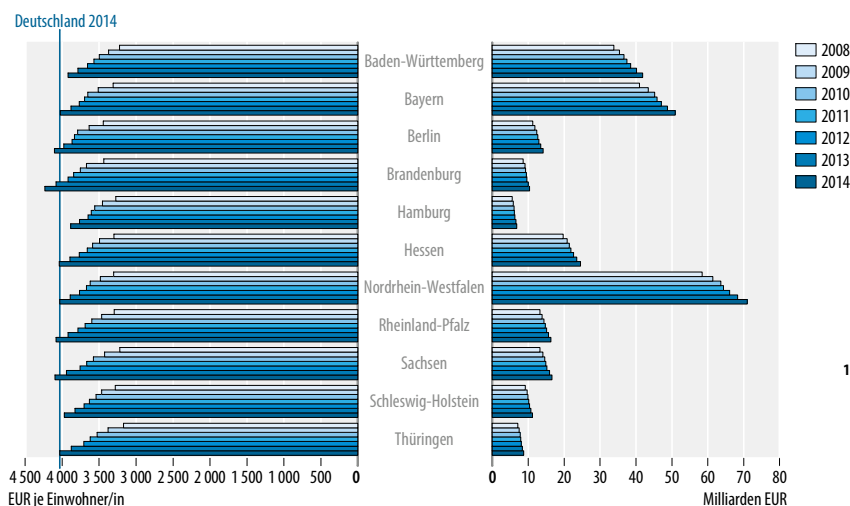
Die Gesundheitsausgabenrechnung zeigt den Ressourcenverbrauch im Laufe eines Jahres für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit. Die Ergebnisse zeigen über alle Bundesländer hinweg, dass die Gesundheitskosten seit 2008 deutlich steigen (Abbildung a). Dies gilt ebenfalls für die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner und als Anteil des Bruttoinlandsproduktes. Berlin weist unter allen Bundesländern, die sich an der GGRdL beteiligen, die stärkste Ausgabensteigerung seit 2008 auf. Wird jedoch die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt, so steht der Zuwachs in Berlin auf dem vorletzten Platz. In Brandenburg stiegen die Gesundheitsausgaben langsamer als in allen anderen betrachteten Ländern. Hier führt die Korrektur um die Bevölkerungsentwicklung zu Platz vier von elf und somit zu einer überdurchschnittlichen Ausgabensteigerung.

In der Gesundheitspersonalrechnung (GPR) berechnet die GGRdL die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen. Die GPR

weist die Beschäftigungsverhältnisse nach sieben Einrichtungsarten und nach Geschlecht aus. Zusätzlich stehen Vollzeitäquivalente zur Verfügung. In Brandenburg arbeiten 78,3 % aller Beschäftigten in der ambulanten und (teil-)stationären Gesundheitsversorgung und damit ein deutlich größerer Anteil als in Berlin mit 70,8 % (Abbildung b). Diese Differenz liegt hauptsächlich daran, dass in Berlin der Bereich der Vorleistungseinrichtungen¹ deutlich größer ist.

Die dritte Hauptkomponente der GGRdL bildet der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE). Der WSE bildet die Gesundheitswirtschaft in den Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab. Die GGRdL veröffentlicht die Bruttowertschöpfung und die Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft. Der WSE unterscheidet einen Kernbereich und einen erweiterten Bereich der Gesundheitswirtschaft. Der Kernbereich besteht aus dem gesundheitsrelevanten Teil des Wirtschaftszweiges Q „Gesundheits- und Sozialwesen“ nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008. Der erweiterte Bereich umfasst alle anderen gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige. Dazu gehören zum Beispiel der gesundheitsrelevante Groß- und Einzelhandel, die pharmazeutische Industrie und die Krankenkassen. In den Ergebnissen zeigt sich auch beim WSE, dass die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft steigt. Seit 2010 stieg in allen Bundesländern die Zahl der Erwerbstätigen – in Berlin um 8 % und in Brandenburg um 5 %. Brandenburg gehört zur Spitzengruppe beim

a | Gesundheitsausgaben in Deutschland und ausgewählten Bundesländern 2008 bis 2014



¹ Zu den Vorleistungseinrichtungen in Abgrenzung der GPR gehören die pharmazeutische, medizintechnische und augenoptische Industrie, der gesundheitsrelevante Großhandel und die medizinischen Labore.

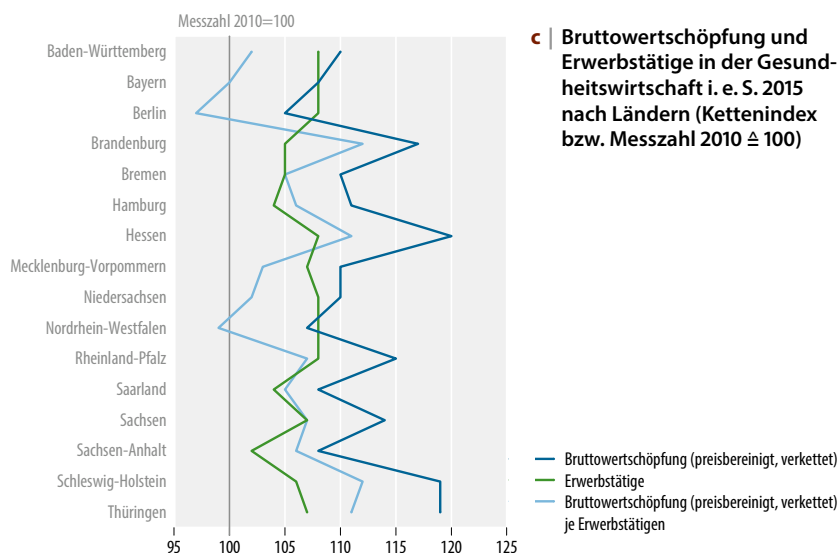
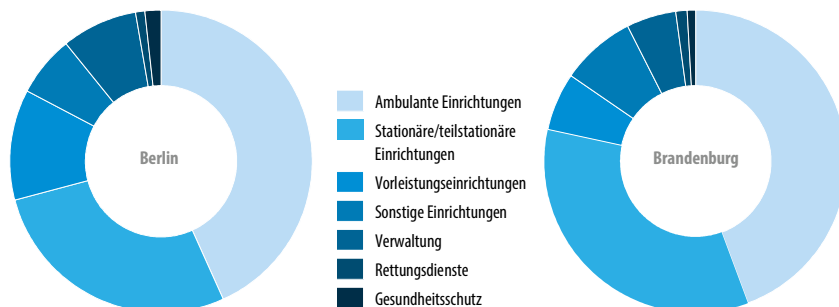
Wachstum der Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft mit einem Zuwachs von 17 % seit 2010. Berlin liegt aufgrund eines schwachen Jahres 2012 in der erweiterten Gesundheitswirtschaft bei einem Wachstum um 5 % seit 2010.

Die von der GGRdL produzierten Daten sind passfähig zu den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indikatoren. Damit folgen sie ebenfalls den Bestimmungen des System of Health Accounts 2011. Die GGRdL wendet gemeinsam entwickelte, offen dokumentierte Methoden auf Ausgangsdaten aus übereinstimmenden Quellen an. Dadurch werden vergleichbare Ergebnisse für die Bundesländer produziert. Die Arbeitsgruppe

verbessert die Methoden stetig und umfassend. Sie finden Ergebnisse und Methodenpapiere unter www.ggrdl.de.

Robert Budras, leitet die Sachgebiete Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen und Entstehungs- und Verwendungsrechnung im Referat *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Die Ergebnisse und Methoden der GGRdL stellte er am 5. Oktober 2016 im Rahmen eines öffentlichen Statistischen Kolloquiums am Berliner Standort des AfS vor.

b | Anteil der Beschäftigten der Teilbereiche an allen Beschäftigten der Gesundheitswirtschaft des Jahres 2013 in %



c | Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft i. e. S. 2015 nach Ländern (Kettenindex bzw. Messzahl 2010 = 100)

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

– Vision 2020 – die zentrale Strategie im Europäischen Statistischen System

von Ingo Koltzk und Thomas Troegel

Mit der ESS-Vision 2020¹ wird die zentrale Strategie zur Entwicklung des Europäischen Statistischen Systems (ESS) bezeichnet. Die „neue“ Vision 2020 betrifft Eurostat und die Statistikproduzenten in den Staaten der Europäischen Union sowie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone. Der Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) hatte im Mai 2014 die Vision 2020 verabschiedet, mit der das gesamte Europäische Statistische System so ausgerichtet werden soll, dass es erfolgreich den aktuellen Herausforderungen in der amtlichen Statistik gerecht wird.

Die amtliche Statistik steht einer wahren **Datenrevolution** gegenüber, denn der digitale Wandel und die immer weiter zunehmende Verfügbarkeit von Daten sind auch für die Statistikbereiche von strategischer Relevanz. Dabei ist die Bedeutung der jeweiligen Daten schnell und sinnvoll zu bewerten und zu interpretieren. Unbestritten ist, dass die neuen Datenquellen ein erhebliches Potenzial bieten, um die Aktualität und die Relevanz der amtlichen Statistiken zu steigern und gleichzeitig die Belastung der Auskunftgebenden zu verringern. Zukünftig wird durch neue Datenproduzenten ein verstärkter Wettbewerbsdruck entstehen, der nicht ausschließt, dass sich die Rolle der amtlichen Statistik verändern oder anpassen wird. Die zentrale Frage, die zu stellen ist, zielt darauf, welche Rolle einer verlässlichen und hochwertigen Informationsinfrastruktur in einem solchen Umfeld künftig zukommt.

Die **Globalisierung** hat die Welt verändert. Es hat sich eine neue, komplexe Realität herausgebildet, die von der amtlichen Statistik abgebildet werden muss und sich in neuen Messgrößen widerspiegelt. So erfordern z. B. Wirtschafts- und Finanzkrisen, veränderte oder neue Organisationsformen in der Wirtschaftsproduktion mit globalen Wertschöpfungsketten und multinationalen Unternehmensgruppen, weltweite Trends in der Bevölkerungsentwicklung, aber auch Fragen einer nachhaltigen Entwicklung neue Statistikprodukte. Diese gehen deutlich über das einfache Aufaddieren nationaler Ergebnisse hinaus und sind für unterschiedliche Zwecke nutzbar. Neben Statistiken auf globaler und europäischer Ebene werden zur Unterstützung politischer Prozesse auf nationaler und regionaler Ebene zunehmend Statistiken benötigt, die geografisch tiefer untergliedert sind.

Qualität ist nie billig und das bedeutet, dass gute Statistiken ihren Preis haben. Qualitativ hochwertige statistische Informationen sind nicht ohne angemessene Kosten zu erstellen. Gleichzeitig bewirken die wachsenden Sparzwänge in den öffentlichen Berei-

chen, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen in allen Statistischen Ämtern zurückgehen. Somit steht die amtliche Statistik vor der großen Herausforderung, bei geringer werdenden personellen Ressourcen und der gleichzeitigen Forderung nach Bürokratieabbau weiterhin die hohe Qualität und die Relevanz der Daten zu gewährleisten.

Nicht zuletzt spiegelt die amtliche Statistik auch die Entwicklung der Gesellschaft wider und ermöglicht auf dieser Basis eine entscheidende Grundlage für Europas Zukunft. Genau vor diesem Hintergrund lassen sich die verschiedenen Entwicklungsphasen der Europäischen Union erkennen, wobei nicht eindeutig vorhergesagt werden kann, in welche Richtung sich der nächste Schritt des Projekts Europa vollziehen wird. Wenn unterstellt wird, dass die aktuelle Periode sich in gewisser Weise als Phase der „Krisenbewältigung“ bezeichnen lässt, könnten möglicherweise unterschiedliche Formen der Integration folgen. Unabhängig davon, welche wirtschaftspolitische Steuerung sich etablieren wird, soll auch bei künftigen Entscheidungsprozessen uneingeschränkt eine solide Datengrundlage bereitgestellt werden können. Dabei stehen zunehmend quantitative Ziele im Mittelpunkt. Weiterhin werden Schwellenwerte definiert und vorgegeben, die auf statistischen Indikatoren basieren. Für die nationalen Statistikämter heißt das, dass zunehmend steigende Qualitätsanforderungen für diese Indikatoren zu gewährleisten sind.

Die ESS-Vision 2020 ist als das zentrale Bezugsdokument für die strategische Beschlussfassung auf ESS-Ebene anzusehen. Sie dient einer Orientierung für künftige Kooperationsvorhaben im ESS und wirkt gleichzeitig unterstützend bei der Festlegung von Schwerpunkten. Darüber hinaus stellt sie ein Kommunikationsinstrument hinsichtlich der Zukunft der europäischen Statistiken für alle Interessenträger auf nationaler und europäischer Ebene dar. Auch hinsichtlich der Halbzeitüberprüfung des aktuellen mehrjährigen statistischen Programms und seiner möglichen Verlängerung bis zum Jahr 2020 ist die ESS-Vision 2020 eine wesentliche Grundlage.

Mit der ESS-Vision 2020 wird von einem ganzheitlichen Ansatz ausgegangen, mit dem Qualitäts- und Effizienzzuwächse erreicht werden sollen. Die Methodik der Statistiken in Europa soll bis 2020 so weiterentwickelt werden, dass Möglichkeiten des

¹ <http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/ess-vision-2020>

digitalen Umbaus und der neuen Datenquellen intensiv genutzt werden. Dabei fungiert die Qualität im statistischen Prozess als (projekt)übergreifendes Element (Quality in the ESS Vision). Weiterhin werden die Bedeutung der Informationsverbreitung und die Nutzereinbindung kontinuierlich verbessert.

Im Mai 2014 verabschiedete der ESS-Ausschuss die ESS-Vision, die vereinfacht nachfolgende fünf Schlüsselbereiche bei ihrer Erstellung umfasst:

1. die Ermittlung des Bedarfs der Nutzer und Zusammenarbeit mit den Interessenträgern,
2. die Qualität der europäischen Statistiken,
3. die Erschließung und Nutzung neuer Datenquellen,
4. die Einführung und Umsetzung von effizienten und robusten statistischen Prozessen,
5. die Verbreitung von europäischen Statistiken und Kommunikation zu Fragen der europäischen Statistiken.

Ferner wurde der allgemeine Ansatz für die Umsetzung der Vision 2020 in groben Zügen umrissen und hierfür wichtige Elemente identifiziert, bei denen es unter anderem um eine pragmatische und gut begründete Auswahl gemeinsam durchzuführender Umsetzungsprojekte geht. Nicht zuletzt ging es um die Ausarbeitung zielgerichteter begleitender Rahmenbedingungen, den Aufbau von Kompetenzzentren und die Einrichtung geeigneter Governance-Strukturen und -Mechanismen.

Einen wesentlichen Teil der Governance-Struktur stellt die sogenannte Vision Implementation Group (VIG) dar, welche im Namen des AESS die Implementierung der ESS-Vision 2020 strategisch überwacht. Diese Gruppe berät den AESS und erarbeitet Empfehlungen für Entscheidungen, welche die ESS-Vision 2020 betreffen. Die VIG umfasst Führungskräfte aus acht EU-Mitgliedstaaten, einem EFTA²-Land und Eurostat.

Zu Beginn des Jahres 2015 entschied der AESS, dass die ESS-Vision 2020 unbedingt weiter umzusetzen ist. Dafür wird sich zunächst auf die Umsetzung von acht Projekten beschränkt. In welchem Maße und Umfang diese Modernisierungsprojekte weiterentwickelt werden, hängt zu einem nicht unerheblichen Teil davon ab, dass fortlaufend Mittel für das ESS verfügbar sind.

In diesem Zusammenhang spielt auch „Big Data“ (Datenbestände, die weder durch statistische Erhebungen noch durch Verwaltungsvorgänge zustande kommen, sondern im Zuge technischer Abläufe eher anfallen als absichtsvoll entstehen) eine wichtige Rolle. So entwickeln nationale Statistikämter ausgewählter EU-Mitgliedstaaten sowie andere europäische, supra- und internationale Einrichtungen (z. B. die Generaldirektion Mobilität und Transport, die OECD, die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa) und die Wissenschaft einen konkreten Arbeits- und Zeitplan für

gezielte Nutzungsmöglichkeiten von „Big Data“ für die amtliche Statistik als ein Teil der ESS-Vision 2020.

Trotz dieser recht genauen Vorgaben muss eine laufende Priorisierung der Projekte erfolgen, damit das Arbeitsportfolio auf das Umsetzbare begrenzt bleibt.

Nicht zuletzt stellt Eurostat aktuell verschiedene Informationsangebote hinsichtlich der Umsetzung der ESS-Vision 2020 zur Verfügung. Hierzu gehören das Internetangebot unter <http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/ess-vision-2020> sowie ein Newsletter.

Zusammenfassend gilt, dass aus aktueller Sicht das wahrscheinlich wichtigste Vorhaben im ESS die Umsetzung der ESS-Vision 2020 ist. In diesem Zusammenhang gewinnt gleichzeitig der europäische Austausch von Mikrodaten immer mehr an Bedeutung.

Ingo Koltzk leitet die Abteilung *Wirtschaftsbereiche und Unternehmen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Dr. Thomas Troegel leitet das Referat *Flächennutzung, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Quellen

- Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und den Beschluss 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften
- Verordnung (EU) 2015/759 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 über europäische Statistiken
- Unterlagen der Gemeinsamen Fortbildung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: „Das Europäische Statistische System (ESS)“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 12.-13. März 2015
- <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/DE/1-2015-309-DE-F1-1.PDF>
- Informationen aus der amtlichen Statistik. Statistisches Bundesamt, 1/2015, Januar–März 2015, erschienen im April 2015

² Europäische Freihandelsassoziation (englisch: European Free Trade Association, EFTA)

Seit der CVTS 3 für das Berichtsjahr 2005 sind alle EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, diese Erhebung im 5-Jahres-Rhythmus auf Grundlage europäischer Rechtsvorschriften durchzuführen. In der Mehrzahl der EU-Länder sind die Unternehmen auskunftspflichtig. In Deutschland ist die Teilnahme an der Erhebung für die Unternehmen freiwillig.

Spätestens 18 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres werden die nationalen Daten an Eurostat übermittelt. Nach nicht mehr als 21 Monaten sollen die nationalen Qualitätsberichte zur Beurteilung der Datenqualität bei Eurostat vorliegen (siehe Abbildung a).

Die Fünfte Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS 5)

Die CVTS 5 basiert, wie die Erhebungen zuvor, auf einer geschichteten Zufallsstichprobe. Schichtungskriterium sind die Wirtschaftszweige nach der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2) und die Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen. In Deutschland wurden im Zeitraum von Februar 2016 bis September 2016 etwa 12 000 Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten befragt. Für die Region Berlin-Brandenburg wurden insgesamt 624 Unternehmen auf Grundlage einer Stichprobenziehung aus dem Unternehmensregister im November 2015 ausgewählt.

Die Erhebung in Deutschland wurde als eine Kombination aus postalischer Befragung mit schriftlichem Fragebogen und Onlinebefragung über ein Formular der Internet Datenerhebung im Verbund (IDEV) durchgeführt. Für die Dateneingabe und -plausibilisierung programmierte der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) eine Eingabe- und Prüfsoftware. Eingearbeitet wurden von Eurostat vorgegebene Plausibilitätsprüfungen und vom Statistischen Bundesamt entwickelte logische und arithmetische Prüfungen.

Die Prüfung der Daten auf Plausibilität bei einer Übermittlung per IDEV war sehr viel weniger umfangreich als innerhalb der Eingabe- und Prüfsoftware, um Abbrüche durch die Auskunftgebenden zu vermeiden.

Eine Rücklaufstatistik, welche aus der Eingabe- und Prüfsoftware generiert werden konnte, wurde dem Statistischen Bundesamt wöchentlich zur Verfügung gestellt. Das Statistische Bundesamt verarbeitete die Rückläufe und gab ebenfalls wöchentlich einen Gesamtüberblick über die Bearbeitungsstände in den Statistischen Landesämtern zur Kenntnis zurück.

Wie bei der vorherigen CVTS-Erhebung bot IT.NRW an, die Feldarbeit für andere Statistische Landesämter kostenpflichtig durchzuführen. Dieses Angebot wurde von sieben Statistischen Landesämtern genutzt. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg entschied sich auch bei der neuesten CVTS dafür, die Feldarbeit wieder selbst durchzuführen.

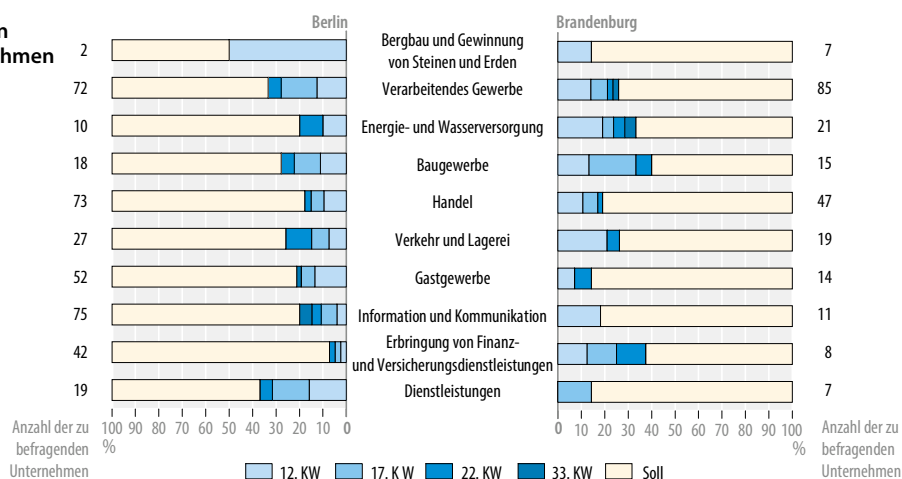
Das Statistische Bundesamt lieferte den Statistischen Landesämtern die gedruckten Fragebögen und die Adressen der zu befragenden Unternehmen. Der Versand der Fragebögen nebst Anschreiben und adressierten und frankierten Rückumschlägen erfolgte durch die Statistischen Landesämter. Der Fragebogen gliederte sich in folgende Teile, von denen die Teile 1-3 und 7 von allen Unternehmen zu beantworten waren, unabhängig davon, ob Weiterbildungen stattfanden.

- 1: Strukturdaten des Unternehmens
- 2: Weiterbildungsstrategien des Unternehmens
- 3: Weiterbildungsaktivitäten des Unternehmens
- 4: Lehrgänge, Kurse und Seminare zur beruflichen Weiterbildung, an denen Beschäftigte teilgenommen haben
- 5: Angaben zur Qualitätssicherung und Bewertung der Weiterbildungsergebnisse
- 6: Nennung der Gründe für fehlende Weiterbildungsangebote
- 7: Betriebliche Erstausbildung im Unternehmen

Feldarbeit

Mit Schreiben vom 15.02.2016 erfolgte der Erstversand der Erhebungsunterlagen an die ausgewählten Unternehmen. Wie in der vorherigen Erhebung wurden zwei Erinnerungsschreiben mit Datum vom 23.03.2016 und 27.04.2016 an Unternehmen versandt, von denen keine Reaktion erfolgt war. Dem ersten Erinnerungsschreiben waren zudem erneut

b | Eingang der Erhebungsdaten von teilnehmenden Unternehmen im zeitlichen Verlauf 2016



ein Fragebogen und ein adressierter und frankierter Rückumschlag beigefügt. Die telefonische Nachfassaktion begann Anfang Juni und endete im September 2016. Sie hatte zum Ziel, Daten von Unternehmen einer Schicht mit geringer Antwortquote zu erhalten, um die Imputationskriterien von Eurostat zu erfüllen (Abbildung b).

Die telefonische Kontaktaufnahme gestaltete sich schwierig, da insbesondere bei größeren Unternehmen mit Hauptsitz in einem anderen Bundesland oder im Ausland die Zuständigkeiten nicht eindeutig geklärt oder die Kosten für die Niederlassung nicht ausgewiesen werden konnten. Häufig wurde die zeitliche Belastung durch eine entsprechende Recherche bei verschiedenen Unternehmensbereichen von den Auskunftgebenden für eine freiwillige Befragung als zu hoch eingeschätzt.

Von den 624 ausgewählten Unternehmen für die Region Berlin-Brandenburg konnten 30 Unternehmen nicht berücksichtigt werden. Bei diesen ergab sich während der Feldarbeit, dass dieses Unternehmen entweder nunmehr weniger als 10 Beschäftigte hatte, sich in Liquidation befand, erloschen oder in Konkurs gegangen war. In diesen Fällen handelte es sich um unechte Antwortausfälle. Hier enthielt die Stichprobe Unternehmen, die zu

Beginn der Feldarbeit nicht mehr zum Erhebungsbereich der Befragung gehörten.

121 Unternehmen mussten als echte Antwortausfälle signiert werden. In der Mehrzahl dieser Fälle teilten die Unternehmen schriftlich oder telefonisch mit, an der freiwilligen Befragung nicht teilzunehmen. In elf Fällen wurden die Erhebungsunterlagen als unzustellbar retourniert.

Die Plausibilisierung der eingegangenen Fragebögen erwies sich als sehr arbeitsintensiv und erforderte fast immer telefonische Rückfragen und entsprechende Korrekturen. Um eine zufriedenstellende Datenqualität zu erhalten, war diese zeitintensive Nachbearbeitung außerordentlich wichtig und durch entsprechende Muss-Fehler-Spezifikationen im Plausibilisierungsprogramm zwingend vorgesehen.

Ferner war es notwendig, die befragten Unternehmen im statistischen Unternehmensregister entsprechend ihrer Teilnahme an der CVTS 5 zu kennzeichnen. Diese übliche Praxis gewährleistet, dass Unternehmen für Befragungen nicht zu häufig herangezogen werden und die durch statistische Erhebungen stattfindenden Belastungen im vertretbaren Rahmen bleiben.

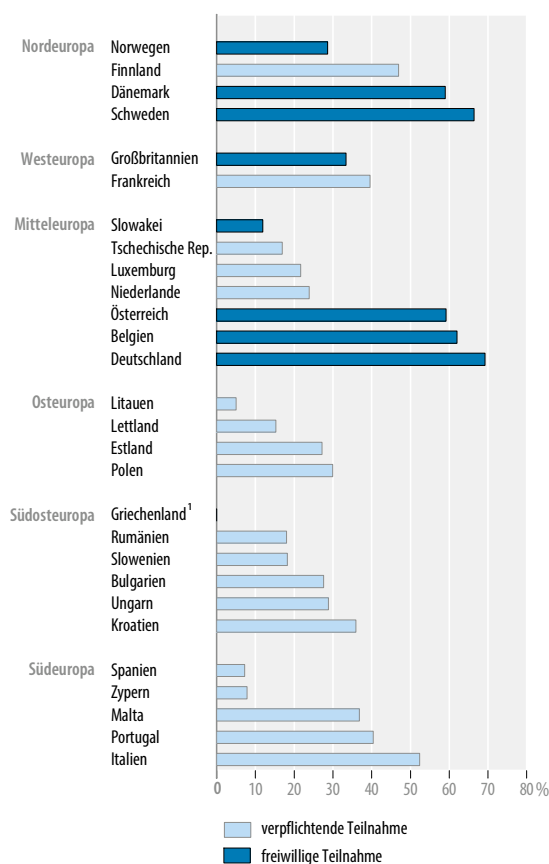
Herausforderungen und Chancen

Mit einem Antwortausfall von 69,2% führte Deutschland bei der CVTS 4-Erhebung das Ranking innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten an (Abbildung c). Bei der CVTS 5 konnte für die Region Berlin-Brandenburg eine bereinigte Rücklaufquote (ohne unechte Antwortausfälle) von rund 25% erreicht werden. Dabei bewegten sich die Rücklaufquoten in den wöchentlichen Gesamtüberblicken in Berlin knapp unterhalb und im Land Brandenburg knapp oberhalb der gesamtdeutschen bereinigten Rücklaufquote. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch bei der CVTS 5-Erhebung mit einem hohen Antwortausfall für Deutschland zu rechnen ist.

Während der CVTS 5 wurde im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg telefonisch oder schriftlich von Seiten der Unternehmen nachgefragt, ob die Erhebung verpflichtend oder freiwillig sei. Der erneute Hinweis auf die freiwillige Teilnahme (im Fragebogen unter Rechtsgrundlagen aufgeführt) ließ die Fragenden in der Regel von der Beantwortung Abstand nehmen. Ob allerdings der Verzicht auf die Auskunftspflicht in Deutschland die hohen Antwortausfälle erklärt, ist bei Betrachtung der Rücklaufquoten der EU-Mitgliedstaaten bei der CVTS 4 fraglich.

Aufgrund der Komplexität des Fragebogens war es nicht möglich, telefonische Befragungen durchzuführen und damit zu einem besseren Antwortverhalten beizutragen. Selbst bei Unternehmen, die keine Weiterbildungsmaßnahmen durchführten, waren der Umfang und die Tiefe der erfragten allgemeinen Angaben zu groß, um die benötigten Informationen mit wenig Aufwand aus einer Hand zu erhalten.

c | Antwortausfälle bei der CVTS 4



¹ Der nationale Qualitätsbericht Griechenlands lag zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Qualitätsberichtes der EU zur CVTS 4, 20.10.2015, noch nicht vor.

Als sehr problematisch für viele Unternehmen stellten sich die Fragen zu den Gesamtkosten der Weiterbildungsmaßnahmen und der einzelnen Kostenelemente dar. Einzelne Kostenpositionen wurden oft nicht im Buchhaltungssystem getrennt erfasst. Selbst grobe Schätzungen fielen deshalb häufig schwer.

Das Statistische Bundesamt nahm Hinweise und Vorschläge seitens der Statistischen Landesämter dankbar auf. Zukünftige Modifikationen im Erhebungsprogramm und die Diskussion über bestimmte Erhebungsproblematiken in den Eurostat-Gremien werden voraussichtlich folgen.

Ergebnisse der CVTS 5 für Deutschland werden vom Statistischen Bundesamt voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2017 veröffentlicht. Regionale Ergebnisse werden nicht publiziert.

Grit Schimkat leitet das Sachgebiet *Berufsbildungsstatistik* im Referat *Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Ausgewählte Ergebnisse der 4. Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen (CVTS 4)*

- 73 % der deutschen Unternehmen bilden ihre Beschäftigten weiter.
- 61 % der Unternehmen bieten Lehrveranstaltungen an, 66 % andere Formen der Weiterbildung.
- 47 % aller Beschäftigten in Unternehmen mit entsprechendem Angebot nehmen an Lehrveranstaltungen teil. Die Teilnahmequote der Frauen beträgt 43 %, die der Männer 49 %.
- In Unternehmen mit Lehrveranstaltungen bilden sich Teilnehmende im Durchschnitt 23 Stunden im Jahr weiter.
- Die Unternehmen wendeten je Teilnehmenden im Durchschnitt 1563 EUR für Lehrveranstaltungen auf, je Beschäftigten 617 EUR.

* Quelle: Anschreiben an die ausgewählten Unternehmen zur CVTS 5

Gesundheit

▮ Wege ans Licht der Welt

Die Entwicklung der Geburtshilfemethoden in Berlin und Brandenburg seit 2004

von **Katrin Möbius**

Geburt ist nicht gleich Geburt. Von den 2015 in deutschen Krankenhäusern von 716 539 Frauen geborenen 730 800 Kindern kamen nicht alle auf natürlichem Weg zur Welt; in vielen Fällen musste eine sogenannte Geburtshilfemethode angewendet werden. Diese werden auch im Rahmen der amtlichen Krankenhausstatistik erfasst. In diesem Beitrag wird die Entwicklung der drei häufigsten Geburtshilfemethoden – Zangengeburt, Vakuumextraktion und Kaiserschnitt – in den Ländern Berlin und Brandenburg seit 2004 dargestellt und mit der gesamtdeutschen Entwicklung in Beziehung gesetzt.

Die der Analyse zugrunde liegenden Daten stammen aus Teil I der amtlichen Krankenhausstatistik, welche als jährliche Vollerhebung der Krankenhäuser sowie der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt wird. Vor dem Blick auf die Zahlen sollen die Geburtshilfemethoden kurz erläutert werden.

Die *Zangengeburt* dient zur vaginal operativen Beendigung der Geburt. Als Instrument kommt dabei die in ihren ersten Formen schon Mitte des 17. Jahrhunderts entwickelte Geburtszange zum Einsatz, die in Größe und Form auf die unterschiedlichen anatomischen Besonderheiten von Mutter und Kind zugeschnitten ist. Die Zangenlöffel umfassen fest den Kopf des Kindes und der Geburtshelfer kann so – unterstützt durch die Wehen – über den Griff der Zange Zug auf das Kind ausüben. Die Anwendung der Geburtszange erfordert jedoch einige Übung seitens des Geburtshelfers und ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich und sinnvoll; so muss der Kopf des Kindes etwa schon die Beckenmitte erreicht haben. Anders als bei der Vakuumextraktion ist es dem Geburtshelfer bei der Zangengeburt möglich, den Kopf des Kindes zu drehen.

Die *Vakuumextraktion* (vulgo Saugglockenentbindung) ist ebenfalls eine Methode der vaginal operativen Entbindung. Der Vakuumextraktor besteht aus einer Pumpe, einer Vakuumflasche, dem Schlauchsystem und Saugglocken in verschiedenen Größen und Materialien. Wie bei der Zangengeburt muss auch hier der Kopf des Kindes schon die Beckenmitte erreicht haben. Bei der Saugglockenentbindung wird die anatomisch größtmögliche Saugglocke auf den Kopf des Kindes gesetzt und dann langsam – um den Kopf des Kindes zu schonen – das Vakuum aufgebaut. Ähnlich wie bei der Zangengeburt wird dann, durch die Wehen unterstützt, über den Griff der Saugglocke durch den Geburtshelfer Zug auf das Kind ausgeübt. Die Saugglockengeburt

ist eine vergleichsweise neue Technik, die erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts eingesetzt wird.

Der Begriff *Kaiserschnitt* (lat. *sectio caesarea*) ist folgendermaßen zu erklären: Laut dem römischen Schriftsteller Plinius leitet sich der Name daraus her, dass der erste Träger des Namens Caesar aus dem Mutterleib geschnitten wurde. Da aus Caesar der Begriff Kaiser entstand, wurde analog aus der *sectio caesarea* der Kaiserschnitt. Dabei wird der Fötus auf operativem Wege aus der Gebärmutter der Mutter geholt, wozu ein Unterbauch-Querschnitt vorgenommen wird. Die Annahme, dass der Kaiserschnitt entsprechend seit der Antike mehr oder weniger regelmäßig praktiziert wurde, ist jedoch falsch: Bis ins Mittelalter hinein ging ein Kaiserschnitt ausnahmslos mit dem Tod der Mutter einher und fand nur in den Fällen Anwendung, in denen die Mutter bei oder kurz vor der Geburt verstarb und man hoffte, das Leben des ungeborenen Kindes noch retten zu können. Auch wurde er in einigen Fällen postum angewandt, um das ungeborene Kind getrennt von der Mutter bestatten zu können. Der Kaiserschnitt blieb noch lange die *Ultima Ratio*, die in der Regel mit dem Tod der Mutter und oft auch mit dem des Kindes endete. Selbst in den 1880er Jahren starben noch vier von fünf Müttern, an denen ein Kaiserschnitt vorgenommen wurde, an dessen Folgen. Erst im Zuge der rasanten Entwicklung der medizinischen Möglichkeiten ist das Risiko, den Eingriff nicht zu überleben, inzwischen auf ein Niveau gesunken, das dem einer natürlichen Geburt entspricht. So ist der Kaiserschnitt heute in Deutschland mit einem Drittel der Krankenhausgeburten schon als selbstverständliche Alternative zur natürlichen Geburt einzustufen. Diese Methode gilt im Allgemeinen als sicher, unkompliziert und schnell. Auch die hierzulande extrem niedrige Säuglingssterblichkeit rund um die Geburt ist ein Verdienst des Kaiserschnitts. Kindern, die etwa in der 30. Schwangerschaftswoche noch lange nicht selbst die Kraft gehabt hätten,

auf natürlichem Weg auf die Welt zu kommen, kann so ein gesundes Leben geschenkt werden. Dennoch wird vermehrt die Überlegung laut, ob der Kaiserschnitt so häufig Anwendung finden sollte. Während die inhaltliche Debatte in den einschlägigen Fachkreisen am besten aufgehoben ist, bleibt der amtlichen Statistik die Betrachtung der erhobenen Daten.

Die Vakuumextraktion wurde 2015 deutschlandweit bei 42 451 Frauen (5,9%) angewendet, während die Zangengeburt bei lediglich 2 889 Frauen (0,4%) Anwendung fand und damit eine deutlich geringere Rolle spielte. Eine besonders herausgehobene Rolle aber besaß der Kaiserschnitt: 222 919 Frauen (31,1%) bekamen 2015 ihre Kinder per Kaiserschnitt. Zwischen 2004 und 2015 bedeutet dies eine prozentuale Zunahme von 21,7%. Der größte Zuwachs war bei den Vakuumextraktionen mit einem Plus von 44,4% festzustellen. Die Zahl der Zangengeburten hingegen ging im gleichen Zeitraum um 59,5% zurück.

In den Ländern Berlin und Brandenburg ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. In Berlin wurden 2015 insgesamt 39 140 Frauen entbunden. Neben natürlichen Geburten wurden von den 13 Krankenhäusern, die Entbindungen durchführten, 45 Zangengeburten (0,1%), 3 220 Vakuumextraktionen (8,2%) und 10 865 Kaiserschnitte (27,8%) gemeldet. Damit lag Berlin bei der Kaiserschnitttrate unter dem Bundesdurchschnitt. Vergleicht man auch hier die Entwicklung seit 2004 (Abbildung a), ergibt sich bei den Kaiserschnittentbindungen mit 72,3% der höchste Zuwachs. Die Vakuumextraktion nahm um 61,0% zu, während bei der Zangengeburt ein starker Rückgang um 81,7% zu verzeichnen ist.

In Brandenburg wurden im selben Zeitraum 15 097 Frauen entbunden, neben natürlichen Geburten wurden von den 25 Krankenhäusern, die Entbindungen durchführten, 60 Zangengeburten (0,4%), 641 Vakuumextraktionen (4,2%) und 3 862 Kaiserschnitte (25,6%) gemeldet. Damit lag Brandenburg deutlich unter dem Bundesdurchschnitt der Kaiserschnittentbindungen. Der größte Zuwachs ist mit +37,0% bei den Vakuumextraktionen erkennbar. Dieser war aber geringer als bundesweit und in Berlin. Die Kaiserschnitttrate nahm um 23,7% zu und lag damit leicht über der gesamtdeutschen Entwicklung. Die Zahl der Zangengeburten ging ebenfalls stark zurück (-74,4%).

Insbesondere die Geburten mittels Kaiserschnitt stiegen seit 2004 sowohl in Deutschland als auch in den Ländern Berlin und Brandenburg an, wobei der Zuwachs in Berlin überdurchschnittlich hoch ist.

1 | Entbindungen in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2004 und 2015 nach Geburtshilfsmethoden

Entbindungen	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
	2004	2015	2004	2015	2004	2015
Insgesamt.....	30 469	39 140	15 180	15 097	682 767	716 539
darunter						
Zangengeburt.....	246	45	234	60	7 142	2 889
Vakuumextraktion...	2 000	3 220	468	641	29 405	42 451
Kaiserschnitt.....	6 306	10 865	3 121	3 862	183 122	222 919

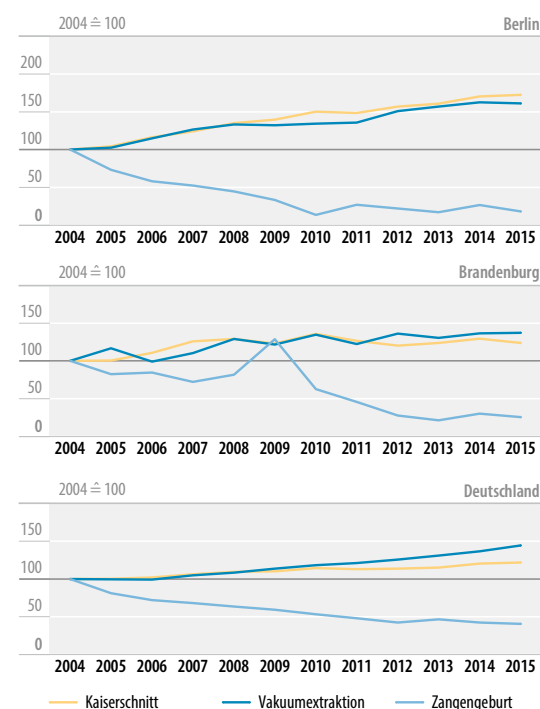
Gründe für diese Entwicklung könnten neben den sogenannten Wunschkaiserschnitten, bei denen auf Bitten der Mutter/der Eltern ein Geburtstermin und die vermeintlich kürzere und schmerzärmere Geburtsmethode ausgewählt werden kann, auch der Anstieg der Risikoschwangerschaften durch das steigende Lebensalter der Gebärenden, die Häufung von Mehrlingsschwangerschaften sowie das steigende Geburtsgewicht der Neugeborenen in Industrieländern sein.

Gründe für eine Vakuumextraktion oder eine Zangenentbindung sind eine unzureichende Versorgung des Kindes mit Sauerstoff, die Erschöpfung der Gebärenden oder kombinierte Indikationen. Die Anzahl der Geburten mittels Geburtszange sanken jedoch stark, während dieselben mittels Vakuumextraktion anstiegen. Die Methode der Vakuumextraktion wird der Zangengeburt oft vorgezogen, weil bei ihr weniger Komplikationen bei Mutter und Kind befürchtet werden. Die Kopfgeschwulst, eine Schwellung des Unterhautgewebes des Kindes unter der Glocke, ist als mögliche Komplikation nach einer Saugglockengeburt normal und harmlos. Bei der Zangengeburt hingegen kann es beim Kind durch den Druck der Löffel zu Abschürfungen und Hämatomen der Haut und zu zeitweiligen oder dauerhaften Lähmungen des Gesichtsnervs kommen.

Nicht außer Acht gelassen werden darf aber, dass auch der anscheinend immer beliebter werdende Kaiserschnitt gesundheitliche Risiken für Mutter und Kind birgt.

Katrin Möbius leitet das Sachgebiet Gesundheitswesen im Referat Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

a | Entwicklung der Geburtshilfsmethoden in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2004 bis 2015



Bevölkerung

■ Differenzierte Fertilitätsstrukturen und sozioökonomische Profilbildung auf Ebene der Prognoseräume in der Metropole Berlin

von Jörn Ehlert

„Die Zukunft des Volkes hängt nicht von der Zahl der Kraftwagen ab, sondern von der Zahl der Kinderwagen.“ Das stellte der Kölner Kardinal Josef Frings bereits in den 1960er Jahren fest. [1] Und obwohl diese Erkenntnis jetzt über 50 Jahre alt ist, gibt es in Deutschland und auch in Berlin seit ungefähr dieser Zeit Geburtenzahlen, die eine Bestandserhaltung oder gar ein Wachstum der Bevölkerung allein aus Geburten nicht zulassen. Zudem sind nicht alle Regionen hinsichtlich des Reproduktionsverhaltens identisch. Es gibt zum Beispiel Unterschiede beim Alter, in dem Frauen ihre Kinder bekommen, über welche Spanne an Lebensjahren Kinder geboren werden oder bei der Anzahl der Kinder, die eine Frau im Lauf ihres Lebens zur Welt bringt. Diese Unterschiede treten aber nicht nur zwischen verschiedenen Staaten, Bundesländern oder Kommunen auf, sondern lassen sich auch innerhalb einer Stadt erkennen. Nach der Typisierung der Fertilitätsverteilungen für die Prognoseräume Berlins in drei Klassen werden potenziell fertilitätsrelevante Sozialstrukturmerkmale betrachtet, die in den Prognoseräumen vorherrschend sind. Bestimmte Fertilitätsverteilungen entstehen nicht zufällig, sondern gehen mit entsprechenden äußeren Einflüssen einher. Diese äußeren Einflüsse sind sozioökonomischer Natur und lassen sich aus den Daten der amtlichen Statistik gewinnen. So werden hier bestimmte sozioökonomische Faktoren, die vermutlich einen Einfluss auf die Fertilitätsspezifika eines Prognoseraums haben, dargestellt. So soll ermittelt werden, ob eine bestimmte Fertilitätsverteilung in einem Prognoseraum mit gewissen gesellschaftlich bestimmenden sozioökonomischen Faktoren einhergeht.

Verwendete Datengrundlage

Grundsätzlich können Daten über die Geburtsergebnisse in Berlin aus zwei Datenquellen entnommen werden: zum einen aus der amtlichen Geburtenstatistik und zum anderen aus dem Einwohnermelderegister. Aus dem Einwohnerregister von Berlin lassen sich die Lebendgeburten nach dem Alter der Mutter entnehmen. Die Anzahl der Lebendgeburten auf Ebene der Prognoseräume¹ kann nicht aus den Daten der amtlichen Statistik entnommen werden, da hier eine kleinräumige Betrachtung nicht möglich ist. Im Gegensatz dazu sind die Geburtsergebnisse im Melderegister mit Einzeladressangaben versehen, somit ist eine Zuordnung der Geburten zu den

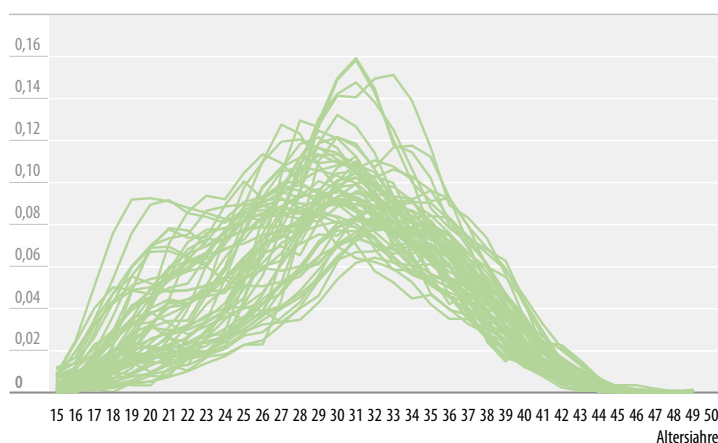
entsprechenden Prognoseräumen möglich. Ebenfalls aus dem Einwohnerregister stammen die Daten für die weibliche Population und deren Unterteilung in Altersklassen. Anhand der beiden Größen lassen sich die altersspezifischen Fertilitätsraten berechnen. Um zu große Schwankungen in den altersspezifischen Fertilitätsraten zu vermeiden, wurden zum einen Durchschnitte der Jahre 2012 bis 2014 gebildet und zum anderen die berechneten Fertilitätsverteilungen mit einem Glättungsverfahren² bearbeitet.

Die Fertilitätsverteilungen in den Prognoseräumen

Eine altersspezifische Fertilitätsrate $f(x)$ wurde für jedes Alter x von Frauen im reproduktiven Alter berechnet. Daraus ergibt sich für jeden einzelnen Prognoseraum eine Fertilitätsverteilung vom Alter 15 Jahre bis zum Alter von unter 50 Jahren. Werden diese 60 Fertilitätsverteilungen in einer einzigen Abbildung gleichzeitig dargestellt, ergibt sich eine Überlagerung verschiedener Linien (Abbildung a).

Dennoch sind bei genauer Betrachtung Besonderheiten erkennbar, wie zum Beispiel ein schneller Anstieg der Fertilität in den ersten Jahren, eine besonders hohe oder niedrige Fertilität in bestimmten Altersjahren oder eine vergleichsweise spät einset-

a | Altersspezifische Fertilitätsraten der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 50 Jahren nach Prognoseräumen 2012 bis 2014



¹ Unterhalb der räumlichen Ebene der zwölf Bezirke lässt sich Berlin in 60 Prognoseräume (PRG) unterteilen. Weitere Informationen zur regionalen Gliederung nach dem System

der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/regionales/rbs/lor.asp?Kat=4003>, Stand: 16.09.2016.

² Methode nach Golay-Sawitzky.

zende und auf niedrigem Niveau verbleibende Fertilität. Die Fertilitätsverteilung eines jeden Prognoseräums lässt sich einem Typus mit charakteristischen Verläufen zuordnen.

Drei Fertilitätsmuster erkennbar

Im Falle der 60 Prognoseräume Berlins lassen sich bei grober Betrachtung und ohne weitere Differenzierung – beispielsweise nach ehelicher und nichtehelicher Fertilität oder einheimischer und ausländischer Fertilität – drei Muster erkennen. Dabei kann jede Prognoseräum-Fertilitätskurve einem der drei folgenden Muster zugeordnet werden.

Frühfertilität

Die in Abbildung b gelb gefärbten Fertilitätsverteilungen zeichnen sich durch eine relativ früh einsetzende Fertilität aus. Daneben ist auch auffällig, dass hier keine unimodale³ Verteilung vorliegt, wie bei den geläufigen Fertilitätsverteilungen, sondern es sich eher um bimodale Verläufe handelt. [2] Das erste Maximum ist im Alter von etwa 20 Jahren, das zweite bei ungefähr 30-jährigen Frauen zu beobachten.

Dieser Typus der Fertilitätsverteilung weist eher eine durchschnittliche Höhe der einzelnen altersspezifischen Raten, aber mit 1,53 eine überdurchschnittlich hohe TFR – total fertility rate, dt. zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer – (TFR-Berlin: 1,40) durch eine sich über vergleichsweise viele Jahre erstreckende Fertilität, aus. Es ist auch zu sehen, dass die Lebensphase, in der Nachkommen gezeugt werden, im Durchschnitt früher endet als bei den beiden anderen Gruppen. Durch die früh in der reproduktiven Phase einsetzende Fertilität ist das durchschnittliche Alter der Mutter bei Geburt mit 28,9 Jahren im Vergleich zum Berliner Durchschnitt (30,8 Jahre) relativ niedrig. Diesem Typ lassen sich 23 der 60 Berliner Prognoseräume zuordnen.

Hochfertilität

Die Fertilitätsverteilungen dieser Kategorie sind in Abbildung b blau dargestellt und zeichnen sich durch relativ hohe altersspezifische Fertilitätsraten bei den Frauen mit etwa 31 Jahren aus. Insgesamt sind bei diesem Fertilitätstyp mit einem Mittel von 1,46 überdurchschnittliche TFR-Werte zu verzeichnen. Im Vergleich zu den Frühfertilitätstypen ist hier die Fertilität bis zum Alter von 30 Jahren gering ausgeprägt. Es gibt daher auch nur ein Maximum in der Verteilung der einzelnen altersspezifischen Fertilitätsraten. Das durchschnittliche Alter der Mutter bei Geburt entspricht hier mit 31,1 Jahren etwa dem Wert für Gesamt-Berlin. Die Verteilungen sind hier nicht so breit wie bei den gelben Verläufen und konzentrieren sich daher auf weniger Jahre mit dafür

höheren altersspezifischen Fertilitätsraten. Ebenfalls 23 Prognoseräume sind durch diesen Fertilitätstyp charakterisiert.

Niedrigfertilität

Die dritte Gruppe der Fertilitätsverteilungen ist in Abbildung b grün dargestellt. Die Fertilitätsverteilungen dieser Prognoseräume zeichnen sich im Vergleich zu den Räumen mit früher (gelb) und

Statistik erklärt – Was ist Fertilität?

Der Begriff „Fertilität“ leitet sich aus dem lateinischen *fertilis* ab und bedeutet tragfähig, fruchtbar, ergiebig. Fertilität bezieht sich also auf die Fähigkeit, Nachkommen zu zeugen und zur Welt zu bringen. Im biologischen Sinn wird bereits die potenzielle Fähigkeit, sich fortzupflanzen, als Fertilität aufgefasst (auch Fekundität, Fortpflanzungsfähigkeit). Demgegenüber bezeichnet der Begriff Fertilität in der Demografie die tatsächlich realisierten Geburten (Geburtenhäufigkeit) einer Einzelperson, eines Paares, einer Gruppe oder einer gesamten Bevölkerung.¹

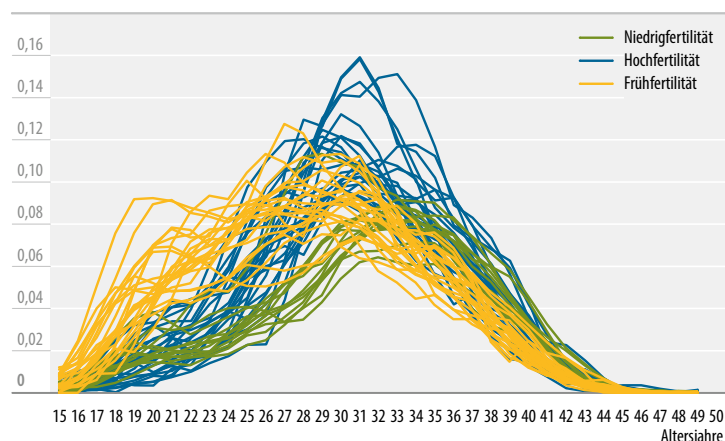
$$TFR = \sum_{15}^{49} f(x) = \sum_{15}^{49} \frac{B(x)}{P(x)}$$

Zur Messung des Grades der Fertilität liegen verschiedene Messkonzepte vor. Die Fruchtbarkeit oder auch

Fertilität einer Bevölkerung kann anhand von Fruchtbarkeitsziffern ausgedrückt werden. Die fruchtbaren Jahre werden von 15 bis unter 45 oder bis unter 50 Jahre definiert. Eine gebräuchliche Größe ist die **zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer** (engl. *total fertility rate* – TFR). Sie gibt an, wie viele Kinder 1 000 heute 15-jährige Frauen im Verlauf ihres Lebens lebend zur Welt bringen würden, wenn sie sich bis zum 49. Lebensjahr genauso verhalten würden, wie alle 15-jährigen bis unter 49-jährigen Frauen sich während eines Berichtsjahres verhalten haben, und wenn bis zum 49. Lebensjahr keine dieser Frauen sterben würde. In der amtlichen Statistik findet auch der Begriff „Geburtenziffernsomme“ Anwendung. Sie ergibt sich aus der Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern. Um die sogenannte **altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer** $f(x)$ zu erhalten, werden die Lebendgeborenen von Müttern eines bestimmten Altersjahres $B(x)$ zur durchschnittlichen weiblichen Bevölkerung desselben Altersjahres $P(x)$ ins Verhältnis gesetzt. Die **allgemeine Fruchtbarkeitsziffer** gibt an, wie viele lebend geborene Kinder je 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 49 Jahren in einem Jahr zur Welt gebracht wurden.

¹ <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1422>, Stand: 19.09.2016.

b | Typisierte altersspezifische Fertilitätsraten der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 50 Jahren 2012 bis 2014 in Berlin nach Prognoseräumen



³ Der Modus (Modalwert oder auch Dichtemittel) einer Verteilung ist jener Wert, der in einer Datenmenge am häufigsten vorkommt. Der Modalwert ist nur für große Datensätze von Interesse, da er für kleine Stichproben stark von Zufälligkeiten in den Daten abhängt. Aus dem Wort „Modus“ leiten sich auch

die Bezeichnungen „unimodal“, „bimodal“ und „multimodal“ ab. So spricht man zum Beispiel von einer unimodalen (einpipfelförmigen) Verteilung, wenn die Verteilung nur eine Spitze aufweist; oder von einer bimodalen (zweipipfelförmigen) Verteilung beim Auftreten von zwei etwa gleich großen Peaks.

hoher (blau) Fertilität durch niedrige altersspezifische Fertilitätsraten und somit durch eine sehr niedrige Gesamtfertilität aus. Das zeigt sich in der unterdurchschnittlichen TFR von 1,18. Zudem liegt das durchschnittliche Alter der Mutter bei Geburt mit 31,9 Jahren über dem Berliner Durchschnitt von 30,8 Jahren. Dies resultiert aus der spät einsetzenden Fertilität. Auch in den Prognoseräumen mit diesem Typ der Fertilitätsverteilung ist mitunter eine leichte Erhöhung der altersspezifischen Fertilitätsraten zum Anfang der reproduktiven Phase erkennbar. Jedoch ist diese Erhöhung sehr gering, sodass hier nicht von einem zweiten Maximum in der Verteilung gesprochen werden kann. Es gibt also nur ein Maximum im Alter von etwa 33 Jahren. Den Typ der Niedrigfertilitätsverläufe findet man in 14 Prognoseräumen vor.

Deutschland, Berlin, Prognoseräume

Um die drei Fertilitätstypen im Kontext der gesamtdeutschen und der Fertilität für Berlin insgesamt einzuordnen, hilft die Illustration mittels einer Grafik. In Abbildung c ist zur Verdeutlichung der unterschiedlichen Fertilitätsverteilungen beispielhaft nur jeweils ein Prognoseraum je Fertilitätstyp abgebildet, zusätzlich sind die Fertilitätsverteilungen für Berlin und für Deutschland dargestellt. Ein Unterschied zwischen der gesamtdeutschen Verteilung und der Berliner Verteilung besteht in der Phase der frühen Fertilität bei Frauen im Alter von 15 bis 25 Jahren. Die Berliner Fertilitätsverteilung weist hier im Vergleich zur gesamtdeutschen Fertilitätsverteilung eine leichte Erhöhung auf. Da die Berliner und die gesamtdeutsche Fertilität aber in etwa das gleiche Niveau besitzen, müssen in Berlin an anderer Stelle die altersspezifischen Fertilitätsraten unterhalb der Raten für Deutschland liegen. Das ist um das Alter von 31 Jahren der Fall.

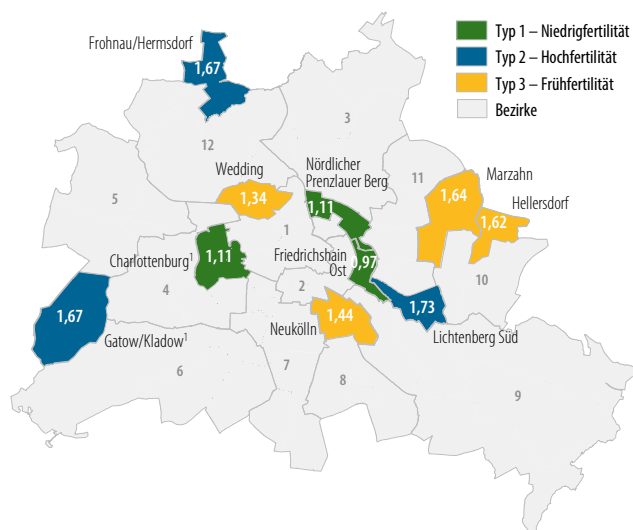
Dass die zuvor erwähnte Erhöhung der Fertilität in den frühen Altersjahren, die in der Berliner Fertilitätsverteilung auftritt, kein landesweites Phänomen ist, zeigt die Betrachtung der Fertilitätsverteilungen in den einzelnen Prognoseräumen. Die zuvor gebildeten Typen der Hochfertilität (blau) und der Niedrigfertilität (grün) weisen dort allenfalls minimale

Abweichungen auf. Die Erhöhung in den frühen Jahren wird erwartungsgemäß hauptsächlich durch die Räume Berlins gebildet, die dem Typ der Frühfertilität (gelb) zugeordnet wurden. Da die gesamtdeutsche Fertilität eine weniger ausgeprägte Erhöhung der altersspezifischen Fertilitätsraten in den frühen Altersstufen der reproduktiven Phase der Frauen aufweist, ist zu vermuten, dass Frauen in Berlin überdurchschnittlich häufig dem Muster der Frühfertilität zuzuordnen sind bzw. dass die Berliner Prognoseräume mit dem Muster der Frühfertilität einen über dem bundesweiten Durchschnitt liegenden Einfluss auf die frühe Phase der Fertilität besitzen.

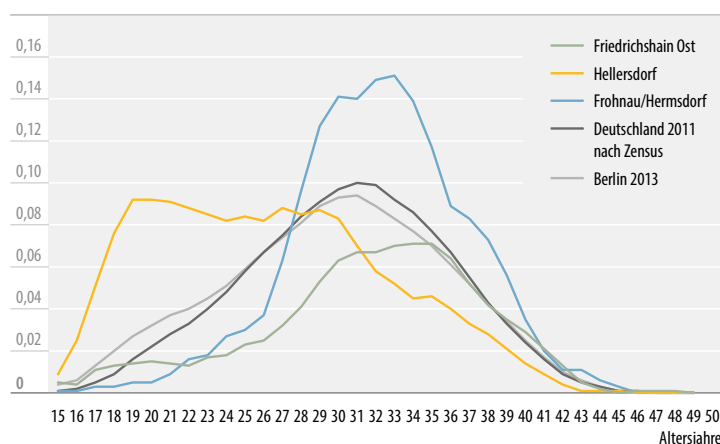
Betrachtung von Beispiel-Prognoseräumen

In der weiteren Analyse der drei Fertilitätstypen sollen anhand von einigen Prognoseräumen, die beispielhaft für diese Fertilitätstypen stehen, sozio-ökonomische Strukturmerkmale sowie Daten zum Migrationshintergrund, zur Kriminalität und zum Entwicklungsstand von Schulanfängerinnen und Schulanfängern herangezogen werden. Die für das Muster der Frühfertilität gewählten Räume (Abbildung d) sind Wedding, Neukölln, Marzahn und Hellersdorf.

d | Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) und Fertilitätstyp in ausgewählten Prognoseräumen Berlins 2012 bis 2014



c | Altersspezifische Fertilitätsraten in Berlin, Deutschland und jeweils einem Berliner Prognoseraum der Frühfertilität, Hochfertilität und Niedrigfertilität 2012 bis 2014



Berlin

- | | |
|------------------------------|------------------------|
| 1 Mitte | 7 Tempelhof-Schöneberg |
| 2 Friedrichshain-Kreuzberg | 8 Neukölln |
| 3 Pankow | 9 Treptow-Köpenick |
| 4 Charlottenburg-Wilmersdorf | 10 Marzahn-Hellersdorf |
| 5 Spandau | 11 Lichtenberg |
| 6 Steglitz-Zehlendorf | 12 Reinickendorf |

1 korrekte Prognoseraumbezeichnung:

- Charlottenburg – CW 3
Gatow/Kladow – SPA 4

Beispielhaft für das Hochfertilitätsmuster werden Spandau 4 (Gatow/Kladow), Lichtenberg Süd und Frohnau/Hermsdorf betrachtet und für das Spätfertilitätsmuster stehen Friedrichshain Ost, Nördlicher Prenzlauer Berg und Charlottenburg im Fokus. Die beispielhaft für den jeweiligen Fertilitätsverlaufstyp ausgewählten Prognoseraume weisen eine jeweils sehr ähnliche Fertilitätsverteilung auf und entsprechen in etwa dem Durchschnitt des jeweiligen Fertilitätstyps im Sinne der zuvor gebildeten Typisierung. Eine Übersicht zu den als Beispiel für eine Fertilitätstypisierung gewählten Fertilitätsverteilungen wird in Abbildung e gegeben.

Sozioökonomische Faktoren

Aktuelle Theorien zur Fertilität gehen davon aus, dass eine Fertilitätsentscheidung in einem Kosten-Nutzen-Kontext getroffen wird (Theorie der Haushaltsökonomie nach Gary S. Becker [3]), aber auch, dass Kinder für ihre Eltern bestimmte Werte verkörpern (Value of Children-Ansatz nach Hoffman und Hoffman [4]). Diese Werte der Kinder können als ökonomisch-utilitaristische Werte oder als psychologisch-affektive Werte beschrieben werden. Diese den Kindern zugeschriebenen Werte können sich von Person zu Person unterscheiden, aber es kann auch zu regionalen Häufungen von übereinstimmenden Werte-Einschätzungen kommen. Unter der Annahme, dass Eltern ihre individuelle Nutzen-Werte-Konstellation zum sozioökonomischen Umfeld, in welchem das Kind aufwachsen wird, in Bezug setzen, sind bestimmte Faktoren innerhalb eines Raumes denkbar, die einen Rückschluss auf die Präferenzen der Eltern, ein Kind zu bekommen, zulassen. Bezieht man diese Logik nicht auf einzelne Geburtsentscheidungen, sondern auf eine Region (Prognoseraum), stehen die dort bestehenden Fertilitätsverteilungen im Mittelpunkt.

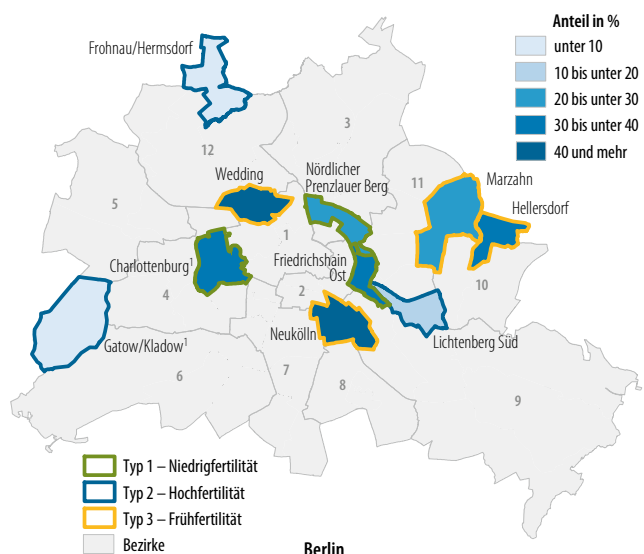
Um also ein Bild zu bekommen, ob eine bestimmte Fertilitätsverteilung in einem Prognoseraum mit bestimmten gesellschaftlich vorherrschenden Faktoren einhergeht, werden im Folgenden neun mögliche sozioökonomische Faktoren vorgestellt [5]. Diese Einflussfaktoren können mitunter prägend für

einen Lebensraum sein und dadurch einen Einfluss auf die Fertilitätsentscheidungen der dort lebenden Personen haben. Die Realisierung eines Kinderwunsches ist mit den Rahmenbedingungen im gesellschaftlichen und sozialen Umfeld verbunden. [6] Die folgenden sozioökonomischen Größen sollen dabei helfen, die Beispielprognoseraume und ihren jeweiligen Typ der Fertilitätsverteilung zu charakterisieren. Merkmale, die den Bildungsabschluss oder das Einkommen betreffen, stehen unterhalb der Bezirksebene nicht kleinräumig zur Verfügung und können hier entsprechend nicht berücksichtigt werden, wären aber sicher eine sinnvolle Ergänzung für die sozioökonomische Beschreibung eines Prognoseraums. Die jeweils vorgestellten Daten beziehen sich auf die Jahre 2012 und 2013.

1. Kiezbezogene Straftaten

Anhand der kiezbezogenen Straftaten [7] lassen sich Aussagen zum sozialen Umfeld und zur Sicherheit der Bevölkerung in einem Raum treffen. Die unterschiedliche Intensität kiezbezogener Straftaten in unterschiedlichen Räumen lässt Rückschlüsse auf das soziale Gefüge in einem Raum zu, das einen

f | Anzahl kiezbezogener Straftaten 2013 je 1000 Einwohner in ausgewählten Prognoseraumen Berlins



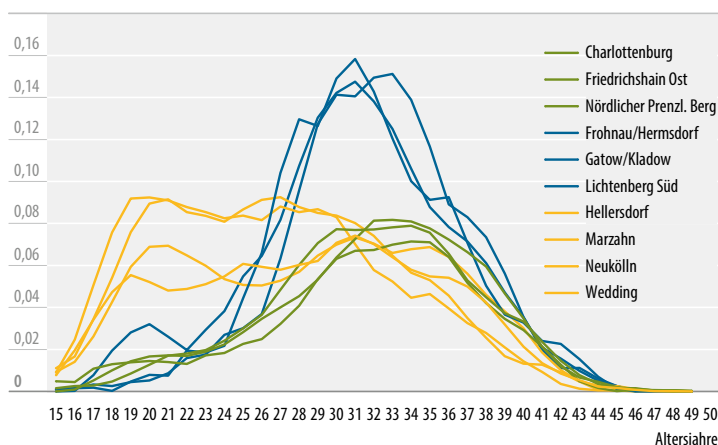
Berlin

- | | |
|------------------------------|------------------------|
| 1 Mitte | 7 Tempelhof-Schöneberg |
| 2 Friedrichshain-Kreuzberg | 8 Neukölln |
| 3 Pankow | 9 Treptow-Köpenick |
| 4 Charlottenburg-Wilmersdorf | 10 Marzahn-Hellersdorf |
| 5 Spandau | 11 Lichtenberg |
| 6 Steglitz-Zehlendorf | 12 Reinickendorf |

1 korrekte Prognoseraumbezeichnung:

- Charlottenburg – CW 3
Gatow/Kladow – SPA 4

e | Altersspezifische Fertilitätsraten der Frühfertilität, Hochfertilität und Niedrigfertilität 2012 bis 2014 in ausgewählten Prognoseraumen Berlins



Einfluss auf das Gebärverhalten der dort lebenden Frauen haben kann. Als Datenbasis der erfassten kiezbezogenen Straftaten dienen die Fallzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Diese Statistik wird in Berlin jährlich zum 31.12. durchgeführt.

2. Einschulungsuntersuchung

Der Entwicklungsstand der Kinder bei der Einschulung lässt Rückschlüsse auf die präferierten Werte der Eltern hinsichtlich der Fertilitätsentscheidung in den jeweiligen Prognoserräumen zu. Beispielhaft dazu kann folgende überzeichnete Aussage getroffen werden: Eltern, die in den Kindern eher einen Beitrag zum aktuellen Familieneinkommen (z.B. durch Kindergeldbezug) sehen, legen möglicherweise einen anderen Fokus auf die sprachliche oder visuomotorische Entwicklung ihres Nachwuchses als Eltern, die ihre Kinder als die zukünftigen Spitzenverdiener der Gesellschaft sehen wollen. [8]

2.1 Kinder mit Sprachdefiziten

Eine altersgerecht entwickelte Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration, gesellschaftliche Teilhabe, einen erfolgreichen Schulbesuch und eine sich daran anschließende positive berufliche Entwicklung. Der Indikator gibt Hinweise auf Sprachentwicklungsstörungen und unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache bei Kindern mit Migrationshintergrund.

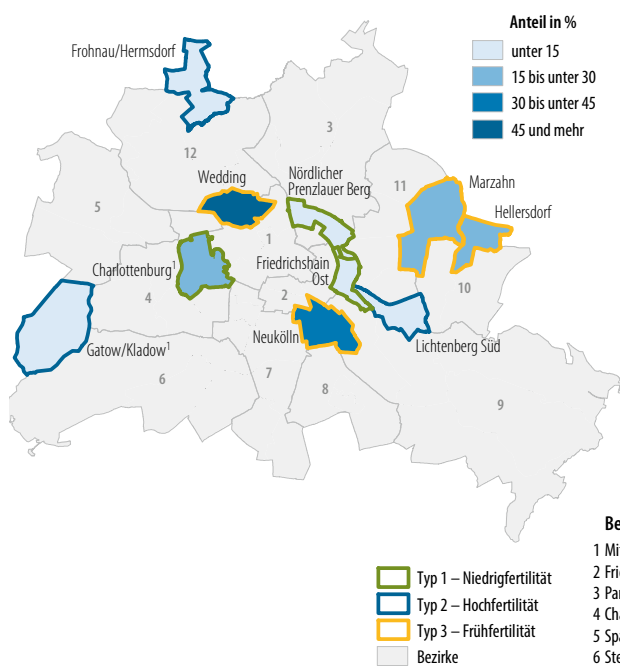
2.2 Kinder mit motorischen Defiziten (Visuomotorik)

Der Testbereich bei den Einschulungsuntersuchungen bezüglich der Visuomotorik prüft feinmotorische Fertigkeiten des Kindes wie die Auge-Hand-Koordination mittels Aufgaben zur Gestaltrekonstruktion (einfache Strichzeichnungen sollen nach Vorlage vervollständigt werden) und zur Gestaltreproduktion (einfache Strichzeichnungen sollen exakt abgezeichnet werden). [9] Die Visuomotorik ist eine wichtige Voraussetzung für das Schreibenlernen und weitere schulische Lernprozesse.

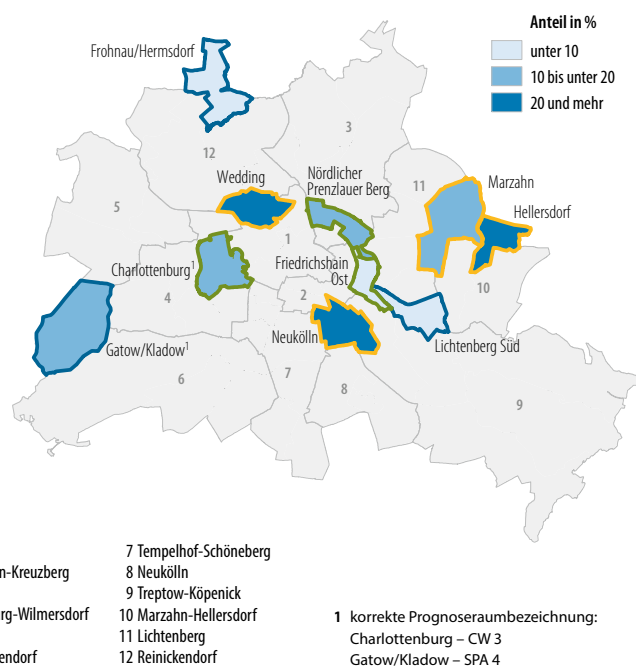
3. Transferleistungsbezogene Faktoren

Hinter der Einbeziehung transferleistungsbezogener Faktoren steht die Überlegung, dass Kinder über staatliche Transferleistungen auch einen Einfluss auf das Familien- bzw. Haushaltseinkommen haben, also dahingehend für die Eltern einen bestimmten Wert bzw. Nutzen darstellen. Dementsprechend kann auch die Darstellung transferleistungsbezogener Faktoren einen Rückschluss auf die Fertilitätsentscheidung von Personen in einem Prognoseraum zulassen. Das betrifft sowohl den Zeitpunkt als auch die Anzahl der realisierten Geburten. Wenn mit steigender Kinderzahl zunehmende ökonomische Vorteile einhergehen, lässt sich von einem überdurchschnittlichen reproduktiven Verhalten ausgehen.

g | Anteil der Kinder mit Sprachdefiziten bei der Einschulung an allen eingeschulten Kindern 2013 in ausgewählten Prognoserräumen Berlins



h | Anteil der Kinder mit motorischen Defiziten (Visuomotorik) bei der Einschulung an allen eingeschulten Kindern 2013 in ausgewählten Prognoserräumen Berlins



3.1 Lernmittelkostenbefreiung für Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Grundschulen

Lernmittel sind Unterrichtsmittel, die für Schülerinnen und Schüler bestimmt sind und von diesen selbstständig und eigenverantwortlich überwiegend im Unterricht und bei der häuslichen Vor- und Nachbereitung verwendet werden. Dazu gehören Schulbücher und ergänzende Druckschriften sowie Arbeitsmittel, die die Schulbücher ergänzen oder ersetzen, auch Hörbücher oder CDs sowie elektronische Medien. Die Erziehungsberechtigten oder volljährigen Schülerinnen und Schüler müssen sich in Berlin seit dem Schuljahr 2003/2004 an den Kosten der Beschaffung von Schulbüchern und ergänzenden Druckschriften mit einem Eigenanteil bis zu einem Höchstbetrag von 100 EUR pro Schuljahr beteiligen. Wer Hilfe zum Lebensunterhalt, Arbeitslosengeld II, Wohngeld, BAföG oder Asylbewerberleistungen bezieht, muss keinen Eigenanteil leisten. Dies gilt auch für Schülerinnen und Schüler, die sich in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder sonstigen betreuten Wohnformen befinden. [10] Der Indikator gibt Hinweise auf die Einkommensarmut der Familien von Schülerinnen und Schülern an öffentlichen Grundschulen und damit auf die erschwerten Lernbedingungen der Kinder. Anhand des prozentualen Anteils der Schülerinnen und Schüler in öffentlichen

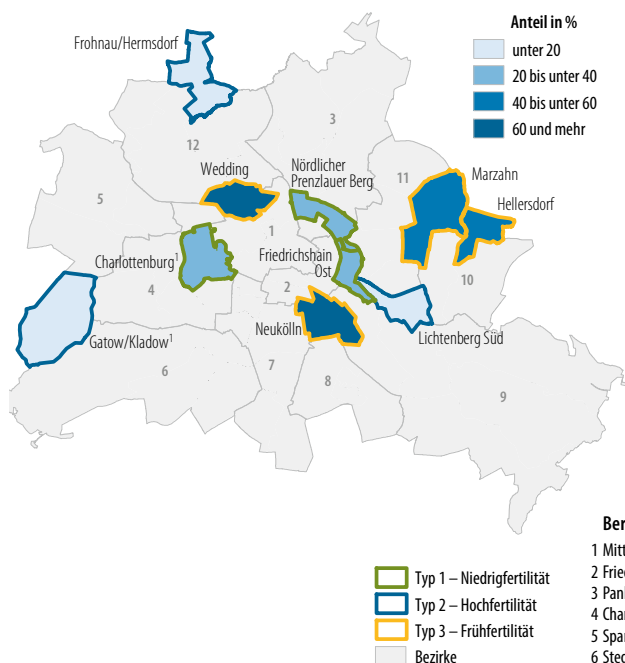
Grundschulen mit Lernmittelkostenbefreiung an allen eingeschulten Kindern des Schuljahres können Rückschlüsse auf die ökonomischen Lebensbedingungen der Bevölkerung in einem bestimmten Prognoseraum gezogen werden. Damit kann gegebenenfalls auch das Fehlen von Ressourcen in Form von Bildungsangeboten, die Eltern ihren Kindern zur Verfügung stellen könnten, beobachtet werden.

3.2 Kinder und Jugendliche mit Hilfen zur Erziehung

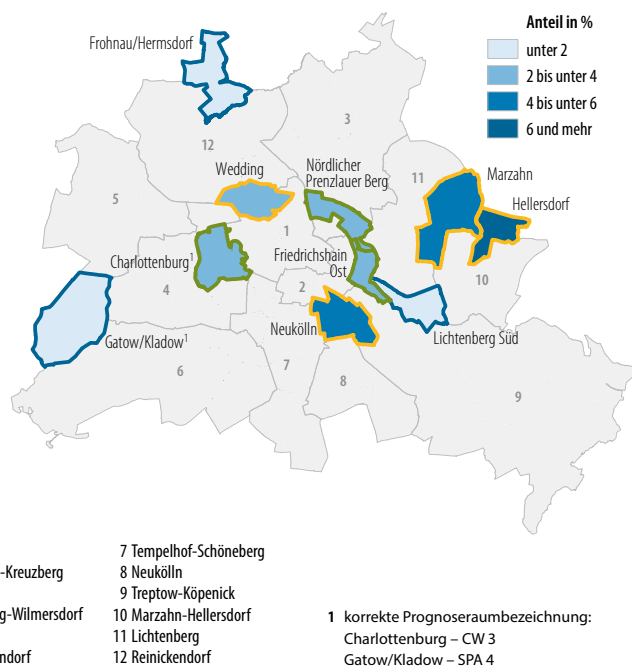
Mithilfe dieses Indikators lässt sich möglicherweise beurteilen, inwieweit Eltern ihren Kindern in ausreichendem Umfang beispielsweise gesundheitliche Fürsorge und Entwicklungsmöglichkeiten zukommen lassen.

Grundsätzlich haben Eltern und Kinder einen Rechtsanspruch auf Hilfen, wenn ohne diese Unterstützung die normale und gesunde Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen so stark beeinträchtigt wäre, dass körperliche oder seelische Beeinträchtigungen eines jungen Menschen befürchtet werden müssen. Diese Hilfe findet in der Familie (ambulant, teilstationär), aber auch außerhalb der Familie (stationär) statt. [11]

i | Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Lernmittelkostenbefreiung an allen Schülerinnen und Schülern an öffentlichen Grundschulen 2013 in ausgewählten Prognoserräumen Berlins



j | Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Hilfen zur Erziehung an allen Einwohnern im Alter von unter 21 Jahren 2013 in ausgewählten Prognoserräumen Berlins



3.3 Anteil der Transferbezieher (SGB II) unter 15 Jahren

Wie zuvor erwähnt, gibt es unterschiedliche Nutzen-Werte-Konstellationen hinsichtlich der Kinderplanung, die sich auch in den regional unterschiedlichen Fertilitätsverläufen zeigen. Daher bietet sich die Betrachtung des sozioökonomischen Profils eines Raumes an. Ein wichtiges Merkmal ist dabei die Kinderarmut, d. h. der Anteil von Transferbeziehern nach SGB II unter 15 Jahren). Transferbezieher unter 15 Jahren sind nicht erwerbsfähige Empfänger von Existenzsicherungsleistungen nach SGB II und erhalten Sozialgeld.

Der Indikator kann als Merkmal für materielle Kinderarmut [12] angesehen werden, da er auf soziale Ungleichheit beim Hineinwachsen in die Gesellschaft hinweist. Kindern aus finanziell belasteten Haushalten ist der gleichberechtigte Zugang zu vielen gesellschaftlichen Bereichen und Erfahrungen ihrer Altersgenossen versperrt oder erschwert – beispielsweise bei Freizeit, Kultur und Sport. Am größten ist das Armutsrisiko bei Kindern Alleinerziehender, Kindern aus kinderreichen Familien sowie Kindern mit Migrationsgeschichte und Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern.

4. Arbeitsmarktbezogene Faktoren

Die Auswahl der arbeitsmarktbezogenen Faktoren basiert im Wesentlichen auf der gleichen Argumentation wie bei den transferleistungsbezogenen Faktoren (vgl. Pkt. 3). In Verbindung mit den elterlichen Präferenzen (Nutzen- und Wertestruktur betreffend) bezüglich der Geburt der eigenen Kinder und deren ökonomische Perspektiven im Verlauf ihres Lebens, ist die Betrachtung arbeitsmarktbezogener Merkmale in den ausgewählten Prognosereäumen sinnvoll.

4.1 Arbeitslose nach SGB II und SGB III⁴

Ein hoher Arbeitslosenanteil im Stadtteil kann mit einem sinkenden sozialen Status des Gebiets einhergehen, den Verlust der Kaufkraft und ein Armutsrisiko bedeuten. Über längere Zeit entstehen negative Kontexteffekte, die zusätzlich zur schwierigen individuellen Lebenslage beispielsweise die Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen belasten. Das Merkmal gibt Hinweise auf die Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die auf den ersten Arbeitsmarkt orientiert ist. Die hier verwendete Bezugsgröße sind die erwerbsfähigen Einwohner eines Prognoseraumes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.⁵

⁴ Im Sozialgesetzbuch (SGB) wird folgende Unterscheidung nach rechtlichem Status der Betroffenen vorgenommen: Als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II (umgangssprachlich „Hartz-IV“) werden alle arbeitslosen Personen angesehen, die Anspruch auf Leistungen (Arbeitslosengeld II) nach dem Sozial-

gesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II) haben. Das Arbeitslosengeld II ist (anders als das Arbeitslosengeld I) keine Versicherungsleistung, sondern eine aus Steuermitteln finanzierte Fürsorgeleistung. Die Höhe der Leistungen orientiert sich am Bedarf der Empfänger

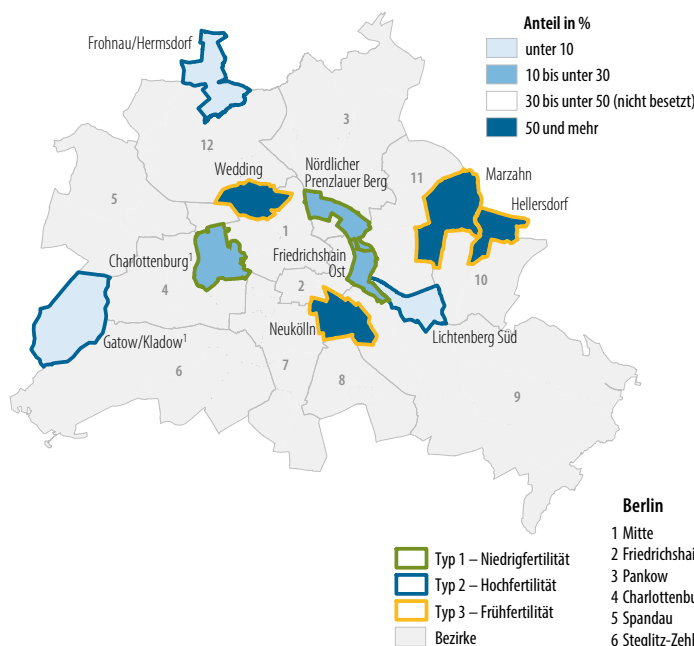
und nicht am letzten Netto-lohn. Als Arbeitslose im Rechtskreis SGB III werden alle arbeitslosen Personen angesehen, die Anspruch auf Leistungen (Arbeitslosengeld I) nach Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung – (SGB III) haben sowie die Personen, die keine Leistungen mehr erhalten. Die

Leistungen nach dem SGB III werden aus der Arbeitslosenversicherung finanziert. Träger ist die Bundesagentur für Arbeit. Anspruch haben alle Arbeitslosen, die in einem Versicherungsverhältnis stehen und die sonstige Anspruchsvoraussetzungen nach dem SGB III erfüllen. Die Höhe der Leistung

orientiert sich am letzten Nettolohn.

⁵ Der hier dargestellte Arbeitslosenanteil ist nicht mit der Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit identisch, die kleinräumig nicht zur Verfügung steht und auf der Bezugsgröße „Erwerbspersonen“ basiert.

k | Anteil der Transferbezieher nach SGB II im Alter von unter 15 Jahren an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Hauptwohnsitz Berlin 2012 in ausgewählten Prognosereäumen Berlins



l | Anteil der Arbeitslosen nach SGB II und SGB III an allen Einwohnern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 2013 in ausgewählten Prognosereäumen Berlins



4.2 Arbeitslose nach SGB II und SGB III unter 25 Jahre (Jugendarbeitslosigkeit)

Ein weiteres Merkmal, um die ausgewählten Prognoseräume sozioökonomisch je nach Fertilitätstyp zu unterscheiden, ist der Anteil Arbeitsloser⁶ unter 25 Jahren. Die sogenannte Jugendarbeitslosigkeit wird durch den Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an allen Einwohnern Berlins im Alter von 15 bis unter 25 Jahren dargestellt. Die Abgrenzung nach Sozialgesetzbuch ist dabei analog zur Darstellung in Punkt 4.1. Dieses Merkmal beleuchtet die Chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Teilnahme am Arbeitsleben und verweist auf mögliche Armutsrisiken in der genannten Altersgruppe.

Die Chancen der Kinder im späteren Berufsleben bzw. die aus elterlicher Sicht erforderlichen Maßnahmen zur Vorbereitung der Kinder auf den Arbeitsmarkt können auch bei der Fertilitätsentscheidung eine Rolle spielen und sich je nach sozialem Hintergrund zwischen den Räumen verschiedenen Fertilitätstyps unterscheiden.

5. Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund

In anderen Ländern gibt es mitunter stark abweichende Fertilitätsmuster bzw. Fruchtbarkeitsraten im Vergleich zur einheimischen Fertilität. [13] Das kann die Höhe der Fertilität als auch den Zeitpunkt der Geburt(en) betreffen. Da sich die drei typisierten Fertilitätsmuster diesbezüglich unterscheiden, bietet sich bei der Darstellung eines sozioökonomischen Profils der Prognoseräume als Ergänzung der vorherigen Merkmale die Betrachtung des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an. Damit wird ein Bezug zu einer nicht-deutschen Herkunft und somit zu einem möglicherweise untypischen Fertilitätsmuster hergestellt. So kann gegebenenfalls eine Erklärung für die Besonderheiten im Fertilitätsverlauf des jeweils typisierten Prognoserums gefunden werden.

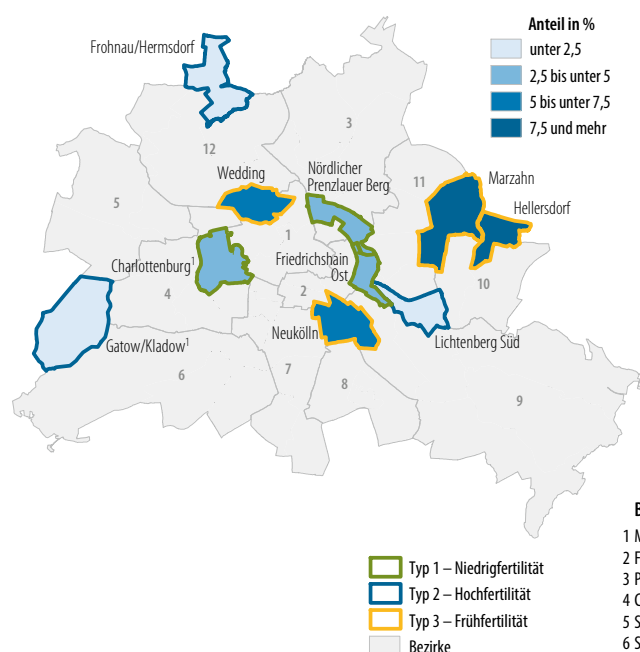
Die Werte dieses Merkmals zeigen den Anteil von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in dem jeweiligen Prognoseraum. In Berlin hat fast die Hälfte der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund im statistischen Sinne⁷, jedoch meist keine eigene Migrationserfahrung. [14]

⁶ nach SGB II und SGB III

⁷ Als Personen mit Migrationshintergrund gelten in den vorliegenden Daten Ausländer (Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen) und Deutsche mit Migrationshintergrund (Deutsche mit ausländischem Geburtsland

oder Einbürgerungskennzeichen oder Optionskennzeichen und Deutsche unter 18 Jahren ohne eigene Migrationsmerkmale mit zumindest einem Elternteil, das einen Migrationshintergrund hat und an der gleichen Adresse gemeldet ist).

m | Jugendarbeitslosigkeit – Anteil der Arbeitslosen nach SGB II und SGB III im Alter unter 25 Jahren an allen Einwohnern der Altersgruppe 2013 in ausgewählten Prognoseräumen Berlins



n | Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund an allen Einwohnern mit Hauptwohnsitz Berlin 2012 in ausgewählten Prognoseräumen Berlins



Sozioökonomische Merkmalskonstellationen und Fertilitätstypen – Zusammenfassung

Tabelle 1 zeigt eine Übersicht über die ausgewählten Räume der Fertilitätstypen der Hochfertilität, der Niedrigfertilität und der Frühfertilität und die sozioökonomischen Merkmale, die zur Charakterisierung des jeweiligen Raumes herangezogen wurden. Um die Unterschiede zwischen den Fertilitätstypen, aber auch zwischen den Räumen eines Fertilitätstyps aufzuzeigen, sind die Tabellenfelder in Abhängigkeit ihrer Werte in einem Gelb-Rot-Schema dargestellt: Je niedriger ein Wert, desto weniger rot wird er dargestellt und vice versa.

In den Beispierräumen Wedding, Neukölln, Marzahn und Hellersdorf liegen ähnliche soziostrukturelle Konstellationen vor. Hinsichtlich der kiezbezogenen Straftaten in den als Frühfertilität (gelb) typisierten Beispiel-Prognoseräumen gab es im Jahr 2013 im Durchschnitt 37 Straftaten je 1000 Einwohner. Es fällt auf, dass in den Räumen Wedding und Neukölln deutlich mehr Straftaten verzeichnet wurden als in Hellersdorf oder Marzahn. Hinsichtlich kiezbezogener Straftaten liegt damit in den für den Typ Frühfertilität beispielhaft dargestellten Räumen kein einheitliches Bild vor. Gleichwohl lässt sich beobachten, dass die Räume des Typs Frühfertilität eine höhere relative Anzahl kiezbezogener Straftaten aufweisen als die Beispiel-Prognoseräume der anderen beiden Fertilitätstypen (Hoch- und Niedrigfertilität).

Die als Niedrigfertilität (grün) typisierten Prognoseräume weisen im Durchschnitt 35 Straftaten je 1000 Einwohner aus, wobei hier starke Differenzen

bei der Betrachtung der einzelnen Niedrigfertilitätsräume offenkundig werden. So liegen Friedrichshain Ost und Charlottenburg mit jeweils 39 Straftaten auf einem relativ hohen Niveau, wogegen im Nördlichen Prenzlauer Berg nur 25 Straftaten registriert wurden. In den als Hochfertilität typisierten Räumen war die gemessene Kriminalität mit durchschnittlich 11 kiezbezogenen Straftaten je 1000 Einwohner weniger stark ausgeprägt.

Deutlicher grenzen sich die Frühfertilitätsräume mit Blick auf die Daten zum Entwicklungsstand der eingeschulten Kinder von den anderen Fertilitätstypen ab. In Wedding haben über 53%, in Neukölln 42% und in Marzahn und Hellersdorf immerhin jeweils noch rund 20% der eingeschulten Kinder Sprachdefizite. Diese Anteilswerte liegen damit unverkennbar über dem Niveau der als Hoch- oder Niedrigfertilität typisierten Beispierräume. Nur in Charlottenburg ist noch ein Anteil der eingeschulten Kinder von 15% bis 30% zu beobachten. Ansonsten liegt der Anteil in den Hoch- und Niedrigfertilitätsräumen unter 15%. Bei näherer Betrachtung gibt es aber auch hier Unterschiede: In den Hochfertilitätsräumen liegt der Anteil bei durchschnittlich 6%. In den Niedrigfertilitätsräumen ist er mit ca. 13% mehr als doppelt so hoch.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der motorischen Defizite. Die Räume der Frühfertilität weisen einen Anteil von Kindern mit motorischen Defiziten an allen einzuschulenden Kindern von 24% aus. In den Hochfertilitätsräumen liegt der Anteil bei ca. 8% und in den Räumen, die als Nied-

1 | Sozioökonomische Merkmalsausprägungen in den ausgewählten Prognoseräumen und Berlin insgesamt 2013 nach Fertilitätstypisierung

Merkmal	Prognoseräume										
	Gatow/ Kladow	Lichten- berg Süd	Frohnau/ Herm- dorf	Friedrichs- hain Ost	Nördlicher Prenzlauer Berg	Charlotten- burg	Wedding	Neukölln	Marzahn	Hellers- dorf	Berlin
	Hochfertilität			Niedrigfertilität			Frühfertilität				
Kiezbezogene Straftaten (je 1000 Einwohner).....	8,5	15,0	9,9	39,0	25,1	38,8	42,0	42,9	28,0	30,9	29,3
Anteil Kinder mit Sprachdefiziten bei der Einschulung (%)	10,8	4,0	7,2	11,3	10,4	16,2	53,6	41,7	19,7	20,6	21,4
Anteil Kinder mit motorischen Defiziten (Visuomotorik) bei der Einschulung (%).....	11,4	8,0	7,4	8,5	14,8	10,0	25,4	25,8	19,6	25,6	15,6
Anteil Schüler/-innen mit Lernmittelkostenbefreiung an den Schüler/-innen der öffentlichen Grundschulen (%).....	9,1	12,7	6,1	23,9	21,7	30,6	74,3	82,1	53,9	52,3	38,2
Anteil Kinder und Jugendlicher mit Hilfen zur Erziehung an Einwohnern im Alter unter 21 Jahren (%).....	1,3	0,8	1,1	3,1	2,7	2,6	3,9	4,1	5,2	7,4	3,5
Anteil Transferbezieher (SGB II) unter 15 Jahre 2012 (%).....	5,3	7,0	3,8	23,2	17,9	26,9	64,1	65,2	52,1	54,1	30,7
Anteil Arbeitslose nach SGB II und SGB III an Einwohnern im Alter 15 bis unter 65 Jahre (%).....	2,9	4,8	2,9	7,7	8,0	7,2	12,8	12,5	12,1	12,8	8,2
Jugendarbeitslosigkeit – Anteil Arbeitslose nach SGB II und SGB III unter 25 Jahren an allen Einwohnern der Altersgruppe (%)..	1,1	1,8	1,2	3,1	3,3	2,9	5,5	6,5	8,2	8,7	4,9
Anteil Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrations- hintergrund 2012 (%).....	12,8	10,5	10,8	21,2	18,3	41,1	51,1	52,4	16,7	11,2	28,6

rigfertilität typisiert sind, bei ca. 11%. Doch auch innerhalb der für einen jeweiligen Fertilitätstyp angeführten Räume zeigen sich noch Differenzen. So liegt der Anteilswert für die einzuschulenden Kinder mit motorischen Defiziten bei den als Niedrigfertilität typisierten Räumen in Friedrichshain Ost bei ca. 8%, während im Prognoseraum Nördlicher Prenzlauer Berg ein Anteilswert von 15% vorliegt. Dennoch lässt sich feststellen, dass in den Räumen unterschiedlicher Fertilitätstypen auch Anteilswerte vorliegen, die eine Abgrenzung der Fertilitätstypen bzw. der entsprechend typisierten Prognoserräume zulassen.

Ebenfalls eine klare Abgrenzung der Fertilitätstypen lässt sich bei den Merkmalen zum Transferbezug erkennen. Die Räume der Frühfertilität weisen die mit Abstand höchsten Anteile an Schülerinnen und Schülern mit Lernmittelkostenbefreiung auf (ca. 69%). Dabei liegen die Anteilswerte für Wedding mit 74% und Neukölln mit 82% wiederum deutlich über den Werten für Marzahn und Hellersdorf mit jeweils ca. 53%. Die dargestellten Räume der Niedrigfertilität sind diesbezüglich unverkennbar homogener. Hier besaßen durchschnittlich 26% der Schülerinnen und Schüler eine Lernmittelkostenbefreiung, wobei die einzelnen Werte der Räume zwischen 22% und 30% liegen. Ähnlich einheitlich sind die Werte für die als Hochfertilität typisierten Räume. Das Niveau ist in den drei dargestellten Räumen mit durchschnittlich 9% deutlich niedriger.

Bei den Anteilswerten zu Kindern und Jugendlichen mit Hilfen zur Erziehung an allen Einwohnern Berlins im Alter von unter 21 Jahren liegt hinsichtlich der gebildeten drei Fertilitätstypen ein ähnliches Bild vor. Die Räume der Frühfertilität weisen mit 5% einen höheren Anteil aus als die Räume der Niedrigfertilität mit durchschnittlich 3%, der wiederum größer ist, als in den Räumen der Hochfertilität, wo der Anteil im Durchschnitt nur ca. 1% beträgt. Auffällig sind die Unterschiede zwischen den als Frühfertilität typisierten Räumen: Während bei der Lernmittelkostenbefreiung Wedding und Neukölln deutlich höhere Werte als Marzahn und Hellersdorf aufweisen, ist es bei den Anteilswerten der Erziehungshilfe betreffend andersherum. Hier weisen Marzahn und Hellersdorf die höheren Anteile auf. Das könnte auf kulturelle Unterschiede zurückzuführen sein, denn es ist auch eine Frage des kulturellen Hintergrundes, inwieweit familienfremden Personen zugestanden wird, bei der Erziehung behilflich zu sein.

Als weiteres Merkmal mit Bezug zu Transferleistungen wird der Anteil der Transferbezieher nach SGB II im Alter von unter 15 Jahren betrachtet. Die Räume der Frühfertilität weisen durchschnittlich 60% der unter 15-jährigen als Transferbezieher aus, während dieser Wert in den Niedrigfertilitätsräumen bei 23% und in den Hochfertilitätsräumen bei 5% liegt.

Auch bei den arbeitsmarktbezogenen Faktoren weisen die untersuchten Räume in Abhängigkeit ihrer Fertilitätstypisierung eine klare Unterscheidung auf. So haben die Frühfertilitätsräume einen Anteil Arbeitsloser von 12,5%, während es in den Niedrigfertilitätsräumen etwa 8% und in den als Hochfertilität klassifizierten Räumen durchschnittlich 4% sind.

Im Gegensatz zu vorher beschriebenen Merkmalen gibt es hier auffällig geringe Abweichungen zwischen den Räumen eines Fertilitätstyps.

Diese geringen Abweichungen sind bei der Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit nicht zu beobachten. Die Räume der Hochfertilitätstypen mit durchschnittlich 1,4% jugendlichen Arbeitslosen und die der Niedrigfertilitätstypen mit 3,1% jugendlichen Arbeitslosen unterscheiden sich zwar voneinander im Niveau der Jugendarbeitslosigkeit, sind aber zwischen den Räumen des gleichen Fertilitätstyps sehr homogen. Anders stellt sich hier die Situation in den Räumen der Frühfertilität dar. Es gibt wieder die bereits bekannte Zerteilung in Wedding/Neukölln und Marzahn/Hellersdorf: Bezüglich der Jugendarbeitslosigkeit lassen sich Wedding mit 5,5% und Neukölln mit 6,5% deutlich von Marzahn mit 8,2% und Hellersdorf mit 8,7% abgrenzen. Trotzdem bleibt festzustellen, dass das generelle Niveau der Jugendarbeitslosigkeit in den Räumen mit Frühfertilitätsmustern deutlich höher ist als bei den Hoch- und Niedrigfertilitätsverläufen.

Die letzte untersuchte Größe zur Erstellung sozioökonomischer Profile in den dargestellten Prognoserräumen ist der Migrationshintergrund. Kulturelle Unterschiede können ein unterschiedliches Fertilitätsverhalten begründen. Der Migrationshintergrund gibt Auskunft über die mögliche Größenordnung kulturfremder Sozialisationen und somit auch über die vom Durchschnitt abweichenden Fertilitätsverläufe der Bevölkerung eines bestimmten Prognoseraums. Analog zu den bereits beschriebenen Beobachtungen lässt sich auch hier erkennen, dass der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund in den Räumen der Frühfertilität mit durchschnittlich 36% höher ist als bei den Räumen der Niedrigfertilität (29%) und der Hochfertilität (11%). Trotz der Tatsache, dass die gleich typisierten Räume jeweils ähnliche Fertilitätsverläufe aufweisen, unterscheiden sie sich in puncto Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund erheblich. In den drei Beispiel-Prognoserräumen mit dem Muster der Niedrigfertilität sind Anteilswerte von 18% im Nördlichen Prenzlauer Berg bis 41% in Charlottenburg vorhanden. Noch größer sind die Unterschiede innerhalb der als Frühfertilität typisierten Räume: Hier liegen Werte zwischen 11% in Hellersdorf und 52% in Neukölln vor. Daher scheint der Migrationshintergrund kein eindeutiges Charakteristikum der Räume zu sein, das Anhaltspunkte für das Auftreten bestimmter Fertilitätsverteilungen liefert.

Quintessenz

Ein Novum in dieser Betrachtung ist die Verwendung kleinräumiger Daten. Das betrifft sowohl die Berechnung kleinräumiger Fertilitätsverläufe als auch die Darstellung der den Räumen entsprechend zugeordneten Merkmale, die den sozioökonomischen Hintergrund eines Prognoseraumes beschreiben sollen. Besonders auffällig ist dabei, wie unterschiedlich die einzelnen Fertilitätsverläufe der Prognoserräume sind, obwohl sie in der Gesamtheit für Berlin den bekannten an eine Normalverteilung erinnernden Verlauf besitzen. Daher ergab sich auch

der Ansatz, mit bestimmten Merkmalen die sich bezüglich der Fertilitätsstrukturen so stark unterscheidenden Räume auf sozioökonomischer Ebene entsprechend der drei gebildeten Fertilitätsverlaufstypen abzugrenzen.

Prognoseräume, die dem Typ der Frühfertilität zugeordnet wurden, zeigen in allen dargestellten Merkmalen die höchsten Anteilswerte, während in den Räumen mit Hochfertilitätsmuster stets die geringsten Anteilswerte vorliegen. Räume mit Fertilitätsverteilungen eines bestimmten Typs haben auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Merkmale, die den sozioökonomischen Hintergrund beschreiben, daher lassen sich sozioökonomische Profile durchaus erkenntnisfördernd erstellen und beurteilen. Die vorliegende Analyse bezieht sich lediglich auf die ausgewählten Räume, die einen jeweils stereotypen Verlauf hinsichtlich der drei gebildeten Fertilitätstypisierungen besitzen. Demgemäß lassen sich auch keine allgemeingültigen Aussagen ableiten, sondern die Erkenntnisse sollten eher als Indizien gewertet werden, aufgrund derer weitere detaillierte Fragestellungen aufgeworfen werden können. Die Möglichkeiten der Auswertung bzw. der wissenschaftlichen Forschung sind auf dem Gebiet der kleinräumigen Fertilitätsanalyse innerhalb eines städtischen Raumes wenig erschlossen und recht

umfangreich. Beispielsweise ließe sich das demographisch-ökonomische Paradoxon⁸ kleinräumig betrachten. Dahingehend ist die Beobachtung von Interesse, dass in den Räumen mit einer überdurchschnittlichen TFR (entspricht den Räumen, die als Früh- und Hochfertilität typisiert wurden) auch ein höheres Haushaltseinkommen registriert werden kann. Die Hochfertilitätsräume zeichnen sich durch ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen (abgeleitet aus relativ niedrigen Anteilen Arbeitsloser und Transferleistungsbezieher) aus, wogegen in den Niedrigfertilitätsräumen relativ hohe Einkommen aus Transferleistungen erzielt werden, die zum Teil damit auch abhängig von der Anzahl der Kinder sind. Das widerspricht in Teilen den Erkenntnissen, die im demographisch-ökonomischen Paradoxon formuliert wurden.

Unabhängig von möglichen Forschungsansätzen oder zukünftigen Fragestellungen bieten die kleinräumigen Daten für Berlin zu allen Lebensbereichen großes Potenzial zum Erkenntnisgewinn.

Jörn Ehlert, Diplom-Demograph, ist Referent für *Bevölkerungs-, Kommunal- und Regionalstatistik* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

⁸ Es besteht ein gegenläufiger Zusammenhang zwischen dem materiellen Lebensniveau eines Landes, das sich zum Beispiel mit der Lebenserwartung oder mit dem Pro-Kopf-Einkommen messen lässt, und dem Niveau seiner Geburtenrate. Je rascher die sozioökonomische Entwicklung eines Landes voranschre-

tet und je höher der Lebensstandard steigt, desto niedriger ist die Geburtenrate, gemessen durch die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau. URL: <http://www.bpb.de/izpb/55891/ergebnisse-international-vergleichender-forschung?p=all>, Stand: 20.09.2016.

Literatur

- [1] Deutsche Bischofskonferenz: Pressemeldung Nr. 68 vom 26.07.2006, URL: <http://www.dbk.de/presse/details/?presseid=428&cHash=013dfe74773267c149302d9029f2fdb2>, Stand: 16.09.2016.
- [2] Camper, Erhard; Kamps, Udo (2014): Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Statistik – Ein Skript für Studierende der Informatik, der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften; Springer-Verlag Berlin Heidelberg.
- [3] Becker, Gary S. (1991): A Treatise on the Family, Cambridge: Harvard University Press.
- [4] Hoffman, Lois W.; Hoffman, Martin L. (1973): The value of children to the parents, New York: Basic Books.
- [5] Ergebnisbericht zur modellhaften Erstellung von Bezirksregionenprofilen in den Bezirken Mitte und Marzahn-Hellersdorf, URL: http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/_assets/aemter-und-se/spk/a_pdf/ergebnisbericht_bzrp_modellbezirke_mitte_marzahn-hellersdorf_2012.pdf, Stand: 19.09.2016.
- [6] Vgl. <http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz-2003-2010/sachgebiete/demographischerwandel/geburten.html>, Stand: 19.09.2016.
- [7] Polizeiliche Kriminalstatistik für Berlin, URL: www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik, Stand: 19.09.2016.
- [8] Vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (2011): Kernindikatoren für Bezirksregionenprofile aus den Einschulungsdaten in Berlin, Gesundheitsberichterstattung Berlin, Statistische Kurzinformation, URL: https://www.berlin.de/sen/gessoz/_assets/publikationen/gesundheits-und-sozialberichterstattung/gesundheitsberichterstattung-epidemiologie/statistische-kurzinformationen/gbe_kurz_2011_1.pdf, Stand: 20.09.2016.
- [9] Vgl. <https://www.berlin.de/sen/gessoz/gesundheits-und-sozialberichterstattung/gesundheitsberichterstattung-epidemiologie/grundaussagenwertungen/>, Stand: 20.10.2016.
- [10] Verordnung über die Lernmittel an allgemein bildenden und beruflichen Schulen (Lernmittelverordnung – LernmittelVO) vom 16. Dezember 2010 (GVBl. S. 662) URL: <https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften>, Stand: 20.09.2016.
- [11] Vgl. <https://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kinder/hilfe-zur-erziehung/>, Stand: 20.09.2016.
- [12] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008): Dossier – Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/jump/93564/dossier-kinderarmut-datta.pdf>, Stand: 20.10.2016.
- [13] <http://www.welt-auf-einen-blick.de/bevoelkerung/fruchtbarkeitsrate.php>, Stand: 20.09.2016.
- [14] Bömermann, Hartmut; Rehkämper, Klaus; Rockmann, Ulrike.: Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin zum Stand 31.12.2007, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 3/2008. URL: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/Zeitschrift/2008/HZS_0803.pdf, Stand: 20.09.2016.

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle mit Kindern in Berlin 2015

von Marion Kresse und Jürgen Keiser

Kinder gehören durch ihr geringeres Reaktionsvermögen und mangelnde Erfahrung zu den besonderen Risikogruppen im Straßenverkehr, denn sie sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Im Jahr 2015 verunglückten in Deutschland 28 235 Kinder, alle 19 Minuten eins. Dabei starben 84 Kinder, im Jahr 1991 waren es noch 511. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es eine beträchtliche Dunkelziffer, insbesondere bei Unfällen von Kindern als Fahrradfahrer, gibt, zumal leichtere Verkehrsunfälle mit geringem Sachschaden oder kleineren Verletzungen oft nicht registriert werden. Dieser Beitrag gibt einen Überblick zum Unfallgeschehen im Straßenverkehr in Berlin mit Beteiligung von Kindern im Alter bis unter 15 Jahre vorrangig mit Personenschaden. Es wird die Entwicklung des Unfallrisikos von Kindern beleuchtet sowie auf die wichtigsten Arten der Verkehrsbeteiligung, bei denen Kinder zu Schaden kamen, und die Unfallursachen eingegangen. Weiterhin erfolgt ein Überblick über die tageszeitliche und saisonale Verteilung der Zahl der verunglückten Kinder.

Vorbemerkungen

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschaden verursacht werden, wird eine Bundesstatistik auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz vom 15. Juni 1990, BGBl. I S. 1078, in der jeweils gültigen Fassung) geführt. Auskunftspflichtig sind die den Unfall aufnehmenden Beamtinnen und Beamten der Polizeidienststellen des Landes. Daraus folgt, dass die amtliche Statistik nur solche Unfälle erfasst, zu denen die Polizei herangezogen wurde.

Als Verunglückte zählen Personen (auch Mitfahrer), die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Diese werden unterteilt in:

- Getötete: Personen, die beim Unfall oder innerhalb von 30 Tagen an dessen Folgen starben,
- Schwerverletzte: Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (für mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden und
- Leichtverletzte: alle übrigen Verletzten.

Als Beteiligte an einem Straßenverkehrsunfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst oder deren Fahrzeug Schaden erlitten oder hervorgerufen hat. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Der Hauptverursacher ist der Beteiligte, der nach erster Einschätzung der Polizei die Hauptschuld am Unfall trägt.

Längerfristig sinkendes Unfallrisiko

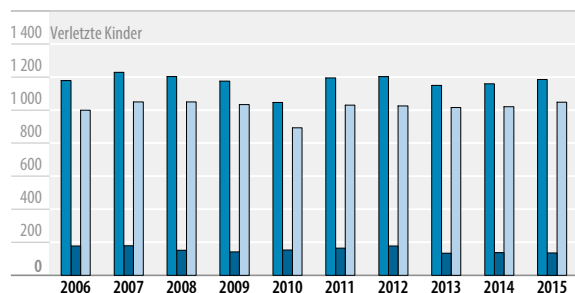
Im Jahr 2015 verunglückten insgesamt 1 187 Kinder auf Berlins Straßen, das waren 27 und damit 2,3% mehr als im Vorjahr. Von allen 28 235 in Deutschland verunglückten

Kindern waren dies 4,2%. Im Durchschnitt kam alle sieben Stunden ein Kind in Berlin zu Schaden. Als Fußgänger verunglückten 432 Kinder, ein Anstieg von 9,9% gegenüber dem Vorjahr. Unverschuldet als Pkw-Insassen kamen 320 Kinder

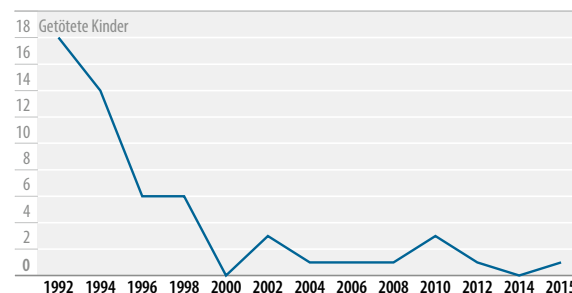
Unfallfolge	2015	2014	Veränderung in %
Verunglückte.....	1 187	1 160	2,3
Getötete.....	1	–	x
Verletzte.....	1 186	1 160	2,2
Schwerverletzte..	137	138	–0,7
Leichtverletzte....	1 049	1 022	2,6

a | Im Straßenverkehr verletzte Kinder 2006 bis 2015 in Berlin

Verletzte insgesamt
Schwerverletzte
Leichtverletzte



b | Bei Verkehrsunfällen getötete Kinder 1992 bis 2015 in Berlin



Über Straßenverkehrsunfälle mit Kindern im Land Brandenburg im Jahr 2015 wird in Ausgabe 4/2016 der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg informiert.

zu Schaden (–10,6%). Als Fahrer bzw. Mitfahrer auf Fahrrädern kamen 331 Kinder zu Schaden (–6,8%). Trotz der immer noch hohen Zahlen ist das Unfallrisiko von Kindern in den letzten Jahren deutlich gesunken: Verunglückten 1992 noch 2518 Kinder, reduzierte sich die Zahl im Jahr 2015 um mehr als die Hälfte (–52,9%). Von den 1 187 verunglückten Kindern wurden 137 schwer verletzt, ein Kind weniger als im Vorjahr und 23,0 % weniger als 2006. 1049 Kinder wurden leicht verletzt, ein Anstieg von 2,6 % gegenüber 2014. An den Unfallfolgen verstarb ein Kind. Im Jahr 1992 wurden noch 18 getötete Kinder registriert (Abbildungen a, b).

Jungen verunglückten häufiger als Mädchen

Jungen waren 2015 im Straßenverkehr mit 56,4 % der verunglückten Kinder stärker gefährdet als Mädchen. Ihr Anteil an allen Kindern in Berlin betrug 51,4 %. Das eine im Jahr 2015 tödlich verunglückte Kind war ein Junge. Besonders hoch fiel der Anteil der Jungen mit 63,1 % unter den verunglückten Radfahrenden aus. Auch als Fußgänger verunglückten sie mit 60,2 % weit häufiger als Mädchen. Als Pkw-Insassen hingegen kamen Mädchen mit 53,1 % öfter zu Schaden.

Unfallhäufigkeit in Steglitz-Zehlendorf am geringsten

Insgesamt betrug der Anteil der Kinder an allen 2015 im Berliner Straßenverkehr Verunglückten 6,7 %, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Berlins lag bei 13,5 %. Bezogen auf die Einwohnerzahl ihrer Alters-

gruppe bis unter 15 Jahre verunglückten in Berlin 250 Kinder je 100 000 Einwohner. Die Unfallhäufigkeit war dabei in den Bezirken sehr differenziert (Tabelle 2). Am stärksten gefährdet waren die Kinder mit 315 Verunglückten in Charlottenburg-Wilmersdorf, gefolgt von Mitte mit 299. Ein vergleichsweise niedriger Wert errechnete sich mit 169 Verunglückten je 100 000 Einwohner der Altersgruppe für Steglitz-Zehlendorf. Der bundesweite Durchschnitt betrug 264 Verunglückte. Den höchsten Wert unter den Bundesländern wies Schleswig-Holstein mit 374 verunglückten Kindern auf, den niedrigsten Hessen mit 225.

Mehr verunglückte Kinder im Sommerhalbjahr

Mit der warmen Jahreszeit erhöhte sich die Anzahl der im Berliner Straßenverkehr verunglückten Kinder. So waren es von April bis September 2015 58,9 %. Die höchste Zahl der Verunglückten im Jahr 2015 wurde im Juni (11,8 %) registriert, die niedrigste im Februar (4,3 %). An Wochentagen wurden die meisten verunglückten Kinder mit insgesamt 49,8 % dienstags, donnerstags und freitags ermittelt, die mit Abstand wenigsten sonntags (8,5 %). Deutschlandweit war der Freitag der Tag mit den meisten verunglückten Kindern (17,3 %), gefolgt vom Mittwoch mit 15,8 %. Die gefährlichste Tageszeit lag in Berlin im Jahr 2015 zwischen 16:00 Uhr und 17:00 Uhr, 13,8 % aller Kinder verunglückten in dieser Stunde. In den Nachmittagsstunden von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr wurden mit 51,6 % mehr als die Hälfte aller Verunglückten in dieser Altersgruppe gezählt.

2 | Bei Straßenverkehrsunfällen 2015 verunglückte Kinder je 100 000 Einwohner bis unter 15 Jahre in Berlin nach Bezirken

Bezirk	Verunglückte Kinder	Einwohner bis unter 15 Jahre	Verunglückte Kinder je 100 000 Einwohner
Mitte.....	143	47 776	299
Friedrichshain-Kreuzberg.....	79	36 822	215
Pankow.....	147	57 674	255
Charlottenburg-Wilmersdorf.....	114	36 194	315
Spandau.....	88	32 684	269
Steglitz-Zehlendorf.....	64	37 767	169
Tempelhof-Schöneberg.....	108	42 570	254
Neukölln.....	120	43 772	274
Treptow-Köpenick.....	78	31 969	244
Marzahn-Hellersdorf.....	87	36 622	238
Lichtenberg.....	84	35 652	236
Reinickendorf.....	75	34 629	217
Berlin	1 187	474 131	250

3 | Im Straßenverkehr verunglückte Kinder nach Art der Verkehrsbeteiligung 2015 in Berlin

Verunglückte Kinder	Insgesamt unter 15 Jahre	davon im Alter von ... Jahren		
		unter 6	6 bis unter 10	10 bis unter 15
Verunglückte.....	1 187	290	383	514
darunter				
Fußgänger.....	432	93	165	174
Radfahrer (einschl. Mitfahrer).....	331	31	74	226
Insassen von Pkw.....	320	129	108	83

Kinder verunglücken häufig als Fußgänger

Mehr als ein Drittel der verunglückten Kinder waren Fußgänger (36,4 %). Als Fahrer oder Mitfahrer von Fahrrädern kamen 27,9 % und als Pkw-Insassen 27,0 % der Kinder zu Schaden (Tabelle 3).

Dabei ergibt sich in den einzelnen Altersgruppen ein unterschiedliches Bild. Es verunglückten:

- Kinder unter 6 Jahren zu 44,5 % als Insassen im Pkw, zu 32,1 % als Fußgänger und zu 10,7 % als Fahrradnutzer,
- Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren zu 43,1 % als Fußgänger, zu 28,2 % als Insassen im Pkw und zu 19,3 % als Fahrradnutzer,
- Kinder ab 10 Jahren zu 33,9 % als Fußgänger, 16,1 % als Pkw-Insassen und zu 44,0 % als Fahrradnutzer.

Die Polizei registrierte bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden insgesamt 301 Fehlverhalten von Fußgängern und 233 falsche Verhaltensweisen von Radfahrern in der untersuchten Altersgruppe. Die mit Abstand häufigste fehlerhafte Verhaltensweise der kindlichen Fußgänger war das „Falsche Verhalten beim Überschreiten der Fahrbahn“ mit 96,3 %, insbesondere „... ohne

auf den Fahrzeugverkehr zu achten“ (59,1 %). Bei den Radfahrenden Kindern waren „Fehler beim Einfahren in den fließenden Verkehr“ mit 37,3 % und „Falsche Straßenbenutzung“ mit 32,6 % die häufigsten Unfallursachen.

Marion Kresse ist Sachgebietsleiterin für den Bereich *Verkehr* im Referat *Dienstleistungen, Handwerk, Verkehr* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Jürgen Keiser leitet das Referat *Dienstleistungen, Handwerk, Verkehr* am Standort Potsdam des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Zensus

Junge Erwachsene in Berlin und Brandenburg

Ein Einblick

von **Juliane Deecke**

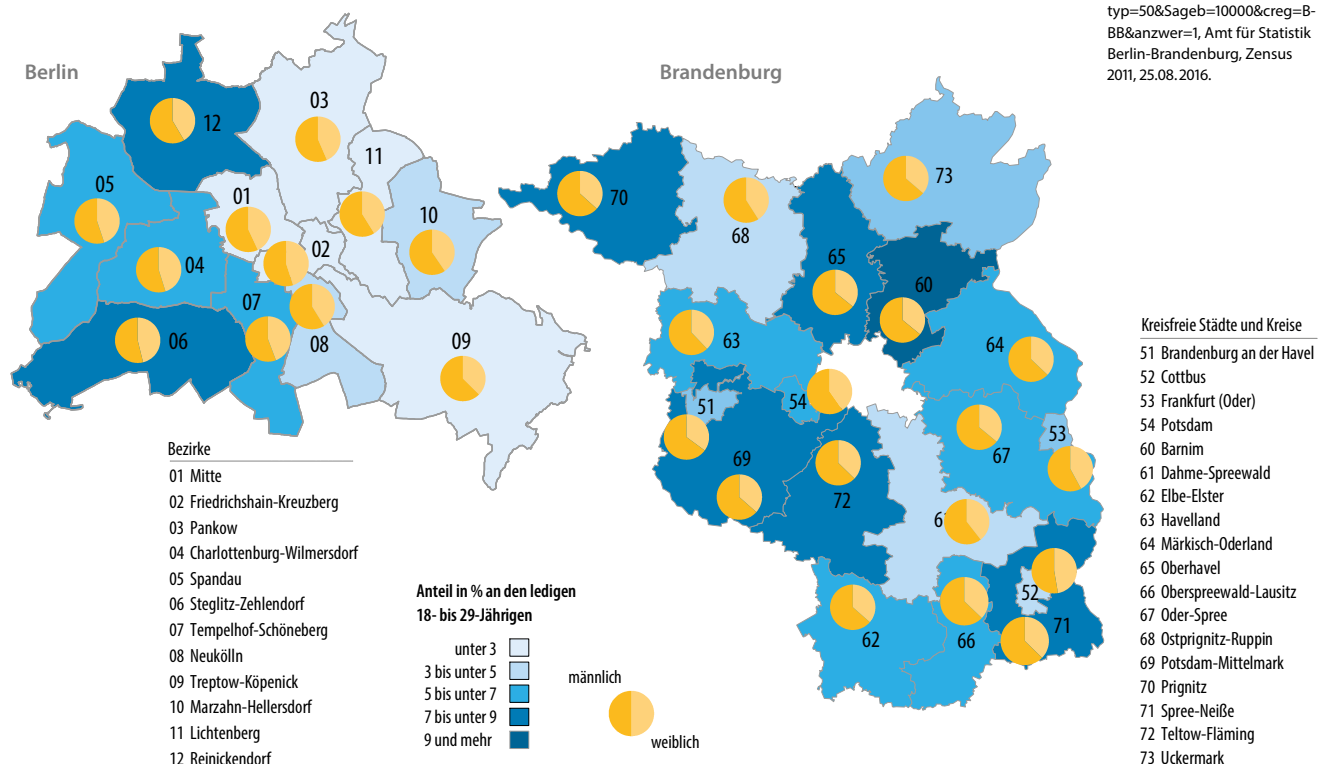
Das junge Erwachsenenalter ist eine Zeit des Umbruchs und der Entwicklung, in der die Weichen für Partnerschaft und Beruf gestellt werden. Eine hohe Mobilität bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ist für diese Bevölkerungsgruppe ebenso charakteristisch. Dieser Beitrag betrachtet junge Frauen und Männer in Berlin und Brandenburg im Alter von 18 bis 29 Jahren. Im Mittelpunkt stehen die Merkmale Bildung und Migrationshintergrund. Die Auswertung beruht auf den Daten des Zensus 2011 und umfasst demografische Merkmale, wie das Geschlecht, die aus vorhandenen Registern erhoben wurden, sowie Merkmale, die aus der Haushaltsstichprobe¹ stammen und hochgerechnet wurden, zum Beispiel Schulabschluss und Staatsangehörigkeit.

Familienstand

In Berlin lebten am 9. Mai 2011 insgesamt 534 966 Personen zwischen 18 und 29 Jahren, 16,2 % der Gesamtbevölkerung. 89,7% von ihnen waren ledig, 9,3% verheiratet oder lebten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. 1,0% der Personen war geschieden oder die eingetragene Lebenspartnerschaft wurde aufgehoben. Der Anteil der Frauen lag bei 51,1%.

Im Land Brandenburg lebten insgesamt 309 389 junge Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren. Das sind 12,6 % der Gesamtbevölkerung. 92,5% waren ledig, 6,9% verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Bei 0,6% der Personen wurde die Ehe geschieden oder die eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben. Der weibliche Anteil in dieser Altersgruppe lag bei 47,0%.

a | „Sesshafte“ Personen von 18 bis 29 Jahren in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Geschlecht



¹ Nähere Erläuterungen zu Methode und Merkmalen des Zensus 2011 unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/grundlagen/zensus.asp?Ptyp=50&Sageb=10000&creg=B-BB&anzwer=1>, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Zensus 2011, 25.08.2016.

Viele junge Menschen in diesem Alter verlassen das Elternhaus, beginnen eine Berufsausbildung, ein Studium oder gründen eine eigene Familie. Eine spezielle Untergruppe der Ledigen sind diejenigen, die seit ihrer Geburt bis zum Zensusstichtag in der gleichen Wohnung lebten. Der Anteil dieser „sesshaften“ Personen betrug in Berlin 3,9 %. Der Blick auf die Berliner Bezirke zeigt ein differenziertes Bild. In den westlich gelegenen Bezirken war der Anteil der „Sesshaften“ an der ledigen Bevölkerung zwischen 18 und 29 Jahren etwas höher. In Steglitz-Zehlendorf lag er bei 8,0 %, gefolgt von Reinickendorf mit 7,3 %. Im östlichen Teil Berlins waren die Anteile deutlich geringer. Am niedrigsten war er im Bezirk Pankow mit 1,7 %. Über die Hälfte derjenigen, die im „Hotel Mama“ wohnten, waren Männer. Den höchsten männlichen Anteil wies der Bezirk Treptow-Köpenick mit 62,6 % auf (Abbildung a).

In Brandenburg lebten 6,2 % der ledigen 18- bis 29-Jährigen seit ihrer Geburt bis zum Zensusstichtag in derselben Wohnung. Der Blick auf die Karte in Abbildung a zeigt, dass der Anteil der „Sesshaften“ in den kreisfreien Städten sehr niedrig war. Der Landkreis Elbe-Elster wies mit 17,4 % den höchsten Wert auf. Der Anteil der Männer an dieser Gruppe betrug rund 63 %. Die Stadt Brandenburg an der Havel hatte mit 64,9 % den höchsten männlichen Anteil.

Bildung

Junge Frauen in Berlin waren zum 9. Mai 2011 höher qualifiziert als ihre Altersgenossen. 47,0 % von ihnen besaßen das Abitur. Bei den Männern war der Anteil mit 38,9 % deutlich niedriger.

Die Brandenburgerinnen besaßen ebenfalls eine bessere Schulbildung als die jungen Brandenburger. 55,6 % der Frauen erfüllten mit der allgemeinen/fachgebundenen Hochschulreife die Voraussetzung für ein Studium. Bei den Männern waren es 44,4 % (Tabelle 1).

Knapp die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen in Berlin hatte am 9. Mai 2011 noch keinen beruflichen Ab-

schluss. Über ein Viertel verfügte über eine abgeschlossene Lehre oder Berufsausbildung im dualen System und 12,0 % besaßen einen Hochschulabschluss bzw. eine Promotion. Die Frauen sind auch im Hinblick auf den beruflichen Abschluss höher qualifiziert als die Männer. 14,2 % der Frauen hatten einen Hochschulabschluss oder promoviert. Bei den Männern waren es 9,7 %. Bezieht man den Fachschulabschluss, den Fachhochschulabschluss sowie den Abschluss einer Fachakademie oder Berufsakademie in diese Betrachtung mit ein, dann werden die Unterschiede noch größer.

In Brandenburg waren zum Zensusstichtag 40,3 % der Personen von 18 bis 29 Jahren ohne einen beruflichen Abschluss. 46,1 % hatten eine Lehre oder duale Berufsausbildung abgeschlossen. Einen Hochschulabschluss/Promotion konnten 3,3 % vorweisen. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern war relativ ausgewogen. Über einen Hochschulabschluss oder die Promotion verfügten 4,3 % der Frauen und 2,5 % der Männer. Eine Lehre oder Berufsausbildung im dualen System hatten 41,8 % der weiblichen und 49,9 % der männlichen jungen Erwachsenen abgeschlossen (Tabelle 2).

Beruf

Die Daten des Zensus 2011 erlauben auch einen Blick auf die Berufsbereiche², in denen junge Erwachsene tätig sind. Der größte Anteil in Berlin war mit 23,7 % im *Verkauf, Vertrieb und Tourismus* beschäftigt. Nach Geschlecht betrachtet war dies bei den Frauen der am stärksten besetzte Berufsbereich (28,4 %), dicht gefolgt von *Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung* (28,1 %) und *Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung* (21,3 %). Die Männer arbeiteten am häufigsten im Bereich *Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung* (20,4 %), gefolgt von *Verkauf, Vertrieb und Tourismus* (18,9 %) sowie *Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit* (13,1 %).

In Brandenburg waren junge Erwachsene am häufigsten in der *Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung* (21,7 %) beschäftigt. Die beruflichen Vorlieben der Männer und Frauen waren sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die drei beliebtesten Berufs-

2 Der Berufsbereich Militär bleibt unberücksichtigt.

**1 | Personen von 18 bis 29 Jahren
in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011
nach höchstem Schulabschluss
(Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)**

Höchster Schulabschluss	Ohne Schulabschluss	Haupt-/Volksschulabschluss	Mittlerer Schulabschluss/gymnasiale Oberstufe	Fachhochschulreife	Allgemeine/fachgebundene Hochschulreife (Abitur)
Berlin					
Insgesamt ...	28 880	63 740	169 580	38 290	227 620
männlich ..	15 130	36 670	85 090	19 450	99 680
weiblich	13 750	27 070	84 490	18 840	127 940
Brandenburg					
Insgesamt ...	11 570	32 850	140 440	32 240	88 130
männlich ..	7 360	20 960	78 410	14 740	39 160
weiblich	4 220	11 890	62 030	17 490	48 980

**2 | Personen von 18 bis 29 Jahren
in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011
nach höchstem Berufsabschluss
(Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)**

Höchster Berufsabschluss	Ohne beruflichen Abschluss	Lehre, Berufsausbildung im dualen System	Fachschulabschluss/Fach-/Berufsakademie	Fachhochschulabschluss	Hochschulabschluss/Promotion
Berlin					
Insgesamt ...	263 710	142 850	38 000	20 160	63 380
männlich ..	133 980	74 430	13 370	9 410	24 820
weiblich	129 730	68 420	24 630	10 740	38 560
Brandenburg					
Insgesamt ...	122 920	140 610	23 890	7 610	10 210
männlich ..	65 020	80 210	7 860	3 530	4 010
weiblich	57 900	60 410	16 030	4 080	6 200

bereiche bei den Frauen waren *Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung* mit 31,2%, gefolgt von *Verkauf, Vertrieb und Tourismus* mit 27,2% sowie *Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung* mit 20,9%. Die Männer arbeiteten am häufigsten mit 34,9% in der *Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung*. Im Bereich *Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit* waren es 15,5% und im Bereich *Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik* 13,8% (Abbildung b).

Religion

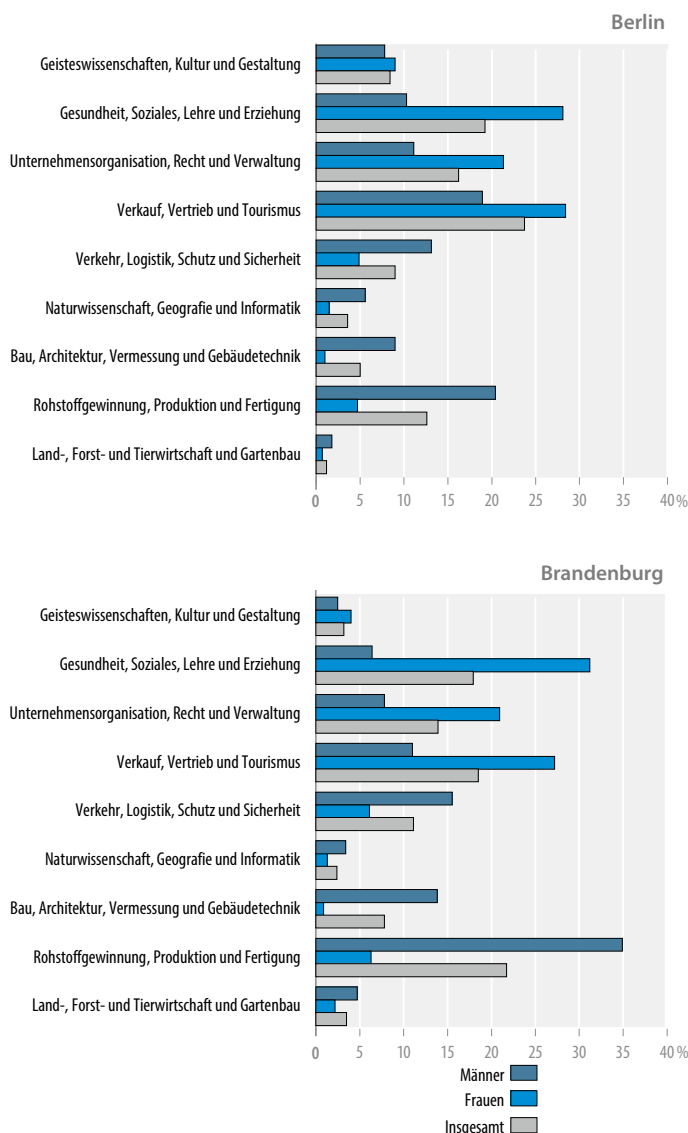
Fast zwei Drittel der 18- bis 29-Jährigen in Berlin (64,5%) gehörten keiner Religionsgesellschaft an. 18,1% waren Mitglieder der evangelischen und 10,6% Mitglieder der katholischen Kirche. Fast 7% gehörten anderen Religionsgesellschaften, zum Beispiel der Jüdischen Gemeinde oder der Orthodoxen Kirche, an.

Die deutliche Mehrheit (82,2%) der 18- bis 29-Jährigen in Brandenburg gehörte keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft an. Evangelischen Glaubens waren 12,9% der jungen Erwachsenen, katholischen Glaubens 3,1%. Einer anderen Religion gehörten 1,9% der Personen an.

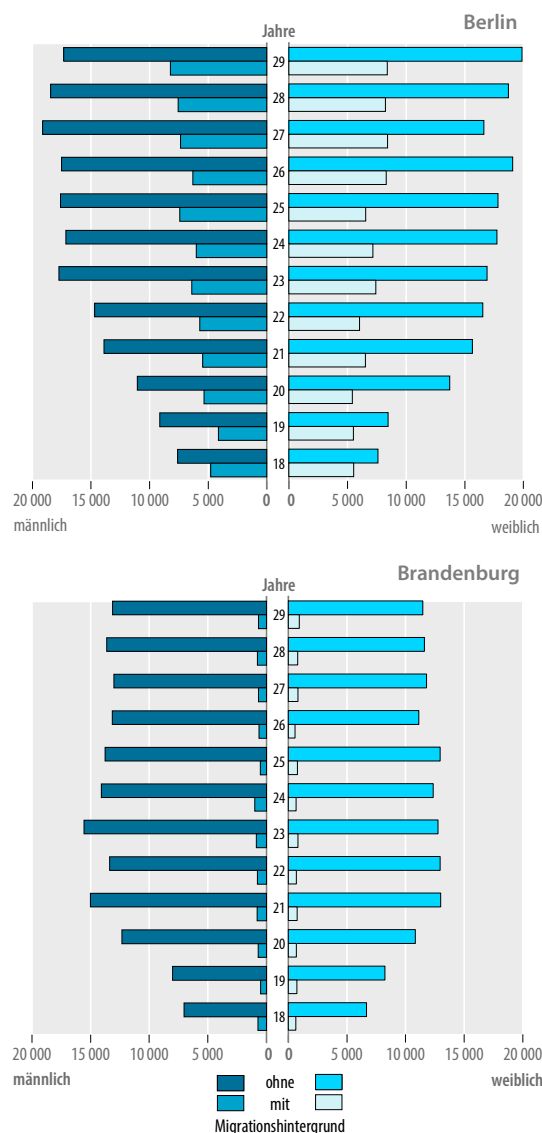
Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit

In der untersuchten Altersklasse der 18- bis 29-Jährigen hatten in Berlin 370 010 Personen keinen Migrationshintergrund, bei 158 110 Menschen lag dieser vor. Bei den Männern besaßen 29,2% einen Migrationshintergrund. Der Anteil bei den Frauen lag mit 30,6% etwas höher. Bezogen auf alle Personen der jeweiligen Altersklasse, war der Anteil der Personen mit einem Migrationshintergrund bei den 18-Jährigen, sowohl bei den Frauen (42,0%) als auch bei den Männern (38,6%), am höchsten.

b | Personen von 18 bis 29 Jahren in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Berufsbereichen
(Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)



c | Personen von 18 bis 29 Jahren in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Migrationshintergrund
(Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)



Im Land Brandenburg besaßen 17 440 Menschen, das sind 5,7%, einen Migrationshintergrund. Der Anteil bei den Männern betrug 5,4% und war etwas geringer als bei den Frauen mit 6,1%. Bei der Betrachtung der Altersjahre ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil der jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund bezogen auf alle Personen dieses Alters war bei den 18-jährigen Männern (9,4%) und Frauen (8,6%) am höchsten (Abbildung c).

Der überwiegende Teil der Berliner Bevölkerung von 18 bis 29 Jahren hatte mit 86,1% die deutsche Staatsbürgerschaft. Von den 73 620 ausländischen Personen waren 24,1% türkischer, 9,7% polnischer, 4,0% französischer sowie jeweils 3,7% russischer und italienischer Abstammung.

Im Land Brandenburg besaßen 97,8% der jugendlichen Bevölkerung die deutsche Staatsbürgerschaft. Unter den 6 660 Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit war die polnische am häufigsten vertreten (22,5%), gefolgt von der ukrainischen (9,4%), russischen (8,4%), türkischen (7,0%) und vietnamesischen (4,4%) Nationalität (Abbildung d).

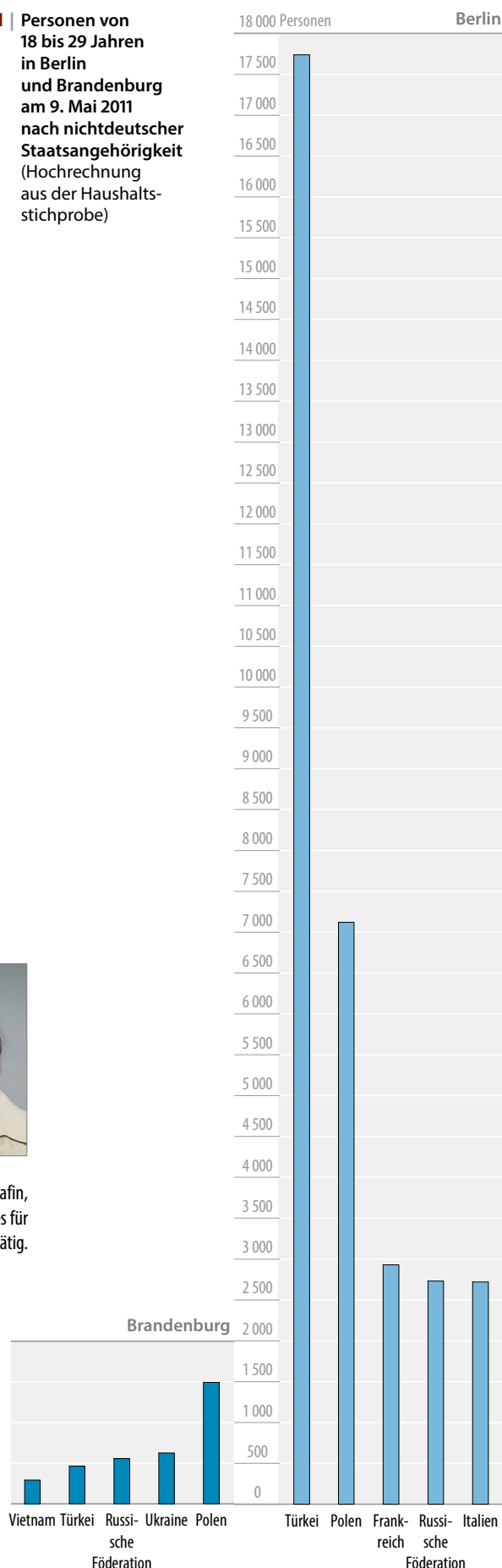
Zusammenfassung

Der Blick auf die jungen Erwachsenen zwischen 18 und 29 Jahren in den Ländern Berlin und Brandenburg zeigt deutliche Unterschiede auf. Diese sind zwischen den Geschlechtern und auch zwischen Stadtstaat und Flächenland erkennbar. Der Migrationshintergrund oder die Religionszugehörigkeit spielen in Brandenburg eine eher untergeordnete Rolle. Die Schul- und Bildungsabschlüsse sind bei den Berlinerinnen und Berlinern eindeutig höher. Der spannende Blick in kleinere räumliche Einheiten bleibt aufgrund der Erhebungsmethodik der Daten leider verwehrt.



Juliane Deecke, Diplom-Geografin, ist im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg tätig.

d | Personen von 18 bis 29 Jahren in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (Hochrechnung aus der Haushaltsstichprobe)



Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktteilnahme von Müttern und Vätern in Berlin und Brandenburg

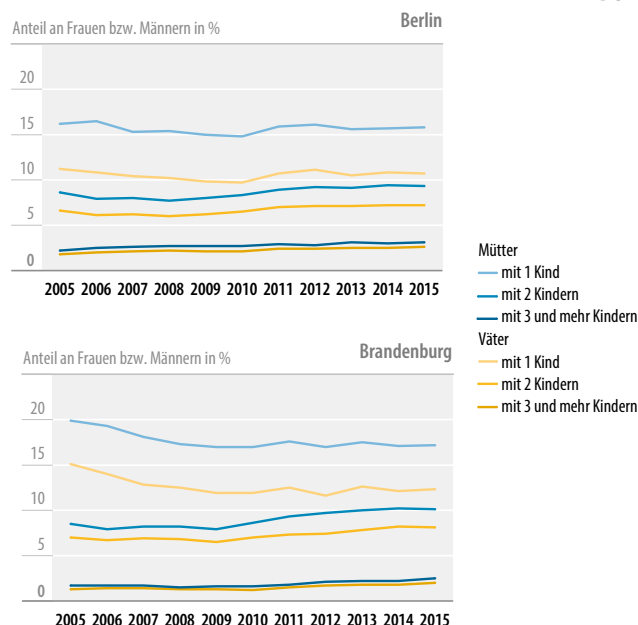
von Anzela Jotkute

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Mütter als auch für Väter ist ein anerkanntes gesellschaftliches Ziel. In diesem Beitrag wird die Arbeitsmarktteilnahme von Männern und Frauen in Abhängigkeit davon, ob sie minderjährige Kinder betreuen, gegenübergestellt. In die Untersuchung werden der Bildungsabschluss, die Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung als Hauptgrund für Teilzeitarbeit, die Ausübung einer Führungs- oder Aufsichtstätigkeit und die Einkommen von Männern und Frauen mit und ohne minderjährige Kinder einbezogen. Die Datenquelle ist der Mikrozensus.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit und ohne minderjährige Kinder

Im Jahr 2015 lebten in Berlin 2342000 und im Land Brandenburg 1568000 Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Dies entspricht in Berlin einem Anteil von 68% und in Brandenburg einem Anteil von 64% der Gesamtbevölkerung. Gegenüber dem Jahr 2005 sank dieser Anteil in Berlin um 4 Prozentpunkte und in Brandenburg um 6 Prozentpunkte.

a | Anteil der Mütter und Väter an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Berlin und Brandenburg nach der Anzahl der minderjährigen Kinder



2015 waren in Berlin 20% der Männer und 28% der Frauen dieser Altersgruppe Vater oder Mutter mindestens eines minderjährigen Kindes. In Brandenburg lebten 22% der Männer und 30% der Frauen mit mindestens einem Kind, das noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht hatte, in der Familie.

11% der Berliner und 16% der Berlinerinnen sowie 12% der Brandenburger und 17% der Brandenburgerinnen im erwerbsfähigen Alter lebten 2015 mit einem minderjährigen Kind zusammen. Zwei minderjährige Kinder hatten 7% der Berliner und 9% der Berlinerinnen sowie 8% der Brandenburger und 10% der Brandenburgerinnen. Drei und mehr minderjährige Kinder hatten insgesamt 3% der Berlinerinnen und Berliner und 2% der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Im Jahr 2005 waren es noch 2% in Berlin und 1% in Brandenburg (Abbildung a).

1 | Anteil der Frauen in Berlin und Brandenburg mit minderjährigen Kindern in Teilzeiterwerbstätigkeit¹

Jahr	Mit 1 Kind	Mit 2 Kindern	Mind. mit 1 Kind
Berlin			
2013....	37,8	48,2	42,3
2014....	36,5	45,3	41,1
2015....	41,1	48,9	44,8
Brandenburg			
2013....	30,9	52,2	40,6
2014....	32,5	55,9	43,9
2015....	34,3	58,9	46,1

¹ Frauen, die ihre Arbeitszeit hauptsächlich wegen der Betreuung von Kindern reduziert haben.

Erwerbstätigkeit

Im Jahr 2015 waren in Berlin 841 000 Männer und 774 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren erwerbstätig, in Brandenburg 619 000 Männer und 559 000 Frauen. Der Anteil der Erwerbstätigen nimmt seit Jahren zu. Die Erwerbstätigenquote dieser Personen hat sich in Berlin von 59 % im Jahr 2005 auf 69 % im Jahr 2015 erhöht, in Brandenburg ist sie von 63 % auf 75 % gestiegen. In Berlin liegen die Erwerbstätigenquoten von Frauen, ob mit oder ohne Kinder, sowie von Männern ohne Kinder nahe beieinander. Am niedrigsten war sie bei Müttern minderjähriger Kinder mit 65 % im Jahre 2015, wobei dies gegenüber 2005 eine Steigerung von immerhin 8 Prozentpunkten ist. Väter sind dagegen deutlich häufiger erwerbstätig. Ihr Anteil lag 2015 in Berlin bei 86 %. In Brandenburg ist die Erwerbsbeteiligung höher. Hier erreichten Mütter 2015 einen Anteil von 80 %, die Väter sogar 93 %. Brandenburgerinnen ohne minderjährige Kinder waren zu 70 % erwerbstätig, kinderlose Männer zu 73 %. Der Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Kindern und der Erwerbsbeteiligung ist bei den Männern, besonders in Berlin, stark ausgeprägt. Bei den Frauen ist ein solcher in Brandenburg deutlich geringer und in Berlin praktisch nicht erkennbar (Abbildung b).

Teilzeiterwerbstätigkeit

2015 arbeiteten in Berlin 19 % der erwerbstätigen Männer und 30 % der erwerbstätigen Frauen ohne minderjährige Kinder, aber 15 % der Väter und 50 % der Mütter mit minderjährigen Kindern in Teilzeit. In

Brandenburg war der Teilzeitanteil, abgesehen von den kinderlosen Frauen, niedriger: 10 % der Männer und 32 % der Frauen ohne minderjährige Kinder und 7 % der Väter sowie 46 % der Mütter mit minderjährigen Kindern waren teilzeiterwerbstätig. Somit sind Väter mit minderjährigen Kindern im Vergleich zu Männern ohne minderjährige Kinder eher vollzeitbeschäftigt. Frauen ohne minderjährige Kinder sind dagegen in geringerem Maße teilzeitbeschäftigt als Mütter. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen in allen Gruppen hat seit 2005 zugenommen (Abbildung c).

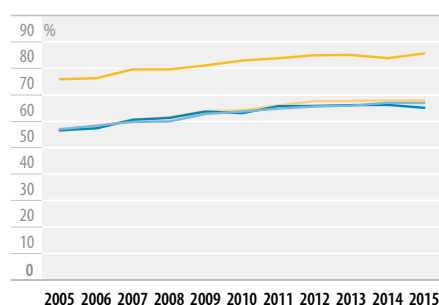
Teilzeiterwerbstätigkeit wegen Betreuung von Kindern

Die Betreuung von Kindern ist oft ein Grund für eine Teilzeiterwerbstätigkeit. Seit 2013 nannten unverändert etwa 12 % der Berliner Teilzeiterwerbstätigen dies als Hauptgrund für die Reduzierung der Arbeitszeit. In Brandenburg war eine geringfügige Entwicklung von 14 % im Jahr 2013 über 15 % im Jahr 2014 auf 16 % im Jahr 2015 zu verzeichnen. Teilzeiterwerbstätige Mütter von minderjährigen Kindern nennen diesen Grund zunehmend: 2013 wurde er von 42 % der Berlinerinnen und 41 % der Brandenburgerinnen, 2015 von 45 % der Berlinerinnen und 46 % der Brandenburgerinnen angegeben (Tabelle 1).

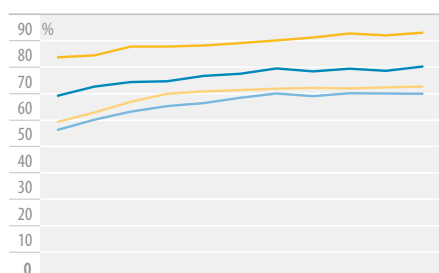
Je mehr minderjährige Kinder sie betreuen, desto öfter geben Mütter sowohl in Berlin als auch in Brandenburg Kinderbetreuung als Hauptgrund für ihre Teilzeiterwerbstätigkeit an. Dieser Grund für Teilzeiterwerbstätigkeit wurde seit 2013 zunehmend von Müttern mit einem oder zwei Kindern genannt.

b | Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren...

...in Berlin und Brandenburg 2005 bis 2015 nach Geschlecht und Vorhandensein minderjähriger Kinder in der Familie



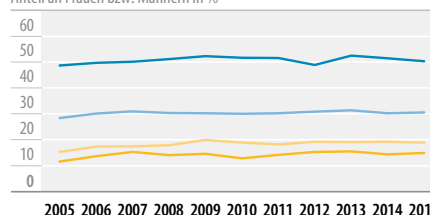
2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015



2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015

c | Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen...

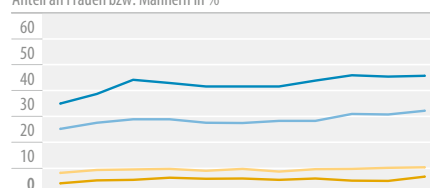
Anteil an Frauen bzw. Männern in %



2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015

Frauen in Erwerbstätigkeit bzw. in Teilzeit
— ohne Kinder
— mit Kindern
Männer in Erwerbstätigkeit bzw. in Teilzeit
— ohne Kinder
— mit Kindern

Anteil an Frauen bzw. Männern in %



2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015

Teilzeit- oder Vollzeiterwerbstätigkeit und Bildungsabschluss

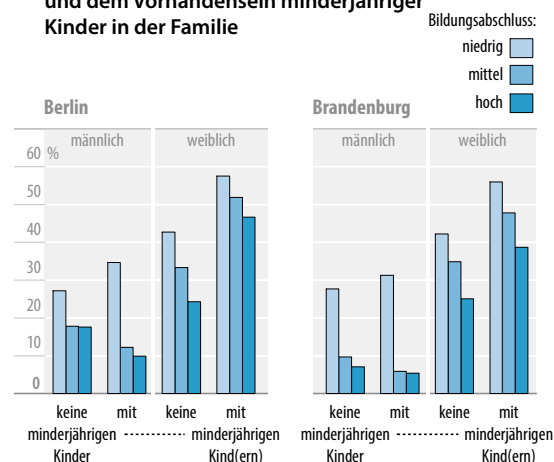
Je höher der Bildungsabschluss¹, desto geringer ist der Anteil der Teilzeiterwerbstätigkeit (Abbildung d). Den geringsten Anteil hatten im Jahr 2015 mit 7% Brandenburger Männer ohne minderjährige Kinder mit hohen Bildungsabschlüssen, den höchsten mit 58% Berliner Mütter von minderjährigen Kindern mit niedriger Bildung. In allen Bildungsstufen haben Mütter einen höheren Teilzeitanteil als Frauen ohne minderjährige Kinder in der Familie. Bei Berliner Männern trifft das nur für den niedrigsten Bildungsabschluss zu. Berliner Väter mit mittleren und hohen Bildungsabschlüssen haben sehr geringe Teilzeitanteile von 12% beziehungsweise 10% und liegen damit unter den Teilzeitanteilen von Berliner Männern ohne minderjährige Kinder (jeweils 18%). Die Teilzeitanteile von Brandenburger Vätern und Männern ohne minderjährige Kinder lassen sich leider nicht nach dem Bildungsabschluss vergleichen, weil die Fallzahlen der Mikrozensusstichprobe für die teilzeiterwerbs-

tätigen Brandenburger Väter aufgegliedert nach dem Bildungsabschluss für eine belastbare Auswertung nicht ausreichen.

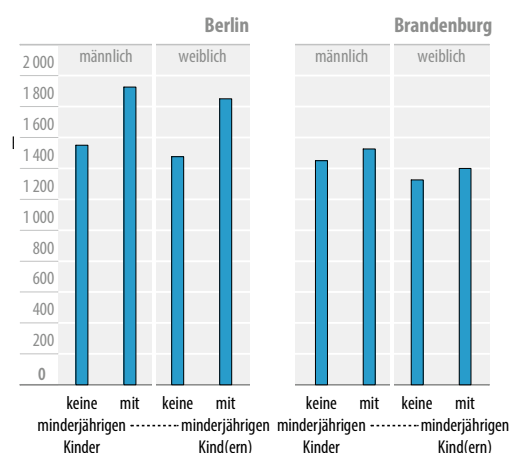
Führungs- und Aufsichtspositionen

Oft wird über die Chancengleichheit für erwerbstätige Männer und Frauen in Bezug auf Führungs- und Aufsichtspositionen diskutiert. Vergleicht man Männer mit und ohne minderjährige Kinder, so bekleiden in beiden Ländern eher die Väter die Aufsichts- und Führungspositionen: 2015 war das in Berlin bei 22% der Väter und 13% der Männer ohne Kinder, in Brandenburg bei 31% der Väter und 21% der Männer ohne minderjährige Kinder der Fall. Bei Frauen ist der Unterschied weniger deutlich sichtbar: 11% der erwerbstätigen Frauen ohne minderjährige Kinder und 13% der erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern in Berlin sowie 17% bzw. 18% in Brandenburg bekleiden eine Führungs- und Aufsichtsposition. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen sind die Anteile seit Jahren relativ stabil (Abbildung e).

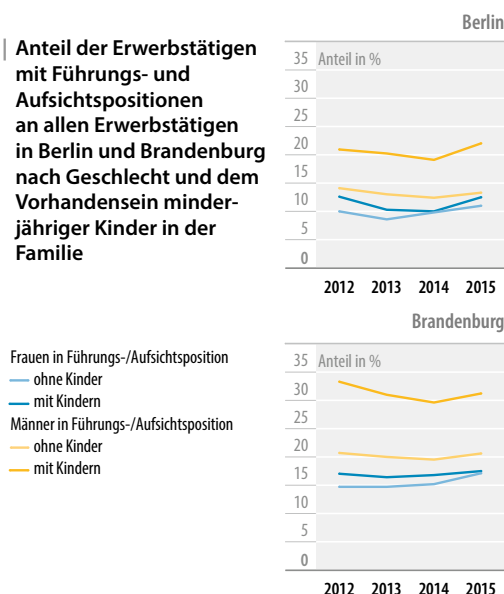
d | Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg 2015 nach Geschlecht, Bildungsabschluss und dem Vorhandensein minderjähriger Kinder in der Familie



f | Mittleres Monatsnettoeinkommen von Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg 2015 nach Geschlecht und dem Vorhandensein minderjähriger Kinder in der Familie



e | Anteil der Erwerbstätigen mit Führungs- und Aufsichtspositionen an allen Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg nach Geschlecht und dem Vorhandensein minderjähriger Kinder in der Familie



¹ Bildungsabschlüsse gemäß ISCED 2011. Ein niedriger Bildungsabschluss umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Ein mittlerer Bildungsabschluss beinhaltet die Hoch- oder Fachhochschulreife und/oder die Lehrausbildung oder den berufsqualifizierenden Abschluss einer Berufsfachschule/Kollegsche, den Abschluss eines kurzen Bil-

dungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule des Gesundheitswesens oder den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, sowie den Abschluss eines 2- oder 3-jährigen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule für Gesundheits- und Sozialberufe. Ein hoher Bildungsabschluss umfasst den Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, den Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie, den (Fach-)Hochschulabschluss sowie die Promotion.

Einkommen

Das mittlere Monatsnettoeinkommen von erwerbstätigen Frauen mit oder ohne minderjährige Kinder unterschied sich sowohl in Berlin als auch in Brandenburg wenig, wobei Mütter ein etwas höheres mittleres Einkommen haben: Berlinerinnen erhalten im Schnitt 1525 EUR (mit Kindern) respektive 1450 EUR (ohne Kinder), Brandenburger Mütter 1400 EUR und Brandenburgerinnen ohne minderjährige Kinder 1325 EUR. Erwerbstätige Berliner Väter hatten ein mittleres Einkommen von 1925 EUR, erwerbstätige Berliner ohne Kinder von 1550 EUR. Brandenburger Väter hatten monatlich im Mittel 1850 EUR zur Verfügung, Brandenburger ohne Kinder 1475 EUR. Auch hier zeigt sich ein Einkommensunterschied sowohl zwischen Berlin und Brandenburg als auch zwischen Männern mit und ohne Kinder (Abbildung f).

Zusammenfassung

Der Anteil der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren ist seit 2005 geschrumpft. Es gibt auch weniger Menschen mit nur einem Kind. Dafür hat sich die Zahl der Mütter und Väter mit zwei oder mehr Kindern leicht erhöht. Die Erwerbstätigenquote hat sich seit 2005 kontinuierlich sowohl bei Eltern mit minderjährigen Kindern als auch bei Menschen ohne minderjährige Kinder erhöht. Mit Abstand am höchsten ist sie bei den Vätern, gefolgt von den Brandenburger Müttern. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigkeit hat in jeder der vier betrachteten Personengruppen zugenommen. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit als Männer, Mütter wiederum deutlich öfter als kinderlose Frauen. Väter sind nur selten in Teilzeit tätig, insbesondere in Brandenburg. Die Betreuung der Kinder als Hauptgrund für die Teilzeiterwerbstätigkeit nennen hauptsächlich die Mütter, vor allem wenn mehrere Kinder vorhanden sind. Je höher der Bildungsabschluss, desto eher wird Abstand von einer Teilzeittätigkeit genommen, das gilt sowohl für Männer als auch für Frauen, für Mütter und auch für Väter. Aufsichts- und Führungspositionen bekleiden eher die Väter sowohl in Berlin als auch in Brandenburg als Männer ohne minderjährige Kinder. Bezüglich der Ausübung von Aufsichts- und Führungspositionen ist zwischen Frauen mit und ohne minderjährige Kinder kaum ein Unterschied festzustellen. Das mittlere Monatsnettoeinkommen der Frauen unterscheidet sich in beiden Ländern wenig zwischen Müttern und Frauen ohne Kinder. Dagegen ist das Einkommen der Väter deutlich höher als das der Männer ohne minderjährige Kinder.

Anzela Jotkute ist Referentin in der Statistikstelle Personal bei der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen. Der Beitrag entstand im Rahmen einer Hospitation im Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Zensus

▮ Bildungsstand der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg

von Katja Niemann-Ahrendt

Für die individuelle Lebensplanung ist Bildung ein unerlässlicher Faktor. Ein hoher Bildungsstand verbessert die Erwerbschancen sowie die Chance auf eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Für die jüngeren Generationen stehen daher eine gute Ausbildung und ein hoher Abschluss mehr denn je im Fokus ihrer Lebensplanung. Mit dem vorliegenden Beitrag soll ein Einblick in die schulischen und beruflichen Bildungsunterschiede verschiedener Altersgruppen auf Grundlage der Ergebnisse des Zensus 2011 in Berlin und Brandenburg gegeben werden.

Einleitung

Bildung ist ein umfassendes Konstrukt, welches keiner einheitlichen Definition unterliegt. Der formale Bildungsstand wird anhand von Bildungsabschlüssen, also erworbener Zertifikate, gemessen. Je nach Abschluss und Zertifikat kann zwischen geringem, mittlerem und hohem Bildungsstand¹ unterschieden werden. Menschen mit einem hohen Abschluss gelten als besonders bildungsreich, während Menschen ohne Abschluss als bildungsarm bezeichnet werden. In der modernen Wissensgesellschaft hat Bildung einen hohen Stellenwert eingenommen. Begriffe wie Zukunft, Fortschritt, Innovationen und Technologien werden mit ihr in Verbindung gebracht. Bildung bestimmt über die wirtschaftliche Leistungs- und Zukunftsfähigkeit eines Landes. Ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung ist eng mit dem Wirtschaftswachstum verflochten und somit ein entscheidender Vorteil, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Humankapitalansatz [1] geht davon aus, dass Arbeitgeber bevorzugt höher gebildete Menschen einstellen, weil sie produktiver sind. Dagegen besagt der Signal-Ansatz [2], dass vielmehr der Bildungsabschluss an sich, also nicht die Produktivität eines Menschen entscheidend ist. Beide Ansätze betrachten jedoch einen hohen Bildungsstand als Voraussetzung für eine gesicherte Beschäftigung und ein gutes Einkommen. Angesichts der demografischen Veränderungen und der damit einhergehenden Abnahme der Bevölkerung in der Erwerbsphase sind gut qualifizierte junge Menschen von großer Bedeutung. Der Bedarf an Hochqualifizierten wird voraussichtlich weiter steigen, während es dagegen Niedrigqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt schwer haben werden. Bildung ist somit nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine individuelle Aufgabe. Sie bestimmt über individuelle Lebenschancen und soziale Integration und ist damit mehr als nur der Weg in eine gesicherte Erwerbstätigkeit. Ihre Erträge zeigen sich in vielfältigen Lebensberei-

chen wie Gesundheit, Lebenserwartung, Glück, Partnerschaft, Partizipation und Mobilität [3].

Seit den 1950er Jahren hat die Bildungsexpansion dazu geführt, dass das Bildungsniveau in der Gesellschaft gestiegen ist, weshalb es zwischen den Generationen und Geschlechtern zum Teil starke Unterschiede hinsichtlich des Bildungsstandes gibt. Jüngere Menschen weisen heute im Schnitt einen höheren Bildungsstand auf als die älteren Generationen und besitzen seltener keinen Abschluss. Frauen haben sich dem Bildungsniveau der Männer nicht nur angeglichen, sondern haben sie teilweise bereits überholt.

Jüngere besitzen häufiger (höhere) Schulabschlüsse

Rund die Hälfte der ab 65-Jährigen in Berlin (46,3 %) und Brandenburg (58,8 %) besaß laut Zensus 2011 einen Haupt-/Volksschulabschluss (Abbildung a). Den Abschluss einer Fachhochschulreife beziehungsweise die allgemeine/fachgebundene Hochschulreife (Abitur) hatte in dieser Altersgruppe jeder Vierte in Berlin und jeder Fünfte in Brandenburg.

Dass sich der Trend hin zu höheren Bildungsabschlüssen verlagert, lässt sich im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen erkennen. Mit abnehmendem Alter sank der Anteil an Personen mit einem Haupt-/Volksschulabschluss. Lediglich 11,9 % der 35- bis unter 50-Jährigen in Berlin und 8,4 % in Brandenburg sowie 11,3 % bzw. 10,7 % der 20- bis unter 35-Jährigen besaßen noch diesen Schulabschluss. Umgekehrt verhält es sich mit dem mittleren Schulabschluss bzw. dem Abschluss der gymnasialen Oberstufe sowie der (Fach-)Hochschulreife: Hier besaßen bereits 35,4 % der Berlinerinnen und Ber-

¹ Geringer Abschluss: ohne Schulabschluss, Haupt-/Volksschulabschluss; Mittlerer Abschluss: mittlerer Schulab-

schluss/gymnasiale Oberstufe; Höherer Abschluss: Fachhochschulreife, allgemeine/fachgebundene Hochschulreife (Abitur)

liner und sogar 54,1 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger im Alter von 50 bis unter 65 Jahren den mittleren Schulabschluss bzw. den Abschluss der gymnasialen Oberstufe sowie 38,3 % und 27,5 % die (Fach-)Hochschulreife. Während der Anteil beim mittleren Schulabschluss bzw. dem Abschluss der gymnasialen Oberstufe in der Altersgruppe der 35- bis unter 50-Jährigen weiter anstieg (Berlin: 36,7 %, Brandenburg: 62,6 %), fiel er bei den 20- bis unter 35-Jährigen. Beim Abschluss der (Fach-)Hochschulreife stieg dagegen der Anteil mit abnehmendem Alter konstant an. In der jüngsten Altersgruppe (20 bis unter 35 Jahre) besaßen in Berlin mit 55,8 % bereits über die Hälfte, in Brandenburg 41,9 % die (Fach-)Hochschulreife. Insgesamt hatten zum Zensusstichtag rund 1,14 Mill. der ab 20-jährigen Personen in Berlin mit der (Fach-)Hochschulreife einen so genannten „höherwertigen“ allgemeinen Schulabschluss, gefolgt von über 820 000 Personen mit dem Abschluss der mittleren Reife/gymnasialen Oberstufe. In Brandenburg wiesen Personen ab 20 Jahren häufiger die mittlere Reife (fast 910 000) auf. Die (Fach-)Hochschulreife besaßen rund 580 000 Personen.

Große Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg gibt es bei den Personen ohne Schulabschluss. Die Vermutung, dass die Jüngeren seltener keinen Abschluss haben, lässt sich in Berlin nicht bestätigen: Zwischen 6,6 % und 6,8 % der über 35-Jährigen Berlinerinnen und Berliner hatten am 9. Mai 2011 keinen Schulabschluss. Bei den 20- bis unter 35-Jährigen lag der Anteil mit 4,7 % nur geringfügig niedriger. In Brandenburg hingegen reduziert sich der Anteil der Personen ohne Schulabschluss mit der Abnahme des Alters. Waren noch 6,6 % der über 65-Jährigen ohne Abschluss, betraf dies nur noch 2,3 % der 50- bis unter 65-Jährigen und 1,9 % der 35- bis unter 50-Jährigen. Wie in Berlin stieg aber auch hier der Anteil in der jüngsten Altersgruppe wieder an (2,8 %).

Junge Frauen häufiger mit Abitur

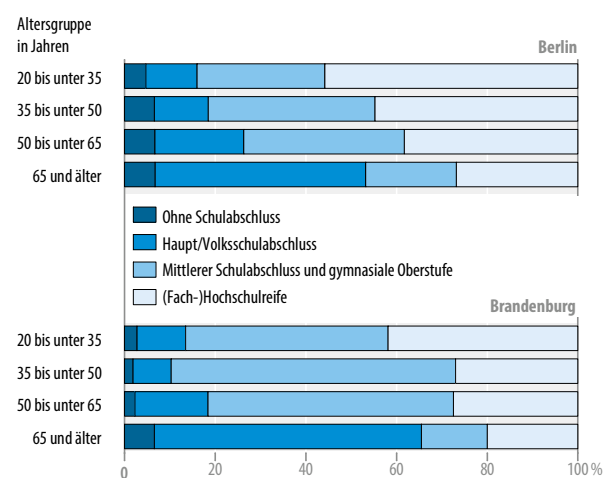
Geschlechtsspezifische Unterschiede im Bildungsniveau sind bei Personen ab 65 Jahren noch deutlich zu erkennen. Während 36,4 % der Berliner und 29,7 % der Brandenburger in dieser Altersgruppe die (Fach-)Hochschulreife besitzen, waren es bei den Frauen lediglich 19,8 % und 12,9 % (Abbildung b). Frauen hatten häufiger einen niedrigeren Bildungsabschluss. Der Anteil bei den Berlinerinnen ab 65 Jahre mit einem Haupt-/Volksschulabschluss lag bei 50,4 % und somit 9,6 Prozentpunkte höher als bei den gleichaltrigen Männern. In Brandenburg besaßen sogar 64,7 % der Frauen dieser Altersgruppe einen Haupt-/Volksschulabschluss (Männer 50,9 %). Inzwischen werden die Bildungsangebote in den jüngeren Altersgruppen zunehmend gleichberechtigt von Frauen und Männern wahrgenommen. Im Gegensatz zu den über 65-Jährigen waren es in den jüngeren Altersgruppen die Frauen, die einen höheren Bildungsabschluss besaßen. In der Gruppe der 35- bis unter 50-Jährigen konnten bereits 45,2 % der Frauen (Männer: 44,5 %) in Berlin und 29,2 % der Frauen (Männer: 24,9 %) in Brandenburg eine (Fach-)Hochschulreife vorweisen. Noch deutlicher wird der

Unterschied bei der jüngsten Altersgruppe. Hier lag der Anteil der Berlinerinnen 7,5 Prozentpunkte und in Brandenburg sogar 13,3 Prozentpunkte höher als bei den gleichaltrigen Männern (Berlin: 51,8 %; Brandenburg: 35,5 %). Der Haupt-/Volksschulabschluss rückte bei den 20- bis unter 50-Jährigen und vor allem bei den jüngeren Frauen zunehmend in den Hintergrund. Lediglich 13,5 % der 20- bis unter 35-jährigen Berliner und 9,0 % der Berlinerinnen besaßen noch diesen Abschluss (Brandenburger: 12,8 %; Brandenburgerinnen: 8,2 %).

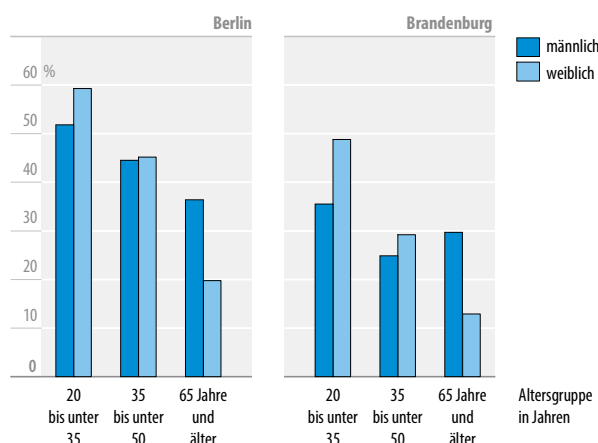
Berufsausbildung trotz der Zunahme an akademischen Abschlüssen

Auch wenn das Interesse an akademischen Abschlüssen zugenommen hat, bleibt die Lehre bzw. die Berufsausbildung im dualen System in beiden Ländern und durch alle Altersgruppen hindurch der am häufigsten anzutreffende Berufsabschluss. Jeweils rund 1,1 Mill. Personen ab 20 Jahren in Berlin und Brandenburg besaßen diesen Abschluss. Von den ab 65-Jährigen in Berlin hatten 46,5 % eine Lehre oder Berufsausbildung (Brandenburg: 49,3 %) erhalten. In den Altersgruppen 20 bis unter 65 Jahren,

a | Personen in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Alter und höchstem Schulabschluss in %



b | Männer und Frauen mit (Fach-)Hochschulreife in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Alter in %

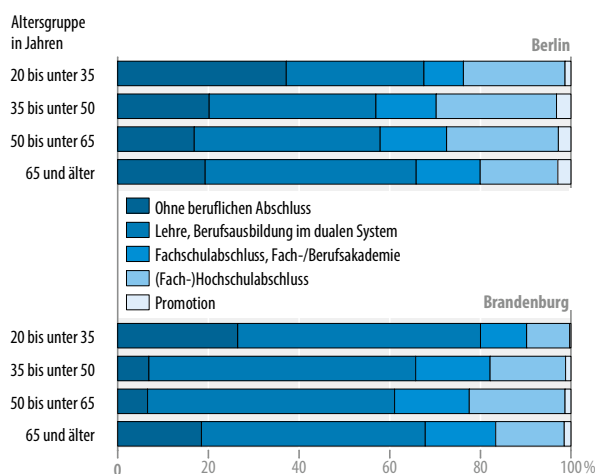


also den Personen im erwerbstätigen Alter, lagen die Anteile in Berlin zwischen 30 % und 41 %. Im Land Brandenburg besaßen mit 54 % bis 59 % deutlich mehr Personen diesen Abschluss.

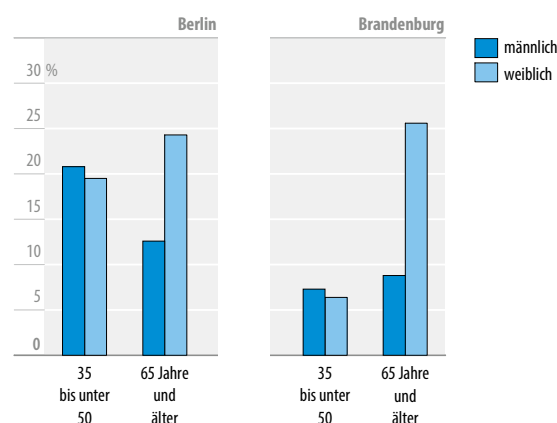
Mit 17,2 % in Berlin und 15,1 % in Brandenburg hatten nur wenige Personen ab 65 Jahren einen (Fach-)Hochschulabschluss (Abbildung c). In den jüngeren Altersgruppen steigt dagegen der Anteil an Personen mit diesem Abschluss. Von den 35- bis unter 50-Jährigen besaßen in Berlin bereits über 25 % (Brandenburg: 16,7 %) einen (Fach-)Hochschulabschluss. Da sich ein nicht unerheblicher Teil der 20- bis unter 35-Jährigen noch in der Ausbildung befand, fällt der Wert im Vergleich zur vorgenannten Altersgruppe geringer aus (Berlin: 22,5 %; Brandenburg: 9,5 %). Insgesamt besaßen von den ab 20-Jährigen in Berlin über 620 000 und in Brandenburg rund 330 000 einen (Fach-)Hochschulabschluss.

Der Anteil der Promovierten lag in Berlin zwischen 1,3 % und 3,2 % und durch alle Altersgruppen hindurch höher als im Land Brandenburg (zwischen 0,3 % und 1,5 %).

c | Personen in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Alter und Berufsabschluss in %



d | Männer und Frauen ohne beruflichen Abschluss in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Alter in %



Es ist zu beobachten, dass der Anteil an Personen ohne beruflichen Abschluss mit abnehmendem Alter zurückgeht: Besaßen noch 18,5 % der ab 65-Jährigen im Land Brandenburg keinen beruflichen Abschluss, waren es bei den Personen 35- bis unter 65-Jährigen unter 7 %. In Berlin waren die Unterschiede zwischen den Altersgruppen nicht so groß. Jeder fünfte Berliner ab 65 Jahren (19,3 %) hatte keinen Berufsabschluss. Während sich der Anteil bei den 50- bis unter 65-Jährigen auf 16,9 % reduzierte, stieg er in der Altersgruppe der 35- bis unter 50-Jährigen auf über 20 % an. In beiden Ländern gab es am 9. Mai 2011 einen hohen Anteil an 20- bis unter 35-jährigen Personen ohne beruflichen Abschluss (Berlin: 37,2 %; Brandenburg: 26,5 %). Es ist davon auszugehen, dass sich ein Großteil der Personen noch in der Berufsausbildung oder im Studium befand.

Frauen holen auf

Nicht nur bei den Schulabschlüssen befinden sich die Frauen auf der Überholspur, auch die höheren Berufsabschlüsse werden zunehmend von Frauen abgeschlossen. Ein Geschlechtervergleich zeigt, dass in der Altersgruppe der ab 65-Jährigen vor allem die Männer in beiden Ländern höherwertige berufliche Abschlüsse besaßen. In Berlin hatten 25,5 % der Männer einen (Fach-)Hochschulabschluss (Brandenburg: 23,9 %) und 4,8 % promoviert (Brandenburg: 2,7 %). Bei den Frauen wiesen nur 11,1 % (Brandenburg: 8,5 %) und 1,4 % (Brandenburg: 0,6 %) diese Abschlüsse auf. In der Altersgruppe der 35- bis unter 50-jährigen Frauen hat sich der Anteil mit einem Hochschulabschluss in Berlin auf 27,4 % und in Brandenburg auf 18,1 % mehr als verdoppelt, während der Anteil unter den gleichaltrigen Männern in Berlin unverändert blieb und in Brandenburg sogar zurückging. Auch der Anteil der promovierten Frauen (Berlin: 2,4 %; Brandenburg: 1,0 %) näherte sich dem der Männer (Berlin: 3,9 %; Brandenburg: 1,4 %) an.

Geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern und zwischen den Altersgruppen gab es beim Abschluss einer Lehre oder einer dualen Berufsausbildung. In der Altersgruppe der ab 65-Jährigen besaßen nur geringfügig weniger Männer eine Berufsausbildung (Berlin: 44,6 %; Brandenburg: 47,6 %) als die Frauen mit fast 48 % und 51 %. Bei den 35- bis unter 50-Jährigen ist das Gegenteil der Fall. Hier hatten 34,1 % (Berlin) und 54,8 % (Brandenburg) der Frauen sowie 39,4 % (Berlin) und 62,7 % (Brandenburg) der Männer eine Berufsausbildung absolviert.

Frauen ab 65 Jahre (Berlin: 24,3 %; Brandenburg: 25,6 %) besaßen häufiger keinen Berufsabschluss als Frauen aus den jüngeren Altersgruppen. Von den gleichaltrigen Männern betraf dies nur 12,6 % bzw. 8,8 %. Mit Blick auf die Altersgruppe der 35- bis 50-jährigen Frauen ergibt sich vor allem im Land Brandenburg ein deutlicher Rückgang. Nur noch 19,5 % der Berlinerinnen und 6,4 % der Brandenburgerinnen waren ohne einen beruflichen Abschluss. In den jüngeren Altersgruppen wiesen die Männer häufiger keinen Berufsabschluss auf (Abbildung d).

Schlussbemerkung

Sowohl bei den schulischen als auch bei den beruflichen Abschlüssen lässt sich ein Anstieg im Bildungsniveau feststellen. Die jüngeren Generationen streben sowohl in Berlin als auch in Brandenburg unabhängig vom Geschlecht nach höherer Bildung. Während der Hauptschulabschluss kontinuierlich an Bedeutung verliert, steigt der Anteil beim mittleren Abschluss und der (Fach-)Hochschulreife an: Die Jüngeren verfügen heute doppelt so häufig über die Hochschulreife wie die älteste Generation.

Bei den beruflichen Abschlüssen gewinnen die akademischen Abschlüsse an Zulauf. Allerdings erweist sich die Lehre/Berufsausbildung im dualen System als bestehende und stabile Konstante. Durch alle Generationen hindurch ist dieser Abschluss am häufigsten vertreten. Bestätigung für die Vermutung, dass die Berufsausbildung für junge Altersgruppen weniger attraktiv ist als eine akademisch ausgerichtete Ausbildung, lässt sich sowohl in Berlin als auch in Brandenburg nicht erkennen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass das Bildungsniveau in beiden Ländern gestiegen ist und zudem die geschlechtsspezifischen Unterschiede abgenommen haben: Sie sind bei den Jüngeren nur noch in geringem Ausmaß vorhanden. Der Bildungsstand von Frauen hat sich dem der Männer nicht nur angeglichen, sondern liegt zum Teil darüber. Sie erwerben inzwischen häufiger die Hochschulreife und einen Hochschulabschluss als ihre männlichen Altersgenossen und weisen umgekehrt seltener keinen Abschluss auf.

Neben den positiven Ergebnissen ist aber auch der vor allem in Berlin zum Teil gleichbleibend hohe Anteil an jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss festzuhalten. Zum Teil lässt sich dieser Sachverhalt dadurch erklären, dass der zweite Bildungsweg (z.B. Abendschulen) nicht mit einbezogen wurde. Somit kann nicht ausgeschlossen werden, dass Personen ihren Schulabschluss später nachholten bzw. einen höheren Abschluss absolvierten. Außerdem befand sich ein Großteil an Personen noch in der Ausbildung und wies somit keinen Abschluss auf.

Die Kluft zwischen dem Personenkreis ohne tatsächlichen Schul- oder Berufsabschluss und der Zunahme an Personen mit höherem Abschluss ist als ein sich entwickelndes Spannungsfeld weiter zu beobachten.

Katja Niemann-Ahrendt, Diplom-Soziologin, ist im Referat *Bevölkerung und Kommunalstatistik* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg beschäftigt, zuvor im Referat *Zensus* im Bereich Personen und Haushalte.

Quellenverzeichnis

- [1] Becker, Gary (1964): Human Capital. New York: Columbia University Press.
- [2] Spence, Andrew M. (1974): Market Signaling: Informational Transfer in Hiring and Related Screening Processes. Cambridge: Harvard University Press.
- [3] Allmendinger, Jutta (2013): Bildungsgesellschaft. URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/158109/teilhabe-durch-bildung> (Bundeszentrale für politische Bildung, 14.04.2016).

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2015

Wie hat sich das gegenwärtige Migrationsgeschehen ausgewirkt?

von **Jürgen Paffhausen**

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat für Deutschland für das Jahr 2015 eine 441 900 Asylersanträge verzeichnet und den einzelnen Bundesländern, so auch dem Land Brandenburg, eine Aufnahmequote zugewiesen. Als Folge davon wuchs die Bevölkerungszahl Brandenburgs so stark wie seit den statistischen Aufzeichnungen nach der Wiedervereinigung nicht. Dabei ist die Zahl der deutschen Bevölkerung leicht, die der ausländischen Bevölkerung aber um ein Vielfaches mehr gestiegen. Welche Nationalitäten dabei eine Rolle spielen und wie sich die Entwicklung regional differenziert darstellt, sind Schwerpunkte der folgenden Analyse.

Bevölkerungszahl im Land Brandenburg 2015 durch Zuwanderung deutlich gestiegen

Im Jahr 2015 ist die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg das zweite Jahr in Folge gewachsen. Nachdem seit 2001 die Bevölkerung zahlenmäßig von Jahr zu Jahr geschrumpft ist, gab es 2014 erstmals wieder einen Einwohnerzuwachs. Innerhalb des Jahres stieg die Zahl der Brandenburgerinnen und Brandenburger von rund 2 449 000 Personen auf 2 458 000 Personen. Das entspricht einem Anstieg von 9 000 Personen bzw. 0,4 %. Im Jahr 2015 erhöhte sich die Bevölkerungszahl sogar um 27 000 Personen bzw. 1,1 % auf 2 485 000 Einwohner (Abbildung a). Im Vergleich zum Jahr 2011 (Jahr des Zensus 2011) nahm die aktuelle Bevölkerungszahl sogar um 1,3 % zu.

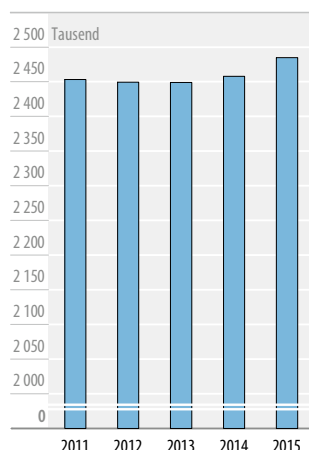
Quelle des Bevölkerungszuwachses waren ausschließlich Zuwanderungsgewinne. Es wurden 95 500 Zuzüge und nur 57 800 Fortzüge registriert.

Diese Bewegungen ergaben per Saldo einen Zuzugsüberschuss von 37 700 Personen (Tabelle 1). Demgegenüber führten die natürlichen Bevölkerungszu- und -abgänge sowie die Geburten und Sterbefälle zu einem Bevölkerungsverlust. Während rund 30 700 Personen starben, kamen nur 19 100 Kinder zur Welt. Dies führte zu einem Minus von 11 600 Personen, das den Zuzugsgewinn zwar schmälerte, aber nicht aufzehrte.

Leichte Zunahme bei der deutschen Bevölkerung, starker Anstieg bei Ausländern

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit stieg geringfügig an und zwar um 1 400 Personen bzw. 0,1 %. Der Zuzugsgewinn von mehr als 12 800 Personen wurde durch einen Sterbeüberschuss deutscher Einwohnerinnen und Einwohner von annähernd 12 300 Personen fast

a | Bevölkerung im Land Brandenburg 2011 bis 2015



1 | Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg im Jahr 2015

Merkmal	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
Bevölkerung am Jahresanfang.....	2 457 872	2 393 640	64 232
Natürliche Bevölkerungsbewegung			
Lebendgeborene.....	19 112	18 332	780
Gestorbene.....	30 750	30 592	158
Saldo.....	-11 638	-12 260	622
Räumliche Bevölkerungsbewegung			
Zuzüge.....	95 465	52 458	43 007
Fortzüge.....	57 752	39 643	18 109
Saldo.....	37 713	12 815	24 898
Sonstige Veränderungen.....	879	843	36
Veränderung insgesamt.....	26 954	1 398	25 556
%	1,1	0,06	39,8
Bevölkerung am Jahresende.....	2 484 826	2 395 038	89 788

aufgezehrt. Dass dennoch die Zahl der deutschen Bevölkerung im Land Brandenburg etwas stärker zugenommen hat, liegt an fast 900 Ausländern, die im Jahr 2015 durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hatten. Im Vergleich zum Jahresende 2011 ist die Zahl der deutschen Bevölkerung aber noch um 0,5 % kleiner (Abbildungen b und c).

Die Zahl der Ausländer hat sich deutlich vergrößert. Anfang 2015 wurden 64 200 ausländische Personen gezählt, Ende des Jahres waren es mit 89 788 Personen rund 25 600 Personen bzw. fast 40 % mehr. Seit 2011 ist die Ausländerzahl um 97 % gestiegen. Der Ausländeranteil vergrößerte sich im gleichen Zeitraum von 1,9 % auf 3,6 %.

In den aktuellen Zahlen macht sich der im Jahr 2015 besonders starke Zustrom von Asylbewerberinnen und -bewerbern sowie Flüchtlingen nach Deutschland bemerkbar. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat für Deutschland für das Jahr 2015 441 900 Erstanträge von Asylsuchenden entgegengenommen [1]. Die quotengerechte Verteilung auf die Bundesländer erfolgt in Anlehnung an den Königsteiner Schlüssel¹. Dem Land Brandenburg wurde durch das BAMF eine Zahl von knapp 18 700 Asylern zugewiesen, das entspricht einer Quote nach dem Königsteiner Schlüssel von circa 4 %.

In den Bestand der Bevölkerungsstatistik werden Asylbewerberinnen und -bewerber dann aufgenommen, wenn sie vom Meldeamt auch melderechtlich registriert worden sind und somit im Rahmen der Wanderungsstatistik als Zuzug gebucht werden. Allerdings wird das Merkmal „Asylbewerber“ in der Wanderungsstatistik nicht erhoben. Hier ist nur die Staatsangehörigkeit der wandernden Person enthalten. Insofern lässt sich nicht eindeutig feststellen,

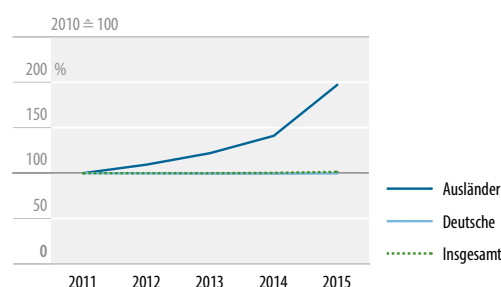
inwieweit die vom BAMF für das Land Brandenburg festgesetzte Quote auch erreicht worden ist. Zudem besteht keine Gewissheit, dass tatsächlich alle im Jahr 2015 ins Land Brandenburg gekommenen Asylbewerberinnen und -bewerber bis zum Ende des Jahres 2015 vollzählig melderechtlich registriert worden sind. Unter diesen Gesichtspunkten sind die nachfolgend ausgewiesenen Zahlen zu bewerten.

Zahl der Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit am stärksten gestiegen

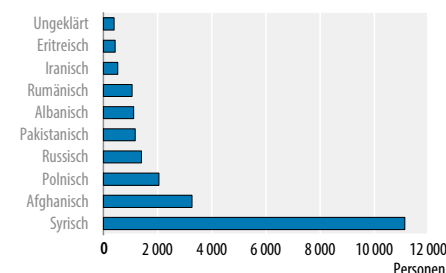
Das BAMF weist in seiner Veröffentlichung die folgenden zehn stärksten Herkunftsländer aus: Arabische Republik Syrien, Albanien, Kosovo, Afghanistan, Irak, Serbien, Ungeklärt, Eritrea, Mazedonien und Pakistan [2]. Im Land Brandenburg gehören auch Menschen aus der Russischen Föderation zum Kreis der Asylbewerberinnen und -bewerber [3]. Die Bevölkerungsstatistik weist für das Jahr 2015 in der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer mit diesen Staatsangehörigkeiten einen Zuwachs von knapp 19 000 Personen aus, etwa drei Viertel von ihnen waren Männer. An den Ausländern im Land Brandenburg machen Männer und Frauen dieser Gruppe zusammen gut 37 % aus.

Den größten Zuwachs gab es bei Menschen mit syrischer Staatsangehörigkeit; diese Gruppe wuchs um 11 100 Personen (Abbildung d). Ende 2015 lebten damit 13 300 Syrerinnen und Syrer im Land Brandenburg, 73 % von ihnen waren Männer. Die gesamte Bevölkerungsgruppe war zum Jahresende etwa sechsmal so groß wie am Jahresanfang (Abbildung e). Ihr Anteil an allen Ausländern im Land Brandenburg betrug etwa 15 % und ist mittlerweile nach den Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit die zweitstärkste Ausländergruppe im Land. Diesen Rang nahmen am Jahresanfang noch russische Staatsangehörige ein.

b | Entwicklung der Bevölkerungszahl im Land Brandenburg 2011 bis 2015

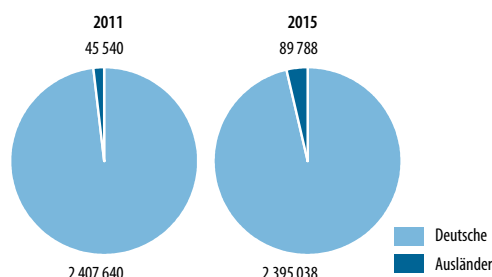


d | Höchster Zuwachs ausländischer Bevölkerung im Land Brandenburg im Jahr 2015 nach Staatsangehörigkeit

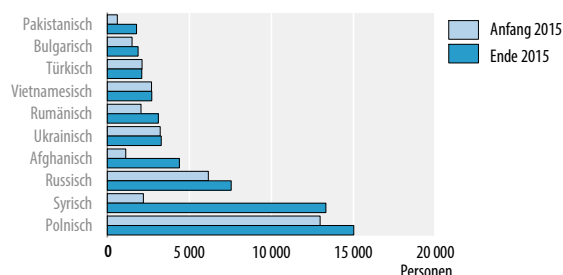


¹ Der Königsteiner Schlüssel regelt die Aufteilung des Länderanteils bei gemeinsamen Finanzierungen. Die Bezeichnung geht zurück auf das Königsteiner Staatsabkommen der Länder von 1949, mit dem dieser Schlüssel zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen eingeführt worden ist. Heute geht der Anwendungsbereich des Königsteiner Schlüssels weit über den Forschungsbereich hinaus. Zahlreiche Abkommen bzw. Vereinbarungen greifen inzwischen auf diesen Schlüssel zurück.

c | Deutsche und Ausländer im Land Brandenburg 2011 und 2015



e | Am stärksten vertretene Staatsangehörigkeiten im Land Brandenburg im Jahr 2015



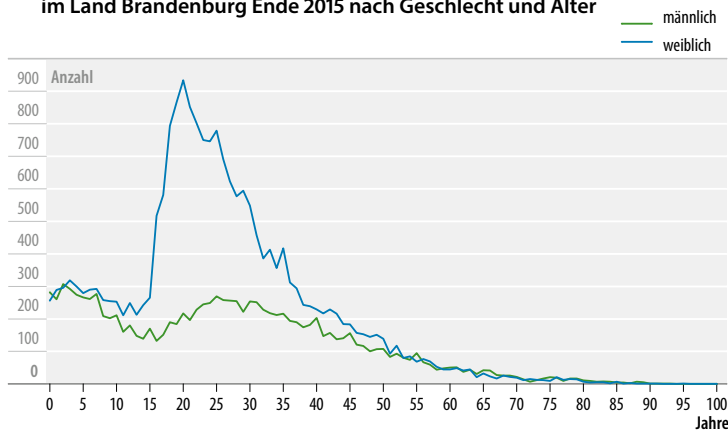
Den zweitstärksten Zuwachs gab es bei Menschen mit afghanischer Staatsangehörigkeit (+3300 Personen). Ende 2015 wurden 4400 Personen dieser Gruppe gezählt, davon 69% Männer. Die gesamte Bevölkerungsgruppe ist etwa viermal so groß wie am Jahresanfang, und nimmt unter allen Ausländern den vierten Rang ein. Anfang 2015 nahmen die Staatsangehörigen aus Vietnam diesen Platz ein.

Am drittstärksten ist die bisher schon größte Gruppe der Polinnen und Polen gewachsen. Ihre Zahl stieg um gut 2000 Personen. Insgesamt lebten Ende 2015 rund 15 000 Menschen mit polnischer Staatsangehörigkeit in Brandenburg, 51% davon waren Männer.

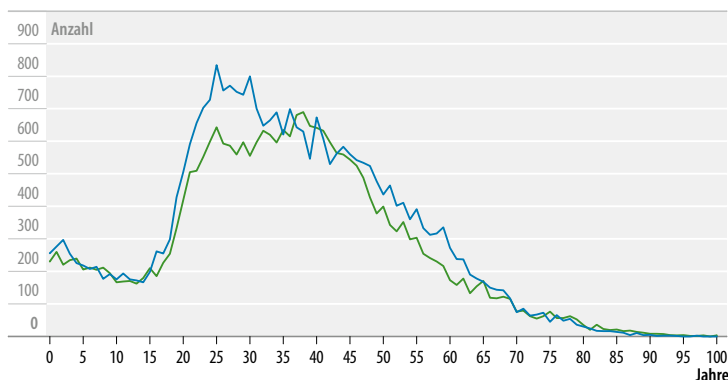
Die zum Ende des Jahres 2015 insgesamt vertretenen zehn stärksten Nationalitätengruppen umfassen zusammen etwas mehr als 60% aller aus fast 170 verschiedenen Staaten stammenden Ausländerinnen und Ausländer.

Fast die Hälfte aller asylsuchenden Menschen aus den oben genannten stärksten Herkunftsländern der Asylbewerber zusammen (im Folgenden Asylbewerberländer genannt) war zwischen 16 und 32 Jahre alt und von diesen waren wiederum 76% männlich (Abbildung f). Rund 3400 Personen und damit etwa jede Zehnte war jünger als sechs Jahre. Fast 50% von diesen Kindern waren Mädchen. 65 Jahre und älter waren 300 Männer und 390 Frauen.

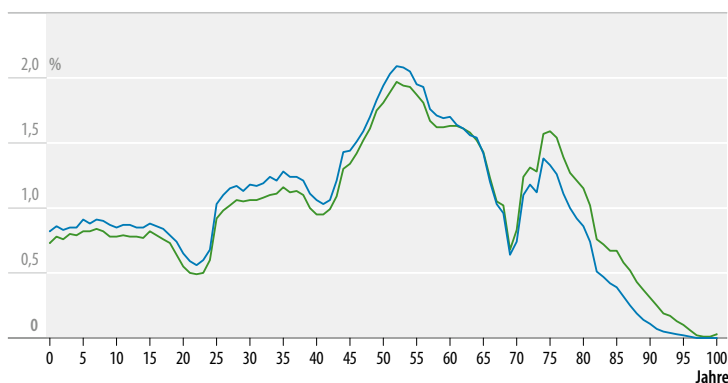
f | Ausländer der am stärksten vertretenen Herkunftsnationalitäten im Land Brandenburg Ende 2015 nach Geschlecht und Alter



g | Ausländer der übrigen Herkunftsnationalitäten im Land Brandenburg Ende 2015 nach Geschlecht und Alter



h | Prozentuale Verteilung der deutschen Bevölkerung im Land Brandenburg Ende 2015 nach Geschlecht und Alter



Unterschiedliche Altersstrukturen bei Ausländern und Deutschen

Die Altersstruktur anderer in Brandenburg lebender Ausländerinnen und Ausländer weicht von derer der Zuwanderer aus Asylbewerberländern ab (Abbildung g). Zwar gab es auch unter ihnen eine vergleichsweise hohe Zahl an jungen Männern im Alter zwischen 20 und 32 Jahren. Die gleiche Altersgruppe wie bei den Personen aus den Asylbewerberländern (16 bis unter 32 Jahre) machte aber nur gut 30% aller Personen in dieser Ausländergruppe aus. Nur 55% von ihnen war männlich. Annähernd 2900 Personen und damit knapp 5% waren unter sechs Jahre alt, 48% davon waren Mädchen. 65 Jahre und älter waren 3000 Personen (5% in dieser Ausländergruppe), über die Hälfte von ihnen war weiblich (51%). Zum Vergleich zeigt Abbildung h die prozentuale Altersverteilung der deutschen Bevölkerung.

Deutsche Bevölkerung insbesondere im Berliner Umland gewachsen, ausländische Bevölkerung eher im weiteren Metropolenraum

In regionaler Betrachtung² zeigt sich, dass gegenüber dem Jahr 2011 nur das Berliner Umland (der sogenannte Speckgürtel) Ende 2015 eine höhere Bevölkerungszahl

² Der Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) vom 31. März 2009 definiert die Planungsregionen „Stadt-Umland-Zusammenhang Berlin-Potsdam“ (im Text Berliner Umland genannt) und den „weiteren Metropolenraum“. Zum Berliner Umland gehören 50 im LEP B-B benannte Gemeinden im näheren Umkreis von Berlin, die anderen Gemeinden bilden den weiteren Metropolenraum.

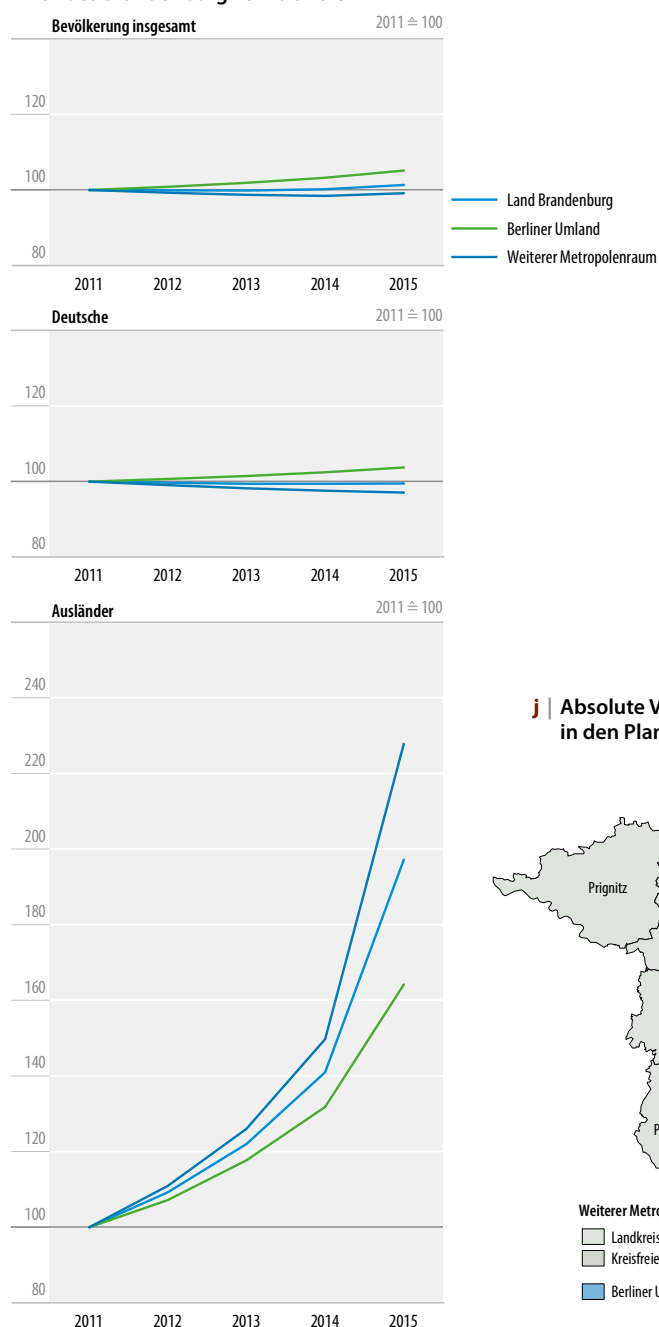
aufwies (Abbildung i, Tabelle 2). Die Einwohnerzahl stieg von 903 000 auf rund 949 400 Personen und damit um 5,1%. Die Bevölkerungszahl im weiteren Metropolitanraum (1 535 400 Personen) lag um 0,9% unter dem Stand von 2011. Allerdings stieg 2015 die Bevölkerungszahl in beiden Planungsräumen: im Berliner Umland um 1,8%, im weiteren Metropolitanraum um 0,7%.

Um regionale Unterschiede in der Entwicklung der Bevölkerungszahl von Deutschen und Ausländern aufzudecken, bietet die bundeseinheitliche Bevölkerungsstatistik lediglich eine Differenzierung der Merkmale „deutsch“ und „ausländisch“. Eine Be-

trachtung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten ist nur auf Ebene der Länder möglich.

So ist die deutsche Bevölkerung seit 2011 nur im Berliner Umland gewachsen (+3,6%). Im weiteren Metropolitanraum schrumpfte sie um 2,9% (Abbildung j). Die Zahl der ausländischen Bevölkerung legte in beiden Regionen deutlich zu. Im Berliner Umland erhöhte sie sich seit 2011 um 64% und im weiteren Metropolitanraum konnte sie sich sogar mehr als verdoppeln (+127,8%). Dennoch sind die Ausländeranteile mit 3,8% (Berliner Umland) und 3,5% (weiterer Metropolitanraum) vergleichsweise gering (Berlin: 15,5%).

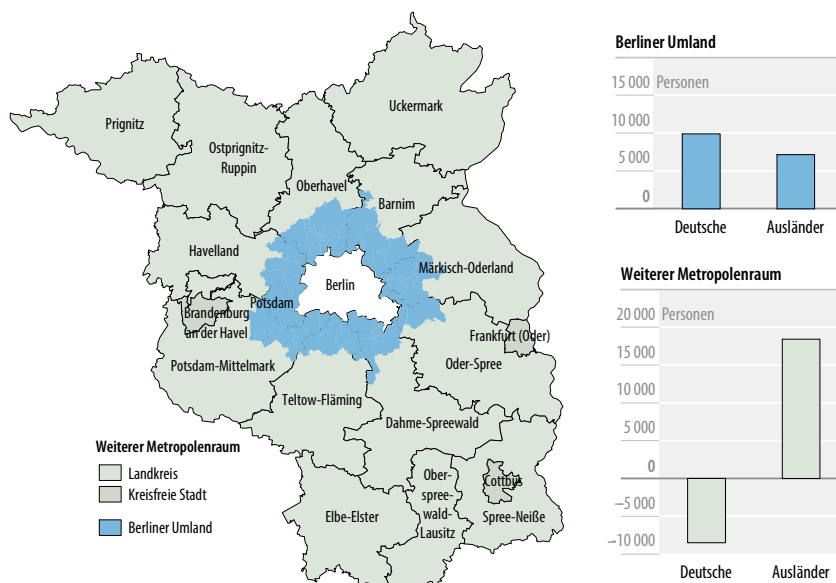
i | Entwicklung der Bevölkerungszahl in den Planungsregionen des Landes Brandenburg 2011 bis 2015



2 | Bevölkerung im Land Brandenburg seit 2011

Jahr	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer	
			absolut	%
Land Brandenburg				
2011 ...	2 453 180	2 407 640	45 540	1,9
2012 ...	2 449 511	2 399 804	49 707	2,0
2013 ...	2 449 193	2 393 631	55 562	2,3
2014 ...	2 457 872	2 393 640	64 232	2,6
2015 ...	2 484 826	2 395 038	89 788	3,6
Berliner Umland				
2011 ...	903 040	881 074	21 966	2,4
2012 ...	910 680	887 124	23 556	2,6
2013 ...	919 763	893 911	25 852	2,8
2014 ...	932 379	903 438	28 941	3,1
2015 ...	949 408	913 333	36 075	3,8
Weiterer Metropolitanraum				
2011 ...	1 550 140	1 526 566	23 574	1,5
2012 ...	1 538 831	1 512 680	26 151	1,7
2013 ...	1 529 430	1 499 720	29 710	1,9
2014 ...	1 525 493	1 490 202	35 291	2,3
2015 ...	1 535 418	1 481 705	53 713	3,5

j | Absolute Veränderung der Bevölkerungszahl insgesamt in den Planungsregionen des Landes Brandenburg im Jahr 2015



In regionaler Detailierung konnte 2015 in 221 Städten und Gemeinden im Land Brandenburg (im Folgenden „Gemeinden“ genannt) ein Bevölkerungszuwachs verzeichnet werden (Tabelle 3). Das waren vier Fünftel der 418 Brandenburger Gemeinden. Zu diesen zählten alle Gemeinden des Berliner Umlandes sowie annähernd die Hälfte (46,5%) der Gemeinden des weiteren Metropolitanraums (insgesamt 368 Gemeinden). Bei 67 Gemeinden konnte durch den Anstieg der ausländischen Bevölkerung

bei gleichzeitigem Rückgang der deutschen Bevölkerung eine insgesamt höhere Bevölkerungszahl erreicht werden. 65 dieser Gemeinden lagen im weiteren Metropolitanraum. Abbildung k veranschaulicht, dass die Zahl der deutschen Bevölkerung schwerpunktmäßig im Umkreis Berlins (auch über das eigentliche Berliner Umland hinaus) gewachsen ist. Die Zahl der Ausländer stieg insbesondere im weiteren Metropolitanraum (Abbildung l).

3 | Richtung der Veränderung der Bevölkerungszahl innerhalb des Jahres 2015 in den Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg

Veränderungsrichtung			Städte und Gemeinden		
bei			insgesamt	davon im	
Deutschen	Ausländern	insgesamt		Berliner Umland	Weiteren Metropolitanraum
			Gestiegene Gesamtbevölkerungszahl		
+	+	+	132	43	89
+	-	+	19	5	14
+	0	+	3	-	3
-	+	+	67	2	65
+ zusammen			221	50	171
			Gesunkene Gesamtbevölkerungszahl		
+	-	-	6	-	6
-	+	-	141	-	141
-	0	-	4	-	4
-	-	-	46	-	46
- zusammen			197	-	197
Insgesamt			418	50	368

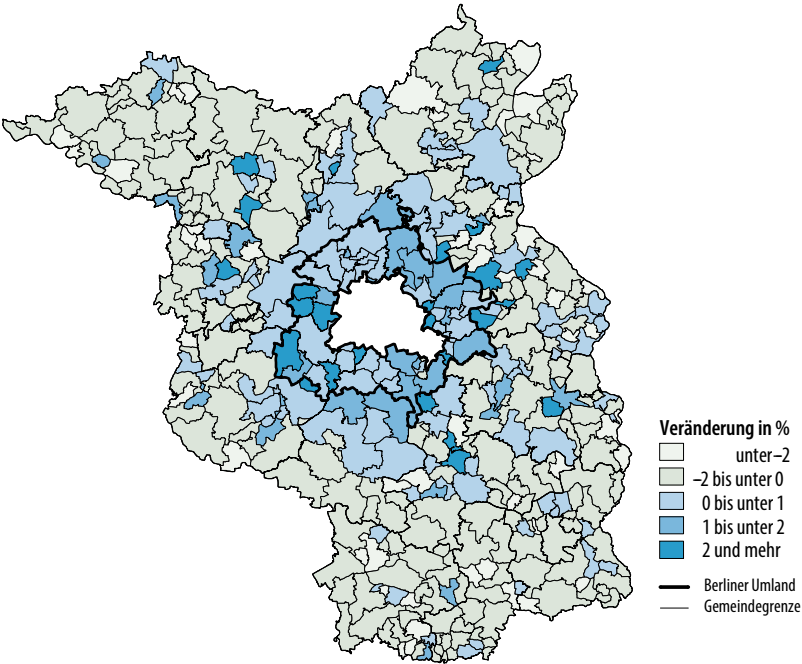
Zahl

+ gestiegen

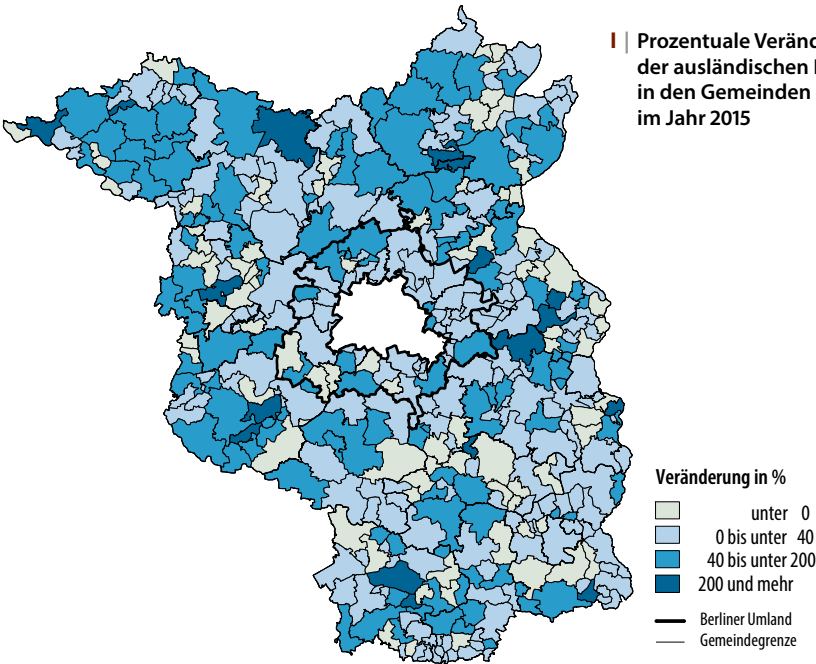
- gesunken

0 unverändert

k | Prozentuale Veränderung der Zahl der deutschen Bevölkerung insgesamt in den Gemeinden des Landes Brandenburg im Jahr 2015



l | Prozentuale Veränderung der Zahl der ausländischen Bevölkerung in den Gemeinden des Landes Brandenburg im Jahr 2015



In welchen Gemeinden die Bevölkerungszahl insgesamt am stärksten wuchs bzw. schrumpfte, lässt sich anhand der Tabelle 4 nachvollziehen. Die Ausländerzahl stieg absolut am stärksten in Eisenhüttenstadt. In dieser Gemeinde befindet sich auch die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer vergrößerte sich in Eisenhüttenstadt im Jahr 2015 um über 3500 Personen und lag zum Jahresende bei

5500 Personen (Abbildung m). Der Ausländeranteil betrug in Eisenhüttenstadt 18,1%. Den zweitgrößten absoluten Zuwachs an Ausländerinnen und Ausländern ergab sich für Potsdam mit einem Plus von 2200 Personen. Für die Landeshauptstadt weist die Bevölkerungsstatistik eine Ausländerzahl von gut 10400 Personen aus, das ist zugleich die höchste Ausländerzahl aller Brandenburger Gemeinden. Der Ausländeranteil betrug 6,2%.

4 Die zehn Städte bzw. Gemeinden des Landes Brandenburg mit den jeweils höchsten absoluten bzw. prozentualen Zunahmen bzw. Abnahmen der Gesamtbevölkerungszahl im Jahr 2015

Stadt — Gemeinde	Kreis, kreisfreie Stadt	Region	Bevölkerung insgesamt		Deutsche		Ausländer		
			Anzahl	Ver- änderung	Anzahl	Ver- änderung	Anzahl	Ver- änderung	Anteil in %
Größte absolute Zunahmen der Gesamtbevölkerungszahl									
Potsdam.....	Potsdam.....	Berliner Umland.....	167 745	3 703	157 332	1 469	10 413	2 234	6,2
Eisenhüttenstadt.....	Oder-Spree.....	Weiterer Metropolitanraum...	30 416	2 972	24 910	-562	5 506	3 534	18,1
Königs Wusterhausen.....	Dahme-Spreewald.....	Berliner Umland.....	35 765	970	33 850	389	1 915	581	5,4
Teltow.....	Potsdam-Mittelmark.....	Berliner Umland.....	25 483	874	23 632	472	1 851	402	7,3
Falkensee.....	Havelland.....	Berliner Umland.....	42 634	857	41 247	630	1 387	227	3,3
Hoppegarten.....	Märkisch-Oderland.....	Berliner Umland.....	17 636	634	17 193	410	443	224	2,5
Oranienburg.....	Oberhavel.....	Berliner Umland.....	43 526	632	42 008	192	1 518	440	3,5
Ludwigsfelde.....	Oberhavel.....	Berliner Umland.....	25 030	622	23 753	215	1 277	407	5,1
Bernau bei Berlin.....	Barnim.....	Berliner Umland.....	37 169	622	35 567	389	1 602	233	4,3
Brandenburg a. d. Havel..	Brandenburg a. d. Havel..	Weiterer Metropolitanraum...	71 574	542	69 103	-187	2 471	729	3,5
Größte absolute Abnahmen der Gesamtbevölkerungszahl									
Kolkwitz.....	Spree-Neiße.....	Weiterer Metropolitanraum...	9 147	-87	9 053	-113	94	26	1,0
Calau.....	Oberspreewald-Lausitz....	Weiterer Metropolitanraum...	7 833	-89	7 772	-95	61	6	0,8
Drebkau.....	Spree-Neiße.....	Weiterer Metropolitanraum...	5 626	-90	5 595	-89	31	-1	0,6
Spremberg.....	Spree-Neiße.....	Weiterer Metropolitanraum...	22 232	-94	21 801	-276	431	182	1,9
Falkenberg/Elster.....	Elbe-Elster.....	Weiterer Metropolitanraum...	6 431	-98	6 362	-109	69	11	1,1
Bad Liebenwerda.....	Elbe-Elster.....	Weiterer Metropolitanraum...	9 305	-106	9 223	-133	82	27	0,9
Vetschau/Spreewald.....	Oberspreewald-Lausitz....	Weiterer Metropolitanraum...	8 307	-114	8 044	-110	263	-4	3,2
Senftenberg.....	Oberspreewald-Lausitz....	Weiterer Metropolitanraum...	24 625	-118	23 764	-281	861	163	3,5
Großräschen.....	Oberspreewald-Lausitz....	Weiterer Metropolitanraum...	8 655	-130	8 470	-147	185	17	2,1
Forst (Lausitz).....	Spree-Neiße.....	Weiterer Metropolitanraum...	18 773	-172	17 893	-323	880	151	4,7
Größte prozentuale Zunahmen der Gesamtbevölkerungszahl									
Bliesdorf.....	Märkisch-Oderland.....	Weiterer Metropolitanraum...	1 223	32,5	933	2,2	290	2 800,0	23,7
Halbe.....	Dahme-Spreewald.....	Weiterer Metropolitanraum...	2 615	20,2	2 119	-0,7	496	1 109,8	19,0
Lichterfeld-Schacksdorf..	Elbe-Elster.....	Weiterer Metropolitanraum...	1 121	16,2	974	1,4	147	3 675,0	13,1
Eisenhüttenstadt.....	Oder-Spree.....	Weiterer Metropolitanraum...	30 416	10,8	24 910	-2,2	5 506	179,2	18,1
Lietzen.....	Märkisch-Oderland.....	Weiterer Metropolitanraum...	736	10,7	658	0,3	78	766,7	10,6
Friesack.....	Havelland.....	Weiterer Metropolitanraum...	2 794	9,7	2 448	1,2	346	174,6	12,4
Brück.....	Potsdam-Mittelmark.....	Weiterer Metropolitanraum...	4 095	9,6	3 627	0,3	468	293,3	11,4
Vierlinden.....	Märkisch-Oderland.....	Weiterer Metropolitanraum...	1 581	8,4	1 429	0,6	152	289,7	9,6
Schönermark.....	Oberhavel.....	Weiterer Metropolitanraum...	446	7,5	424	2,2	22	n.d.	4,9
Seddiner See.....	Potsdam-Mittelmark.....	Weiterer Metropolitanraum...	4 349	5,8	4 136	3,0	213	124,2	4,9
Größte prozentuale Abnahmen der Gesamtbevölkerungszahl									
Cumlosen.....	Prignitz.....	Weiterer Metropolitanraum...	734	-3,0	733	-3,0	1	0,0	0,1
Oderaue.....	Märkisch-Oderland.....	Weiterer Metropolitanraum...	1 605	-3,1	1 599	-3,0	6	-25,0	0,4
Buckautal.....	Potsdam-Mittelmark.....	Weiterer Metropolitanraum...	492	-3,1	471	-3,5	21	5,0	4,3
Neißemünde.....	Oder-Spree.....	Weiterer Metropolitanraum...	1 610	-3,4	1 580	-3,5	30	3,4	1,9
Tröbitz.....	Elbe-Elster.....	Weiterer Metropolitanraum...	712	-3,5	706	-3,6	6	0,0	0,8
Mittenwalde.....	Uckermark.....	Weiterer Metropolitanraum...	372	-3,6	362	-6,2	10	n.d.	2,7
Merzdorf.....	Elbe-Elster.....	Weiterer Metropolitanraum...	825	-3,8	822	-3,9	3	0,0	0,4
Zichow.....	Uckermark.....	Weiterer Metropolitanraum...	583	-4,3	576	-4,5	7	16,7	1,2
Bleyen-Genschmar.....	Märkisch-Oderland.....	Weiterer Metropolitanraum...	468	-4,5	447	-4,9	21	5,0	4,5
Althüttendorf.....	Barnim.....	Weiterer Metropolitanraum...	614	-9,0	578	-0,2	36	-62,5	5,9

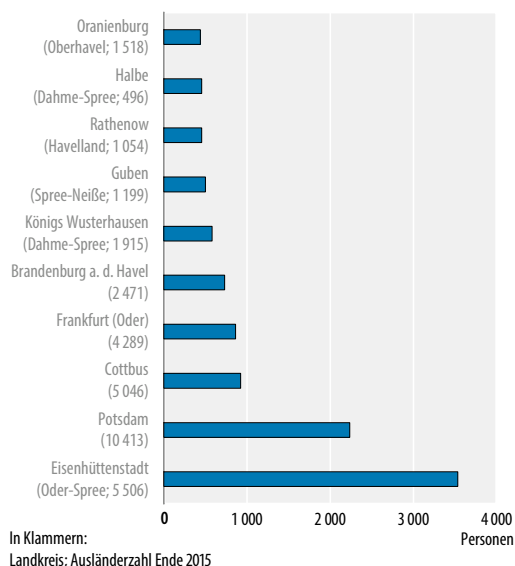
Die zehn Gemeinden mit dem höchsten prozentualen Zuwachs bei der ausländischen Bevölkerung befinden sich ausschließlich im weiteren Metropolraum. Dabei handelt es sich zum größten Teil um kleinere Gemeinden, die am Jahresanfang noch eine recht geringe Ausländerzahl aufwiesen (Abbildung o). In der Gemeinde Lichterfeld-Schacksdorf im Landkreis Elbe-Elster stieg die Zahl der ausländischen Bevölkerung von vier auf 147 Personen und damit um das 37-Fache (3 675 %). Der Ausländeranteil lag bei 13,1%. In der Gemeinde Bliesdorf im Landkreis Märkisch-Oderland wohnten Anfang 2015 zehn Ausländerinnen und Ausländer, am Jahresende waren es 290. Diese Entwicklung entspricht einer Steigerung um das 28-Fache (2 800 %). Der Ausländeranteil erreichte zum Jahresende 23,7%.

Den höchsten Ausländeranteil weist die Bevölkerungsstatistik für die Gemeinde Garzau-Garzin im Landkreis Märkisch-Oderland aus. Von insgesamt 716 Einwohnerinnen und Einwohnern haben 230 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das entspricht einem Anteil von 32,1%. Es folgen die Gemeinden Mescherin im Landkreis Uckermark mit einem Ausländeranteil von 23,9% und Bliesdorf im Landkreis Märkisch-Oderland mit 23,7% (Abbildung n). In neun Brandenburger Gemeinden wurden Ende 2015 keine Ausländer registriert.

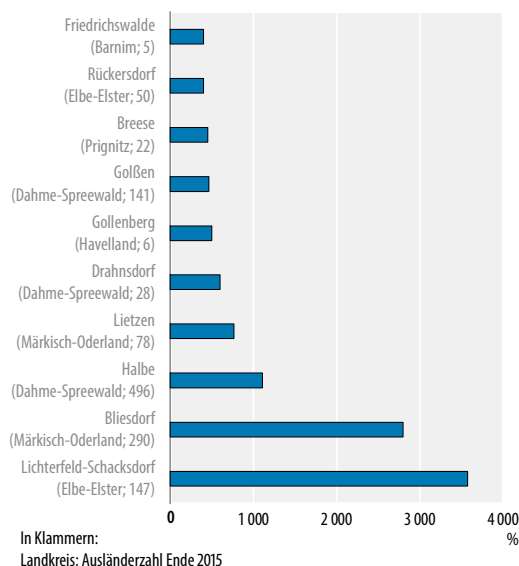
Jürgen Paffhausen leitet das Referat *Bevölkerung* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Gemeinden im Land Brandenburg ...

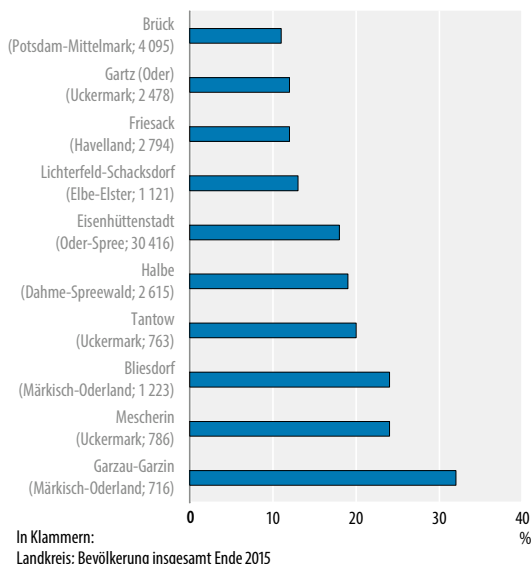
m | ... mit der höchsten absoluten Veränderung der Ausländerzahl im Jahr 2015



o | ... mit der höchsten prozentualen Veränderung der Ausländerzahl im Jahr 2015



n | ... mit dem höchsten Ausländeranteil im Jahr 2015



Quellen

- [1] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Das Bundesamt in Zahlen 2015 – Asyl, Migration und Integration, S. 10. URL: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015.pdf?__blob=publicationFile, Stand: 07.12.2016.
- [2] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Das Bundesamt in Zahlen 2015 – Asyl, Migration und Integration, S. 12. URL: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015.pdf?__blob=publicationFile, Stand: 11.10.2016.
- [3] Pressemitteilung des Ministeriums des Innern und für Kommunales Brandenburg Nr. 006/2016 vom 09.01.2016: Zahl der Flüchtlinge erreichte 2015 neuen Höchststand. URL: <http://www.mik.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.428538.de>, Stand: 11.10.2016.

Neuerscheinung

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2016

Die in diesem Jahr als Tabellenband erschienene Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beleuchtet in Anlehnung an die OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ eine Auswahl international standardisierter Bildungsindikatoren auf Ebene der Bundesländer. Dies ermöglicht eine Einordnung der Ergebnisse im nationalen und internationalen Rahmen.

Einen Abschluss im Sekundarbereich II – d. h. die Hochschulreife oder eine abgeschlossene Berufsausbildung – zu erreichen, wird immer mehr zur notwendigen Mindestqualifikation für die Wissensgesellschaft. Im Jahr 2015 konnten 85 % der Berliner und 93 % der Brandenburger Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren diesen Bildungsabschluss vorweisen. Die hohe Quote liegt unter anderem im deutschen Berufsausbildungssystem begründet, da hier in vielen Fällen mit dem Berufsabschluss auch Abschlüsse des Sekundarbereichs II erworben werden.

Zusätzlich zum Abschluss im Sekundarbereich II verfügten 37 % der Bevölkerung in Berlin und 28 % in Brandenburg in der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen über einen Abschluss des tertiären Bildungsbereichs, etwa einen (Fach-) Hochschulabschluss oder eine abgeschlossene Meister- oder Technikerausbildung. Damit liegt Berlin an der Spitze der Bundesländer und Brandenburg auf dem Niveau des bundesweiten Durchschnitts im Jahr 2015.

Der vergleichsweise hohe Bildungsstand der Berliner Bevölkerung wird durch Berlin als Hochschulstandort begünstigt. In der Hauptstadt werden im Verlauf ihres Lebens schätzungsweise 86 % der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 34 Jahren ein Bachelor- bzw. Masterstudium oder eine gleichwertige Ausbildung im Tertiärbereich aufnehmen. Ähnlich hohe Anfängerquoten wiesen nur Hamburg (91 %) und Bremen (82 %) aus, wo sogar anteilig mehr junge Erwachsene ein Studium oder eine gleichwertige Ausbildung anfangen werden, als dort im Land Hochschulzugangsberechtigungen erworben

wurden. Hinsichtlich der Anfängerquoten zeigt sich in den umliegenden Flächenländern Brandenburg (53 %), Niedersachsen (46 %) und Schleswig-Holstein (39 %) ein anderes Bild: Dort haben zwar über 80 % der 25- bis 34-Jährigen eine Hochschulreife erworben, aber unterdurchschnittlich wenige junge Erwachsene werden anschließend eine tertiäre Ausbildung in dem jeweiligen Bundesland beginnen. Somit profitieren die Städte Berlin, Hamburg und Bremen besonders von der Zuwanderung von Anfängern im Tertiärbereich aus den angrenzenden Flächenländern und dem Ausland.



Die Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ steht im gemeinsamen Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter www.statistikportal.de im Excel- und PDF-Format zum Herunterladen bereit.

Verkehr

Unfälle von Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr im Land Brandenburg 2015

von Marion Kresse und Jürgen Keiser

Durch den sich vollziehenden demografischen Wandel, der vor allem durch Verschiebungen im Altersgefüge gekennzeichnet ist, nehmen immer mehr ältere Menschen am Straßenverkehr teil. So hat sich der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung des Landes Brandenburg von 15,6 % im Jahr 2000 auf 23,3 % im Jahr 2015 stetig erhöht. Gleichzeitig ist aber auch ein deutlich gewachsenenes Mobilitätsverhalten der Generation 65plus zu verzeichnen.

Die Gruppe der Seniorinnen und Senioren weist gegenüber den anderen Altersgruppen einige Besonderheiten auf. Dies betrifft sowohl die Wahrnehmungs- und Leistungsfähigkeit als auch den Gesundheitszustand. Insbesondere sei hier die Verschlechterung des Seh- und Hörvermögens, aber auch die Veränderung des Reaktionsverhaltens mit zunehmendem Alter genannt. Damit gehören die Seniorinnen und Senioren nach den Kindern zu den besonders gefährdeten Risikogruppen im Straßenverkehr.

Dieser Beitrag reflektiert das Unfallgeschehen im Land Brandenburg mit Beteiligung von Personen im Alter von 65 Jahren und älter bei Straßenverkehrsunfällen, vorrangig mit Personenschaden.

Vorbemerkungen

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschaden verursacht werden, wird eine Bundesstatistik auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz vom 15. Juni 1990, BGBl. I S. 1078, in der jeweils gültigen Fassung) geführt. Auskunftspflichtig sind die den Unfall aufnehmenden Beamtinnen und Beamten der Polizeidienststellen des Landes. Daraus folgt, dass die amtliche Statistik nur Unfälle erfasst, zu denen die Polizei herangezogen wurde.

Als Verunglückte zählen Personen (auch Mitfahrer), die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Diese werden unterteilt in:

- Getötete: Personen, die beim Unfall oder innerhalb von 30 Tagen an dessen Folgen starben,
- Schwerverletzte: Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (für mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden und
- Leichtverletzte: alle übrigen Verletzten.

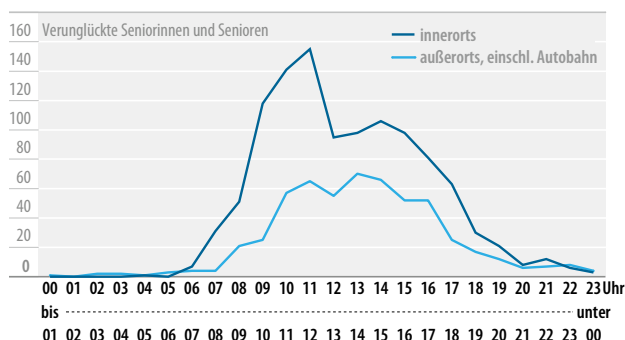
Als Beteiligte an einem Straßenverkehrsunfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst oder deren Fahrzeug Schaden erlitten oder hervorgerufen hat. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten.

Der Hauptverursacher ist der Beteiligte, der nach erster Einschätzung der Polizei die Hauptschuld am Unfall trägt.

Entwicklung des Straßenverkehrs-unfallgeschehens

Im Jahr 2015 verunglückten im Land Brandenburg insgesamt 1 684 Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr, das waren 0,9 % bzw. 15 Personen mehr als im Vorjahr und 38,4 % mehr als im Jahr 2000. Dabei wurden 513 Seniorinnen und Senioren schwer verletzt. Dies entspricht einem Anstieg um 6,7 % gegenüber 2014 und 24,5 % gegenüber 2000. Weitere 1 124 erlitten leichtere Verletzungen. Dieser Wert stellt einen Rückgang von 2,3 % gegenüber 2014, aber einen sehr starken Anstieg um mehr als die Hälfte (+51,1 %) gegenüber dem Jahr 2000 dar. Mit 47 getöteten Seniorinnen und Senioren wurden 2015 neun mehr erfasst als 2014 (Tabelle 1). Im Jahr 2000 wurden noch 61 getötete Verkehrsteilnehmer im Alter von 65 Jahren und älter registriert, was einem Rückgang um 23,0 % entspricht.

a | Verunglückte Seniorinnen und Senioren 2015 im Land Brandenburg nach der Tageszeit



Auf die Seniorinnen und Senioren entfielen damit 15,3% aller Verunglückten, 2000 waren es nur 6,7%. Ihr Anteil an den Todesopfern insgesamt betrug 2015 mehr als ein Viertel (26,3%) im Vergleich zu 14,4% vor 15 Jahren.

Verunglückte nach Art der Verkehrsbeteiligung

Als Pkw-Fahrer bzw. -Insasse kam mit 839 fast die Hälfte (49,8%) aller verunglückten Seniorinnen und Senioren zu Schaden. Weiterhin verunglückten 555 bzw. 33,0% als Fahrradfahrer, 168 bzw. 10,0% als Fußgänger und 122 bzw. 7,2% in den übrigen Verkehrsbeteiligungsarten (Tabelle 2).

Die meisten der getöteten Seniorinnen und Senioren wurden mit 28 bzw. 59,6% als Pkw-Fahrer bzw. -Insasse erfasst. Neun Fahrradfahrer und neun Fußgänger (jeweils 19,1%) wurden im Straßenverkehr getötet.

Zu der untersuchten Altersgruppe ab 65 Jahre gehörten 52,9% aller getöteten Fahrradfahrer, 37,5% aller getöteten Fußgänger und 27,7% aller getöteten Pkw-Fahrer bzw. -Insassen im Land Brandenburg.

Verunglückte nach Geschlecht

Im Jahr 2015 waren 53,9% der Verunglückten der Generation 65plus Männer. Der Anteil der männlichen Personen an der Gesamtbevölkerung des Landes Brandenburg betrug mit 49,4% fast die Hälfte, jedoch waren nur 43,2% der ab 65-Jährigen männlich. Drei Viertel der bei Straßenverkehrsunfällen insgesamt Getöteten waren Senioren. 18 wurden als Pkw-Fahrer bzw. -Insasse getötet, sieben starben als Fahrradfahrer und drei als Fußgänger. Von den ge-

töteten Seniorinnen starben zehn als Pkw-Fahrerin bzw. -Insassin, sechs als Fußgängerin und zwei als Fahrradfahrerin.

Senioren sind erheblich gefährdeter als Seniorinnen: Bezogen auf je 100 000 Einwohner der untersuchten Altersgruppe verunglückten 338 Männer gegenüber 256 Frauen. Noch größer ist der Unterschied bei den Getöteten: Je 1 Mill. Einwohner ihrer Altersgruppe wurden 112 Männer gegenüber 58 Frauen im Straßenverkehr getötet.

Zeitliche Verteilung

Die tageszeitliche Verteilung der verunglückten Seniorinnen und Senioren steht in engem Zusammenhang mit der Verkehrsteilnahme und dem täglichen Lebensrhythmus der Generation 65plus sowie den Spitzenzeiten des Berufsverkehrs. Die Zahl der Verunglückten stieg nach dem morgendlichen Berufsverkehr sprunghaft an. Das tageszeitlich höchste Risiko für Seniorinnen und Senioren bestand 2015 im Land Brandenburg in der Zeit von 8 bis 12 Uhr (46,5%) und von 13 bis 17 Uhr (42,2%). In der Zeit von 18 bis 23 Uhr verunglückten 8,0% und in der Zeit von 0 bis 7 Uhr nur 3,3% (Abbildung a). Die meisten verunglückten Seniorinnen und Senioren wurden donnerstags (16,7%) und freitags (16,5%) registriert, die wenigsten an Sonntagen (10,0%).

Verunglückte nach Kreisen

Das Risiko für Seniorinnen und Senioren – ausgedrückt als Verunglückte je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe – zeigte im Jahr 2015 für die einzelnen Landkreise bzw. kreisfreien Städte zum Teil deut-

1 | Im Straßenverkehr verunglückte Seniorinnen und Senioren 2011 bis 2015 im Land Brandenburg

Unfallfolge	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2015 gegenüber 2014
Verunglückte.....	1 567	1 533	1 623	1 669	1 684	0,9
Getötete.....	42	47	53	38	47	23,7
Verletzte.....	1 525	1 486	1 570	1 631	1 637	0,4
Schwerverletzte..	465	421	490	481	513	6,7
Leichtverletzte....	1 060	1 065	1 080	1 150	1 124	-2,3

2 | Im Straßenverkehr verunglückte Seniorinnen und Senioren nach Art der Verkehrsbeteiligung 2015 im Land Brandenburg

Verunglückte	Ins-gesamt 65 Jahre und älter	davon im Alter von ... Jahren					
		65 bis unter 70		70 bis unter 75		75 und älter	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Verunglückte.....	1 684	181	190	256	219	407	431
darunter							
Pkw-Fahrer (einschl. Mitfahrer)...	839	85	103	119	117	226	189
Fußgänger.....	168	18	16	13	16	27	78
Radfahrer (einschl. Mitfahrer)	555	45	59	98	79	127	147

3 | Bei Straßenverkehrsunfällen 2015 verunglückte Seniorinnen und Senioren je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe im Land Brandenburg nach Landkreisen

Landkreis	Verunglückte	Einwohner ab 65 Jahre	Verunglückte Seniorinnen und Senioren je 100 000 Einwohner
Brandenburg a. d. Havel.....	80	19 171	417
Cottbus.....	50	23 997	208
Frankfurt (Oder).....	27	14 102	191
Potsdam.....	94	32 740	287
Barnim.....	147	39 864	369
Dahme-Spreewald.....	137	38 123	359
Elbe-Elster.....	62	27 534	225
Havelland.....	92	33 938	271
Märkisch-Oderland.....	112	43 103	260
Oberhavel.....	141	45 187	312
Oberspreewald-Lausitz.....	80	30 684	261
Oder-Spree.....	131	44 083	297
Ostprignitz-Ruppin.....	78	23 453	333
Potsdam-Mittelmark.....	135	44 397	304
Prignitz.....	50	20 605	243
Spree-Neiße.....	71	30 158	235
Teltow-Fläming.....	107	35 599	301
Uckermark.....	90	31 113	289
Brandenburg	1 684	577 851	291

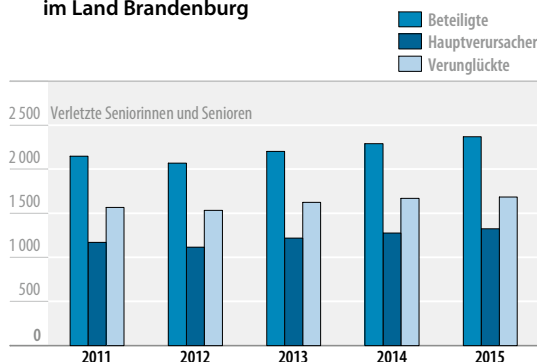
liche Abweichungen zum Landesdurchschnitt von 291. Am stärksten gefährdet waren Seniorinnen und Senioren in der Stadt Brandenburg an der Havel mit 417 Verunglückten, gefolgt von den Landkreisen Barnim (369) und Dahme-Spreewald (359). Am niedrigsten lagen die Werte in den kreisfreien Städten Frankfurt (Oder) mit 191 und Cottbus mit 208 verunglückten Seniorinnen und Senioren je 100 000 Einwohner (Tabelle 3).

Der deutschlandweite Durchschnitt betrug 285 Verunglückte. Der höchste Wert unter den Bundesländern wurde für Bremen mit 400 und der niedrigste für Hessen mit 233 berechnet.

Beteiligte

Am Jahresende 2015 lebten im Land Brandenburg 577 851 Seniorinnen und Senioren, das waren 23,3 % der Gesamtbevölkerung. Ihr Anteil als Beteiligte an Unfällen mit Personenschaden betrug 14,7 %. Der Großteil der an einem Unfall mit Personenschaden beteiligten Seniorinnen und Senioren war mit 63,5 % als Pkw-Fahrer involviert, 24,0 % als Radfahrer und 7,3 % als Fußgänger. An allen beteiligten Fußgängern betrug ihr Anteil 22,3 %, an allen Radfahrern 20,7 % und an allen Pkw-Fahrern 15,1 %.

b | Beteiligte Seniorinnen und Senioren an Unfällen mit Personenschaden 2011 bis 2015 im Land Brandenburg



Marion Kresse ist Sachgebietsleiterin für den Bereich *Verkehr* im Referat *Dienstleistungen, Handwerk, Verkehr* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Jürgen Keiser leitet das Referat *Dienstleistungen, Handwerk, Verkehr* am Standort Potsdam des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Als Hauptverursacher bei Unfällen mit Personenschaden waren 15,4 % aller Seniorinnen und Senioren beteiligt, dabei waren sie als Pkw-Fahrer zu 79,7 %, als Fahrradfahrer zu 12,8 % und als Fußgänger zu 2,3 % Hauptverursacher (Abbildung b).

Unfallursachen

Mit Bezug auf das Fehlverhalten war bei den Seniorinnen und Senioren im Land Brandenburg 2015 der „Vorfahrtsfehler“ mit einem Anteil von 19,8 % die häufigste Unfallursache bei den beteiligten Pkw-Fahrern an Unfällen mit Personenschaden, gefolgt von der Ursache „Abbiegefehler“ mit 16,8 %. Dagegen spielten die „falsche Straßenbenutzung“ mit 8,9 %, eine „nicht angepasste Geschwindigkeit“ mit 5,2 % und „Fehler beim Überholen“ mit 4,3 % eine geringere Rolle.

Die mit Abstand bedeutendste Unfallursache im Fehlverhalten der Fußgänger war ein „falsches Verhalten beim Überschreiten der Fahrbahn“ mit 82,2 % und die dabei dominante Unterposition „... ohne auf den Fahrzeugverkehr zu achten“ mit 57,8 %.

Längerfristige Entwicklung

Der allgemein zu verzeichnende längerfristige Rückgang der Getötetenzahlen bei Straßenverkehrsunfällen im Land Brandenburg schließt auch die Generation 65plus ein. Wie oben beschrieben, hat sich die Zahl der getöteten Seniorinnen und Senioren seit 2000 bis zum Jahr 2015 mit teilweise erheblichen Schwankungen von 61 auf 47 und damit um 23,0 % verringert.

Ein gravierend negativer Trend ist jedoch bei den Verletzten festzustellen. So erhöhte sich ihre Zahl insgesamt bei den Seniorinnen und Senioren gegenüber 2000 um 41,6 %. Die Verletztetenzahl der Radfahrer ist um 54,6 %, die der Pkw-Fahrer bzw. -Insassen um 37,5 % und die der Fußgänger um 8,4 % gegenüber dem Jahr 2000 gestiegen.

Das bevölkerungsbezogene Verletzungsrisiko für Seniorinnen und Senioren je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe ist mit 283 im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2000 mit 286 fast gleich geblieben. Jedoch konnte bei der Anzahl der getöteten Seniorinnen und Senioren ein bemerkenswerter Rückgang registriert werden: Kamen im Jahr 2000 noch 151 Seniorinnen und Senioren je 1 Mill. Einwohner ums Leben, waren es im letzten Jahr 81.

Neuerscheinung

Urban Europe – statistics on cities, towns and suburbs

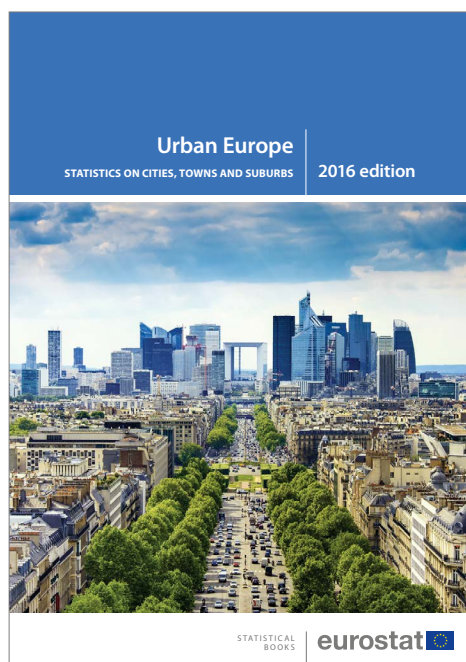
Die englischsprachige Veröffentlichung „Urban Europe – statistics on cities, towns and suburbs“ des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EU), Eurostat, portraitiert mit den Daten der amtlichen Statistik die Städte, kleineren Städte und Vororte in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Ländern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und den EU-Beitrittskandidaten.

Städtische Gebiete beheimaten fast drei Viertel der Bevölkerung der EU und können sowohl Ursprung als auch Lösung vieler wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Herausforderungen sein. Statistische Daten sind ein wichtiges Instrument für die Analyse dieser städtischen Entwicklung und den Auswirkungen politischer Entscheidungen.

Urban Europe – statistics on cities, towns and suburbs zeichnet ein Bild des städtischen Lebens in der EU. Die Publikation besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil widmet sich in insgesamt sechs Kapiteln dem städtischen Paradoxon, der Größe und räumlichen Verteilung städtischer Entwicklung, der Dominanz der Hauptstädte, den Themen intelligente und grüne Städte sowie Tourismus und Kultur. Im zweiten Teil stehen die Menschen, die in den Städten geboren werden, leben und arbeiten, im Fokus. Dabei werden ebenfalls in sechs Kapiteln das Leben in der Stadt, die Arbeitswelt, die Wohnsituation, Migration, Armut und soziale Ausgrenzung sowie Zufriedenheit und Lebensqualität beleuchtet. Jedes Kapitel stellt statistische Informationen in Form von Karten, Tabellen und Bildern zur Verfügung, ergänzt um eine Beschreibung des politischen Kontextes und eine Aufstellung der wichtigsten Aussagen.

Für Berlin wurden im europäischen Vergleich u. a. folgende Erkenntnisse gewonnen:

- Berlin ist die einzige europäische Hauptstadt, in der 2012 das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf niedriger war als der landesweite Durchschnitt.
- Die Pariser Bevölkerung (Ø 36,0 Jahre) war 2012 durchschnittlich 8,8 Jahre jünger als die Berliner Bevölkerung (Ø 44,8 Jahre).
- Der Anteil der Einpendler war 2011 in den Hauptstädten Sofia (7,5 %), Berlin (2013: 15,7 %) und Bratislava (36,1 %) landesweit am geringsten.
- Der Anteil an Singlehaushalten lag 2012 in Berlin 9 Prozentpunkte über dem landesweiten Durchschnitt. In keiner anderen europäischen Hauptstadt war der Unterschied so groß.
- Berlin wies nach Rom, London und Mailand zwischen 2009 und 2014 den vierthöchsten Wanderungssaldo auf.
- 2012 war die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Berlin am drittgrößten (652 000) – nach London und Paris (jeweils 1,7 Mill.).



Die Veröffentlichung kann kostenfrei im Internetangebot von Eurostat unter <http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-statistical-books/-/KS-01-16-691> im PDF-Format heruntergeladen oder als gedrucktes Exemplar über den EU-Bookshop bestellt werden.

Gesundheit

┌ Gevatter Tod duldet keinen Aufschub¹

von **Holger Leerhoff**

Den meisten Leserinnen und Lesern dürften aus eigener Erfahrung Fälle bekannt sein, in denen schwer kranke, oft ältere Familienangehörige oder Freunde und Bekannte direkt an oder kurz nach einem für die jeweilige Person wichtigen Ereignis – etwa ihrem (oft runden) Geburtstag oder Weihnachten – verstorben sind. Eine plausible Erklärung für dieses Phänomen ist, dass die betreffenden Personen ihren Tod in solchen Fällen willentlich für eine kurze Zeit, etwa einige Tage, hinauszögern konnten, um das für sie wichtige Ereignis noch zu erleben. Der Glaube an diese Aufschubhypothese ist weit verbreitet, sowohl bei medizinischen Laien als auch bei den Medizinern selbst, sodass ein kritisches Hinterfragen beinahe trivial erscheint. Wie aber lässt sich eine solche Hypothese überhaupt testen?

Es werden natürliche Todesfälle betrachtet. Diese Todesfälle sind aber nicht gleichmäßig über das Jahr verteilt, vielmehr können, je nach Todesursache, mehr oder weniger deutliche saisonale Muster beobachtet werden (Abbildung a). Um ein einfaches Beispiel herauszugreifen: An Erkrankungen des Atmungssystems etwa stirbt man vorzugsweise in der nassen und kalten Jahreszeit. In der zu untersuchenden Aufschubhypothese jedoch geht es nicht um Todesfälle durch Unfälle oder akute Erkrankungen, sondern um Personen, die nach schweren, oft langanhaltenden Krankheiten verstorben sind. Für den Test der Hypothese wird entsprechend auf den Tod durch maligne Neoplasmen – also Krebs – als Todesursache zurückgegriffen. Hier kann man im Regelfall davon ausgehen, dass der Tod nicht plötzlich und unerwartet eintritt, sondern dem Tod eine oft längere Behandlung vorausgegangen ist und dass Entwicklungen der Krankheit sich nicht von heute auf morgen, sondern eher allmählich vollziehen. Aus der Todesursachenstatistik lassen sich die Todesfälle mit diesen Ursachen vergleichsweise einfach selektieren. Es zeigt sich dabei, dass die Todesfälle mit malignen Neoplasmen als Todesursache relativ gleichmäßig über das Jahr verteilt sind (Abbildung a), also kaum saisonale Schwankungen auftreten, die die Analyse erschweren könnten.

Die Grundlage für den Test der Hypothese bildet die Verteilung der Todestage über das Jahr. Die Grundannahme ist, dass eine Person, die terminal an Krebs erkrankt ist, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit binnen einer bestimmten Frist sterben wird. Nun liegt aber ein für die Person wichtiges Ereignis in zeitlicher Nähe, bei dem man davon ausgehen kann, dass die Person es gern noch erleben möchte. Dies kann etwa der 90. Geburtstag der Person sein,

das neue Millennium, der angekündigte Besuch eines Enkels oder auch das Weihnachtsfest, zu dem die Familie noch einmal zusammenkommt. Die Aufschubhypothese besagt nun, dass die Personen in solchen Konstellationen in der Lage sind, ihren Tod für einige Tage »aufzuschieben«, statt (kurz) vor dem betreffenden Ereignis also (kurz) nach dem Ereignis zu sterben. Während sich der Besuch des Enkels aus naheliegenden Gründen einer statistischen Analyse entzieht, kann eine Untersuchung von festen Feiertagen und auch Geburtstagen auf Grundlage der Todesursachenstatistik problemlos vorgenommen werden.

Das Verfahren lässt sich gut am Beispiel des Weihnachtsfestes erläutern: Zunächst wird ein Zeitfenster – in diesem Fall 14 Tage – um das betreffende Ereignis gelegt. Die Annahme ist nun, dass der Todesfall außerhalb dieses Zeitfensters an jedem Tag des Jahres mit mehr oder weniger gleicher Wahrscheinlichkeit, dem Normalniveau, eintreten kann. In der Zeit kurz vor dem Ereignis, etwa ab Mitte Dezember, sollte die Anzahl der Todesfälle pro Tag leicht zurückgehen, um dann in der Zeit an und kurz nach Weihnachten wieder leicht anzusteigen, bis nach dem Zeitfenster wieder das Normalniveau erreicht wird. Die Analyse für individuelle Ereignisse, etwa den Geburtstag der verstorbenen Person, ist technisch ein wenig aufwändiger, verläuft aber im Prinzip analog. Der bei der Analyse zu beobachtende Effekt wird auch

¹ Dieser Artikel greift auf Ergebnisse einer Untersuchung des Autors zurück, die 2015 in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie publiziert wurde (Leerhoff, 2015).

Dort findet sich eine deutlich umfangreichere Darlegung des Themas und detaillierte Ergebnisse der hier beschriebenen Analysen.

als ›dip-peak-Effekt‹ bezeichnet: Der ›dip‹, die Verringerung der Anzahl der Todesfälle, wird durch die nicht eingetretenen Todesfälle vor dem Ereignis verursacht, die dann kurz nach dem Ereignis als ›peak‹, als entsprechend große Häufung, gewissermaßen nachgeholt werden. Die Höhe von dip und peak gibt dabei über die Stärke des Effekts Aufschluss.

Sollte die Aufschubhypothese wahr sein, müsste sich dieser dip-peak-Effekt nachweisen lassen, möglicherweise auch in Abhängigkeit von bestimmten weiteren Faktoren. So wäre etwa anzunehmen, dass der Effekt um Weihnachten besonders bei Christen (oder in christlichen Staaten) ausgeprägt ist.

Zu Beginn der systematischen Untersuchung dieser Hypothese in der Literatur stand tatsächlich der Versuch, sie zu beweisen: In verschiedenen Studien wurde gezeigt, dass die Aufschubhypothese jeweils für bestimmte Bevölkerungsgruppen und einige für diese Gruppen relevante Feiertage wahr ist – etwa bei Phillips und Feldmann (1973) für männliche Juden und hohe jüdische Feiertage, bei Wassermann und Stack (1994) für Geburtstage. Während die jeweiligen Autoren von der Hypothese überzeugt waren – und in den Studien jeweils eine gewisse Evidenz für deren Gültigkeit zeigen konnten –, waren die statistischen Befunde doch deutlich weniger eindeutig als angenommen. Zudem litten diese Studien unter einigen Defiziten: Die Stichproben waren teilweise extrem klein, eine sinnvolle Selektion nach spezifischen Todesursachen fand nicht immer statt und statistisch signifikante Effekte zeigten sich teilweise nur bei bestimmten Personengruppen, etwa bei über 70-jährigen Männern.

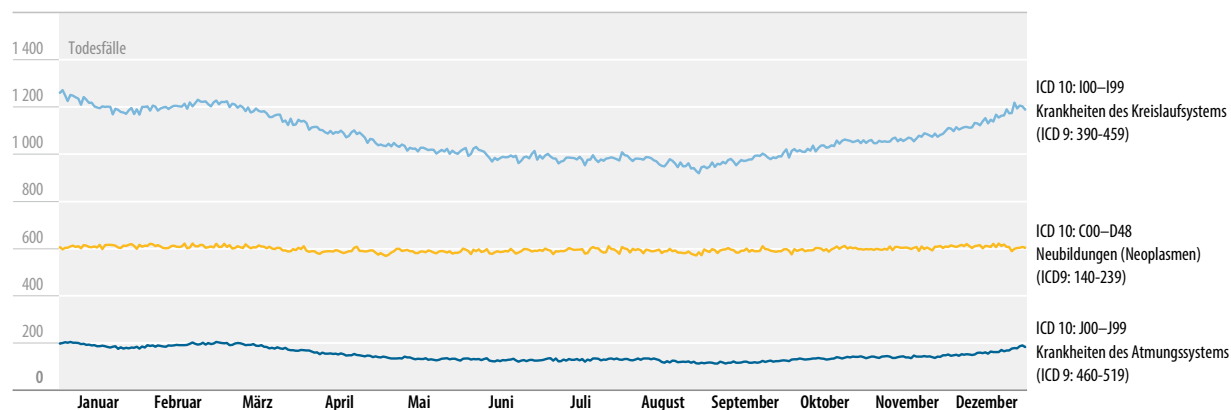
Die erste kritische Studie – die zeigen wollte, dass die Hypothese nicht gültig ist – wurde 2004 von Young und Hade vorgelegt (Young/Hade, 2004). Auf Grundlage einer im Vergleich zu den früheren Studien großen Stichprobe ($n=309\,221$) und einer Beschränkung auf maligne Neoplasmen als Todes-

ursache² konnten diese keinen signifikanten dip-peak-Effekt nachweisen. Die Studie erregte großes Aufsehen und wurde kontrovers diskutiert. Die hier präsentierte Analyse folgt dem Ansatz von Young und Hade, wobei drei wesentliche Unterschiede vorliegen: Die untersuchte Stichprobe ist mit gut vier Millionen Todesfällen aus Deutschland mehr als 14-mal größer, die untersuchten Ereignisse entsprechen den kulturellen Gepflogenheiten in Deutschland und – der vielleicht wichtigste Aspekt – die Tage der relevanten Ereignisse wurden im Zeitfenster sinnvoller platziert.³

Grundlage für die Untersuchung bildeten die Daten der amtlichen Todesursachenstatistik der Jahre 1992 bis 2011, die von den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung gestellt wurden. Aus den Einzeldaten wurden dann diejenigen Personen selektiert, deren für das Sterben maßgebliches Grundleiden gemäß der ICD maligne Neoplasmen waren. Nach einigen Bereinigungen ergaben sich so 4248875 Todesfälle, die in die Analysen einfließen. Der Altersmedian dieser Stichprobe beträgt 72 Jahre; mit 52,2% überwiegt der Anteil der Männer leicht. Mit beinahe 55% ist der Anteil der zum Todeszeitpunkt Verheirateten vergleichsweise hoch, was aber der Altersstruktur der Stichprobe geschuldet sein dürfte. Beinahe 75% der Stichprobe waren katholischer oder protestantischer Konfession. Daten zur Ethnizität oder zur Nationalität der Verstorbenen liegen in der Statistik nicht vor.

Untersucht wurden zwei Ereignisse, von denen angenommen werden kann, dass sie in unserem Kulturkreis einen hohen Stellenwert haben: Weihnachten ist eines dieser Ereignisse. Unabhängig vom aktiven religiösen Glauben spielt das Weihnachtsfest in Deutschland auch als soziales Ereignis eine große Rolle; es kann davon ausgegangen werden, dass das Fest für viele terminal Erkrankte auch dahingehend

a | Anzahl der Todesfälle ausgewählter Todesursachen in Deutschland 1992 bis 2011, Verteilung der Todestage über das Kalenderjahr



Quelle: Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Todesursachenstatistik, 1992–2011, eigene Berechnungen.

² Selektiert wurden die Todesfälle mit dem für den Tod maßgeblichen Grundleiden nach den Ursachenkomplexen 140–239 der ICD-9 (verwendet bis 1997) und C00–D48 der ICD-10 (ab 1998).

³ Bei Young und Hade sowie weiteren Studien wurde der Ereignistag – etwa der Geburtstag – als letzter Tag in der ersten Hälfte des Zeitfensters positioniert. Dies hat den Effekt, dass

eine Person, die direkt an ihrem 90. Geburtstag stirbt, als Person gewertet wird, die diesen nicht erreicht hat. Insbesondere bei zeitlich kurzen Aufschubeffekten kann dies gegenüber der

hier vorgenommenen Platzierung als erster Tag in der zweiten Hälfte des Zeitfensters das Ergebnis deutlich verzerren.

einen besonderen Stellenwert hat, als es die Gelegenheit böte, Teile der Familie noch einmal zu sehen. Das zweite Ereignis ist der (eigene) Geburtstag. Im ersten Fall wird die Anzahl der Todesfälle in den sieben Tagen bis einschließlich Heiligabend denen in den sieben Tagen ab dem ersten Weihnachtstag gegenübergestellt; im zweiten Fall werden die Todesfälle in den sieben Tagen vor dem Geburtstag denen der sieben Tage beginnend mit dem Geburtstag gegenübergestellt.

Zum Test der Hypothese wurde ein dip-peak-Index berechnet, der der Summe der Anzahl der Todesfälle in Woche eins unter dem Mittel der zwei Wochen und der Anzahl der Todesfälle in Woche zwei über dem Mittel der Wochen entspricht. Die Signifikanz wurde dann mittels eines exakten Binomialtests mit einem Signifikanzniveau von 95% bestimmt. Ein dip-peak-Effekt läge entsprechend genau dann vor, wenn der dip-peak-Index positiv und signifikant wäre. Die Nullhypothese besagt entsprechend, dass die Anzahl der Todesfälle über die beiden Wochen gleich verteilt ist.

Beim Geburtstag lagen 192 936 Todesfälle der Stichprobe innerhalb des 14-Tage-Zeitfensters, 49,9% oder 81 285 davon in der ersten Woche. Eine Analyse von Subgruppen nach Geschlecht, Religion, Familienstand und Altersgruppen wurde ebenfalls vorgenommen, aber in keinem Fall konnten signifikante Abweichungen von einer Zufallsverteilung

über die beiden Wochen festgestellt werden. An Weihnachten lagen 165 599 Todesfälle innerhalb des Zeitfensters, mit 83 564 aber sogar 50,5% der Fälle in der ersten Woche, sodass man hier eher von einem »peak-dip-Effekt« sprechen müsste. Auch hier konnte in den Subgruppen kein Hinweis auf einen signifikanten dip-peak-Effekt gefunden werden.

Trotz der systematischen Unterschiede konnte die Analyse das Ergebnis von Young und Hade bestätigen: Weder beim Geburtstag noch bei Weihnachten konnte in der Stichprobe oder einer der Subgruppen ein statistisch signifikanter positiver dip-peak-Effekt nachgewiesen werden. Entsprechend gibt es keinen Hinweis darauf, dass die Aufschubhypothese wahr ist.⁴

Über die praktischen Konsequenzen dieses Ergebnisses lohnt es sich vielleicht genauer nachzudenken. Ein am Krankenbett geäußertes »Wenn es Zeit ist, ist es Zeit« dürfte für die sterbende Person angenehmer sein als ein »Halte noch die paar Tage durch«, da es sie von jeder Verantwortung entbindet, statt ihr noch eine Last aufzubürden. Und angesichts der vorliegenden Evidenz machen beide hinsichtlich des Todeszeitpunktes keinen Unterschied.

Dr. Holger Leerhoff leitet das Referat *Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

⁴ Ein auf der Hand liegender Einwand ist, dass das Zeitfenster mit 14 Tagen möglicherweise zu groß oder zu klein ist, um den Effekt nachzuweisen. Entsprechend wurden die Tests auch für Zeitfenster von 6, 20 und 28 Tagen durchgeführt, ohne dass es zu relevanten Unterschieden bei den Ergebnissen gekommen wäre.

Literatur

- Phillips, Daniel P.; Kenneth P. Feldmann (1973): A dip in deaths before ceremonial occasions. Some new relationships between social integration and mortality. *American Sociological Review* 38: 678–697.
- Leerhoff, Holger (2015): Der Tod fliegt keine Warteschleife. Zur empirischen Überprüfung einer verbreiteten Alltagstheorie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67: 137–154. (DOI 10.1007/s11577-014-0299-9)
- Wassermann, Ira; Stephen Stack (1994): Testing the deathdip and deathrise hypothesis: Ohio mortality results, 1989–1991. *Canadian Studies in Population* 21: 133–148.
- Young, Donn C.; Erinn M. Hade (2004): Holidays, birthdays, and postponement of cancer death. *Journal of the American Medical Association* 292: 3012–3016.

Neuerscheinungen

Gender Datenreport Berlin 2015

Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen legt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die nunmehr siebte Auflage des Gender Datenreports für Berlin vor. Die Publikation gibt in sechs Kernthemen Aufschluss über den Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Berlin in verschiedenen Lebensbereichen sowie über Zusammenhänge zwischen der Geschlechtszugehörigkeit und anderen sozialen sowie demografischen Merkmalen. Die jährliche Fortschreibung des Gender Datenreports bereitet die Grundlage für eine längerfristige Vergleichbarkeit der Daten und die Sichtbarmachung von Entwicklungen.

Einige Schlaglichter aus dem Inhalt:

Demografie: Ehe und Familie sind nach wie vor bedeutende Formen des Zusammenlebens. Die Zahl der Eheschließungen stieg 2014 im Vergleich zum Vorjahr leicht an. Das Durchschnittsalter bei Eheschließenden lag bei 32,5 Jahren bei ledigen Frauen und 35,1 Jahren bei den Männern. Der Anteil von Geburten, bei denen die Eltern nicht verheiratet waren, ging gegenüber 2013 geringfügig auf 50,5 % zurück.

Bildung: Junge Frauen sind erfolgreicher als ihre männlichen Mitschüler und Studenten. 2014 verfügten in Berlin innerhalb der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen 31,5 % der Frauen, aber nur 24,5 % der Männer über einen Hochschulabschluss. Die Berufsausbildung folgt der klassischen Rollenverteilung. 47,6 % der jungen Frauen wurden für Berufe im Bereich Wirtschaft und Verwaltung ausgebildet. Bei den jungen Männern standen Metall- und Elektrotechnik im Vordergrund (34,2 %).

Erwerbsleben: Die Erwerbsorientierung von Frauen, auch mit Kindern, ist hoch. Bei Ehepaaren mit Kindern unter 18 Jahren standen 2014 in 57,7 % der Fälle beide Partner im Beruf. Alleinerziehende, davon 89 % Frauen, waren zu 65,4 % erwerbstätig. Für die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ergab sich bei Deutschen ohne Migrationshintergrund eine Erwerbstätigenquote von 74,0 %, bei Deutschen mit Migrationshintergrund von 56,4 %. Der Einfluss des Migrationsstatus auf die Erwerbsbeteiligung ist bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern.

Einkommen: Frauen sind zunehmend ökonomisch selbständig, allerdings im Durchschnitt mit deutlich geringerem Einkommen. In den mittleren Altersgruppen (35 bis unter 55 Jahre) hatten 51,3 % der Männer, aber nur 41,5 % der Frauen ein monatliches Nettoeinkommen von über 1500 EUR. Die Differenz der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Gender Pay Gap) betrug 11,5 %.

Gesundheit: Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt zurzeit für Frauen in Berlin um fünf Jahre höher als für Männer. Fachleute führen dies auch auf Unterschiede im Gesundheitsbewusstsein und -verhalten zurück. Männer gehen im Allgemeinen größere Gesundheitsrisiken ein als Frauen. Dazu gehören z. B. höherer Tabakkonsum (25,1 % der Männer und 17,1 % der Frauen rauchen) und stärkeres Übergewicht (gemäß Body-Mass-Index waren 61,5 % der Männer und 43,5 % der Frauen übergewichtig). Auch Todesfälle durch Alkoholmissbrauch oder infolge eines Unfalls sowie Suizid kommen bei Männern häufiger vor.

Politische Partizipation: Es zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Stimmabgabe für eine Partei und dem Geschlecht der Wählenden: Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 gaben Frauen häufiger ihre Stimme den GRÜNEN oder der SPD und Männer häufiger den LINKEN oder den PIRATEN. Frauen weisen, außer in der Gruppe der über 70-Jährigen, eine höhere Wahlbeteiligung auf als Männer.



Der Gender Datenreport für die Jahre 2009 bis 2015 steht im Internet unter www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Fachgespräch mit Regina Eck

- ▣ „Je genauer der Arzt den Leichenschauschein ausfüllt, umso korrekter kann die Signierung des Grundleidens erfolgen.“



Regina Eck ist seit 2014 für die Todesursachenstatistik im Referat Bevölkerung und Regionalstatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zuständig.

Der Tod einer Person wird durch den zuständigen Arzt auf dem Totenschein dokumentiert. Dieses Dokument stellt die Basis für die amtliche Todesursachenstatistik dar. Könnten Sie bitte kurz beschreiben, wie der Bearbeitungsweg eines Totenscheins aussieht?

| Nachdem ein Arzt die Leichenschau durchgeführt hat, wird der Leichenschauschein ausgefüllt. Der Formularsatz Leichenschauschein, der im Durchschreibeverfahren ausgefüllt wird, besteht aus einem nicht vertraulichen und einem vertraulichen Teil. Der nicht vertrauliche Teil wird für die Beurkundung des Sterbefalls im Standesamt verwendet. Blatt 1 und Blatt 2 des vertraulichen Teils werden in Berlin an das Zentralarchiv für Leichenschau-scheine (ZfL) im Gesundheitsamt Reinickendorf und in Brandenburg direkt an das zuständige Gesundheitsamt übersandt. Das 3. Blatt wird für die Bestattung benötigt und das 4. Blatt verbleibt beim Arzt. Blatt 2 der Ausfertigung wird dann vom ZfL in Berlin beziehungsweise im Land Brandenburg vom jeweiligen Gesundheitsamt an das Amt für Statistik übersandt. Dieser Durch-

schlag wird als Grundlage für die Kodierung der Todesursachen verwendet.

Wie genau läuft die Kodierung der Todesursachen ab? Können Sie ein Beispiel nennen?

| Das Grundleiden wird von der Signiererin aus den ärztlichen Angaben unter Berücksichtigung weiterer Angaben wie Alter, Geschlecht und Dauer des Leidens ermittelt. Dann wird diesem Grundleiden der ICD-Code zugewiesen. Bei der Ermittlung des Grundleidens wird auf die Signierregeln der WHO zurückgegriffen. Beispiel: Auf dem Leichenschau-schein stehen als Todesursachen a) Ateminsuffizienz, b) Pneumonie und c) Schlaganfall, das heißt der Verstorbene ist tatsächlich an der Ateminsuffizienz verstorben, wir aber kodieren hier die ICD-Position I64 für Schlaganfall, denn der Schlaganfall erklärt die unter a und b genannten Zustände, die zum Tode geführt haben.

Wer nutzt die Daten der Todesursachenstatistik und wofür?

| Die Daten der Todesursachenstatistik werden benötigt für die Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren, wie Sterbeziffern, verlorene Lebensjahre und vermeidbare Sterbefälle. Sie ermöglichen eine fundierte Todesursachenforschung und eine Untersuchung regionaler Besonderheiten der todesursachen-spezifischen Sterblichkeit. Nutzer der Daten sind unter anderem das Bundesgesundheitsministerium, die Weltgesundheitsorganisation WHO oder die Gesundheits- und Sozialministerien der jeweiligen Länder. Die Daten

der Todesursachenstatistik dienen auch als wichtige Grundlage für die Gesundheitsberichterstattung. Zu anderen Nutzern gehören weiterhin epidemiologische, medizinische und gesundheitsökonomische Institute sowie Medien und private Interessenten.

Die ständigen Verbesserungen der Einstufung von Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen durch die WHO lässt vermuten, dass die Todesursachenstatistik die Wirklichkeit nahezu exakt widerspiegelt. Wie würden Sie die derzeitige Situation einschätzen?

| Für die Qualität der Daten sind die Angaben auf dem Leichenschau-schein entscheidend. Je genauer und gewissenhafter der Arzt diesen Schein ausfüllt, umso korrekter kann die Signierung des Grundleidens erfolgen. Da jedoch nur das Grundleiden in die Todesursachenstatistik einfließt, kann sie die Wirklichkeit nicht exakt widerspiegeln.

Wie beurteilen Sie die Vergleichbarkeit der Daten zwischen den Ländern?

| Eine einheitliche Kodierqualität zwischen den Ländern wird durch die jährlich stattfindenden sogenannten Signiererschulungen für die Signierkräfte sichergestellt. Ferner wird in regelmäßigen Abständen die vom Statistischen Bundesamt organisierte sogenannte Ringcodierung durchgeführt. Dabei werden Beispielfälle von den Signierinnen und Signierern der Landesämter kodiert und die Ergebnisse dann von Experten, unter anderem auch von Ärzten des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information kontrolliert.

Zur qualitativen Verbesserung des Verfahrens wurde ein elektronisches Kodiersystem (IRIS) entwickelt. Wie funktioniert es und wird es im AfS eingesetzt?

| Das elektronische Kodiersystem IRIS macht im Prinzip das gleiche wie die Signierkraft. Es findet das Grundleiden heraus, ordnet eine ICD-Position zu und identifiziert so die unmittelbare Todesursache. Mit IRIS soll eine einheitliche Kodierung erreicht werden, damit die Todesursachenstatistik auch international vergleichbar ist. Durch die vollständige Erfassung aller auf dem Leichenschauschein vorhandenen Diagnosen wird auch eine multikausale Auswertung der Daten möglich. IRIS wird im AfS im Moment noch als Hilfestellung und Nachschlagewerk angewendet. Um es umfassend nutzen zu können, müssen die Angaben des Leichenschauscheins in elektronischer Form vorliegen. Dies wird zurzeit vorbereitet. Sobald die elektronischen Lieferungen erfolgen, kann IRIS im AfS in vollem Umfang genutzt werden.

Immer häufiger treten gerade bei älteren Menschen sich überlappende Krankheiten auf. Widerspricht das nicht dem monokausalen Charakter der Todesursachenstatistik?

| Da in der Todesursachenstatistik nur das zum Tode führende Grundleiden erfasst wird, sind einige Gesundheitsprobleme gerade älterer Menschen in der Todesursachenstatistik unterrepräsentiert. Das betrifft zum Beispiel degenerative Krankheiten des Nervensystems, die eine typische Erkrankung des Alters sind, aber selten zum Tode führen. Abhilfe für dieses Problem kann sein, neben der monokausalen auch eine multikausale Todesursachenstatistik zu erstellen. Mit Einführung von IRIS wird dies leichter möglich sein. Voraussetzung dafür ist aber auch die Bereitschaft der Ärzte, den Leichenschauschein gewissenhaft und vollständig auszufüllen.

Mit welchen Problemen müssen Sie sich im ganz normalen Arbeitsalltag bei der Totenscheinsignierung auseinandersetzen?

| Leider werden die Leichenschau-scheine manchmal sehr undeutlich ausgefüllt und die Handschrift ist schwer zu entziffern. Manchmal fehlen auch entscheidende Angaben, um die für die Signierung erforderliche Kausalkette bilden zu können, oder es sind keine Details angegeben, um die Umstände des Todes präziser beurteilen zu können. Probleme bereiten auch Abkürzungen, deren Bedeutung erst recherchiert werden muss.

Trübt der tägliche Umgang mit dem Tod Ihre Stimmung? Wie gehen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen damit um?

| Die ständige Berührung mit dem Tod ist zunächst gewöhnungsbedürftig und es bestehen daher auch Ängste, sich dem Thema zu nähern. Jahrelange Routine hilft aber darüber hinweg. Auf die Stimmung wirkt sich der tägliche Umgang mit dem Thema Tod hier im Fachgebiet nicht aus. Es gibt vereinzelt Situationen, die einen jedoch berühren, z. B. wenn Kinder betroffen sind oder der verstorbene Person aus dem eigenen Geburtsjahrgang stammt. Hilfreich für die Arbeit ist, dass es keinen Kontakt zu Angehörigen gibt und der Leichenschauschein anonym ist.

Preise

Entwicklung der Verbraucherpreise im Jahr 2015 in Berlin und Brandenburg

von **Elke Zimmer**

Alles wird teurer – dieses Klagelied oft zu hören – ist für das Jahr 2015 vielfach nicht mehr zutreffend, denn die Preisentwicklung verlief sehr verbraucherfreundlich. Sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg blieben die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Während sich die Berliner Verbraucher 2015 mit durchschnittlich $-0,1\%$ erstmals sogar über einen – zwar nur sehr leichten – Rückgang der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr freuen konnten, wurde für die Brandenburger Verbraucher mit $+0,1\%$ lediglich ein sehr schwacher Anstieg ermittelt. Die bundesdurchschnittliche Teuerung 2015 gegenüber 2014 lag bei $+0,3\%$ und damit ebenfalls deutlich unter der von 2014 ($+0,9\%$), aber leicht über der von Berlin und Brandenburg. Derart niedrige Veränderungsdaten hatte es zuletzt im Jahr 2009 gegeben. Bestimmend für die geringen Jahresveränderungsraten waren im Wesentlichen gesunkene Energiepreise. Der 2015 per Gesetz eingeführte Mindestlohn hat in einigen Branchen die Preisentwicklung ebenfalls erkennbar beeinflusst und im Vergleich zu den Vorjahren zu stärkeren Preiserhöhungen insbesondere für Dienstleistungen geführt. Im folgenden Beitrag werden die wichtigsten Ergebnisse der Entwicklung der Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg im Jahr 2015 dargestellt.

Vorbemerkungen

Mit den durch die amtliche Statistik erhobenen Verbraucherpreisen wird der Verbraucherpreisindex (VPI) berechnet. Der VPI misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Einbezogen werden neben Gütern des täglichen Bedarfs, Bekleidung und langlebigen Gebrauchsgütern auch Mieten und die Inanspruchnahme verschiedener Dienstleistungen. Dabei werden alle in Deutschland von privaten Haushalten (Single-Haushalte, Ehepaare, Familien, Touristinnen und Touristen) getätigten Ausgaben berücksichtigt. Der VPI liefert somit ein Gesamtbild der allgemeinen Preisentwicklung und wird daher als Deflationsmaßstab für die gesamtwirtschaftliche Konjunkturbeobachtung verwendet sowie für die Anpassung regelmäßig wiederkehrender Zahlungen, wie Mieten und Pacht, aufgrund entsprechender Wertsicherungsklauseln in privatrechtlichen Verträgen genutzt. Zudem wird er zur Preisbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen. Die Veränderung des VPI gegenüber dem Vorjahresmonat bzw. dem Vorjahr wird auch als Inflationsrate bezeichnet.

Für die Ermittlung des VPI werden in Berlin und Brandenburg jeden Monat für einen sogenannten Warenkorb, der aktuell etwa 700 repräsentativ ausgewählte Güterarten (Waren und Dienstleistungen) umfasst, Preise und den Preis bestimmende Gütermerkmale – in der Regel vor Ort durch geschulte Preis-

erheberinnen und Preiserheber – ermittelt. Zudem werden ausgewählte Berichtsstellen auch schriftlich befragt oder allgemein zugängliche Quellen, wie beispielsweise das Internet, für die Preiserhebung genutzt. Aktuell fließt in den VPI in Berlin monatlich die Entwicklung von rund 13000 Preisen und in Brandenburg von rund 24500 Preisen ein. Dazu werden in Berlin etwa 1300 und im Land Brandenburg etwa 1800 Berichtsstellen monatlich befragt. Berichtsstellen sind dabei repräsentativ ausgewählte örtliche Anbieter von Waren und Dienstleistungen, die so ausgewählt werden, dass einerseits alle Regionen in Berlin und im Land Brandenburg und andererseits die verschiedenen Handels- und Betriebsformen des Einzelhandels, wie Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Discounter, Fachgeschäfte, in angemessener Weise repräsentiert werden. In die Indexberechnung fließt auch die Entwicklung der Mieten, die bei zufällig ausgewählten Vermietern unterschiedlichen Vermietertyps und für verschiedene Wohnungstypen erhoben werden, mit ein. Die geringere regionale Streuung der Anbieter ermöglicht es in Berlin, mit bedeutend weniger erhobenen Einzelpreisen gute Ergebnisse zu erhalten.

Die Preisentwicklung der einzelnen Güterarten fließt nicht zu gleichen Teilen in den VPI ein, sondern wird mit dem Anteil der jeweiligen Güterart an den privaten Konsumausgaben insgesamt gewichtet (Wägungsanteil). Dabei handelt es sich um bundesweit einheitliche Gewichte, die zusammen das

sogenannte Wägungsschema bilden. Die Höhe und Struktur der Ausgaben der privaten Haushalte, das heißt die Verbrauchsstruktur, werden durch die fünfjährigen Einkommens- und Verbrauchsstichproben und die jährlichen laufenden Wirtschaftsrechnungen ermittelt.

Der VPI wird als Laspeyres-Index berechnet, das bedeutet, dass die aus dem festgelegten Basisjahr stammenden Wägungsanteile bis zur Umstellung des VPI auf ein neues Basisjahr (turnusmäßig alle fünf Jahre) unverändert bleiben. Gegenwärtig basieren die Berechnungen auf dem Basisjahr 2010, d.h. ihnen liegen die für das Jahr 2010 ermittelten Verbrauchsausgaben privater Haushalte (Wägungsanteile) zugrunde. Die nächste Umstellung auf das Basisjahr 2015 ist für Januar 2018 vorgesehen. Im Gegensatz zu den Ausgabenanteilen der Gütergruppen im Wägungsschema werden die konkret in die Preiserhebung einzubeziehenden Güterarten des Warenkorbs in Folge des Wegfalls von Produkten und dem Auftreten neuer Produkte laufend angepasst.

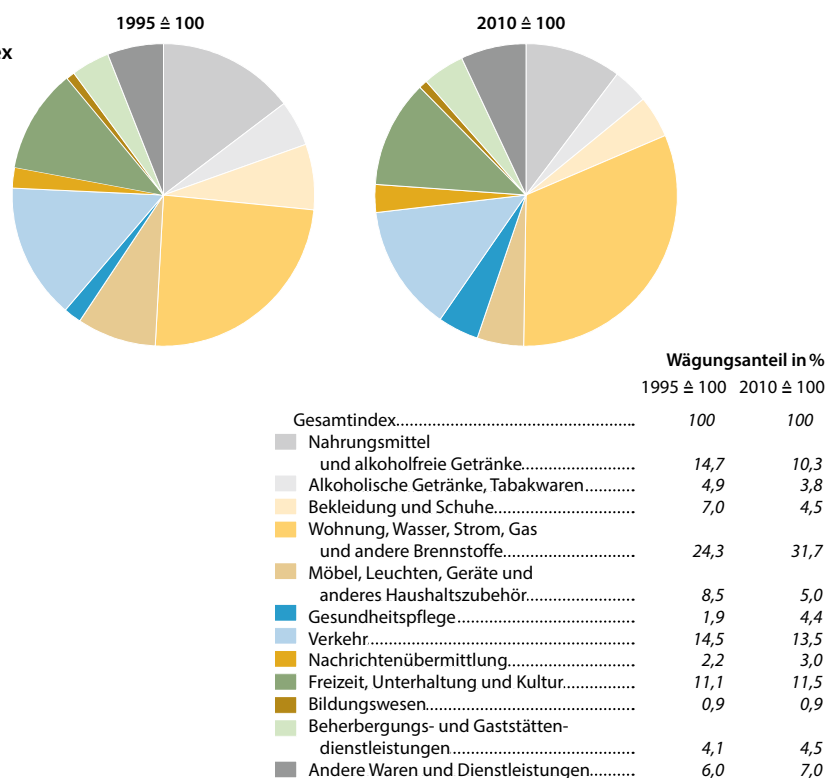
In den letzten 15 Jahren haben sich die mit dem Wägungsschema abgebildeten Verbrauchsstrukturen zwar nicht grundlegend geändert – Hauptausgabepositionen sind nach wie vor, mit der steigenden Tendenz, die Ausgaben rund um das Wohnen – jedoch geht der Anteil der früher sehr bedeutsamen Ausgaben für Nahrungsmittel und Getränke immer weiter zurück. Auch Ausgaben für Bekleidung, Schuhe, Möbel und Hausrat haben an Bedeutung verloren, während zum Beispiel Ausgabenanteile für Gesundheit und Nachrichtenübermittlung an Gewicht zulegen (Abbildung a).

Die subjektiv wahrgenommene Preisentwicklung kann allerdings vom der mit dem VPI amtlich berechneten abweichen – je nachdem wie stark die einzelnen Güter für den einzelnen Verbraucher von Bedeutung sind und wie viel Geld von ihm dafür ausgegeben wird. Wer beispielsweise kein Kraftfahrzeug besitzt, wird auch kein Geld für Kraftstoffe ausgeben, die aber zu den Güterarten des VPI gehören. Der VPI ist ein Durchschnittswert, der auf Basis einheitlicher Ausgabenanteile (Wägungsanteile) eines bundesdurchschnittlichen Haushalts berechnet wird. Diesen durchschnittlichen Haushalt gibt es jedoch nur in der Theorie, daher lässt sich die amtlich ermittelte Preisentwicklung in der Regel nicht direkt auf die individuelle Situation übertragen.

Gesamtentwicklung

Die Tendenz der im Jahr 2015 bundesweit schwächer ansteigenden Preisveränderungsrate war auch für Berlin und Brandenburg kennzeichnend und fiel hier noch etwas stärker aus. In Berlin war im Jahresdurchschnitt mit –0,1% im Vergleich zum Vorjahr, sogar erstmals seit der Berechnung eines VPI im Jahr 1991, ein leichter Preisrückgang auf einen Indexstand¹ (2010 = 100) von 107,7 zu verzeichnen. Im Land Brandenburg hingegen gab es noch einen durchschnittlichen Preisanstieg um 0,1% auf einen Indexstand von 106,3. Damit ist die Jahresteuerungsrate¹ in Berlin seit dem Jahr 2011 rückläufig, wobei sie im Jahr 2013 auf dem Vorjahresniveau verharrte (Abbildung b). Im Land Brandenburg lag die jährliche Teuerung im Jahr 2012 noch unverändert auf dem Niveau von 2011. Seitdem ist auch hier eine deutlich sinkende Jahresteuerung zu beobachten.

a | Wägungsschemata zum Verbraucherpreisindex für die Basisjahre 1995 und 2010



¹ Ein Indexstand von beispielsweise 107,8 bedeutet, dass der theoretische Warenkorb in der Ausgabenstruktur des Basisjahres nur zu einem um 7,8% höheren Preis erworben werden kann. Die Veränderung des Indexstandes zum vergleichbaren Vorjahresmonat wird Jahresteuerungsrate genannt.

Im Bundesdurchschnitt wurde 2015 im Jahresdurchschnitt eine Preiserhöhung um 0,3% auf einen Indexstand von 106,9 nachgewiesen. Wie Abbildung b auch zeigt, hatte es ähnlich niedrige Jahresteuerraten in Berlin und Brandenburg wie auch im Bundesgebiet insgesamt zuletzt im Krisenjahr 2009 gegeben (Deutschland: +0,3%; Berlin: +0,2%; Brandenburg: +0,1%).

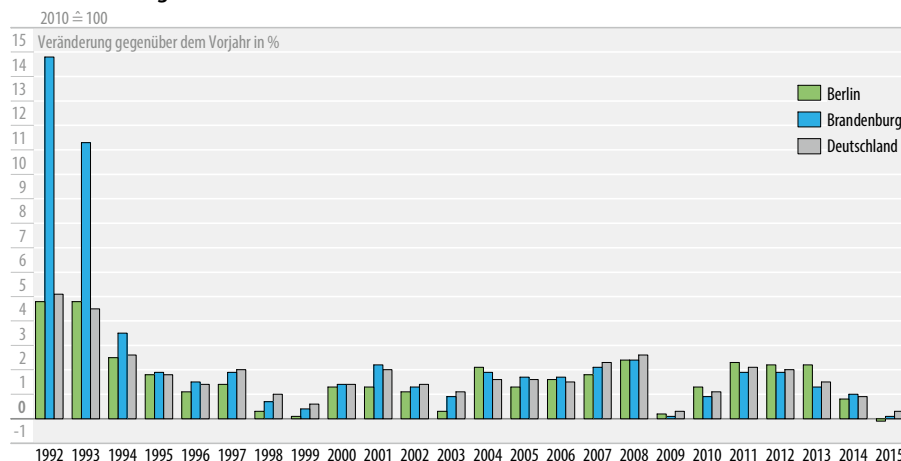
Trotz niedrigerer Preisentwicklung in den letzten Jahren, lag aber das mit dem Indexstand widergespiegelte Niveau der Preisveränderung 2015 gegenüber dem Basisjahr 2010 in Berlin mit einem Indexstand von 107,7 nach wie vor über dem Bundesdurchschnitt (Indexstand: 106,9), während die Veränderung zum Basisjahr im Land Brandenburg mit einem Indexstand von 106,3 bis auf die Jahre 1991 bis 1993 weiterhin durchweg unter dem Bundesdurchschnitt blieb (Abbildung c).

In nahezu allen Monaten des Jahres 2015 lag die jährliche Veränderungsrate der Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg unter dem Bundesdurchschnitt (siehe Tabelle 1). Ihr Jahrestief hatte sie gleich zu Jahresbeginn im Januar 2015. Dabei war sowohl in Berlin und Brandenburg als auch im Bundesdurchschnitt ein Preisrückgang zu verzeichnen. Dieser fiel in Berlin und Brandenburg mit jeweils -0,5% etwas stärker aus als im Bundesdurchschnitt (-0,3%). Wie Tabelle 1 weiter zeigt, war danach im Land Brandenburg wie auch im Bundesdurchschnitt ein bis Mai 2015 kontinuierlicher Anstieg der jährli-

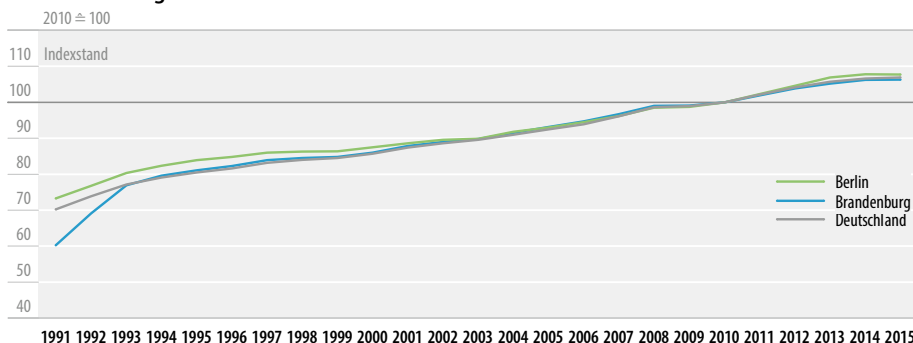
chen Veränderungsrate zu beobachten. In Berlin hingegen verharrte sie auch im Februar 2015 auf dem niedrigen Niveau vom Januar 2015, bevor sich dann auch hier bis Mai 2015 ein kontinuierlicher Anstieg zeigte. Bis September 2015 schwächte sich die jährliche Veränderungsrate in Berlin wieder bis auf -0,2% und in Brandenburg bis auf -0,3% ab. Im Bundesdurchschnitt lag sie im September 2015 bei 0,0%. Im 4. Quartal legte sie dann wieder etwas zu, blieb aber in Brandenburg mit -0,1% bis zum Jahresende durchweg negativ und unter dem Bundesdurchschnitt. Auch die Werte in Berlin stiegen ab Oktober 2015 leicht an, lagen aber mit 0,0 bis +0,1% ebenfalls unter denen im Bundesgebiet insgesamt.

Die geringen Jahresteuerraten in 2015 wurden im Wesentlichen durch die Preisentwicklung für Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) geprägt. Insgesamt verbilligten sie sich im Jahresdurchschnitt 2015 gegenüber 2014 erheblich, in Berlin um 6,5% und in Brandenburg um 7,1%. Bundesweit gingen sie um 7,0% zurück. Die Tendenz sinkender Energiepreise aus dem Vorjahr hat sich damit noch verstärkt und ist in erster Linie auf den Preisverfall bei Rohöl auf dem Weltmarkt zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die jährliche Veränderungsrate 2015 mit +0,8% in Berlin und +1,0% im Land Brandenburg deutlich über der Gesamtteuerung gelegen. Im Land Brandenburg war damit die durchschnittliche jährliche Veränderung ohne Energie wie auch bundesweit

b | Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2015



c | Entwicklung des Verbraucherpreisindex in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2015



1 | Verbraucherpreisindex in Berlin, Brandenburg und Deutschland im Jahr 2015 (2010 = 100)

Monat	Berlin	Brandenburg	Deutschland
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Durchschnitt			
2015.....	-0,1	0,1	0,3
Januar.....	-0,5	-0,5	-0,3
Februar.....	-0,5	0,0	0,1
März.....	-0,1	0,3	0,3
April.....	0,2	0,3	0,5
Mai.....	0,3	0,6	0,7
Juni.....	-0,1	0,3	0,3
Juli.....	-0,1	0,1	0,2
August.....	-0,1	-0,1	0,2
September..	-0,2	-0,3	0,0
Oktober.....	0,0	-0,1	0,3
November...	0,1	-0,1	0,4
Dezember...	0,1	-0,1	0,3

zwar niedriger als in den Vorjahren (2014: 1,3 %, 2013: +1,4 %, 2012: +1,5 %), aber noch höher als von 2009 bis 2011. In Berlin hingegen ging die jährliche Veränderung ohne Energie 2015 mit +0,8 % erheblich stärker zurück als in den Vorjahren (2014: +1,2 %, 2013: +2,1 %, 2012: +1,8 %) und blieb unter bzw. auf dem Niveau von 2009 bis 2011.

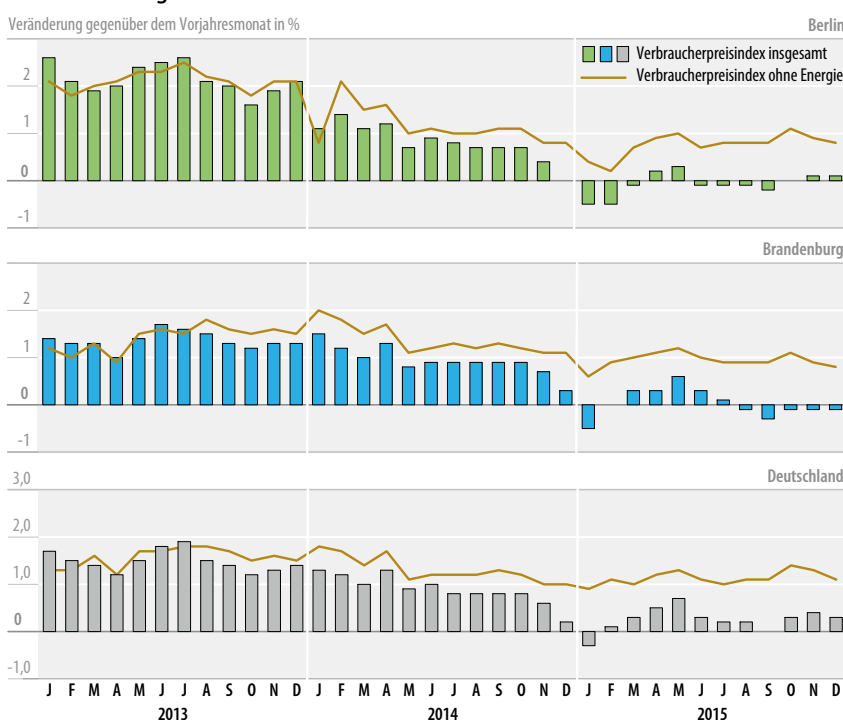
In den einzelnen Konsumbereichen verlief die Preisentwicklung sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg heterogen. Tabelle 2 zeigt, welche Bereiche in welcher Art und Weise die Entwicklung der Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg sowie bundesweit im Jahr 2015 beeinflussten. Auffällig ist der entgegengesetzte Trend in Berlin zur Entwicklung in Deutschland und Brandenburg bei den Ausgaben im Bildungswesen. Das liegt darin begründet, dass in diesem Bereich die Positionen durch landesspezifische Regelungen dominiert werden (zum Beispiel deutliche Erhöhung der Kitagebühren für unter Dreijährige in Berlin), die sich in Deutschland unterschiedlich entwickelten.

Für die differenzierte Darstellung der Entwicklung der Verbraucherpreise werden im Folgenden Waren und Dienstleistungen unterschieden.

Waren

Die Preisentwicklung für Waren fließt mit einem Anteil von 48 % in die Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise ein. Im VPI werden Waren in Verbrauchsgüter und Gebrauchsgüter unterteilt. Verbrauchsgüter sind Waren, die nur einmal genutzt werden können, zum Beispiel Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Energie, Kosmetikprodukte, Reinigungsmittel oder Zeitungen und Zeitschriften. Gebrauchsgüter sind Waren, die eine Zeit lang genutzt werden können, ohne dass sie dabei verbraucht werden. Sie werden im VPI zusätzlich unterschieden nach Gebrauchsgütern mit mittlerer Lebensdauer und langlebige Gebrauchsgüter. Zu

d | Verbraucherpreisindex in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2013 bis 2015



2 | Entwicklung der Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg nach dem Verwendungszweck 2015

Verwendungszweck	Wägungs- anteil	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
		Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	%	2010 ± 100	%	2010 ± 100	%	2010 ± 100	%
Verbraucherpreise insgesamt.....	1000	107,7	-0,1	106,3	0,1	106,9	0,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke.....	102,71	112,3	0,1	111,4	0,4	112,3	0,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren.....	37,59	113,1	2,1	114,1	2,7	113,4	2,8
Bekleidung und Schuhe.....	44,93	101,5	-0,9	104,9	1,0	106,3	0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe.....	317,29	110,6	-0,4	105,4	-0,8	108,0	-0,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung.....	49,78	104,3	1,2	105,7	1,1	103,2	0,7
Gesundheitspflege.....	44,44	102,9	1,4	102,5	2,1	103,4	2,0
Verkehr.....	134,73	105,2	-2,0	104,6	-2,2	105,5	-1,7
Nachrichtenübermittlung.....	30,10	91,2	-1,1	91,1	-1,2	91,2	-1,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	114,92	105,5	0,5	104,9	0,5	105,0	0,6
Bildungswesen.....	8,80	97,3	1,4	111,5	-0,1	92,8	-0,3
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen..	44,67	109,6	1,7	113,9	3,5	111,0	2,6
Andere Waren und Dienstleistungen.....	70,04	110,1	0,8	108,2	0,9	107,2	1,0

Gebrauchsgütern mittlerer Lebensdauer zählen beispielsweise Bekleidung und Schuhe, Medikamente, elektrische Kleingeräte für den Haushalt, therapeutische Geräte und Ausrüstungen, wie Brillen oder Blutdruckmessgeräte. Langlebige Gebrauchsgüter umfassen zum Beispiel elektrische Haushaltsgeräte, Einrichtungsgegenstände, Fahrzeuge, Unterhaltungselektronik und Informationsverarbeitungsgeräte. Innerhalb der Waren sind vor allem Verbrauchsgüter von Bedeutung, da sie mit 31 % fast zwei Drittel des Ausgabenanteils privater Haushalte für Waren insgesamt ausmachen. Der Ausgabenanteil für Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer liegt bei 9 % und der für langlebige Gebrauchsgüter bei 8 % aller Waren.

Insgesamt verbilligten sich Waren 2015 gegenüber 2014 in Berlin um durchschnittlich 1,1 % und im Land Brandenburg um 0,9 %. Bundesweit gingen die Preise hierfür im Jahresdurchschnitt 2015 um 0,8 % zurück. Für Verbrauchsgüter mussten die Konsumenten in Berlin und Brandenburg im Schnitt 1,9 bzw. 1,8 % weniger als im Vorjahr bezahlen, während es im Bundesdurchschnitt nur 1,5 % weniger waren. Bei den Gebrauchsgütern mit mittlerer Lebensdauer lag die Preisentwicklung gegenüber dem Vorjahr in Berlin mit durchschnittlich +0,1 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (+0,7 %). In Brandenburg hingegen verteuerten sich Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer im Schnitt um 0,7 % und damit bundesdurchschnittlich. Im Gegensatz zu den Vorjahren zogen die Preise für langlebige Gebrauchsgüter 2015 wieder etwas an und lagen sowohl in Berlin (+0,5 %) und Brandenburg (+0,3 %) als auch bundesweit (+0,4 %) leicht über denen von 2014.

Maßgeblich bestimmt wurde die Preisentwicklung für Waren durch die Entwicklung der Energiepreise. Wie eingangs schon dargestellt, war der Energiemarkt im Jahr 2015 durch kräftige Preisrückgänge gekennzeichnet. Im Jahresdurchschnitt waren die Preise für Energieprodukte in Berlin um 6,5 % und in Brandenburg um 7,1 % niedriger als im Jahr 2014 und folgten damit dem bundesweiten Trend (-7,0 %).

Der Bereich Energie umfasst im Verbraucherpreisindex die Preisentwicklung für Haushaltsenergie,

dazu zählen Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe, Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme und die Preisentwicklung für Kraftstoffe. Wie Tabelle 3 zeigt, gingen innerhalb der Energieprodukte mit durchschnittlich -22,4 % in Berlin und -23,9 % im Land Brandenburg die Preise für Heizöl am stärksten zurück. Bundesweit betrug der Rückgang im Durchschnitt 23,1 %. Kraftstoffe waren im Jahr 2015 sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg durchschnittlich 10,8 % günstiger. Der Bundesdurchschnitt lag bei -10,0 %. Am stärksten fielen die Preise für Autogas, gefolgt vom Preisrückgang für Dieselmotorkraftstoffe und Superbenzin.

Weniger stark, aber immer noch deutlich, gingen die Preise für Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme 2015 gegenüber 2014 zurück (Berlin: -5,4 %; Brandenburg: -5,3 %; Deutschland: -5,6 %). Die Gaspreise sanken ebenfalls, wobei der Preisrückgang in Berlin (-0,3 %) und Brandenburg (-0,8 %) wesentlich schwächer ausfiel als im Bundesdurchschnitt (-1,5 %). Während in Berlin 2015 im Vergleich zum Vorjahr auch die Preise für feste Brennstoffe sanken (-1,7 %), war hierfür im Land Brandenburg (+2,4 %) und im Bundesdurchschnitt (+0,1 %) ein Preisanstieg zu verzeichnen. Für Strom wurde 2015 lediglich noch in Berlin ein leichter Preisauftrieb (+0,6 %) ermittelt. In Brandenburg (-0,1 %), wie auch bundesweit (-0,8 %), gingen die Strompreise hingegen zurück. 2013 hatte sich Strom in Berlin im Schnitt noch um 16,8 % und in Brandenburg um 10,6 % verteuert. Bundesweit lag damals die Teuerung für Strom mit durchschnittlich +11,9 % ähnlich hoch.

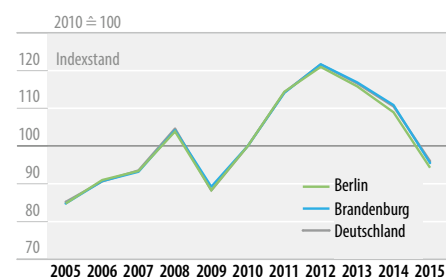
Wie Abbildung e zeigt, war die erhebliche Preissenkung für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe; Berlin: -13,6 %, Brandenburg: -13,9 %) kein Geschenk der Mineralölindustrie an die Verbraucher. Nachdem bis 2012 die Preise hierfür nahezu explodiert waren, haben sie sich lediglich wieder auf das Niveau früherer Jahre bewegt.

Zusätzlich zum Preisrückgang für Energie trugen auch kräftige Preissenkungen bei anderen Waren zum Preisrückgang für Waren insgesamt bei. Vordergrundig seien hier die Preisreduzierungen 2015 gegenüber 2014 für Telefone und andere Geräte für die

3 | Entwicklung der Verbraucherpreise für Energie in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2014 und 2015 (2010 = 100)

Energie	Wägungs- anteil	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
		2014	2015	2014	2015	2014	2015
	%o	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Insgesamt.....	106,56	-2,2	-6,5	-2,2	-7,1	-2,1	-7,0
Haushaltsenergie...	68,19	-0,8	-4,4	-1,3	-5,3	-0,9	-5,6
Strom	26,21	1,9	0,6	1,3	0,0	1,9	-0,8
Gas.....	14,46	-0,1	-0,3	-0,5	-0,8	-0,1	-1,5
feste Brennstoffe.	1,05	2,3	-1,7	2,8	2,4	-1,3	0,1
Heizöl.....	11,11	-8,5	-22,4	-8,1	-23,9	-7,8	-23,1
Zentralheizung und Fernwärme.	15,36	-1,3	-5,4	-1,2	-5,3	-1,3	-5,6
Kraftstoffe.....	38,37	-5,0	-10,8	-4,1	-10,8	-4,4	-10,0
Superbenzin.....	28,38	-4,6	-9,4	-3,8	-9,4	-4,0	-8,8
Dieselmotorkraftstoff...	9,19	-5,8	-14,8	-4,7	-14,1	-5,4	-13,1
Autogas.....	0,80	-8,3	-17,7	-5,2	-16,8	-5,8	-15,6

e | Entwicklung der Verbraucherpreise für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe) in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2005 bis 2015



Kommunikation (Berlin: –5,5%; Brandenburg: –6,1%) sowie Unterhaltungselektronik (Berlin: –6,6%; Brandenburg: –7,7%) genannt.

Von großer Bedeutung im Bereich der Waren sind neben der Energie vor allem auch die Nahrungsmittel. Die Preisentwicklung für Nahrungsmittel fließt mit knapp 10% in die Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise ein. Obwohl die Nahrungsmittel damit nicht den größten Ausgabenposten für die Verbraucher darstellen, ist deren Preisentwicklung von ganz besonderem Interesse. Die Ernährung ist ein Grundbedürfnis der Verbraucher und steht daher ständig im Fokus der Öffentlichkeit. Nach überdurchschnittlichen Preissteigerungen in den Jahren 2012 (Berlin: +4,0%; Brandenburg: +3,1%) und 2013 (Berlin: +4,5%; Brandenburg: +4,3%) schwächte sich der jährliche Preisauftrieb für Nahrungsmittel im Jahr 2014 deutlich ab (Berlin: +0,7%; Brandenburg: +0,5%). Im Jahr 2015 erhöhten sich die Nahrungsmittelpreise mit +0,1% in Berlin und +0,2% in Brandenburg nur noch sehr moderat und stiegen damit in der Region deutlich langsamer als im Bundesdurchschnitt (+0,8%). Aber auch bundesweit lag die Preissteigerung für Nahrungsmittel deutlich unter den Werten der Vorjahre (2014: +1,0%; 2013: +4,4%; 2012: +3,4%).

Die Preisentwicklung der einzelnen Nahrungsmittel verlief in beiden Ländern jedoch sehr unterschiedlich (Tabelle 4). Am stärksten verteuerte sich Gemüse im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr (Berlin: +4,4%; Brandenburg: +4,0%). Etwas schwächer erhöhten sich die Preise für Obst und Süßwaren, Fisch und Fischwaren sowie Brot und Getreideerzeugnisse. Hier lagen die jährlichen Veränderungsraten zwischen +2,7% und +1,3%, wobei die Preise für Fisch in Berlin unverändert blieben. Dem gegenüber standen deutliche Preissenkungen für Molke-reiprodukte und Eier, die im Jahresdurchschnitt in Berlin um 5,5% und in Brandenburg um 5,2% unter denen des Vorjahres lagen. Ähnlich verlief die Preisentwicklung für Speisefette und -öle (Berlin: –4,9%; Brandenburg: –3,6%). Zudem zeigten sich auch die Preise für Fleisch und Fleischwaren sowohl in Berlin als auch in Brandenburg verbraucherfreundlich.

Neben der nur moderaten Preiserhöhung für Nahrungsmittel insgesamt wurden einige andere Waren hingegen wesentlich teurer. Insbesondere für Kaffee, Tee und Kakao (Berlin: +7,2%; Brandenburg: +4,5%) sowie Zeitungen und Zeitschriften (Berlin und Brandenburg: jeweils +6,6%) mussten die Verbraucher 2015 merklich mehr als 2014 bezahlen. Nachdem 2015 die letzte der im Jahr 2010 beschlossenen fünf Tabaksteuererhöhungen wirksam wurde, waren auch Tabakwaren erneut deutlich teurer als vor einem Jahr (Berlin und Brandenburg: jeweils +4,0%).

Unterschiedlich in Berlin und Brandenburg entwickelten sich im Bereich der Waren die Preise für Bekleidung und Schuhe. Während 2015 in Berlin Bekleidung (–0,7%) und Schuhe (–1,0%) im Vorjahresvergleich billiger wurden, verteuerten sie sich in Brandenburg. Bekleidung kostete hier im Jahresdurchschnitt 0,6% und Schuhe 2,1% mehr als 2014. Brandenburg folgte damit der bundesdurchschnittlichen Entwicklung, die im Jahresdurchschnitt für Bekleidung bei +0,5% und für Schuhe bei +1,1% lag.

Bei Bekleidung und Schuhen haben Saisonwechsel verbunden mit Sonderverkäufen einen großen Einfluss auf die Preisentwicklung. In Folge von Sonderverkäufen im Verlauf und vor allem zum Ende einer Saison gehen die Preise deutlich zurück, um danach mit Einführung der Waren für die neue Saison wieder anzusteigen. Im Gegensatz zu den früheren klassischen 14-tägigen Winter- und Sommerschlussverkäufen Ende Januar/Anfang Februar bzw. Ende Juli/Anfang August gestalten sich heute die Übergänge zur neuen Saison fließender, setzen früher ein und können sich über mehrere Monate erstrecken (Abbildung f).

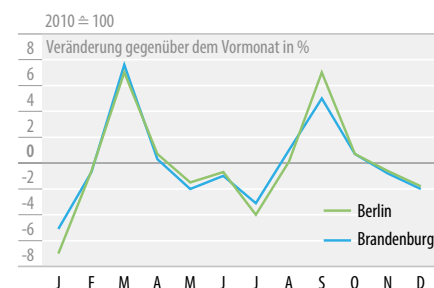
Dienstleistungen

Gut die Hälfte der Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise (52%) wird durch die Preisentwicklung für Dienstleistungen bestimmt. Im Gegensatz zum Preisrückgang für Waren sind die Verbraucherpreise für Dienstleistungen insgesamt von 2014 bis 2015 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg um durchschnittlich 1,0% gestiegen. Dies entsprach in etwa dem Bundesdurchschnitt, der bei durchschnittlich +1,2% lag.

4 | Entwicklung der Verbraucherpreise für Nahrungsmittel in Berlin und Brandenburg 2013 bis 2015 (2010 = 100)

Nahrungsmittel	Wägungs- anteil	Berlin			Brandenburg		
		2013	2014	2015	2013	2014	2015
	%o	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Insgesamt.....	90,52	4,5	0,7	−0,1	4,3	0,5	0,2
Brot und Getreideerzeugnisse.....	17,35	2,3	1,0	2,1	1,4	1,0	1,3
Fleisch und Fleischwaren.....	20,76	4,8	0,4	−1,6	4,7	−0,4	−0,7
Fische und Fischwaren.....	3,65	1,9	2,1	0,0	1,6	0,5	1,5
Molkereiprodukte und Eier.....	14,33	6,5	5,1	−5,5	6,2	5,8	−5,2
Speisefette und -öle.....	2,59	6,4	−3,7	−4,9	8,2	−2,5	−3,6
Obst.....	8,76	6,4	0,2	2,5	7,1	−0,1	2,7
Gemüse.....	11,26	6,2	−4,5	4,4	6,0	−5,4	4,0
Zucker, Marmelade, Honig u. a. Süßwaren.....	7,54	2,2	1,5	2,2	1,8	1,1	2,7
Nahrungsmittel, a. n. g.	4,28	1,7	0,9	1,4	1,5	1,9	0,9

f | Entwicklung der Verbraucherpreise für Bekleidung und Schuhe in Berlin und Brandenburg im Jahr 2015



Die Erhöhung der Dienstleistungspreise wurde insbesondere durch die Entwicklung der Nettokaltmieten bestimmt. Mit einem Anteil von rund 40% an den Dienstleistungen insgesamt und rund 21% an den Gesamtausgaben der Verbraucher für den privaten Konsum haben die Nettokaltmieten einen wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung in diesem Bereich und auf die Entwicklung der Verbraucherpreise insgesamt.

Der jährliche Anstieg der Nettokaltmieten lag 2015 mit +1,3% in Berlin und +0,4% in Brandenburg unter dem des Vorjahres (Berlin: +1,6%; Brandenburg: +0,9%). In Berlin haben sie sich damit erneut deutlich stärker als im Land Brandenburg erhöht. Im Land Brandenburg setzte sich im Jahr 2015 der moderate Anstieg der Nettokaltmieten fort. Ursache des leicht gedämpften Anstiegs 2015 sind zum Teil gesetzgeberische Maßnahmen, wie die Senkung der Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen – liegt seit Mai 2013 bei grundsätzlich 20% – oder die Einführung von Mietpreisbremsen zum 1. Juni 2015. Während in Berlin sowohl eine auf 15% abgesenkte Kappungsgrenze für Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen als auch die Mietpreisbremse für neu abgeschlossene Mietverträge gilt, galt im Land Brandenburg bis zum Jahr 2015 nur eine ebenfalls auf 15% reduzierte Kappungsgrenze. Die Mietpreisbremse wurde erst zum Januar 2016 eingeführt.

Die Preise für Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete stiegen im Jahr 2015 in Berlin um durchschnittlich 0,6% und damit nur halb so stark wie die Nettokaltmiete. In Brandenburg waren es hingegen +1,3% und damit erheblich mehr als bei der Nettokaltmiete. Der Bundesdurchschnitt lag ebenfalls bei +1,3%.

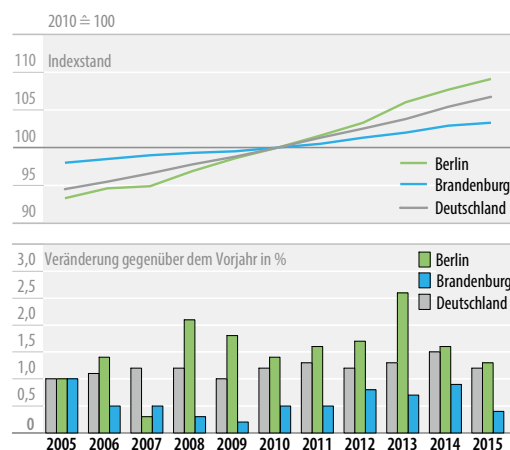
Einfluss auf die Preisentwicklung für Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete hatte die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Die Tatsache, dass der Mindestlohn vor allem in den neuen Bundesländern zum Tragen kommt, während Berlin nur durchschnittlich vom Mindestlohn betroffen ist – in Berlin 13%, in Brandenburg 21% und bundesweit 11% aller Jobs –, dürfte dazu beigetragen haben, dass der Anstieg der Dienstleistungspreise ohne Nettokaltmiete in Brandenburg doppelt so hoch ausfiel wie in Berlin. So lassen sich die auffällig starken Preiserhöhungen für Taxifahrten auf die Einführung von Mindestlöh-

nen zurückführen. Die Preise hierfür stiegen in Berlin 2015 gegenüber 2014 um durchschnittlich 7,5%, in Brandenburg um 10,2%. Im Bundesdurchschnitt wurde sogar eine Erhöhung um 12,1% ermittelt. Für Friseurleistungen und andere Dienstleistungen der Körperpflege mussten die Berliner und Brandenburger Verbraucher bereits im Vorjahr erheblich mehr ausgeben (Berlin: +7,4%; Brandenburg: +9,8%), da bereits im August 2014 mit der schrittweisen Einführung eines branchenspezifischen Mindestlohnes im Friseurhandwerk begonnen wurde. Bundesweit fiel die Erhöhung für diese Dienstleistungen im Jahr 2014 nur etwa halb so hoch aus (+3,9%). 2015 lag die jährliche Veränderungsrate mit im Schnitt +4,1% in Berlin und +4,6% in Brandenburg ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt (+3,4%), fiel im Vergleich zur Erhöhung 2014 zu 2013 aber deutlich niedriger aus. Im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, einem weiteren Bereich mit einem relativ hohen Anteil an Niedriglohnbeschäftigten, für den daher ebenfalls eine preiserhöhende Wirkung durch den Mindestlohn zu erwarten war, verlief die Preisentwicklung 2015 zumindest in Berlin nicht wie erwartet. Während in Brandenburg im Jahresdurchschnitt die Preise mit +3,5% erwartungsgemäß stärker stiegen als in den Vorjahren (2014: +3,1%; 2013: +2,1%; 2012: +2,9%), traf dies für Berlin mit einem Preisanstieg im Jahresdurchschnitt 2015 von +1,7% nicht zu (2014: +2,6%; 2013: +2,3%; 2012: +2,3%). Bundesweit verteuerten sich die Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen 2015 zu 2014 um 2,6% und damit ebenfalls stärker als in den Vorjahren (2014: +2,1%; 2013: +2,3%; 2012: +2,1%).

Neben dem Mindestlohn wurde die Entwicklung der Preise für Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete auch im Jahr 2015 durch einige Sondereffekte beeinflusst. So wirkte sich die erneute Portoerhöhung der Deutschen Post, die zum 1. Januar 2015 wirksam wurde und wie schon 2014 +2,1% betrug, auch in Berlin und Brandenburg aus. Zu Preiserhöhungen führte auch die Preisentwicklung bei der Deutschen Bahn und im Verbundverkehr. Die Bahn erhöhte ihre Preise 2015 gegenüber 2014 um durchschnittlich 0,5% und damit jedoch wesentlich geringer als in den Vorjahren (2014: +2,1%; 2013: +3,0%). Für kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen in Verkehrsverbünden wurden ebenfalls Preiserhöhungen nachgewiesen. Während hierfür die Jahresteuierung 2015 in Berlin mit im Schnitt +2,5% höher ausfiel als im Vorjahr (2014: +1,5%), aber unter der von 2013 blieb (+3,1%), schwächte sie sich in Brandenburg mit im Schnitt +1,9% gegenüber den Vorjahren deutlich ab (2014: +3,3%; 2013: +3,4%). Durch die ab 1. Juni 2015 geltende Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung ergab sich auch ein Rückgang des Maklerentgelts für die Miete von Wohnung oder Haus (Berlin: –28,4%; Brandenburg: –27,9%).

Für den Unterhalt einer Wohnung sind neben der Nettokaltmiete und Zahlungen für Haushaltsenergie auch Wohnungsnebenkosten, wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Müllabfuhr sowie andere wohnungsbezogene Dienstleistungen (zum Beispiel Straßenreinigung und Schornsteinfegerent-

9 | Entwicklung der Nettokaltmiete 2005 bis 2015



gelt), die ebenfalls zu den Dienstleistungen zählen, von Bedeutung. In Berlin sind die Wohnungsnebenkosten im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr vor allem in Folge von Preissenkungen für die Abwasserentsorgung erneut gesunken (2015: -2,3%; 2014: -3,2%). Ursache hierfür waren in beiden Jahren die von den Berliner Wasserbetrieben vorgenommenen Preissenkungen für Wasser und Abwasser. Während 2014 in erster Linie die Preise für die Wasserversorgung überdurchschnittlich zurückgingen, sanken 2015 hauptsächlich die Preise für die Abwasserentsorgung. Im Land Brandenburg hingegen sind die Wohnungsnebenkosten weiter gestiegen (+1,5%) und zwar stärker als in den Vorjahren (2014: +0,8%; 2013: +1,0%; 2012: +0,7%). Bestimmend dafür waren eine deutliche Anhebung der Preise für die Abwasserentsorgung (+3,0%) und die Straßenreinigung (+9,6%).

Nur noch leichte Preiserhöhungen mussten die Berliner und Brandenburger 2015 für die Nutzung von Freizeit- und Kulturdienstleistungen hinnehmen. Hier ging die jährliche Teuerung in beiden Ländern weiter stark zurück. Während sie im Jahresdurchschnitt in Brandenburg bei +0,6% lag (2014: +3,0%; 2013: +5,0%), tendierte sie in Berlin mit +0,1% nahezu gegen Null (2014: +4,2%; 2013: +6,2%).

Verbraucherfreundliche Preisentwicklungen gab es bei Dienstleistungen vor allem für Telekommunikationsdienstleistungen, die sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg um 1,3% unter dem Vorjahresniveau lagen (2014: jeweils -1,2%). Leichte Preisrückgänge waren auch für Flugtickets (-0,7%) und Pauschalreisen (-0,3%) zu verzeichnen.

Fazit

Die Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von den Verbrauchern für Konsumzwecke gekauft werden, veränderten sich im Jahresdurchschnitt 2015 kaum und blieben somit weiterhin deutlich unter der für die Geldpolitik so wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Während im Vorjahr noch ein Preisanstieg von durchschnittlich +0,8% in Berlin und +1,0% im Land Brandenburg zu beobachten war, stiegen die Verbraucherpreise 2015 in Brandenburg im Schnitt um lediglich 0,1% und gingen in Berlin sogar um 0,1% zurück.

Im Monat Mai 2015 wurde sowohl bundesweit (+0,7%) als auch in Berlin (+0,3%) und Brandenburg (+0,6%) der höchste Preisanstieg gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat registriert. In Berlin wurden in sieben Monaten und in Brandenburg in sechs Monaten des Jahres 2015 niedrigere Preise als im Vorjahresmonat nachgewiesen. Davon entfielen in Berlin vier Monate mit Preisrückgängen in die erste Jahreshälfte, während in Brandenburg überwiegend in Monaten der zweiten Jahreshälfte Preisrückgänge auftraten. Der höchste Preisrückgang war in allen Gebieten im Januar 2015 zu verzeichnen (Berlin und Brandenburg: jeweils -0,5%; Bundesgebiet: -0,3%). Nur in Berlin wurde auch im Februar 2015 nochmals ein Preisrückgang von -0,5% ermittelt.

Hauptsächlich geprägt wurde die Verbraucherpreisentwicklung im Jahr 2015 durch die Entwicklung der Energiepreise, wobei sich die Tendenz sinkender Preise aus den letzten Jahren für Energieprodukte verstärkt hat. Insbesondere wirkte sich dabei der Preisrückgang für Mineralölprodukte aus (Berlin: -13,6%; Brandenburg: -13,9%). Ohne Mineralölprodukte sind die Verbraucherpreise insgesamt im Vorjahresvergleich in Berlin um durchschnittlich 0,6% und in Brandenburg um 0,8% gestiegen. Ein großer Teil der überdurchschnittlichen Preisänderungen stammte aus dem Bereich der administrativen Preise (gesetzliche Änderungen von Tarifen, Steuern und Gebühren). Auch der 2015 flächendeckend eingeführte Mindestlohn hat vor allem bei einigen Dienstleistungen die Preisentwicklung beeinflusst. Eine durchschlagende Auswirkung auf die Entwicklung der Verbraucherpreise insgesamt war aber nicht erkennbar.

Ob die Preise im Jahr 2016 wieder stärker steigen oder sich die für 2015 ermittelte nur moderate Teuerung fortsetzt bzw. es sogar zu einem Preisrückgang kommt, bleibt abzuwarten. Da in den letzten Jahren die Entwicklung der Rohölpreise auf dem Weltmarkt für die Preisentwicklung prägend war, dürfte auch für 2016 und die Folgejahre die Preisentwicklung von auf Rohöl basierenden Produkten von entscheidender Bedeutung sein. Neben der Energie haben auch die Entwicklung der Nettokaltmieten und der Preise für die Mobilität, die zusammen gut ein Drittel der Gesamtausgaben der Verbraucher für den privaten Konsum ausmachen (34,5%; 21% davon für Nettokaltmiete), großen Einfluss auf die Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise. Steigende Kaltmieten, vor allem dort, wo die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum das Angebot übertrifft, wie beispielsweise in Berlin, sowie steigende Preise für den Verkehr, wenn die dämpfende Wirkung der Kraftstoffpreise nachlässt, können einen erhöhenden Effekt auf die Teuerung haben. Abschließend seien in diesem Zusammenhang noch die Nahrungsmittel zu nennen. Nach überdurchschnittlichen Preissteigerungen in den Jahren 2012 und 2013 schwächte sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise seit 2014 ab und erreichte 2015 in Berlin und Brandenburg nur noch Werte von durchschnittlich +0,1% bzw. +0,2%. Bundesweit waren es 2015 noch +0,8%. Da bei Nahrungsmitteln wetterbedingte oder politische Entwicklungen die Preise entscheidend beeinflussen können, ist es schwer, hierfür Aussagen zu möglichen Tendenzen zu treffen. In der ersten Jahreshälfte 2016 sind die Nahrungsmittelpreise sowohl in Berlin als auch in Brandenburg um 0,4% gestiegen. Für die Verbraucherpreise insgesamt wurde bis Juni 2016 eine durchschnittliche Entwicklung von +0,2% in Berlin und -0,2% in Brandenburg ermittelt. Dies lässt vermuten, dass sich auch 2016 das Niveau der Verbraucherpreise insgesamt

nur unmerklich verändern wird.

Elke Zimmer leitet das Referat *Preise, Verdienste, Arbeitskosten* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Preise

Entwicklung der Baupreise 2015 in Berlin und Brandenburg

von **Elke Zimmer**

Wer 2015 in Berlin und Brandenburg neu gebaut hatte, musste dafür tiefer in die Tasche greifen als im Jahr davor. Gegensätzlich zum allgemeinen eher rückläufigen Preistrend, blieben Preissteigerungen am Bau weiterhin ein Thema. Allerdings waren überwiegend geringere Veränderungsraten als in den Vorjahren zu verzeichnen, sodass sich der seit 2013 zu beobachtende Rückgang der Preissteigerungen im Jahr 2015 fortsetzte. In Berlin mussten die Bauherren für die Leistungen der Baufirmen für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart (einschließlich Umsatzsteuer) im Jahresdurchschnitt 2015 gegenüber dem Vorjahr 1,6 % und im Land Brandenburg 2,3 % mehr zahlen. Im Jahr 2014 hatte die jährliche Veränderungsrate in Berlin noch bei +2,0 % und im Land Brandenburg bei +2,8 % gelegen. Damit folgte die Preisentwicklung in Berlin und Brandenburg dem bundesweiten Trend einer Abschwächung des Preisauftriebs¹ bei den Baupreisen. Dabei lag der Preisanstieg in Berlin auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts, während er im Land Brandenburg weiterhin deutlich höher ausfiel. Im folgenden Beitrag wird die Entwicklung der Baupreise in Berlin und Brandenburg im Jahr 2015 näher untersucht.

Vorbemerkungen

Baupreise werden im Rahmen der Statistik für Bauleistungspreise erhoben. Aus den dabei ermittelten Preisen werden Baupreisindizes (einschließlich Umsatzsteuer) berechnet, die die durchschnittliche Entwicklung der Preise messen. Dabei handelt es sich um vom Bauherrn tatsächlich gezahlte Preise für Bauleistungen, die beim Neubau und der Instandhaltung in der Regel von Baufirmen erbracht werden. Honorare für Architektinnen und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind nicht Bestandteil der Baupreisindizes. Berechnet werden Baupreisindizes für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaus in konventioneller Bauweise (Wohn-, Büro- und gewerbliche Betriebsgebäude, Straßen, Brücken im Straßenbau, Ortskanäle) sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden. Konventionelle Bauweise bedeutet den Einschluss von gegenwärtigen Gegebenheiten, zum Beispiel die entsprechende Verwendung von Fertigteilen.

Die Indizes dienen zum einen der Konjunkturbeobachtung im Baugewerbe. Zum anderen werden Baupreisindizes häufig auch bei der Schätzung aktueller oder historischer Verkehrswerte bzw. von Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungswerten sowie zur Anpassung vertraglich vereinbarter Zahlungen (Wertsicherungsklauseln) genutzt. Außerdem werden sie zur Deflationierung anderer wirtschaftlicher Größen wie zum Beispiel der Auftragseingänge und -bestände im Baugewerbe herangezogen.

Da in der Regel sehr individuell gebaut wird, lassen sich die Preise einzelner Bauwerke kaum vergleichen. Deshalb werden für die Ermittlung von Bau-

preisindizes die Preise für ausgewählte, fest umrissene Bauleistungen (Preisrepräsentanten), die für die Errichtung von Bauwerken notwendig sind, über die Zeit beobachtet. Gegenwärtig werden für 177 Bauleistungen Preise erhoben, die für 37 übergeordnete Bauarbeiten im Roh- und Ausbau typisch sind. Es handelt sich um Preise ohne Umsatzsteuer, die aus Vertragsabschlüssen zwischen Bauherren und Bauunternehmen im Berichtsmontat stammen und nicht um sich möglicherweise noch ändernde Angebotspreise. Die Baupreise werden vierteljährlich in den Monaten Februar, Mai, August und November erhoben. Aktuell werden für die 177 bundeseinheitlich ausgewählten Bauleistungen in Berlin etwa 1 400 Baupreise in rund 350 Berliner und etwa 1 500 Baupreise in rund 360 Brandenburger Unternehmen erfragt.

Baupreisindizes werden wie alle Preisindizes in Deutschland als Laspeyres-Index berechnet. Kennzeichnend für diesen Indextyp ist, dass er lediglich die Preisentwicklung im Zeitablauf abbildet und den Effekt von Mengenveränderungen als Folge veränderter Strukturen² im Baugeschehen ausschließt. Gegenwärtig liegen den Indexberechnungen die Ausgabestrukturen im Baugeschehen des Jahres 2010 als Basis zugrunde (2010 = 100). Im August des Jahres 2018 ist die Umstellung auf das neue

¹ Abschwächung des Preisauftriebs bezeichnet eine Verringerung des Preisanstiegs zwischen benachbarten Zeitperioden.

² Die Gewichtsanteile der einzelnen Bauleistungen werden dazu bei der Berechnung als zeitlich konstant unterstellt. Sie entsprechen den mittleren Ausgabenanteilen eines Basisjahres (derzeit 2010).

Basisjahr 2015 vorgesehen, die in der Regel alle fünf Jahre durchgeführt wird. Dann werden das bundes einheitliche Wägungsschema den Bauverhältnissen des Jahres 2015 angepasst und, falls erforderlich, methodische Änderungen vorgenommen.

Gesamtentwicklung

Im Gegensatz zum allgemein eher stagnierenden und rückläufigen Trend bei der Entwicklung von Preisen haben sich die Baupreise auch im Jahr 2015 erhöht. Verdiensterhöhungen und der unter anderem durch steigende Bevölkerungszahlen in größeren Städten gestiegene Bedarf an neu gebauten Wohnungen wirkten sich auch in den Ländern Berlin und Brandenburg preisstärkend auf die Bauleistungen aus, die für den Neubau von Bauwerken zu erbringen sind. Dabei fiel die Preissteigerung in Brandenburg höher aus als in Berlin. So sind die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart (einschließlich Umsatzsteuer) im Jahresdurchschnitt 2015 gegenüber dem Vorjahr in Berlin um 1,6% auf einen Indexstand von 111,9 und im Land Brandenburg um 2,3% auf einen Indexstand von 115,4 gestiegen. Bundesweit lag die Erhöhung bei +1,6% (Indexstand: 111,1) und damit in der Höhe von Berlin, aber wesentlich geringer als im Land Brandenburg.

Seit Beginn der Berechnung von Baupreisindizes für das wiedervereinigte Berlin und das Land Brandenburg im Jahr 1991 war die Entwicklung durch längere Phasen des Preisauftriebs und Phasen der Preisabschwächung, die zeitweilig sogar durch längerfristige kontinuierliche Preisrückgänge geprägt waren, gekennzeichnet. Nach jährlichen Veränderungsra-

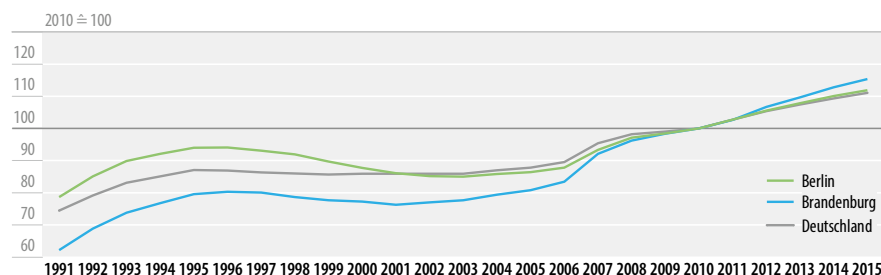
ten von deutlich über 2% in den Jahren 2011 und 2012, setzte sich der seit 2013 zu beobachtende Trend der Abschwächung der Teuerung der Baupreise 2015 auch in Berlin und Brandenburg fort. 2012 betrug die durchschnittliche jährliche Teuerung bei den Baupreisen in Berlin noch +2,7% und in Brandenburg +3,9%. Im Bundesdurchschnitt wurden damals +2,5% ermittelt (Abbildungen a und b).

In allen vier Berichtsmonaten des Jahres 2015 fiel der Anstieg der Baupreise gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Berlin deutlich niedriger aus als im Land Brandenburg (Tabelle 1). Während in Berlin Werte von +1,5% (Februar und Mai 2015) und +1,8 bzw. +1,9% (November bzw. August 2015) ermittelt wurden, reichten sie in Brandenburg von +2,0% (Februar 2015) über +2,3% (Mai und August 2015) bis +2,6% (November 2015). In Berlin war das Niveau der jährlichen Preiserhöhung somit im Laufe des Jahres 2015 zunächst konstant und stieg in der zweiten Jahreshälfte deutlich an, wobei es im November 2015 (+1,9%) im Vergleich zu August 2015 (+1,8%) eine leichte Abschwächung gab. Im Land Brandenburg zogen die Baupreise im Jahresverlauf hingegen nahezu kontinuierlich an. Lediglich im August 2015 lag die jährliche Veränderungsrate auf dem Niveau von Mai 2015.

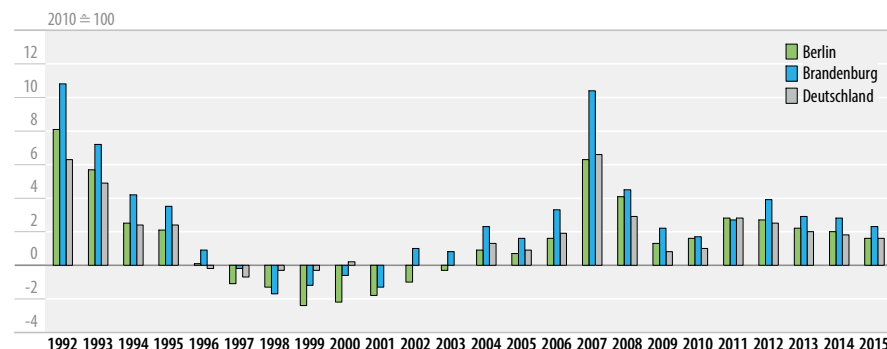
Entwicklung der Preise im Roh- und Ausbau

Kennzeichnend für die Gesamtentwicklung der Baupreise im Jahr 2015 in Berlin und Brandenburg wie auch bundesweit war ein Anstieg der Preise für Roh- und Ausbauarbeiten. Der deutlich höhere Preisanstieg für Ausbauarbeiten beeinflusste jedoch die Gesamtentwicklung wesentlich stärker.

a | Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden insgesamt in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2015 (2010 = 100)



b | Entwicklung des Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden insgesamt in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2015 (2010 = 100)



1 | Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden¹ in Berlin und Brandenburg im Jahr 2015 (2010=100)

Monat	Berlin	Brandenburg
Indexstand		
Durchschnitt 2015..	111,9	115,4
Februar.....	111,1	114,6
Mai.....	111,6	115,2
August.....	112,3	115,7
November.....	112,6	116,1

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Durchschnitt 2015..	1,6	2,3
Februar.....	1,5	2,0
Mai.....	1,5	2,3
August.....	1,9	2,3
November.....	1,8	2,6

¹ einschließlich Umsatzsteuer

Rohbauarbeiten an neuen Wohngebäuden waren 2015 im Jahresdurchschnitt in Berlin um 1,3% und im Land Brandenburg um 1,5% teurer als 2014. Damit wiesen Rohbauarbeiten gegenüber dem Vorjahr in beiden Ländern ein wesentlich geringeres Preiswachstum auf, welches aber immer noch höher ausfiel als im Bundesdurchschnitt. Bundesweit stiegen die Preise für Rohbauarbeiten um 1,1% und damit ebenfalls nicht so stark wie 2014.

Die Preise für Ausbauarbeiten erhöhten sich 2015 gegenüber 2014 in Berlin mit durchschnittlich +2,1% und in Brandenburg mit durchschnittlich +3,1% deutlich stärker als die Preise für Rohbauarbeiten. Während dies im Land Brandenburg wie auch bundesweit gleichzeitig eine erneute Zunahme des Preisauftriebs bedeutete, war der Preisanstieg in Berlin 2015 weniger stark ausgeprägt als im Vorjahr. Die bundesdurchschnittliche Preiserhöhung für Ausbauarbeiten (+2,0%) blieb im Jahr 2015 hinter der in Berlin und Brandenburg zurück (Tabelle 2).

Den größten Wägungsanteil an den Rohbauarbeiten, aber auch am Gesamtindex für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart, haben Mauer- und Betonarbeiten. Die Preise für Mauerarbeiten sind in Berlin im Jahr 2015 um durchschnittlich 0,6% und in Brandenburg um 1,9% gegenüber

dem Vorjahr gestiegen, wobei der Preisanstieg in Brandenburg wie schon in den Vorjahren den in Berlin bei Weitem übertraf. Betonarbeiten haben sich dagegen in Berlin mit +0,7% ähnlich wie in Brandenburg (+0,9%) erhöht. In beiden Ländern zeigte sich für Mauer- und Betonarbeiten im Vergleich zu den Vorjahren ein geringeres Preiswachstum. Dabei stiegen die Preise für Mauerarbeiten – insbesondere in Brandenburg – langsamer als für Betonarbeiten (Abbildungen c und d). Während in Berlin unter den Rohbauarbeiten außerdem vor allem die Preise für Abdichtungsarbeiten (+3,1%), Zimmer- und Holzbauarbeiten (+2,9%) sowie Gerüstarbeiten (+2,5%) gegenüber 2014 gestiegen sind, trifft dies in Brandenburg für Verbau- (+9,9%) und Entwässerungskanalarbeiten (+3,3%) zu. Im Vergleich zum Vorjahr verlangsamte sich jedoch der Preisanstieg, mit Ausnahme von Zimmer- und Holzbauarbeiten in Berlin sowie Verbauarbeiten in Brandenburg, bei denen der Preisanstieg stark zunahm.

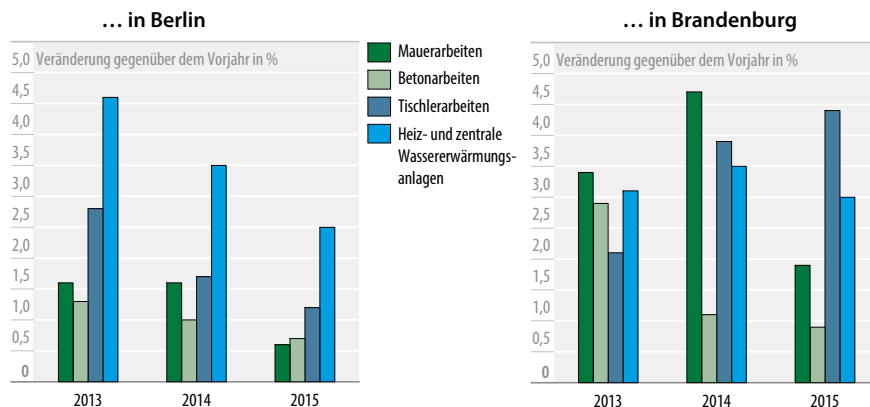
Bei den Ausbauarbeiten wird die Preisentwicklung in erster Linie durch Tischlerarbeiten sowie Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen bestimmt. Nach den Mauer- und Betonarbeiten haben diese den dritt- bzw. viertgrößten Wägungsanteil am Gesamtindex für den Neubau von Wohngebäuden in konventio-

2 | Preisindex für Roh- und Ausbauarbeiten¹ in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2014 und 2015 (2010=100)

Bauarbeit	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Indexstand						
Wohngebäude insgesamt...	110,1	111,9	112,8	115,4	109,4	111,1
Rohbauarbeiten.....	109,9	111,3	113,7	115,3	108,7	109,9
Ausbauarbeiten.....	110,2	112,5	112,1	115,5	110,0	112,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Wohngebäude insgesamt...	2,0	1,6	2,8	2,3	1,8	1,6
Rohbauarbeiten.....	1,7	1,3	2,5	1,5	1,5	1,1
Ausbauarbeiten.....	2,3	2,1	3,0	3,1	1,9	2,0

¹ einschließlich Umsatzsteuer

c und d | Preisentwicklung für ausgewählte Bauarbeiten 2013 bis 2015 (2010=100) ...



3 | Preisentwicklung für Bauarbeiten an neu errichteten Wohngebäuden¹ in Berlin und Brandenburg 2013 bis 2015 (2010=100)

Bauarbeit	Wägungs- anteil	Berlin			Brandenburg		
		2013	2014	2015	2013	2014	2015
	%	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Bauarbeiten am Bauwerk insgesamt.....	1 000	2,2	2,0	1,6	2,9	2,8	2,3
Rohbauarbeiten.....	455,32	2,0	1,7	1,3	3,4	2,5	1,5
Erdarbeiten.....	37,81	1,9	2,0	1,7	3,6	2,7	1,8
Verbauarbeiten.....	0,54	2,1	1,6	0,5	-5,7	3,4	9,9
Entwässerungskanal- arbeiten.....	10,81	2,0	1,0	0,1	6,1	4,2	3,3
Mauerarbeiten	110,41	1,6	1,6	0,6	3,4	4,7	1,9
Betonarbeiten	156,88	1,3	1,0	0,7	2,9	1,1	0,9
Zimmer- und Holzbauarbeiten.....	45,67	3,0	2,5	2,9	2,7	2,1	1,2
Stahlbauarbeiten.....	7,38	0,0	0,3	1,0	0,0	0,3	1,0
Abdichtungsarbeiten.....	11,88	5,1	4,9	3,1	4,5	3,0	0,7
Dachdeckungs- und Dachabdichtungs- arbeiten.....	48,33	3,4	2,7	1,7	5,3	1,8	1,8
Klempnerarbeiten.....	16,24	2,6	1,5	1,6	2,9	1,5	1,8
Gerüstarbeiten.....	9,37	1,8	3,3	2,5	1,4	4,5	-0,2
Ausbauarbeiten	544,68	2,4	2,3	2,1	2,5	3,0	3,1
Naturwerksteinarbeiten...	8,69	2,6	3,3	3,4	3,6	3,7	2,2
Betonwerksteinarbeiten...	0,46	2,1	4,5	4,4	0,0	10,1	3,2
Putz- und Stuckarbeiten...	41,31	2,5	0,1	0,1	1,9	2,4	2,4
Wärmedämm- Verbundsysteme.....	32,34	0,3	3,5	0,3	0,4	1,5	1,9
Trockenbauarbeiten.....	25,29	1,6	2,5	2,4	1,9	1,5	1,8
Vorgehängte hinterlüftete Fassaden...	0,74	0,0	1,5	1,1	4,5	0,0	2,5
Fliesen- und Platten- arbeiten.....	28,77	2,8	1,9	2,4	5,5	4,9	4,0
Estricharbeiten.....	18,36	2,1	2,8	-0,8	2,8	2,2	2,6
Tischlerarbeiten.....	96,33	2,8	1,7	1,2	2,1	3,9	4,4
Parkettarbeiten.....	25,09	0,2	1,2	0,7	0,8	1,6	2,4
Rollladenarbeiten.....	17,27	1,8	2,2	4,4	0,2	2,3	2,2
Metallbauarbeiten.....	35,49	2,1	2,0	4,4	2,0	1,3	2,5
Verglasungsarbeiten.....	10,44	1,6	3,3	3,1	2,9	2,5	5,9
Maler- und Lackierarbeiten – Beschichtungen.....	16,78	1,9	2,7	5,1	-0,6	1,4	2,6
Bodenbelagarbeiten.....	5,40	1,9	2,0	1,4	1,5	1,3	2,5
Tapezierarbeiten.....	7,71	2,1	3,1	3,6	2,5	1,5	0,4
Raumluftechnische Anlagen.....	6,90	2,1	3,6	2,9	4,5	4,3	3,2
Heiz- und zentrale Wassererwärmungs- anlagen.....	70,38	4,6	3,5	2,5	3,1	3,5	3,0
Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden.....	46,43	1,4	2,2	2,4	5,3	2,6	3,1
Nieder- und Mittel- spannungsanlagen	40,31	2,0	2,6	1,7	2,4	6,3	3,1
Gebäudeautomation.....	1,07	7,9	2,1	3,4	2,6	3,7	5,7
Blitzschutzanlagen.....	1,70	3,2	0,6	1,1	3,2	4,0	1,0
Dämm- und Brand- schutzarbeiten an technischen Anlagen.....	3,65	4,4	4,6	4,2	4,0	4,3	2,6
Förder- und Aufzugs- anlagen, Fahrtreppen und -steige.....	3,77	1,6	2,5	1,3	1,6	2,5	1,3

neller Bauart. In Berlin sind im Jahresdurchschnitt 2015 die Preise für Tischlerarbeiten sowie Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen um 1,2% bzw. 2,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wie die Abbildungen c und d auch zeigen, wiesen damit beide Bauarbeiten im Vergleich zu 2014 in Berlin eine wesentlich geringere Preissteigerung aus. Während sich in Brandenburg die Preise für Tischlerarbeiten mit +4,4% deutlich stärker erhöhten als 2014 und in den Jahren zuvor, war für Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen mit durchschnittlich +3,0% ein Rückgang des Preisanstiegs in etwa auf das Niveau von 2013 zu verzeichnen (Tabelle 3).

Die im Vorjahresvergleich mit Abstand höchste Preissteigerung 2015 in Berlin wurde für Maler- und Lackierarbeiten (+5,1%) ermittelt, gefolgt von Betonwerkstein-, Rollladen- und Metallbauarbeiten (jeweils +4,4%) sowie Dämm- und Brandschutzarbeiten an technischen Anlagen (+4,2%). Die mit +0,1% geringsten durchschnittlichen Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr wurden hingegen für Entwässerungskanal- sowie Putz- und Stuckarbeiten nachgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr unveränderte Preise für Bauarbeiten konnten in Berlin nicht festgestellt werden. Der Preis für Estricharbeiten ging zurück (-0,8%).

4 | Entwicklung der Preisindizes nach Bauwerksarten¹ in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2013 bis 2015 (2010=100)

Bauwerks- arten	Wägungs- anteil	Berlin			Brandenburg			Deutschland			
		2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015	
	%o	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Wohngebäude											
Wohngebäude											
insgesamt.....	1000	2,2	2,0	1,6	2,9	2,8	2,3	2,0	1,8	1,6	
Rohbauarbeiten...	455,32	2,0	1,7	1,3	3,4	2,5	1,5	1,7	1,5	1,1	
Ausbauarbeiten...	544,68	2,4	2,3	2,1	2,5	3,0	3,1	2,3	1,9	2,0	
Nichtwohngebäude											
Bürogebäude.....	1000	2,2	2,2	2,0	2,8	2,8	2,6	2,0	1,9	1,6	
Rohbauarbeiten...	341,93	1,5	1,6	1,0	3,2	2,2	1,4	1,4	1,4	0,9	
Ausbauarbeiten...	658,07	2,5	2,6	2,4	2,6	3,2	3,3	2,4	1,9	2,1	
Gewerbliche											
Betriebsgebäude..	1000	1,9	2,1	2,0	3,0	2,6	2,1	1,9	1,8	1,6	
Rohbauarbeiten	530,89	1,8	1,7	1,8	3,0	1,8	1,2	1,5	1,5	1,2	
Ausbauarbeiten	469,11	2,2	2,4	2,3	3,1	3,5	3,1	2,4	2,1	2,2	
Ingenieurbau											
Straßenbau.....	1000	2,1	1,7	1,1	4,0	3,4	1,1	2,4	1,3	1,0	
Brücken.....	1000	1,2	1,9	1,2	1,2	2,4	1,3	1,2	1,1	0,7	
Ortskanäle.....	1000	2,3	1,9	1,0	3,0	2,6	2,6	1,8	1,5	1,9	
Instandhaltung											
Instandhaltung von Wohn- gebäuden.....	1000	2,5	2,4	2,4	3,6	3,4	2,7	2,7	2,3	2,2	
Schönheits- reparaturen in einer Wohnung....	1000	2,3	3,2	3,6	7,2	3,3	2,5	2,1	1,9	1,9	

1 einschließlich Umsatzsteuer

1 einschließlich Umsatzsteuer

Die im Jahresdurchschnitt mit Abstand höchste Preissteigerung 2015 gegenüber dem Vorjahr im Land Brandenburg wurde für die bereits erwähnten Verbauarbeiten (+9,9%) ermittelt. Ebenfalls weit über dem Durchschnitt lagen die Preiserhöhungen für Verglasungsarbeiten (+5,9%), die Bauarbeit „Gebäudeautomation“ (+5,7%), die auch schon genannten Tischlerarbeiten (+4,4%) und für Fliesen- und Plattenarbeiten (+4,0%). Die im Schnitt geringste Preiserhöhung gegenüber dem Vorjahr trat in Brandenburg für Tapezierarbeiten auf (+0,4%). Konstante Preise wurden bei keiner der in Brandenburg beobachteten Bauarbeiten festgestellt. Wie in Berlin gingen auch in Brandenburg nur für eine Bauarbeit – Gerüstarbeiten – die Preise leicht zurück.

Preisentwicklung für Nichtwohngebäude, den Ingenieurbau und die Instandhaltung

Auch bei den anderen beobachteten Bauwerksarten sind im Jahr 2015 sowohl in Berlin und Brandenburg als auch bundesweit die Preise für den Neubau gestiegen (Tabelle 4). Der Preisanstieg in Berlin fiel wie schon in den Vorjahren fast immer geringer aus als in Brandenburg. Aber in beiden Ländern lag der Anstieg bei allen Bauwerksarten über dem Bundesdurchschnitt. Während sich die Preiserhöhungen für den Neubau von Nichtwohngebäuden in ähnlicher Größenordnung wie die für den Neubau von Wohngebäuden bewegten, lagen die für den Ingenieurbau – bis auf den Neubau von Ortskanälen – darunter und die für die Instandhaltung deutlich darüber.

Der Nachweis der Preisentwicklung für Nichtwohngebäude umfasst die Preisentwicklung für den Neubau von Büro- und gewerblichen Betriebsgebäuden. Bei jeder dieser Bauwerksarten lagen die Baupreise 2015 über denen des Vorjahres. Der Neubau von Bürogebäuden verteuerte sich in Berlin um durchschnittlich 2,0% und im Land Brandenburg um durchschnittlich 2,6% (Bundesdurchschnitt 2015: +1,6%). Damit ging der Preisanstieg für diese Bauwerksart im Vergleich zum Vorjahr in beiden Ländern, wie auch bundesweit, zurück. Die Preise für den Neubau von gewerblichen Betriebsgebäuden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr in Berlin ebenfalls um 2,0%, in Brandenburg um 2,1% und bundesweit um 1,6%. Gegenüber 2014 bedeutete dies sowohl in Berlin und Brandenburg als auch im Bundesdurchschnitt eine Abschwächung des Preisanstiegs für gewerbliche Betriebsgebäude, der in Brandenburg stärker ausfiel als in Berlin und bundesweit.

Mit der Preisentwicklung für den Ingenieurbau wird die Entwicklung der Preise für den Neubau von Straßen, Brücken im Straßenbau und Ortskanälen beobachtet. Während sich die Preiserhöhung innerhalb des ausgewiesenen Ingenieurbaus bei allen drei Bauwerksarten in Berlin 2015 gegenüber 2014 auf annähernd dem gleichen Niveau bewegte (Straßenbau: +1,1%, Brücken im Straßenbau: +1,2%, Ortskanäle: +1,0%), zeigten sich hier im Land Brandenburg wie auch im Bundesdurchschnitt etwas größere Unterschiede. Die größte durchschnittliche Preissteigerung gab es beim Neubau von Ortskanälen mit +2,6% in Brandenburg und +1,9% im

Bundesdurchschnitt. Der Neubau von Brücken im Straßenbau kostete 1,3% (Bundesdurchschnitt 2015: +0,7%) und der von Straßen 1,1% (Bundesdurchschnitt 2015: +1,0%) mehr als im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr bleibt damit für den Ingenieurbau festzustellen, dass der Preisanstieg 2015 mit einer Ausnahme zurückging und verglichen mit den anderen Bauwerksarten auf wesentlich niedrigerem Niveau lag. Nur die Preise für den Neubau von Ortskanälen stiegen in Brandenburg und im Bundesdurchschnitt deutlich stärker. Während sie in Brandenburg aber in gleicher Höhe wie 2014 zunahmen, fiel der Anstieg im Bundesdurchschnitt 2015 zu 2014 höher aus als 2014 zu 2013.

Auch für die Instandhaltung haben sich die Preise 2015 gegenüber 2014 erhöht. Dabei ist der Preisauftrieb für die Instandhaltung von Wohngebäuden (ohne Schönheitsreparaturen) in Berlin mit +2,4% konstant geblieben, während er sich in Brandenburg mit +2,7% abschwächte, aber weiterhin über dem von Berlin lag. Im Bundesgebiet insgesamt verteuerte sich die Instandhaltung von Wohngebäuden 2015 ebenfalls nahezu auf gleichem Niveau wie 2014. Die Preissteigerung blieb aber weiterhin hinter der von Berlin und Brandenburg zurück. Der Preisanstieg für Schönheitsreparaturen in einer Berliner Wohnung nahm 2015 mit durchschnittlich +3,6% weiter zu, während die Preise für Schönheitsreparaturen in einer Brandenburger Wohnung mit +2,5% bei Weitem nicht so stark gestiegen waren wie in den Vorjahren. Dadurch hat sich der insbesondere in den Jahren 2012 und 2013 vorhandene sehr große Unterschied zwischen Berlin und Brandenburg im Preisanstieg ins Gegenteil umgekehrt. 2015 verteuerten sich Schönheitsreparaturen in Berlin erstmals wieder deutlich stärker als in Brandenburg. Bundesweit stiegen die Preise für Schönheitsreparaturen in einer Wohnung um 1,9%. Dies war der gleiche Preisanstieg wie 2014, der verglichen mit Berlin und Brandenburg, wie schon in den Vorjahren, deutlich niedriger ausfiel.

Fazit

2015 sind die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart (einschließlich Umsatzsteuer) in Berlin mit durchschnittlich +1,6% und im Land Brandenburg mit +2,3% gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen, wobei das Ausmaß des Anstiegs bei den verschiedenen Bauarbeiten und Bauwerken sehr unterschiedlich ausfiel. Der nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2009 bis 2012 zu beobachtende Trend des wieder zunehmenden Preiswachstums hat sich seit 2013 nicht fortgesetzt. Auch im Jahr 2015 waren weiter sich verringernde Wachstumsraten zu verzeichnen, die in Berlin und Brandenburg zudem stärker zurückgingen als 2014.

Wie schon in den Jahren zuvor, lag der Anstieg der Baupreise in Berlin 2015 unter dem in Brandenburg. Bestimmend für die Gesamtentwicklung in beiden Ländern war die Preisentwicklung für Ausbauarbeiten. Diese verteuerten sich in Berlin 2015 um durchschnittlich 2,1% und in Brandenburg um durchschnittlich 3,1%. Rohbauarbeiten wurden 2015

gegenüber 2014 in Berlin im Durchschnitt um 1,3% und in Brandenburg um 1,5% teurer.

Auch die Preise für den Neubau von Nichtwohngebäuden, den Ingenieurbau und die Instandhaltung haben sich in Berlin und Brandenburg 2015 gegenüber dem Vorjahr – wenn auch nahezu immer auf niedrigerem Niveau als 2014 – erhöht. Dabei bewegten sich die Veränderungsraten für den Neubau von Nichtwohngebäuden in beiden Ländern in ähnlicher Größenordnung wie die für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart. Die Veränderungsraten für den Ingenieurbau lagen hingegen – bis auf den Neubau von Ortskanälen – unter denen für Wohngebäude, die Veränderungsraten für die Instandhaltung deutlich darüber.

Für das Jahr 2016 bleibt abzuwarten, wie sich die Baupreise entwickeln. Nach den Berechnungen für die ersten beiden Berichtsmonate Februar und Mai stiegen die Baupreise gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum bisher in Berlin um durchschnittlich 2,2% und im Land Brandenburg im Schnitt um 2,7%. Dies lässt vermuten, dass sich die Baupreise 2016 wieder etwas stärker erhöhen als 2015.

Elke Zimmer leitet das Referat
Preise, Verdienste, Arbeitskosten
im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Steuern

Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) versus Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)

von Dietmar Quaiser

Steuerstatistiken – besonders die Umsatzsteuerstatistiken – werden intensiv für Wirtschaftsbeobachtungen und Analysen genutzt. Seit geraumer Zeit bietet die amtliche Statistik zwei Umsatzsteuerstatistiken an. Im Beitrag werden deren Gemeinsamkeiten und Besonderheiten dargestellt und erläutert, worin der „Mehrwert“ von zwei Statistiken besteht. Generelle Hinweise, die sich aus der Nutzung sekundärstatistischer Steuerdaten ergeben, und ein Vergleich zwischen Voranmeldung und Veranlagung für die Länder Berlin und Brandenburg runden den Beitrag ab.

Einführung

Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Informationen über die Entstehung der Steuern sind daher für Haushaltsplanungen von Bund und Ländern von besonderer Bedeutung und werden u. a. in Form der Steuerschätzungen regelmäßig bereitgestellt. Auch für die Gesetzgeber sind sie für Gesetzesfolgenabschätzungen notwendig. So dienen die Steuerstatistiken in jüngerer Vergangenheit auch als Grundlage für die Beratungen zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz, der Reform der Grundsteuer sowie dem Steuervereinfachungsgesetz. Aber auch Steuerpflichtige – Privatpersonen wie Unternehmen – sowie die Wissenschaft und Forschung haben ein steigendes Interesse an quantitativen Aussagen über steuerliche Zusammenhänge.

Die Steuerstatistiken dienen darüber hinaus der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung, da sie Informationen aus allen Bereichen der Volkswirtschaft liefern. Neben der Lohn- und Einkommensverteilung oder dem Umsatz der Unternehmen kann selbst die versteuerte Menge an Bier und Tabak oder auch der Vermögensübertrag im Erbschaftsfall mit Steuerdaten beobachtet werden. Die Steuerstatistiken sind deshalb auch eine wichtige Quelle der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Außerdem haben sie eine große Bedeutung für die Abführung von Haushaltsmitteln an die Europäische Union.¹

Derzeit werden von den Statistischen Ämtern der Länder folgende Steuerstatistiken durchgeführt:

- Einkommensteuerstatistik (einschließlich Statistik über die Personengesellschaften und Gemeinschaften)
- Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)
- Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)
- Körperschaftsteuerstatistik
- Gewerbesteuerstatistik
- Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik

Die Umsatzsteuer ist neben der Einkommensteuer die wichtigste Einnahmequelle für die öffentlichen Haushalte. Tabelle 1 beschreibt die Größenordnung und somit die Bedeutung der kassenmäßigen Steuereinnahmen.

Die Umsatzsteuer ist so konzipiert, dass bei jedem Verkauf (Produzent, Großhändler, Einzelhändler, Verbraucher) nur der zusätzlich geschaffene Mehrwert besteuert wird. Erreicht wird dies dadurch, dass für Unternehmer die bereits gezahlte Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehbar ist. Letztlich wird die Umsatzsteuer damit vom Verbraucher getragen, allerdings führen die Unternehmen diese ab. Zur Erhebung der Umsatzsteuer leisten die Unternehmen – monatlich oder vierteljährlich – Vorauszahlungen (als „Voranmeldungen“ bezeichnet), die dann später bei der Veranlagung mit der Steuerschuld verrechnet werden.

1 | Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach ausgewählten Steuerarten vor der Steuerverteilung

Jahr	Ins- gesamt	Darunter	
		Lohn- steuer*	Steuern vom Umsatz**
	in Mill. EUR		
2007 ...	538 243	131 773	169 636
2008 ...	561 182	141 895	175 989
2009 ...	524 000	135 165	176 991
2010 ...	530 587	127 904	180 042
2011 ...	573 351	139 749	190 033
2012 ...	600 046	149 065	194 635
2013 ...	619 708	158 198	196 843
2014 ...	643 617	167 983	203 110
2015 ...	673 261	178 891	209 921

* Nach Abzug des Kindergeldes (Familienkassen und Arbeitgeber)

** Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer

Quelle: Statistisches Bundesamt, Steuerhaushalt - Fachserie 14 Reihe 4-2015

¹ Auszug aus dem Flyer „Statistische Daten aus der Finanzverwaltung – Nutzen, Qualität, Ergebnisse“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/Steuern/Infoblatt-SteuerstatistikPDF_5730001.pdf;jsessionid=16CA62D672E5B-C158073F41C6141DCEB.cae3?__blob=publicationFile (Stand: 16.09.2016).

	Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen)		Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)
1. Allgemeine Angaben zur Statistik			
Grundgesamtheit	Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, die zur Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind	≠	Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen im Erhebungszeitraum
Berichtszeitraum	1. Januar bis 31. Dezember des Berichtsjahres	=	1. Januar bis 31. Dezember des Berichtsjahres
Rechtsgrundlage und andere Vereinbarungen	Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) in der jeweils gültigen Fassung, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) in seiner jeweils gültigen Fassung	=	Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) in der jeweils gültigen Fassung, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) in seiner jeweils gültigen Fassung
2. Inhalte und Nutzerbedarf			
Inhaltlicher Schwerpunkt der Statistik	Die Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) erfasst von den zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichteten Unternehmen zum einen die zu meldenden steuerlichen Merkmale und zum anderen die im Grundinformationsdienst der Finanzverwaltung gespeicherten Ordnungsmerkmale des Unternehmens (z. B. Wirtschaftszweig).	≠	Die Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) erfasst von den zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung verpflichteten Unternehmen zum einen die in der Erklärung anzugebenden steuerlichen Merkmale und zum anderen die im Grundinformationsdienst der Finanzverwaltung gespeicherten Ordnungsmerkmale des Unternehmens (z. B. Wirtschaftszweig).
Statistische Konzepte und Definitionen	Steuerbare Umsätze (ohne Einfuhrumsätze), Umsatzsteuer, Vorsteuer, Sitz (Gemeinde), Rechtsform, Organshaft, Wirtschaftszweig, Dauer der Steuerpflicht, Besteuerungsform, Vorauszahlungszeitraum	=	Steuerbare Umsätze (ohne Einfuhrumsätze), Umsatzsteuer, Vorsteuer, Sitz (Gemeinde), Rechtsform, Organshaft, Wirtschaftszweig, Dauer der Steuerpflicht, Besteuerungsform, Vorauszahlungszeitraum
Nutzerbedarf	Bundesministerium der Finanzen und die jeweiligen Länderressorts, Bundesbank, Wirtschaftsverbände, Interessenvertretungen, Unternehmen, Forschungsinstitutionen, private Interessenten	=	Bundesministerium der Finanzen und die jeweiligen Länderressorts, Bundesbank, Wirtschaftsverbände, Interessenvertretungen, Unternehmen, Forschungsinstitutionen, private Interessenten
3. Methodik			
Konzept der Datengewinnung	Sekundärerhebung	=	Sekundärerhebung
Vorbereitung und Durchführung der Datengewinnung	Die Daten des Umsatzsteuer-Voranmeldungs- und Vorauszahlungsverfahrens (UVV) werden von den Rechenzentren der Landesfinanzbehörden an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt. Diese prüfen die Daten, korrigieren unplausible und ungültige Angaben und erstellen die Länderergebnisse. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Landesergebnissen Bundesergebnisse zusammen.	≠	Die Daten der Umsatzsteuererklärungen werden von den Rechenzentren der Landesfinanzbehörden an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Landesergebnissen das Bundesergebnis zusammen.
Anmerkung des Autors: Es erfolgt eine analoge Plausibilisierung der umfangreicheren Daten. Auf bereits mit den Finanzämtern geklärte Sachverhalte im Rahmen der Voranmeldestatistik kann zurückgegriffen werden.			
4. Genauigkeit und Zuverlässigkeit			
Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit	Die Angaben aus dem Besteuerungsverfahren haben eine sehr hohe Qualität, soweit sie unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Steuerpflichtigen haben. Soweit Angaben nicht direkt für das Besteuerungsverfahren relevant sind, kann es qualitative Einschränkungen geben (z. B. bei der Einteilung nach Wirtschaftszweigen).	=	Die Angaben aus dem Besteuerungsverfahren haben eine sehr hohe Qualität, soweit sie unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Steuerpflichtigen haben. Soweit Angaben nicht direkt für das Besteuerungsverfahren relevant sind, kann es qualitative Einschränkungen geben (z. B. bei der Einteilung nach Wirtschaftszweigen).
5. Aktualität und Pünktlichkeit			
Aktualität	Ca. 12 Monate nach Ende des Berichtszeitraums liegen erste Landesergebnisse vor, nach ca. 16 Monaten das Bundesergebnis.	≠	3 ½ Jahre nach Ende des Berichtszeitraums liegen erste Landesergebnisse vor, nach ca. 3 ¾ Jahren das Bundesergebnis.
6. Vergleichbarkeit			
Räumliche Vergleichbarkeit	Die Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) wird für alle Bundesländer und Deutschland nach dem gleichen Verfahren durchgeführt. Die Ergebnisse der Bundesländer sind daher vergleichbar. Internationale Vergleichbarkeit ist aufgrund verschiedener Steuergesetze nicht gegeben.	=	Die Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) wird für alle Bundesländer und Deutschland nach dem gleichen Verfahren durchgeführt. Die Ergebnisse der Bundesländer sind daher vergleichbar. Internationale Vergleichbarkeit ist aufgrund verschiedener Steuergesetze nicht gegeben.
Zeitliche Vergleichbarkeit	In methodischer Hinsicht ist diese gegeben. Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch andere Faktoren wie bspw. Änderungen des Steuerrechts, Unternehmenszusammenschlüsse/-aufspaltungen, Einschränkungen bei Revision der Wirtschaftsklassifikation	=	In methodischer Hinsicht ist diese gegeben. Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch andere Faktoren wie bspw. Änderungen des Steuerrechts, Unternehmenszusammenschlüsse/-aufspaltungen, Einschränkungen bei Revision der Wirtschaftsklassifikation
7. Kohärenz			
Statistikübergreifende Kohärenz	Ein enger Zusammenhang besteht insbesondere zur Umsatzsteuerstatistik der Veranlagungen. Da die Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) nahezu alle Wirtschaftszweige abdeckt, ergeben sich zahlreiche Überschneidungen mit anderen Statistiken und dem Unternehmensregister.	=	Ein enger Zusammenhang besteht insbesondere zur Umsatzsteuerstatistik der Veranlagungen. Da die Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) nahezu alle Wirtschaftszweige abdeckt, ergeben sich zahlreiche Überschneidungen mit anderen Statistiken und dem Unternehmensregister.

Die Erhebung der Umsatzsteuerstatistik (Vorankmeldungen) wird seit 1996 jährlich durchgeführt (davor alle zwei Jahre). Sie stellt für die Mehrzahl der Nutzerinnen und Nutzer der amtlichen Statistik die bekanntere Erhebung dar. Beginnend mit dem Jahr 2006 wird in der amtlichen Statistik zusätzlich die Statistik der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) aufbereitet. Zur Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung wird vor allem die Umsatzsteuerstatistik (Vorankmeldung) nachgefragt.

Im Folgenden sind für die Umsatzsteuerstatistik (Vorankmeldungen) und die Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) die Kurzfassungen von Qualitätseigenschaften² vergleichend dargestellt. Auf den ersten Blick sind die Unterschiede nicht ersichtlich. Erfolgen tiefergehende Analysen, werden deutliche Unterschiede quantitativer als auch qualitativer Art sichtbar. Auf diese Abweichungen wird in den weiteren Ausführungen eingegangen.

Da die Umsatzsteuerstatistik (Vorankmeldungen) aufgrund ihrer Aktualität häufig zur allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung verwendet wird, sind bei der Nutzung auch nachfolgende Aspekte besonders zu beachten. Sinngemäß gelten diese auch für die Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen).

Erhebungsmethode:

Dem Ursprung nach handelt es sich um sekundärstatistische Daten der Vorsteuer (Umsatzsteuervorauszahlungen) bzw. Besteuerungsdaten der Veranlagungen und nicht um direkt erhobene Wirtschaftsdaten. Es gelten die Rahmenbedingungen der Finanzverwaltung für den gelieferten Datenbestand.

Grundlage der Umsatzsteuerstatistik (Vorankmeldungen) sind Datensätze, die die Rechenzentren der Landesfinanzbehörden für jeden Steuerpflichtigen aus Daten des automatisierten Umsatzsteuer-Vorankmeldungs- und -Vorauszahlungsverfahrens (UVV) und des Grundinformationsdienstes³ zusammenstellen und jährlich an die Statistischen Landesämter übermitteln. In Anlehnung an die Umsatzsteuer-Freigrenze des § 19 UStG sind Datensätze mit einem Jahreswert der Lieferungen und Leistungen von 17 500 EUR oder weniger nicht enthalten. Außerdem sind Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze tätigen und bei denen somit keine Steuerzahllast entsteht, nicht erfasst.

Die Daten der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) werden von den Rechenzentren der Landesfinanzbehörden an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt. Grundlage ist zum einen der Inhalt des Umsatzsteuererklärungsbogen (einschließlich Anlagen), der die steuerlichen Merkmale beinhaltet, und zum anderen der Grundinformationsdienst der Finanzverwaltung, aus dem die Ordnungsmerkma-

le der Unternehmen hervorgehen. Unternehmen, die zum Zeitpunkt der Datenbereitstellung durch das Finanzamt noch nicht abschließend bearbeitet sind (z. B. wegen noch laufender Betriebsprüfungen), sind nicht im Datenbestand enthalten. Eine Schätzung fehlender Daten durch die Finanzverwaltung erfolgt im Regelfall nicht.

Regionale Zuordnung:

Unterhält ein Unternehmer mehrere Betriebe oder besteht ein Unternehmen aus mehreren örtlichen Einheiten (Filialen, Zweigbetrieben, Organschaften), so wird es jeweils als Einheit mit dem gesamten Jahresumsatz von dem für den Sitz der Geschäftsleitung zuständigen Finanzamt zentral erfasst. Die regionale Zuordnung des Unternehmens mit seinem gesamten Umsatz erfolgt in dem Land, der Stadt bzw. Gemeinde, das bzw. die das Finanzamt in seinem Grundinformationsdienst als Hauptsitz des Unternehmens festgesetzt und abgespeichert hat. Dabei muss es sich nicht zwingend um das regionale Hauptproduktions- oder das Wirtschaftszentrum des Unternehmens handeln. Dieses kann durchaus in einem anderen Land, einer anderen Stadt bzw. Gemeinde angesiedelt sein. Einerseits agieren komplexe Unternehmen verteilt über mehrere Bundesländer. Andererseits wird bei kleineren Unternehmen durch die Finanzverwaltung oft der Wohnsitz des Unternehmers als regionaler Sitz des Unternehmens angegeben – was nicht zwingend übereinstimmen muss.

Auch landesfremde Steuerzahler beeinflussen die regionalen Ergebnisse. Dabei handelt es sich um Unternehmen, die ihren Unternehmenssitz in einem Bundesland haben und auf Antrag ihre Steuern an ein Finanzamt in einem anderen Bundesland abführen. Auch Standortverlagerungen, die ausschließlich von den Unternehmenszentralen aus einem anderen Bundesland an Dahme, Spree oder Havel erfolgen, suggerieren eine positive Wirtschaftsentwicklung in der Region. Im umgekehrten Fall gilt die Verlagerung des Unternehmenssitzes als Abwanderung. Es wird also eine rückläufige wirtschaftliche Entwicklung in der Gebietseinheit ausgewiesen, die aber tatsächlich gar nicht eingetreten ist.

Die vorgenannten regionalen Aspekte gelten sinngemäß auch für Organschaften. Voraussetzung für die Anrechnung als umsatzsteuerrechtliche Organschaft ist, dass eine juristische Person nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in ein Unternehmen eingegliedert ist (Organgesellschaft gemäß § 2 Abs. 2 UStG). Vom Organträger zu versteuern sind dann lediglich die Außenumsätze des Organkreises. Diese werden am Sitz des Organträgers regional ausgewiesen.

² Zu den einzelnen Statistiken werden vom Statistischen Bundesamt Qualitätsberichte herausgegeben. Sie stellen in einheitlicher Form Informationen zu den verwendeten Methoden und Definitionen sowie zur Qualität der statistischen Er-

gebnisse zur Verfügung. Darüber hinaus enthalten die Qualitätsberichte Hinweise zu weiterführenden Veröffentlichungen und Kontaktmöglichkeiten. Diese Zusatzinformationen dienen dazu, Daten sachgerecht zu interpretieren

und die Aussagefähigkeit der ermittelten Daten besser einschätzen zu können. Die ausführlichen Qualitätsberichte der Umsatzsteuerstatistik (Vorankmeldungen) und der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) sind zu finden unter:

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitätsberichte/FinanzenSteuern/FinanzenSteuern.html>

³ Der Grundinformationsdienst ist vergleichbar mit dem Unternehmensregister in der amt-

lichen Statistik. Dieses zentrale Register enthält Informationen, wie z. B. die regionale Zuordnung und den Wirtschaftszweig für die einzelnen Unternehmen und wird durch die Finanzämter geführt.

Für Berlin können keine tiefer gegliederten Ergebnisse als das Landesergebnis erstellt werden. Durch die Finanzverwaltung des Landes Berlin wird als Amtlicher Gemeindeschlüssel lediglich die Landeskennung Land 11 bereitgestellt. Eine Darstellung nach Bezirken oder noch tiefer gegliederten Strukturen ist dadurch ausgeschlossen.

Sondereffekte ergeben sich auch für die beiden Städte Oranienburg und Cottbus. Die in diesen Städten ansässigen Finanzämter bearbeiten entsprechend der Umsatzsteuerzuständigkeitsverordnung auch bestimmte ausländische Unternehmen. Da die Angaben der nicht im Inland ansässigen Unternehmen in den regionalen Daten nicht gesondert dargestellt werden können, erfolgt deren Nachweis am Sitz des Finanzamtes, in diesen Fällen dann in der Stadt Oranienburg bzw. in Cottbus. Für Berlin ergibt sich ein sinngemäßer Effekt aus der Umsatzsteuerzuständigkeitsverordnung im Finanzamt Neukölln. Die Auswirkungen auf die für Berlin ausgewiesenen Ergebnisse gehen in den Gesamtergebnissen für Berlin aber unter.

Wirtschaftliche Zuordnung:

Erzielt ein Unternehmen Umsätze in verschiedenen Wirtschaftszweigen, so wird der Gesamtumsatz entsprechend dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit nur in einem Wirtschaftszweig nachgewiesen. Die wirtschaftliche Zuordnung des Unternehmens mit seinem gesamten Umsatz erfolgt in dem Wirtschaftszweig, den das Finanzamt in seinem Grundinformationsdienst abgespeichert hat. Diese Zuordnung ist nicht immer sachgerecht und aktuell. Da sich kein zwingender Tatbestand für die Besteuerung des Unternehmens daraus ableitet, ist die Qualität dieser Informationen schlechter als bei den Besteuerungsmerkmalen. Auch die Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunkts aufgrund von Strukturveränderungen, z.B. einer Unternehmensvergrößerung durch Erwerb neuer Betriebsstätten, ist nicht immer gesichert nachzuvollziehen. Bei der

wirtschaftlichen Zuordnung von Organschaften wird durch die Finanzämter der wirtschaftliche Schwerpunkt des steuerlich auftretenden Organträgers ausgewiesen. Dieser Wirtschaftszweig des Organträgers gibt jedoch nicht den eigentlichen Kern der Wertschöpfung der Organschaft, sondern häufig „überwiegend Verwaltungstätigkeiten“ an. Eine nachträgliche sachgerechtere Zuordnung durch die Statistiker, wie sie das Bundesministerium für Finanzen einfordert, ist nur bedingt realisierbar.

Im Wirtschaftsleben vollziehen sich laufend Veränderungen durch Standortverlagerungen, Gründungen und Schließungen, Fusionen, Teilungen, aber auch durch Wechsel der Branchenzuordnung und Unter- bzw. Überschreiten der Erfassungsgrenzen u. Ä., die sich auch in den von der Finanzverwaltung gelieferten Daten niederschlagen. Sie haben Einfluss auf die auf Steuerdaten basierenden Möglichkeiten von Wirtschaftsanalysen.

Im Rahmen der Plausibilisierung der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) richtet die amtliche Statistik ihr Hauptaugenmerk auf die Klärung der vorgenannten Ordnungsmerkmale, insbesondere die Klärung der wirtschaftssystematischen Zuordnung. Dies wird im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung vorgenommen. Die beiden Umsatzsteuerstatistiken werden in einer zentralen Software, dem Steuerstatistischen Gesamtsystem (StSys), aufbereitet, wobei die Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldung) als Masterstatistik fungiert. Erkenntnisse bei der Bearbeitung der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) werden für die Plausibilisierung der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) nachgenutzt.

Die Abweichungen zwischen den beiden Statistiken geben eine Vorstellung über deren Nutzbarkeit trotz der inhaltlichen Unterschiede. Dazu sind in den Tabellen 3 und 4 jeweils die Angaben für die Länder Berlin und Brandenburg des Jahres 2011 gegenübergestellt. Das Jahr 2011 ist bei der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) das aktuellste zum derzeitigen Zeitpunkt für beide Erhebungen vorliegende Ergebnis.

2 | Vergleich der Umsatzsteuervoranmeldungen und -veranlagungen in Deutschland 2011

Jahr	Umsatzsteuer- voranmeldungen		Umsatzsteuer- veranlagungen		Abweichung der Umsatzsteuer- veranlagungen von den Umsatzsteuer- voranmeldungen		Anteil der Umsatzsteuer- voranmeldungen an den Umsatzsteuer- veranlagungen	
	Steuer- pflichtige*	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige**	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen
	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	%	
2004	2 957 173	4 347 506 204	–	–	–	–	–	–
2005	3 036 758	4 567 396 650	–	–	–	–	–	–
2006	3 099 493	4 930 000 205	5 581 605	5 017 708 077	2 482 112	87 707 872	56	98
2007	3 140 509	5 148 264 718	5 675 255	5 245 099 675	2 534 746	96 834 957	55	98
2008	3 186 878	5 412 240 352	5 746 821	5 546 265 115	2 559 943	134 024 763	55	98
2009	3 135 542	4 897 937 982	5 866 232	5 061 000 317	2 730 690	163 062 335	53	97
2010	3 165 286	5 240 997 428	6 018 031	5 410 933 612	2 852 745	169 936 184	53	97
2011	3 215 095	5 687 178 565	6 193 775	5 842 962 727	2 978 680	155 784 161	52	97
2012	3 250 319	5 752 249 357
2013	3 243 538	5 765 567 027
2014	3 240 221	5 870 874 836

* Steuerpflichtige
mit Lieferungen
und Leistungen
über 17 500 EUR

**veranlagte
Umsatz-
steuerpflichtige
insgesamt

Wertmäßig sind die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen herangezogen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens erbringt. Vorangestellt ist ein Vergleich für das Jahr 2011 für Deutschland (Tabelle 2).

Die Gegenüberstellung der Angaben der beiden Statistiken für 2011 für Deutschland zeigt, dass die Veranlagungsstatistik mit fast 6,2 Mill. Unternehmen über 2,9 Mill. Unternehmen mehr als die Umsatzsteuerstatistik auf Basis der Voranmeldungen enthält. Allerdings kann durch die zusätzliche Auswertung dieser „kleinen“ Unternehmen lediglich ein

Anteil von 3 % – knapp 156 Mrd. EUR – mehr an Lieferungen und Leistungen nachgewiesen werden. Das bedeutet, dass die in die Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) einbezogenen 52 % der Wirtschaftseinheiten das Wirtschaftsgeschehen, bezogen auf den Umfang der Lieferungen und Leistungen, in Deutschland mit 97 % bereits umfassend widerspiegeln. Die Veranlagung der Steuerpflichtigen mit Lieferungen und Leistungen unter 17 500 EUR generiert zusätzlich zur Veranlagung der in die Voranmeldung bereits einbezogenen Unternehmen (Steuerpflichtige mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 EUR)

3 | Vergleich der Umsatzsteuervoranmeldungen und -veranlagungen in Berlin 2011

WZ 2008	Jahr — Wirtschaftsabschnitt	Umsatzsteuer- voranmeldungen		Umsatzsteuer- veranlagungen		Abweichung der Umsatzsteuer- veranlagungen von den Umsatzsteuer- voranmeldungen		Anteil der Umsatzsteuer- voranmeldungen an den Umsatzsteuer- veranlagungen	
		Steuer- pflichtige ¹	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige ²	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen
		Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	%	
	2004	113 917	115 204 675	–	–	–	–	–	–
	2005	119 237	123 274 543	–	–	–	–	–	–
	2006	124 357	137 553 987	/	/	/	/	/	/
	2007	128 717	138 357 919	292 036	144 090 455	163 319	5 732 536	44	96
	2008	132 737	151 214 335	306 799	166 056 234	174 062	14 841 899	43	91
	2009	131 718	142 551 994	320 016	150 917 922	188 298	8 365 928	41	94
	2010	133 701	153 839 058	334 828	162 486 338	201 127	8 647 280	40	95
	2011	137 386	168 050 283	352 775	178 088 250	215 389	10 037 967	39	94
	2012	140 756	175 317 364
	2013	143 229	193 823 253
	2014	144 919	198 053 980
	2011								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.	90	26 868	261	31 097	171	4 229	34	86
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	8	128 205	22	127 679	14	–526	36	100
C	Verarbeitendes Gewerbe	5 309	24 563 031	9 141	25 165 141	3 832	602 110	58	98
D	Energieversorgung	330	20 863 782	2 836	20 647 543	2 506	–216 239	12	101
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umwelt- verschmutzungen	198	3 339 441	325	2 891 384	127	–448 057	61	115
F	Baugewerbe	13 134	6 841 421	24 199	7 648 640	11 065	807 219	54	89
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	22 500	49 907 984	42 759	49 958 332	20 259	50 348	53	100
H	Verkehr und Lagerei	3 886	7 492 927	8 077	4 633 671	4 191	–2 859 256	48	162
I	Gastgewerbe	9 328	3 684 732	14 632	3 824 600	5 304	139 868	64	96
J	Information und Kommunikation	8 176	7 696 898	22 179	8 027 492	14 003	330 594	37	96
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	970	1 397 583	5 386	3 484 041	4 416	2 086 458	18	40
L	Grundstücks- und Wohnungswesen.	10 988	9 889 460	25 020	12 803 938	14 032	2 914 478	44	77
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	30 136	13 688 270	76 422	15 143 843	46 286	1 455 573	39	90
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	8 849	6 111 521	25 647	7 232 760	16 798	1 121 239	35	84
P	Erziehung und Unterricht	2 391	670 333	11 701	1 030 991	9 310	360 658	20	65
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 397	5 594 966	11 225	9 366 371	8 828	3 771 405	21	60
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	9 329	2 141 468	41 664	2 617 407	32 335	475 939	22	82
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	9 367	4 011 393	31 279	3 453 319	21 912	–558 074	30	116
	Insgesamt	137 386	168 050 283	352 775	178 088 250	215 389	10 037 967	39	94

¹ Steuerpflichtige
mit Lieferungen
und Leistungen
über 17 500 EUR

² veranlagte Umsatz-
steuerpflichtige
insgesamt

lediglich eine geringfügige Veränderung dieser Leistungen. Es ist aber stets zu beachten, dass die Daten der Voranmeldungen – wie der Name schon sagt – Vorabdaten sind, also eine „voraus Abschlagzahlung“ an den Fiskus darstellen, die im Rahmen der Veranlagung, quasi der „Schlussrechnung“ für das Unternehmen, steuerrechtlich beschieden werden. Die Veranlagungsdaten sind das Ergebnis der Steuerbescheide und damit die verbindlichen Wertangaben, welche die Basis für die Umsatzbesteuerung bilden.

Berlin

Die Wirtschaftsstruktur, die sich aus den Umsatzsteuerangaben ergibt, zeigt für Berlin ein anderes Bild als für Deutschland. Der Anteil der Steuerpflichtigen, die zur Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) einbezogen sind, fällt mit 39% deutlich geringer aus als der Wert für Deutschland, der bei 52% liegt (Tabelle 3). Das lässt den Schluss zu, dass die Wirtschaftsstruktur in Berlin durch einen deutlich höheren Anteil kleinerer Unternehmen geprägt ist, der durch die Finanzverwaltung im UVV nicht ein-

4 | Vergleich der Umsatzsteuervoranmeldungen und -veranlagungen im Land Brandenburg 2011

WZ 2008	Jahr — Wirtschaftsabschnitt	Umsatzsteuer- voranmeldungen		Umsatzsteuer- veranlagungen		Abweichung der Umsatzsteuer- veranlagungen von den Umsatzsteuer- voranmeldungen		Anteil der Umsatzsteuer- voranmeldungen an den Umsatzsteuer- veranlagungen	
		Steuer- pflichtige ¹	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige ²	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen	Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen
		Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	%	
	2004	78 836	52 813 738	–	–	–	–	–	–
	2005	82 441	57 529 585	–	–	–	–	–	–
	2006	85 203	63 580 597	/	/	/	/	/	/
	2007	86 854	67 228 240	160 967	71 293 430	74 113	4 065 190	54	94
	2008	88 849	71 682 007	164 651	75 153 543	75 802	3 471 536	54	95
	2009	87 739	66 746 811	168 889	70 291 986	81 150	3 545 175	52	95
	2010	88 495	70 306 877	170 768	73 774 791	82 273	3 467 914	52	95
	2011	89 913	73 780 840	174 739	78 561 779	84 826	4 780 939	51	94
	2012	90 928	75 918 766
	2013	91 272	77 152 106
	2014	91 978	77 749 943
	2011								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.	3 061	2 257 836	5 359	2 423 658	2 298	165 822	57	93
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	38	28 766	55	28 768	17	2	69	100
C	Verarbeitendes Gewerbe	5 045	16 403 048	7 211	16 499 856	2 166	96 808	70	99
D	Energieversorgung	786	5 353 171	10 368	5 349 718	9 582	–3 453	8	100
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umwelt- verschmutzungen	439	1 337 577	607	1 333 113	168	–4 464	72	100
F	Baugewerbe	19 571	7 556 888	32 049	7 879 240	12 478	322 352	61	96
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	16 319	18 710 733	27 201	19 257 159	10 882	546 426	60	97
H	Verkehr und Lagerei	3 629	5 127 836	7 017	5 177 013	3 388	49 177	52	99
I	Gastgewerbe	5 457	1 127 000	8 458	1 214 900	3 001	87 900	65	93
J	Information und Kommunikation	2 053	1 041 853	4 556	1 072 757	2 503	30 904	45	97
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	434	230 319	1 985	230 256	1 551	–63	22	100
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	4 937	4 951 573	11 939	6 155 044	7 002	1 203 471	41	80
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	10 132	3 655 858	18 614	4 023 728	8 482	367 870	54	91
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	5 006	2 439 247	9 410	2 594 585	4 404	155 338	53	94
P	Erziehung und Unterricht	1 082	177 051	2 516	267 159	1 434	90 108	43	66
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	851	1 072 241	2 947	2 898 340	2 096	1 826 099	29	37
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	2 124	632 383	5 962	747 820	3 838	115 437	36	85
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	8 949	1 677 459	18 485	1 408 666	9 536	–268 793	48	119
	Insgesamt	89 913	73 780 840	174 739	78 561 779	84 826	4 780 939	51	94

1 Steuerpflichtige
mit Lieferungen
und Leistungen
über 17 500 EUR
2 veranlagte Umsatz-
steuerpflichtige
insgesamt

gebunden wird. Erkennbar wird das auch am Umsatzanteil der „kleinen“ Unternehmen, der mit 6 % doppelt so hoch ist wie in Deutschland.

Bei der Betrachtung der Wirtschaftsabschnitte fällt auf, dass der Anteil der Steuerpflichtigen mit Umsatzsteuervoranmeldungen an den Umsatzsteuerveranlagungen stark schwankt. Der höchste Anteil (64 %) wird für das Gastgewerbe errechnet. Das heißt, dass rund zwei Drittel aller Unternehmen in diesem Wirtschaftsabschnitt zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen verpflichtet waren. In der Energieversorgung sind nur 12 % der Unternehmen zur Umsatzsteuer voranmeldungspflichtig und die übrigen 88 % nicht, weil hierunter z.B. auch die privaten Betreiber von Solaranlagen zählen. Hinter diesen 12 % der Voranmeldungen stehen 330 Energieunternehmen mit Sitz in Berlin, die fast 21 Mrd. EUR an Lieferungen- und Leistungen erbringen. Werden im Vergleich alle veranlagten Unternehmen der Energieversorgung betrachtet, dann fallen die Lieferungen und Leistungen sogar um 216 Mill. EUR niedriger aus als in der Voranmeldungsstatistik.

Seit dem Berichtsjahr 2009 werden auch Unternehmen mit negativen Umsätzen (z.B. verursacht durch Korrekturbuchungen) in den Ergebnissen berücksichtigt. Das erklärt die ausgewiesenen negativen Werte der Abweichungen zwischen Veranlagungen und Voranmeldungen bei den Lieferungen und Leistungen in diesem und auch bei anderen Wirtschaftsabschnitten.

Die beiden in Berlin dominanten Wirtschaftsabschnitte – Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie Verarbeitendes Gewerbe – werden durch die Angaben zu den Lieferungen und Leistungen bei der Umsatzsteuervoranmeldung umfassend dargestellt. Die im Rahmen der Umsatzsteuerveranlagung zusätzlich noch mit einbezogenen Unternehmen (Handel: 20 000 Unternehmen, Verarbeitendes Gewerbe: 3 800 Unternehmen) wirken sich kaum auf die Wertgröße Lieferungen und Leistungen bei der Veranlagung aus.

Land Brandenburg

Das wirtschaftliche Niveau der Unternehmen mit Sitz im Land Brandenburg ist generell deutlich niedriger als in der Bundeshauptstadt. Brandenburg hat weniger steuerpflichtige Unternehmen, die auch weniger Lieferungen und Leistungen erbringen. Die Anteile der Umsatzsteuervoranmeldungen an den Umsatzsteuerveranlagungen liegen auf Landesebene höher als in Berlin und deutlich näher an den Werten für Deutschland. In Brandenburg ist bereits rund die Hälfte der Unternehmen in die Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) einbezogen (Deutschland: 52 %). Diese Unternehmen erbringen 94 % aller Lieferungen und Leistungen (Deutschland: 97 %), die im Rahmen der Umsatzsteuerveranlagungen ausgewiesen sind (Tabelle 4).

Werden die Wirtschaftsabschnitte detaillierter analysiert, dann fällt auf, dass in Brandenburg der Anteil der Steuerpflichtigen mit Umsatzsteuervoranmeldungen an denen der Umsatzsteuerveranlagungen ebenfalls schwankt, allerdings auf einem

höheren Niveau. Für den Wirtschaftsabschnitt Energieversorgung wird wie in Berlin der niedrigste Wert (8 %) ausgewiesen. Die im Rahmen der Veranlagung zusätzlich einbezogenen rund 9 600 Unternehmen (z.B. private Betreiber von Solaranlagen) führen nicht zu einem größeren Umfang bei den Lieferungen und Leistungen. Auch in Brandenburg werden bei der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagung) für die Energieversorgung geringere Werte ausgewiesen, z.B. verursacht durch Korrekturbuchungen oder fehlende Unternehmen, für die z.B. zum festgelegten Liefertermin keine Veranlagungsdaten bereitgestellt werden konnten.

Die Wirtschaftsabschnitte Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie Verarbeitendes Gewerbe sind für die Wirtschaftsstruktur in Brandenburg von großer Bedeutung. Sie sind die umsatzstärksten Wirtschaftsabschnitte des Landes. Die in der Umsatzsteuervoranmeldung einbezogenen Unternehmen sind im Verarbeitenden Gewerbe mit einem Anteil von 70 % und im Wirtschaftsabschnitt Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit einem Anteil von 60 % an den veranlagten Steuerpflichtigen mit sehr hohen Werten vertreten. Die in der Voranmeldung angegebenen Lieferungen und Leistungen entsprechen fast vollständig denen der Veranlagung. Die im Rahmen der Veranlagung zur Umsatzsteuer zusätzlich besteuerten rund 11 000 Unternehmen des Bereichs Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und die 2 200 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes tragen nur minimal zu einem höheren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen bei der Veranlagung bei.

Resümee

Datennutzerinnen und -nutzer sollten die Auswahl der jeweiligen Steuerstatistik als Quelle für ihre Auswertungen immer entsprechend ihres Anliegens treffen. Die Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) ist die aktuelle Statistik und eignet sich deshalb für Wirtschaftsbeobachtungen am aktuellen Rand. Die Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) ist wiederum für die Untersuchung von Strukturen der Wirtschaftseinheiten die bessere Wahl. Außerdem bildet sie die Steuerpflichtigen im Datenbestand vollständig ab. Sie bietet deshalb umfangreichere Angaben zur Besteuerung aller veranlagten Unternehmen. Das klare Manko liegt in dem über drei Jahre zurückliegenden Veranlagungsjahr, was vor allem auf die Bearbeitungszeiten in der Finanzverwaltung zurückzuführen ist. Die zusätzlich ausgewiesenen Kleinunternehmen tragen erwartungsgemäß zu kaum höheren Umsätzen aus Lieferungen und Leistungen bei der Veranlagung bei. Die Bedeutung der Kleinunternehmen ist in den Wirtschaftsstrukturen der Länder Berlin und Brandenburg unterschiedlich stark ausgeprägt und es gibt auch zwischen den Wirtschaftsabschnitten deutliche Unterschiede. Für die Analyse gerade der kleinen Wirtschaftseinheiten kann allerdings nur auf die Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) zurückgegriffen werden, da nur sie Informationen über Steuerpflichtige mit Lieferungen und Leistungen unter 17 500 EUR enthält.

Für die Möglichkeiten einer Datennutzung geben zusätzlich die Qualitätsberichte beider Umsatzsteuerstatistiken umfassende Anhaltspunkte. Bei Bedarf können auch die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Statistischen Ämtern konsultiert werden. Die Bereitstellung von Daten und Sonderauswertungen erfolgt unter Beachtung der Regelungen zur Geheimhaltung. Für eigenständige Auswertungen stehen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die entsprechenden Daten bereit.

Dietmar Quaiser leitet das Referat *Steuern* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Historisches

Das prosperierende Berlin um 1900 barg eine hohe Säuglingssterblichkeit

von Iris Hoßmann-Büttner

Um 1900 war Berlin eine prosperierende Stadt, die aus allen Nähten platzte. Auf einer damaligen Fläche von 63,5 Quadratkilometern lebten knapp zwei Mill. Menschen auf engstem Raum zusammen. Pro Quadratkilometer drängten sich 32 100 Menschen – rund achtmal mehr Personen als dies im heutigen Berlin der Fall ist. Innerhalb von zehn Jahren, zwischen 1895 und 1905, wuchs die Stadt um 366 000 Einwohner, alleine von 1904 zu 1905 um 2,7 %. Zum Vergleich: 2014 wurde ein Wachstum von 1,4 % in Berlin registriert.

Berlin wuchs in die Fläche und bot nicht genügend Wohnraum

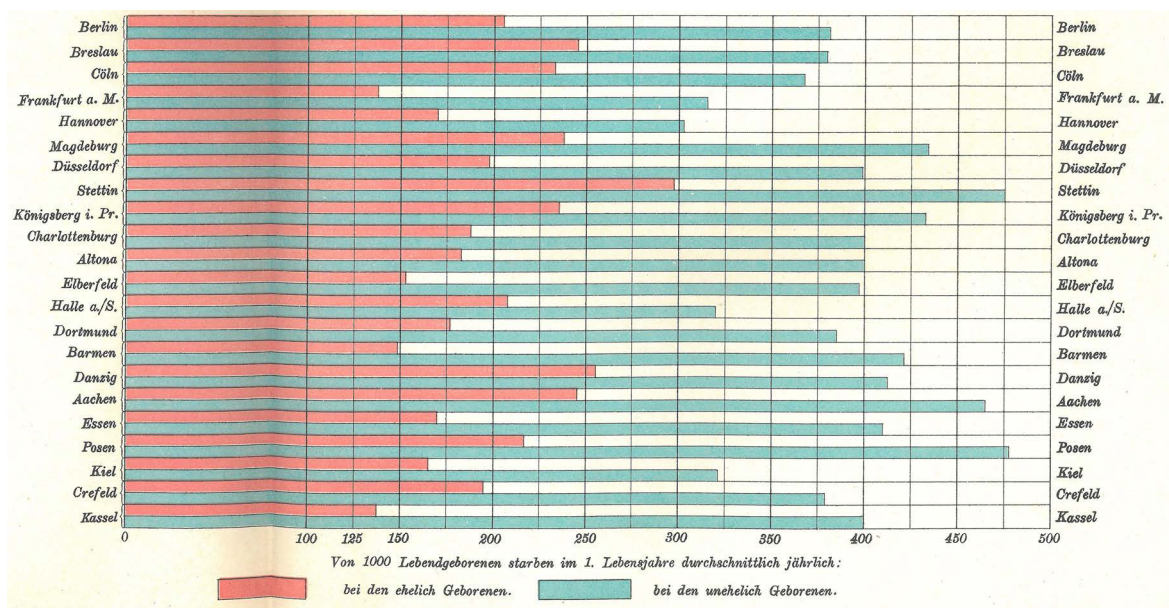
Die sogenannte „City-Bildung“ spielte um 1900 bereits eine Rolle. Die Entvölkerung der inneren Stadtteile zugunsten einer Zunahme von Geschäfts- und Bürohäusern bei gleichzeitiger Abnahme von Wohnungen und Einwohnern

in den zentralen Stadtgebieten vollzog sich langsam, aber stetig. Dagegen nahm das Bevölkerungswachstum in der damaligen Peripherie, wie in den Vorortstädten Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg oder Lichtenberg, rasant zu. Zwischen 1895 und 1905 stieg die Einwohnerzahl in Charlottenburg von 132 400 auf 239 600. Auch kleinere Vororte, wie Oberschöneweide, in dem 1895 nur 600 Einwohner lebten, „profitierten“ von der „City-Bildung“: Innerhalb von zehn Jahren musste der kleine Ort 13 500 neue Einwohner verkraften.¹ Die 29 Vororte inbegriffen lebten insgesamt drei Mill. Menschen im unmittelbaren Einzugsbereich der Stadt – und das auf einem Drittel der heutigen Fläche.

Laut einer „Wohnungs-Enquête“ von 1903 war Berlin zu diesem Zeitpunkt die größte Mietskasernenstadt der Welt: Es gab eine Mill. Wohnungen, davon 400 000 mit nur einem Raum

¹ Statistisches Amt der Stadt Berlin (1907): Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. S. 342.

a | Sterblichkeit der ehelichen und unehelichen Säuglinge in Großstädten 1891 bis 1900.



und weitere 300 000 mit zwei Räumen.² Obwohl 1905 rund 20 000 Wohnungen und somit fast doppelt so viele wie 2015 fertiggestellt wurden, fehlte es überall an Wohnraum, vor allem an bezahlbarem Wohnraum.³ Vielerorts, wie in dem Arbeiterviertel Wedding, wurden Anlaufstellen für Arme, wie das Obdachlosenasyll „Wiesenburg“, die „Arbeiterkolonie“ oder die Schrippenkirche für alle Neuankömmlinge und Obdachlose eingerichtet, die keine Wohnung fanden oder bezahlen konnten.⁴

Geburtenüberschuss stabil bei sinkender Geburtenziffer

Während die Zahl der Wanderungsgewinne jedes Jahr schwankte und stark von der wirtschaftlichen Lage in der Großstadt abhängig war, blieb die natürliche Bevölkerungsentwicklung davon unberührt. Jedes Jahr wurden durchschnittlich 50 000 Kinder geboren, während es knapp 34 000 Sterbefälle gab. Der Geburtenüberschuss von damals lag mit 16 000 deutlich über dem heutigen Niveau von 3 800 Säuglingen. Dennoch nahm die Geburtenziffer bei steigender Einwohnerzahl seit Ende des 19. Jahrhunderts kontinuierlich ab: Waren es 1877 noch 45,5 Geburten je 1 000 Einwohner, sank die Ziffer 1905 auf 25,5 und verweilt 2015 bei 10,8 Geburten je 1 000 Einwohner.

Kinder, die um 1900 geboren wurden, kamen in den meisten Fällen zu Hause zur Welt. Eine Klinikgeburt war sozial anrüchig. Nur die allerärmsten Frauen aus den städtischen Unterschichten, Ledige und Frauen ohne feste Bleibe gingen in die Gebäranstalt oder ein Spital. So wurden in Berlin nur knapp 4 500 Kinder in den damaligen Kliniken, wie der Charité oder der Frauenuniversitätsklinik, geboren. Drei Viertel der Säuglinge kamen als uneheliche Kinder zur Welt. Die Mehrzahl dieser unverheirateten Frauen reiste aus dem Umland an, was zum Teil die hohen Raten an unehelichen registrierten Geburten in den Großstädten der damaligen Zeit erklärt.⁵

Jeder fünfte Säugling überlebte das erste Lebensjahr nicht

Um die Jahrhundertwende war nicht nur die Säuglingssterblichkeit in den Großstädten des Deutschen Reiches extrem hoch, sondern auch die Überlebenschance von unehelichen Kleinkindern deutlich geringer als von ehelichen. In Städten wie Stettin, Posen oder Aachen starben von 1 000 ehelich geborenen Kindern rund 250 im ersten Lebensjahr. Unter den unehelich zur Welt gekom-

menen Kindern waren es über 450. Ein ähnliches Bild zeichnete sich in Berlin ab: 1905 wurden 49 400 Kinder lebend geboren, davon verstarben im ersten Lebensjahr 10 200. Auf 1 000 Geburten kamen somit 206 Sterbefälle im ersten Lebensjahr. Damit überlebte jeder fünfte, bei den unehelichen sogar jeder dritte Säugling das erste Lebensjahr nicht.⁶

Mangelhafte Ernährung führte zur hohen Sterberate unter Säuglingen

Auch die Ursachen dafür waren bekannt. So waren einerseits die katastrophalen Wohnungszustände mit überfüllten Räumen und die fehlende medizinische Versorgung die Ursachen für Krankheiten und hohe Sterblichkeit. Aber auch die Ernährung von Säuglingen spielte eine wichtige Rolle: Nach der Einführung einer Frage nach der Ernährungsweise auf dem Totenschein konnten erste statistische Aussagen getroffen werden. So wurden von 1 000 Säuglingen knapp 800 mit Tiermilch und künstlichen Milchersatzstoffen ernährt. Besonders die Pulvermilch war oftmals von mangelhafter Qualität und führte vermehrt zu Magen- und Darmerkrankungen, woran über 40 % der verstorbenen Säuglinge im Jahr 1905 zu Tode kamen.

Von der prosperierenden Stadt Berlin um 1900 konnten nicht alle profitieren: Für viele Einwohner bedeutete die rasante Entwicklung Wohnungsnot und Armut. Besonders die jüngsten Einwohner hatten unter den schwierigen Lebensbedingungen zu leiden.

Iris Hoßmann-Büttner
ist Sachbearbeiterin
im Referat *Bildung,*
Bildungsanalysen,
Gesundheitswesen
des Amtes für Statistik
Berlin-Brandenburg.

2 BerlinOnline Stadtportal: Berlin im Überblick. URL: <https://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/die-kaeserliche-reichshauptstadt/>, Stand: 22.09.2016.

3 Statistisches Amt der Stadt Berlin (1907): Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. S. 342.

4 Bezirksamt Mitte: Über den Bezirk. URL: ba-mitte/ueber-den-bezirk/erinnerungskultur/bezirksgeschichte/, Stand: 22.09.2016.

5 Statistisches Amt der Stadt Berlin (1907): Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. S. 342.

6 Das Königlich Preussische Statistische Bureau (1905): Festschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureau zur Jahrhundertfeier seines Bestehens. Dritter Teil. Tafel 95.

7 Statistisches Amt der Stadt Berlin (1907): Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. S. 342.

b | Bevölkerung in Berlin 1900 bis 1905

Jahr	Bevölkerungsstand am Ende der Jahre			Geburtenüberschuss			Zuzugsüberschuss (+), Fortzugsüberschuss (-)			
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	
1900	901 847	986 466	1 888 313	8173	8188	16 361	-10 310	-	423	-10 733
1901	899 710	994 231	1 893 941	9158	9481	18 639	- 1 391	+	439	- 952
1902	907 477	1 004 151	1 911 628	8114	7830	15 944	+12 096	+	6 408	+18 504
1903	927 687	1 018 389	1 946 076	7453	8029	15 482	+17 979	+	9 205	+27 184
1904	953 119	1 035 623	1 988 742	7291	7712	15 003	+25 256	+14 312	+39 568	
1905	985 666	1 057 647	2 043 313							

Jahr	Zunahme (+), Abnahme (-) überhaupt			Der Geburten- überschuss			Der Zuzugsüberschuss (+), Fortzugsüberschuss (-)		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1901	- 2 137	+ 7 765	+ 5 628	382,45	105,45	290,71	-482,45	- 5,45	-190,71
1902	+ 7 767	+ 9 920	+17 687	117,91	95,57	105,38	- 17,91	+ 4,43	- 5,38
1903	+20 210	+14 238	+34 448	40,15	54,99	46,28	+59,85	+45,01	+53,72
1904	+25 432	+17 234	+42 666	29,81	46,59	36,29	+70,69	+53,41	+63,71
1905	+32 547	+22 024	+54 571	22,40	35,02	27,49	+77,60	+64,08	+72,61

Save the Date

7 | Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten

8. und 9. Februar 2017

Veranstaltungsort
Berlin, Konferenz-
zentrum Beletage der
Heinrich-Böll-Stiftung

Am 8. und 9. Februar 2017 findet im Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin zum siebenten Mal die vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) veranstaltete Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten (7 | KSWD) statt – dieses Mal unter dem Titel „Forschung. Daten. Infrastruktur“.

Die seit 2003 regelmäßig stattfindende Konferenz ist zu einer festen Institution im Bereich des wissenschaftlichen Austauschs zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen und dem dafür notwendigen Datenbedarf geworden.

Plenarveranstaltungen und mehreren Foren behandeln die Schwerpunkte:

- Migrationsdaten,
- Digitalisierung,
- EU-Datenschutzreform,
- Zensus 2021,
- Forschungsethik und Forschungsdatenmanagement sowie
- Panelsurveys in Deutschland.

Die Veranstaltung wird von der Vorsitzenden des RatSWD, Prof. Regina T. Riphahn Ph.D., eröffnet.

Keynote-Speaker ist Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Die Konferenz richtet sich an alle Forschungsdaten-Interessierten aus Wissenschaft, Politik und Datenproduktion, an Forschungsförderer sowie Vertreterinnen und Vertreter der Forschungsinfrastrukturen.

Eine Konferenzgebühr wird nicht erhoben.

Informationen zu Programm und Anmeldung unter: www.ratswd.de/7kswd

Wir berichten fachlich unabhängig, neutral und objektiv über die Ergebnisse der amtlichen Statistik.

Wir haben den gesetzlichen Auftrag zur Datenerhebung mit der Möglichkeit zur Auskunftspflicht.

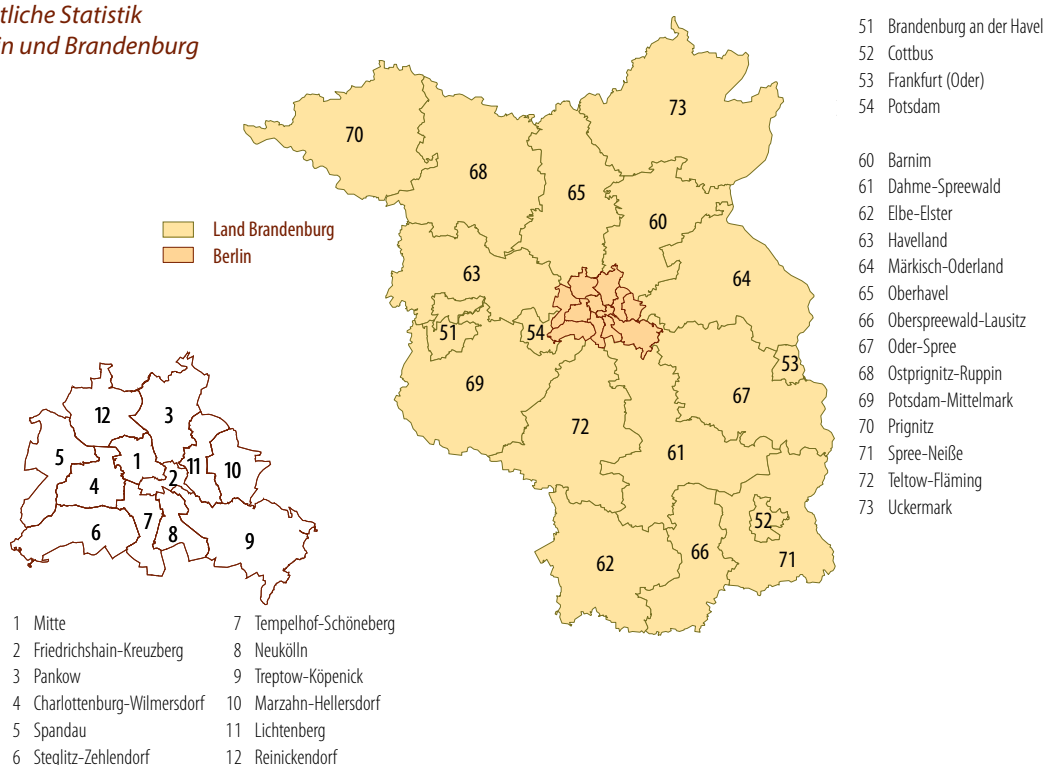
Wir garantieren die Einhaltung des Datenschutzes.

Wir wenden adäquate statistische Methoden und Verfahren an und erhöhen kontinuierlich das erreichte Qualitätsniveau.

Wir gewährleisten regionale und zeitliche Vergleichbarkeit unserer Statistiken durch überregionale Kooperation.

Wir ermöglichen jedermann Zugang zu statistischen Ergebnissen.

Wir sind der führende Informationsdienstleister für amtliche Statistik in Berlin und Brandenburg



Unter

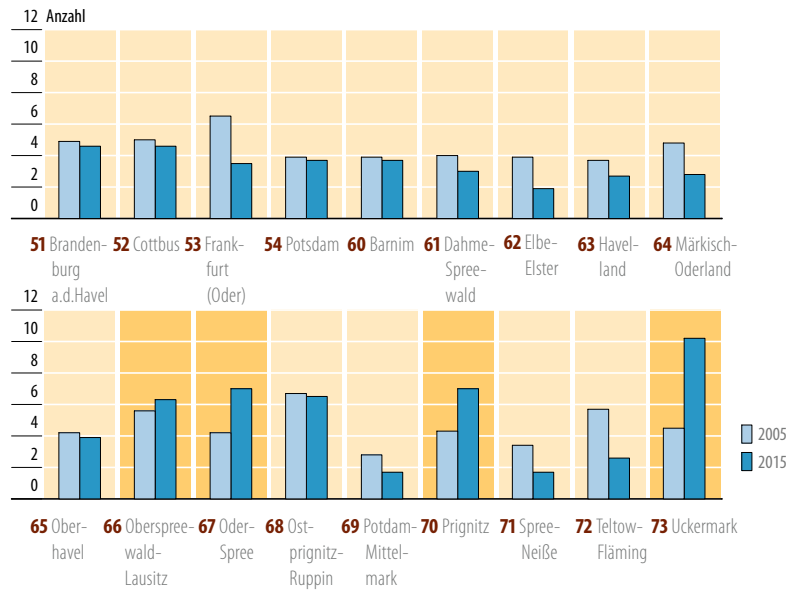
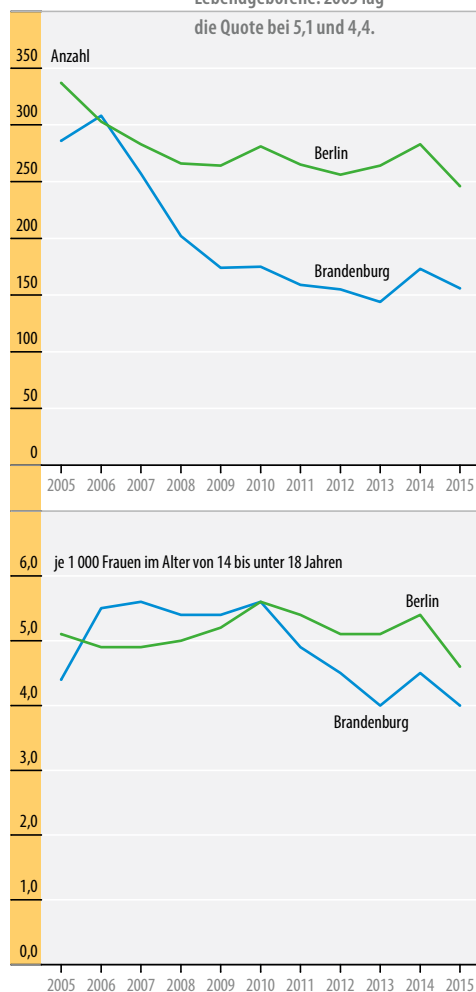
www.statistik-berlin-brandenburg.de

finden Sie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen.

Minderjährige Schwangere in Berlin und Brandenburg 2015

2015 brachten Frauen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren in Berlin 246 Kinder zur Welt. Das entspricht einem Rückgang gegenüber 2005 um 91 Geburten bzw. 27,0 %. Im Land Brandenburg konnte mit –45,5 % ein noch stärkerer Rückgang verzeichnet werden, von 286 Geburten im Jahr 2005 auf 156 Geburten im Jahr 2015. Bei Berücksichtigung der demografischen Unterschiede zeigt sich ein ähnliches Bild. Auf 1 000 Frauen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren kamen 2015 in Berlin 4,6 und in Brandenburg 4,0 Lebendgeborene. 2005 lag die Quote bei 5,1 und 4,4.

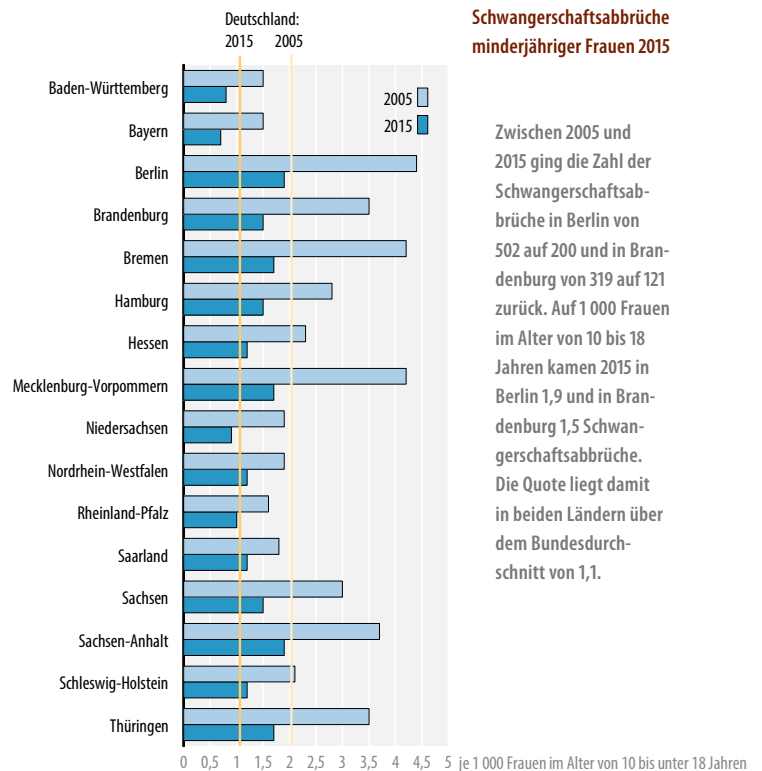
Lebendgeborene minderjähriger Mütter 2005 bis 2015 in Berlin und Brandenburg



Für das Land Brandenburg liegen auch kleinräumige Daten zu Geburten nach dem Alter der Mutter vor. Die Anzahl der Lebendgeborenen je 1 000 Frauen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren ist in der Mehr-

zahl der Landkreise und allen kreisfreien Städten zurückgegangen. Am stärksten ging die Quote im Landkreis Teltow-Fläming zurück. In der Uckermark war der mit Abstand stärkste Anstieg zu verzeichnen.

Lebendgeborene von Müttern im Alter von 14 bis unter 18 Jahren 2005 und 2015 im Land Brandenburg nach Kreisen



Zwischen 2005 und 2015 ging die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Berlin von 502 auf 200 und in Brandenburg von 319 auf 121 zurück. Auf 1 000 Frauen im Alter von 10 bis 18 Jahren kamen 2015 in Berlin 1,9 und in Brandenburg 1,5 Schwangerschaftsabbrüche. Die Quote liegt damit in beiden Ländern über dem Bundesdurchschnitt von 1,1.